D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 46
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

13. November 1981
Preis 1 DM

Nürnberger Justiz schafft sich ihre Gesetze selbst
Nach den Massenverhaftungen vom März drohen jetzt Urteile nach einem Landfriedensbruch-Paragraphen, den der Gesetzgeber abgeschafft hat . . S. 6



Warum das lange Schweigen zu Eritrea?
Nur wenig ist über den Krieg um Eritrea zu hören. Die Sowjetunion kann eine ihrer brutalsten Aggressionen im Dunkeln betreiben . . . . S. 8

Der Streik im Jahre 1956/57 für die Lohnfortzahlung
Die Durchsetzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall war ein Meilenstein im Kampf der Arbeiterbewegung. Heute ist sie wieder bedroht . . . . S. 13

Startbahn West: Der Kampf geht weiter
Über Inhalt und Entwicklung des Kampfes, über die Bürgerinitiativen und das Mittel des Volksbegehrens berichten wir auf 4 Seiten „extra"

Breschnew und die Friedensbewegung

Von Lutz Plümer

Wenn Leonid Breschnew in nunmehr anderthalb Wochen die BRD besuchen wird, dann wird es in Bonn ziemlich bunt zugehen. Einmal wird dort eine von der Jungen Union bereits seit langem angemeldete Demonstration stattfinden, deren Unterstützung jetzt auch die CDU bundesweit bekundet hat. Die von dieser Seite geübte Kritik an der Sowjetunion läuft positiv hinaus auf Apologie der NATO und der US-Politik und direkt auf die Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses.

Dann hat jener illustre Kreis, der am 10. Oktober das Flugzeug mit dem abgrundtief blöden Schleppband „Und wer demonstriert in Moskau?" gechartert hatte, nicht näher bezeichnete Aktionen angekündigt. Man kann übrigens gespannt sein, was jene, die bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen in Polen nicht viel mehr im Kopf haben als die Rückzahlung ihrer Kredite, sagen werden, wenn in Moskau tatsächlich demonstriert wird. Inzwischen ist ja heraus, wie auch jene Aktion von nackten Geldinteressen diktiert war. Das Geld für das gecharterte Flugzeug kam direkt aus den durch Rüstungsaufträge prall gefüllten Taschen des Rheinmetall-Konzerns.

Da wird dann die DKP auftreten, um dem Repräsentanten der „Hauptkraft des gesellschaftlichen Fortschritts" zuzujubeln und mahnend zu erklären, man dürfe die Chance der Verhandlungen nicht ungenutzt verstreichen lassen, sondern müsse die Verhandlungsvorschläge der Sowjetunion positiv aufgreifen, im „wohlverstandenen nationalen Interesse unseres Landes". (Robert Havemann, der zur Begründung seiner Forderung nach Abzug aller fremden Truppen aus beiden deutschen Staaten ebenfalls nationale Interessen angeführt hatte, wirft die Parteizeitung der DKP im gleichen Atemzug vor, da sei mal wieder einer, der kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche.)

Und da wird schließlich jene Demonstration und Kundgebung stattfinden, die – zu Recht – an die Bonner Kundgebung vom 10.10. anknüpft, um anläßlich des Staatsbesuchs von Breschnew die Forderungen der Friedensbewegung an die Sowjetunion zu formulieren – weniger entschieden vielleicht, als dies während des Haig-Besuchs in Berlin gegenüber den USA geschah, aber wohl klar genug, um erneut deutlich zu machen, daß diese Friedensbewegung sich nicht in die Blocklogik einspannen läßt, sondern im Kampf gegen beide Blöcke und beide Supermächte ihren eigenen Weg sucht, der mit Unabhängigkeit und Blockfreiheit grob umschrieben werden kann.

Die Kriegsgefahr geht gegenwärtig nicht hauptsächlich von der westdeutschen Bourgeoisie aus. Sie geht hauptsächlich von den beiden Supermächten aus, und droht, Europa in ein Schlachtfeld ihrer Rivalität zu verwandeln, nachdem sie es bereits in ihre jeweiligen Einflußsphären aufgeteilt haben. Der Kriegsgefahr kann man deshalb nicht wirksam begegnen, wenn man darauf setzt, durch Verhandlungen den gegenwärtigen status quo sichern zu können. Es geht nur, wenn man sich das Ziel setzt, gerade diesen status quo zu beenden, der bereits heute die europäischen Völker zu Objekten der Globalpolitik der beiden Supermächte macht. Um so wichtiger ist es, daß die Friedensbewegung in ihrem Kampf gegen die NATO-Politik sich der Verpflichtung bewußt wird, Kämpfe für Demokratie und nationale Unabhängigkeit gerade auch in Osteuropa nach besten Kräften zu unterstützen. Deshalb ist es gut, daß sich die Initiatoren der Bonner Demonstration darum bemühen, Sprecher von Oppositionsbewegungen in Osteuropa einschließlich der Solidarność und auch Vertreter des afghanischen Widerstandes für die Kundgebung zu gewinnen.

Es bleibt aber eine Schwäche der Friedensbewegung, daß die Bedeutung des Kampfes der Völker der 3. Welt gegen das Vordringen der Sowjetunion noch weitgehend unterschätzt wird. Die Erkenntnis, daß die Unterstützung etwa des Widerstandskrieges des Demokratischen Kampuchea richtig, ja wesentlich ist für die Verteidigung des Weltfriedens, ist weit davon entfernt, allgemein anerkannt zu sein. Und das ist um so schädlicher, als hier der Aufbau des *Sozialismus* durch ein Volk, das bereits im Kampf gegen den US-Imperialismus großes zustandegebracht hatte, mit sowjetischer Hilfe zermalmt wurde. Und auch deshalb, weil hier dank einer revolutionären und erfahrenen Führung des Widerstandskrieges wohl am ehesten die Möglichkeit besteht, das sowjetische Vordringen nicht nur zu stoppen, sondern auch Terrain für die Kräfte der Blockfreiheit zurückzugewinnen. Daß inzwischen sogar der „Spiegel" in seiner jüngsten Ausgabe die Stärke des kampucheanischen Widerstandes und seine Verankerung unter den Volksmassen anerkennen muß, ist dafür ein zusätzliches Indiz.

Die Aufgabe, in der Friedensbewegung die Klarheit über die sowjetische *Global*politik zu verbreitern und zu vertiefen, haben wir nach wie vor vor uns. Da gibt es noch viel zu tun. Unübersehbar sind aber auch die Fortschritte, die die Friedensbewegung in dieser Hinsicht während des letzten Jahres gemacht hat. Noch vor knapp einem Jahr mochte es so erscheinen, als sei ein Dokument wie der „Krefelder Appell" die Plattform, auf der die Friedensbewegung ihre Einheit finden würde. Ihrem Inhalt nach ist die Bewegung inzwischen längst darüber hinaus. Inzwischen stellt sich auch heraus, daß das „Krefelder Forum" ganz heterogene Kräfte umfaßt. Die einen wollen Unabhängigkeit, die anderen wollen sich mit der Sowjetunion entweder arrangieren, oder aber ihren Interessen offen in die Hände arbeiten. Die Beschränkung auf einseitige Kritik an der NATO kann nur vorübergehend als Klammer so unterschiedlicher Ziele und Interessen dienen. Die Bonner Kundgebung hatte bereits einen wesentlich klareren Inhalt. Was die Friedensbewegung von der Sowjetunion fordert, ist bereits am 10. Oktober in einigen Punkten klar gesagt worden. Gerade um diesen Fortschritt weiter auszubauen, gerade um durch eine klare Stellung gegenüber der Sowjetunion die Schlagkraft der Bewegung auch gegenüber der NATO weiter zu stärken, sollten wir das in unseren Kräften stehende tun, die Veranstaltungen zum Breschnew-Besuch in Bonn und anderswo zu unterstützen.



Rund 7000 haben vergangenes Wochenende in Stuttgart gegen die Sparmaßnahmen der Bundesregierung demonstriert. Aufgerufen hatte der DGB. Finanzminister Matthöfer hat sich in einem 8 Seiten langen Brief bitter über das Flugblatt beklagt, das die IG Metall vor der Demonstration verteilt hat.

Staatsanwalt auf Flucht nach vorn RA Härdle muß Strafe antreten

wos.Heidelberg. Auf Mittwoch, den 11.11., hatte die Staatsanwaltschaft Heidelberg in Abstimmung mit dem Justizministerium von Baden-Württemberg den Haftantritt für Rechtsanwalt Dr. Gerhard Härdle festgesetzt. Bis zuletzt war dieser Haftantritt politisch und juristisch heftig umkämpft. Bis Mittwochmorgen (Redaktionsschluß) stand noch nicht endgültig fest, ob sich die Staatsanwaltschaft wird durchsetzen können. Es hatte jedoch den Anschein, als ob der Strafantritt jetzt auf Biegen und Brechen durchgedrückt werden sollte, weil die Justiz mit jedem weiteren Tag Strafaufschub weiter unter Beschuß kam und so in eine Lage kommen konnte, in der die Vollstreckung dieses Heidelberger Skandalurteils nicht mehr durchsetzbar war.

Gerhard Härdle war – wie schon mehrfach berichtet – auf Grund einer konstruierten Anklage und von einem durch und durch befangenen Gericht wegen angeblicher Falschaussage zugunsten eines Mandanten und wegen angeblichen Landfriedensbruchs beim polizeilichen Abräumen von Informationsständen des KBW zu einer Freiheitsstrafe von 22 Monaten verurteilt worden. Er hat gegen das Urteil die Europäische Menschenrechtskommission angerufen, die noch nicht entschieden hat. Der Antrag auf Strafaufschub von vier Monaten, wie es die Strafprozeßordnung vorsieht, wurde abgelehnt. Dagegen wurde gerichtliche Entscheidung beantragt. Obwohl diese noch aussteht, will die Staatsanwaltschaft jetzt vollstrecken.

Von Anfang an hat der Prozeß gegen G. Härdle großes Aufsehen erregt. Die Presse hat breit darüber berichtet, zuletzt – diese Woche – ausführlich „Der Spiegel". Am 3.11. wurde diese Heidelberger Justizaffaire in der Fernsehsendung „Report" behandelt. Nachdem sich u.a. schon die Rechtsanwaltskammer Karlsruhe und Stuttgart, das Präsidium des Deutschen Anwaltsvereins mit 40000 Mitgliedern und 37 Richter und Staatsanwälte für einen Strafaufschub beim Justizministerium und beim Petitionsausschuß des Landtages eingesetzt hatten, haben sich jetzt auch mehrere Landtagsabgeordnete der Grünen und der SPD eingeschaltet; die Heidelberger FDP forderte eine Begnadigung; der Kreisvorstand der GEW Heidelberg und die Vertrauensleute der Uni-Kliniken Heidelberg forderten Strafaufschub, und der Erklärung der Richter und Staatsanwälte haben sich weitere 17 angeschlossen; um nur einen Teil der Solidaritätsbekundungen der letzten Woche zu nennen.

Die Aktionseinheit gegen den Härdle-Prozeß veranstaltete am 6.11. in Heidelberg eine Demonstration und Kundgebung mit über 600 Teilnehmern Es gab dabei ein Kulturprogramm, auf dem mehrere eigens gegen die Inhaftierung von G. Härdle geschriebene Lieder vorgetragen wurden.

Die Aktionseinheit hat am Dienstag nochmal in der Stadt Flugblätter verteilt und angesichts des drohenden Strafantritts dazu aufgefordert, G. Härdle am Mittwoch nach Stammheim zum Knast zu begleiten, wo um 14 Uhr eine Kundgebung durchgeführt werden sollte. Im Flugblatt heißt es u.a.: „Mit der Inhaftierung von Rechtsanwalt Härdle ist diese Bewegung nicht hinter Gitter gebracht worden – im Gegenteil, die Solidarität wird weiter wachsen. Für Dezember 1981 wird eine große Kulturveranstaltung geplant. Die schnelle Freilassung und die Verhinderung eines Berufsverbots sind unsere nächsten Ziele."

Auch wenn der Justiz jetzt die Inhaftierung gelungen ist – auf Dauer wird sie aus dieser Auseinandersetzung nicht als Sieger hervorgehen! Und schon gar nicht werden die Menschen dieses Lehrstück politischer Justiz, das sie erlebt haben, diesem Staat verzeihen.

Was machen die Gewerkschaften?

frb. Während die Bundesregierung trotz „Sommertheater" ihr haushaltspolitisches Rasenmäherprogramm mittlerweile durch die dritte Lesung des Bundestages gebracht hat, kommen die Gewerkschaften immer noch nicht richtig in die Stiefel. An den Mitgliedern liegt das am wenigsten. Die zwei Kundgebungen der letzten Woche in Stuttgart und Frankfurt zeigen dies überdeutlich.

In Stuttgart hatte schon das seit Wochen verteilte Flugblatt der IGM klar gemacht, daß die Bundesregierung hier unter Beschuß kommt. Das hat die Kundgebung stark gemacht. Es wurde nicht nur der „Wirtschaftsgraf" – der es bestimmt verdient hat, der wöchentlich dreister wird – zum ablenkenden Watschenmann gemacht, auch Matthöfer mußte als getroffener Hund bellen. Kaum je hat es eine größere regionale Demonstration gegeben. Die Gewerkschaftsbewegung ist eben die breiteste aller Bewegungen, wenn sie erstmal in Bewegung kommt.

Und dann die negative Variante in Frankfurt. Da hatte etwa die Vertrauensleutevollversammlung der ÖTV eine Demonstration zur Kundgebung während der Arbeitszeit beschlossen. Doch der Vorstand saß in seinen Sesseln fest. Damit war der Drohung der Abmahnungen nicht mehr zu begegnen. So wurden die Sonntagsreden auf der Kundgebung selbst passend angekündigt. Dem DGB war das ganze offenbar bloß eine Pflichtübung.

Bestimmt wiegte die Furcht schwer, wegen der Haltung zur Startbahn West vor der Mitgliedschaft unter Beschuß zu kommen. Der DGB hat sich in dieser Frage ordentlich an Börners Regierungslinie angeschmiert. Obwohl die ganze Region in der Auseinandersetzung steht, war auf der gesamten Kundgebung dazu kein Wort zu hören – mit Ausnahme der Sprechchöre. Im Redemanuskript von Heinz Wolf (ÖTV Hessen) findet sich gar ein Zuruf an „die Kollegen der Polizei, die bei jedem Krawall den Kopf hinhalten müssen". Angesichts der Stimmung im Saal überging Wolf im mündlichen Vortrag diese Stelle spontan.

Man sieht hier, wie sich die Gewerkschaften selbst kampfunfähig machen, wenn sie sich aus den politischen Bewegungen heraushalten, oder ihnen gar entgegentreten.

Die Aufforderung des DGB an Regierung, Kapitalisten und Bundesbank zu gemeinsamen Gesprächen hat jene bereits in Beweisnot gebracht. Gespräche allein allerdings sind jetzt zu wenig. Auch ist etwas viel nur vom Beschäftigungsprogramm die Rede.

Die Gewerkschaftsvorstände müssen jetzt zeigen, daß sie auch Gewerkschafts*führungen* sind. Der IG-Metall-Vorstand hat beschlossen, ähnliche Aktionen wie jene in Stuttgart weiter im DGB zu initiieren. Das ist gegenwärtig – gepaart mit einer breiten Erörterung – sicher das beste.

(Bildberichte aus Stuttgart auf Seite 3)



Rund 7000 haben vergangenes Wochenende in Stuttgart gegen die Sparmaßnahmen der Bundesregierung demonstriert. Aufgerufen hatte der DGB. Finanzminister Matthöfer hat sich in einem 8 Seiten langen Brief bitter über das Flugblatt beklagt, das die IG Metall vor der Demonstration verteilt hat.

Staatsanwalt auf Flucht nach vorn RA Härdle muß Strafe antreten

Besteht die Möglichkeit einer Abkehr von Camp David?

Von Lutz Plümer

Das israelische Regime beginnt wieder, scheinbar ziellos wie wild um sich zu schlagen. Israels Antwort auf den 8-Punkte-Plan sei der Bau 8 neuer Siedlungen, hatte Sharon in der vergangenen Woche erklärt. Später dringen israelische Flugzeuge in den saudischen Luftraum ein. Das sei nichts ungewöhnliches, heißt es dazu seitens des israelischen Regimes. Verbunden ist das mit propagandistischem Trommelfeuer gegen die Nahost-Erklärung der EG. Befürchtet Begin, daß ihm die Felle des Camp-David-Abkommens doch noch davonschwimmen?

Die ersten der 4000 Mann starken amerikanischen Elitetruppen sind zu Manövern in Ägypten eingetroffen. Die USA wollen, wie Haig erklärt hatte, in Ägypten Flagge zeigen. Vor allem aber soll wohl demonstriert werden, in welche Abhängigkeit von den USA Ägypten durch den Kurs von Camp David geführt wurde, und wie gering der Spielraum der neuen ägyptischen Regierung angesichts dieser Abhängigkeit ist.

Trotzdem: die jüngste Erklärung Mubaraks, er stünde voll und ganz hinter dem 8-Punkte-Plan des saudischen Kronprinzen Fahd, ist eine andere Sprache als die einer US-Marionette. Sie signalisiert einen Kurs, der so weit entfernt nicht ist von der Forderung, die Sadat vor ein paar Monaten in Washington gestellt hatte: die USA sollten einen Dialog mit der PLO aufnehmen. Vor allem aber zielt sie wohl darauf ab, die Möglichkeit zu erkunden, wieder in die Arabische Liga zurückzukehren und die unheilvolle Spaltung zu überwinden, unter der die Arabische Liga seit der Unterzeichnung des Camp-David-Abkommens leidet. Diese Spaltung hatte nicht nur dem israelischen Regime seine Aggressionspolitik bedeutend erleichtert. Mit der Bildung der Front der Standhaftigkeit, die nicht zuletzt auf Drängen der PLO als Gegengewicht zu Camp David gegründet worden war, hat sie es auch der Sowjetunion erlaubt, ihren Einfluß auf eine Reihe von arabischen Staaten beträchtlich auszuweiten.

Es bestätigt sich nun, daß der saudische Plan nicht zuletzt darauf abzielt, diese Spaltung der arabischen Front zu überwinden, und auch Mubarak scheint die Absicht zu haben, entsprechende Schritte zu unternehmen. Ob dies angesichts der massiven amerikanischen Präsenz in Ägypten gelingt, ist freilich eine andere Frage.

Der saudische 8-Punkte-Plan hat auch dazu beigetragen, die Risse zwischen der Nah-Ostpolitik der USA und der EG erneut zu vertiefen. Großbritanniens Außenminister, Lord Carrington hatte den 8-Punkte-Plan begrüßt und darüberhinaus – in milden Worten – Mißtrauen in die Tragfähigkeit des Camp-David-Abkommens geäußert. Im übrigen hatte er eine Aufwertung der Rolle der PLO gefordert. Haig hat daraufhin Carrington mitteilen lassen, er solle solche Äußerungen, die als Kritik an den USA gewertet werden könnten, künftig gefälligst unterlassen. In Kürze will Carrington mit Yassir Arafat zusammentreffen. Gelingt es der PLO und den arabischen Staaten, die Widersprüche zwischen den USA und der EG zu vertiefen, dann war der amerikanisch-israelische Erfolg von Camp David vielleicht nur vorübergehend.

Das aber wäre ein erheblicher Gewinn für die PLO und die arabischen Staaten. Das Camp-David-Abkommen war wohl der einzige Punkt in den letzten Jahren, wo es den USA gelungen ist, die Initiative zurückzugewinnen. Daß es auf der einen Seite gelungen ist, den wichtigsten arabischen Staat aus der arabischen Front herauszubrechen, und auf der anderen Seite die westeuropäischen Staaten zur Unterstützung der Camp-David-Initiative zu verpflichten, diese beiden Bedingungen haben es dem amerikanisch-israelischen Gespann in den letzten Jahren ermöglicht, jene durch und durch chauvinistische und intransingente Politik zu verfolgen, die sie im Nahen Osten betrieben haben. Entfallen diese beiden Bedingungen, dann sind die Zeiten absehbar, an denen die Beginsche Politik vollends scheitert, und wo das palästinensische Volk reelle Chancen hat, sein Recht auf Selbstbestimmung in einem eigenen Staat zu verwirklichen.

Berliner Senatsbürokratie setzt sich auch über Beschlüsse der Bezirksverordneten hinweg

nia. Westberlin. ,,Um das ständige Hin und Her mit Besetzungen zu vermeiden''. Das war die Begründung des Charlottenburger CDU-Baustadtrates Antes gegenüber dem ,,Tagesspiegel'' für den Abriß eines guterhaltenen Altbaus im Charlottenburger Sanierungsgebiet Klausenerplatz.

Tatsächlich war das Haus Nehringstr. 8 Anfang Oktober für einige Stunden besetzt gewesen, und zwar von den ehemaligen Besetzern der Knobelsdorffstr. 40/42, die seit Lummers Großaktion am 22. September zum großen Teil keine Bleibe mehr haben. (15 von ihnen wohnen in einer 1½ Zimmer-Wohnung in einem anderen besetzten Haus.)

Die Nehringstr. 8 war seit Mitte vergangenen Jahres entmietet worden, um – neben einigen anderen Häusern – einer Schulerweiterung Platz zu machen. Allerdings ist der *Beginn* der Baumaßnahmen in der bezirklichen Investitionsplanung erst für *1984* vorgesehen, so daß ein früherer Abriß nicht notwendig wäre – und in Anbetracht der in Westberlin herrschenden Wohnungsnot und dem guten Zustand des Hauses überhaupt nicht zu vertreten. Aus diesem Grunde hatte die Alternative Liste beantragt, das Haus bis dahin den aus der Knobelsdorffstr. Geräumten zur Verfügung zu stellen. Auch die SPD hatte daraufhin den Erhalt und die Zwischennutzung bis 1984 gefordert. Auf eine kleine Anfrage hatte der Baustadtrat noch Anfang Oktober geschrieben, daß im Bezirk keine Häuser ,,auf Vorrat'' abgerissen werden sollen. Die Abrißgenehmigung war zu diesem Zeitpunkt allerdings schon erteilt.

Am 27.10. beschloß der Ausschuß für Stadtplanung und Sanierung dann mehrheitlich als Empfehlung an die Bezirksverordnetenversammlung für den 19.11., daß das Haus bis zum Beginn der öffentlichen Bauvorhaben zwischengenutzt werden soll. Weiter beschloß der Ausschuß, daß der Baustadtrat den Abrißauftrag nicht unterschreiben solle.

Der Baustadtrat hatte sich schon einmal über die bezirklichen Gremien hinweggesetzt, indem er vor der endgültigen Beschlußfassung der BVV über die Knobelsdorffstr. 40/42 vollendete Tatsachen schaffen ließ und nichts gegen die Räumung unternahm. Gewarnt durch diese Erfahrung, beantragten daher die Fraktion der AL und die Mieterinitiative Klausener Platz eine einstweilige Verfügung gegen den Abriß. Aber der Baustadtrat ließ sich weder dadurch noch durch den Ausschußbeschluß beeindrucken. Gegen den Protest der sich versammelnden Anwohner und unter starkem Polizeischutz begann die Baufirma während des Auszuges des letzten Mieters am 30.10. mit der Demolierung des Hauses, noch bevor das Verwaltungsgericht sich entschieden hatte. Am Nachmittag beschied das Verwaltungsgericht beide Anträge negativ, ohne sich überhaupt inhaltlich damit auseinandergesetzt zu haben. Beide Ablehnungen wurden begründet mit: ,,Antragsteller ist nicht aktiv legitimiert'' – weil durch den Abriß nicht in seinen Rechten tangiert. Der Mieterinitiative wurde dabei prinzipiell das Recht abgesprochen, einen solchen Antrag zu stellen, obwohl sie im Rahmen des Städtebauförderungsgesetzes als Betroffenenvertretung der Bewohner des Sanierungsgebietes vom Senat anerkannt worden ist. In der Antwort an die AL hieß es, daß höchstens die gesamte Bezirksverordnetenversammlung den Antrag hätte stellen können. Aber selbst dann wäre es noch nicht sicher gewesen, ob das Gericht den Abriß verhindert hätte.

Tatsächlich hat es kein legales Mittel mehr gegeben, mit dem der Baustadtrat hätte aufgehalten werden können.

Nach der in Westberlin geltenden Konstruktion der ,,bezirklichen Selbstverwaltung'' ist der Baustadtrat als Mitglied des Bezirksamts juristisch nicht an die Beschlüsse der BVV – und noch viel weniger an die Beschlüsse einzelner Ausschüsse – gebunden. Das Bezirksverwaltungsgesetz sieht lediglich vor, daß die BVV das Verwaltungshandeln anregt und kontrolliert, und den großen politischen Rahmen dabei absteckt. Die BVV kann an das Bezirksamt Empfehlungen und Ersuchen richten, aber keine das Bezirksamt *bindenden* Beschlüsse fassen.

Allerdings haben die Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung politisches Gewicht, da sie die von den Bewohnern des Bezirks gewählte parlamentarische Vertretung ist, und daher orientieren sich die Bezirksämter in der Regel an den Beschlüssen der BVV.

Der Baustadtrat allerdings hat sich mit diesem Abrißauftrag nun schon zum zweiten Mal über die Meinungsbildung der parlamentarischen Gremien im Bezirk hinweggesetzt, womit die Arbeit der Ausschüsse und der BVV vollends zur Farce degradiert wird.

Die gewerkschaftlichen Paten der Besetzer aus der Knobelsdorffstraße, sowie die am Klausenerplatz arbeitenden Mieter- und Stadtteilgruppen haben daraus den Schluß gezogen, daß dieser Mann, der sich so skrupellos über die Interessen der Bevölkerung hinwegsetzt, nicht mehr tragbar ist.

Die AL Charlottenburg hat ihre Forderung übernommen, und für die nächste BVV am 19.11.81 den Antrag auf Abwahl von Antes gestellt. Angesichts der absoluten Mehrheit der Fraktion der CDU ist es sicher, daß dieser Antrag abgelehnt werden wird. Aber zur Zeit scheint es das einzige Mittel zu sein, die in der CDU durchaus schon vorhandenen Widersprüche so zu verschärfen, daß diese ,,mäßigend'' auf den Stadtrat einwirken, und er seine Linie nicht mehr so bedenkenlos durchziehen kann.



„Wenn schon! Bei der Abwägung zwischen Mensch und Hering muß das menschliche Interesse doch immer noch den Vortritt haben!"

Aus: Welt der Arbeit

neuen ägyptischen Regierung angesichts dieser Abhängigkeit ist.

Trotzdem: die jüngste Erklärung Mubaraks, er stünde voll und ganz hinter dem 8-Punkte-Plan des saudischen Kronprinzen Fahd, ist eine andere Sprache als die einer US-Marionette. Sie signalisiert einen Kurs, der so weit entfernt nicht ist von der Forderung, die Sadat vor ein paar Monaten in Washington gestellt hatte: die USA sollten einen Dialog mit der PLO aufnehmen. Vor allem aber zielt sie wohl darauf ab, die Möglichkeit zu erkunden, wieder in die Arabische Liga zurückzukehren und die unheilvolle Spaltung zu überwinden, unter der die Arabische Liga seit der Unterzeichnung des Camp-David-Abkommens leidet. Diese Spaltung hatte nicht nur dem israelischen Regime seine Aggressionspolitik bedeutend erleichtert. Mit der Bildung der Front der Standhaftigkeit, die nicht zuletzt auf Drängen der PLO als Gegengewicht zu Camp David gegründet worden war, hat sie es auch der Sowjetunion erlaubt, ihren Einfluß auf eine Reihe von arabischen Staaten beträchtlich auszuweiten.

Es bestätigt sich nun, daß der saudische Plan nicht zuletzt darauf ab-

zwischen den USA und der EG zu vertiefen, dann war der amerikanisch-israelische Erfolg von Camp David vielleicht nur vorübergehend.

Das aber wäre ein erheblicher Gewinn für die PLO und die arabischen Staaten. Das Camp-David-Abkommen war wohl der einzige Punkt in den letzten Jahren, wo es den USA gelungen ist, die Initiative zurückzugewinnen. Daß es auf der einen Seite gelungen ist, den wichtigsten arabischen Staat aus der arabischen Front herauszubrechen, und auf der anderen Seite die westeuropäischen Staaten zur Unterstützung der Camp-David-Initiative zu verpflichten, diese beiden Bedingungen haben es dem amerikanisch-israelischen Gespann in den letzten Jahren ermöglicht, jene durch und durch chauvinistische und intransingente Politik zu verfolgen, die sie im Nahen Osten betrieben haben. Entfallen diese beiden Bedingungen, dann sind die Zeiten absehbar, an denen die Beginsche Politik vollends scheitert, und wo das palästinensische Volk reelle Chancen hat, sein Recht auf Selbstbestimmung in einem eigenen Staat zu verwirklichen.

Aus diesem Grunde hatte die Alternative Liste beantragt, das Haus bis dahin den aus der Knobelsdorffstr. Geräumten zur Verfügung zu stellen. Auch die SPD hatte daraufhin den Erhalt und die Zwischennutzung bis 1984 gefordert. Auf eine kleine Anfrage hatte der Baustadtrat noch Anfang Oktober geschrieben, daß im Bezirk keine Häuser ,,auf Vorrat'' abgerissen werden sollen. Die Abrißgenehmigung war zu diesem Zeitpunkt allerdings schon erteilt.

Am 27.10. beschloß der Ausschuß für Stadtplanung und Sanierung dann mehrheitlich als Empfehlung an die Bezirksverordnetenversammlung für den 19.11., daß das Haus bis zum Beginn der öffentlichen Bauvorhaben zwischengenutzt werden soll. Weiter beschloß der Ausschuß, daß der Baustadtrat den Abrißauftrag nicht unterschreiben solle.

Der Baustadtrat hatte sich schon einmal über die bezirklichen Gremien hinweggesetzt, indem er vor der endgültigen Beschlußfassung der BVV über die Knobelsdorffstr. 40/42 vollendete Tatsachen schaffen ließ und nichts gegen die Räumung unternahm. Gewarnt durch diese Erfahrung, beantragten daher die Fraktion der AL und die Mieterinitiative Klausener Platz eine einstweilige Verfügung gegen den Abriß. Aber der Baustadtrat ließ sich weder dadurch noch durch den Aus-

rat hätte aufgehalten werden können.

Nach der in Westberlin geltenden Konstruktion der ,,bezirklichen Selbstverwaltung'' ist der Baustadtrat als Mitglied des Bezirksamts juristisch nicht an die Beschlüsse der BVV – und noch viel weniger an die Beschlüsse einzelner Ausschüsse – gebunden. Das Bezirksverwaltungsgesetz sieht lediglich vor, daß die BVV das Verwaltungshandeln anregt und kontrolliert,

nächste BVV am 19.11.81 den Antrag auf Abwahl von Antes gestellt. Angesichts der absoluten Mehrheit der Fraktion der CDU ist es sicher, daß dieser Antrag abgelehnt werden wird. Aber zur Zeit scheint es das einzige Mittel zu sein, die in der CDU durchaus schon vorhandenen Widersprüche so zu verschärfen, daß diese ,,mäßigend'' auf den Stadtrat einwirken, und er seine Linie nicht mehr so bedenkenlos durchziehen kann.



„Wenn schon! Bei der Abwägung zwischen Mensch und Hering muß das menschliche Interesse doch immer noch den Vortritt haben!"

Aus: Welt der Arbeit

Genscher, Verheugen für Darlehen bei BAföG

vd. In einem weiteren Punkt sind Genscher und sein Generalsekretär Verheugen auf den Kurs der Kapitalisten und von daher auch der CDU eingeschwenkt. Mit der phänomenalen Begründung, daß ein Zahnarzt auch hinterher sein Studium bezahlen könne, hat Genscher die Einführung einer reinen Darlehensförderung beim BAföG für Studenten gefordert. Dies war noch in den ersten Beratungen des Haushaltstrukturgesetzes ein wichtiger Punkt der Differenzen zwischen Koalition und CDU/CSU. Krach wird es darum in der FDP-Fraktion geben, da die FDP-Bildungspolitiker an der jetzigen Förderungsart festhalten wollen.

Urteile im Heidelberger Germanisten-Prozeß bestätigt

kvz. Der Bundesgerichtshof verwarf jetzt die Revision in dem ,,Heidelberger Germanisten-Prozeß''; die Urteile gegen 3 Studenten wurden damit rechtskräftig: 17, 23 bzw. 20 Monate Haft und zusätzliche Geldstrafen in Höhe von jeweils etwa 5000 DM für das Sprengen von Vorlesungen etc. während des Streiks im Wintersemester 1976/77. Streiks gebe es für Studenten, da kein Arbeitsvertrag existiere, sowieso nicht. Der BGH unterstützte vor allem vollständig die ,,Rechts''Auffassung des Heidelberger Landgerichts, von dem die Studenten verurteilt wurden: die Tatsache, daß die Angeklagten ,,durch Geschrei, Gebrüll, Pfeifen, Absingen von Liedern oder Gebrauch von Lärminstrumenten'' die Dozenten dazu gebracht hätten, Vorlesungen oder Prüfungen abzubrechen, sei Nötigung mit Gewalt. Das Gericht präzisierte: Gewalt könne auch ohne ,,eigene erhebliche Körperkraft'' ausgeübt werden, nämlich dann, wenn die Tat von dem, gegen den sie gerichtet sei, ,,als ein nicht nur seelischer, sondern auch körperlicher Zwang'' empfunden werde. Das ist Gewalt, wenn ein zarter Professorenkörper betroffen ist. Vor kurzem, als dasselbe Gericht in Sachen Vergewaltigung Recht sprechen mußte, als nicht ein zarter Professor, sondern der rohe weibliche Körper eines Lehrlings zur Debatte stand, sahens die Herren Richter anders.

Anwendungsmöglichkeiten für §129a in Erprobung

u.g. Fünf Verhandlungstage schon läßt sich die Staatsanwaltschaft Koblenz ein Verfahren gegen fünf Frauen kosten, die in der Nacht vom 17. April diesen Jahres von der Straße weg verhaftet worden waren. Sie sollen Parolen gesprüht haben, die der Unterstützung der Ziele der RAF dienen – deshalb Anklage nach §129a StGB. Inzwischen zeichnet sich ab, daß außer neun Polizeizeugen faktisch Null an Beweismaterial vorliegt: keine Farbspuren am Körper bzw. Händen der Festgenommenen, Farbe von aufgefundenen Spraydosen ist nicht identisch mit Farbe der angegriffenen Parolen; umgekehrt wächst eher der Verdacht der Manipulation durch die Staatsanwaltschaft, die mit ihrer Anklage noch allenfalls wegen Sachbeschädigung eine reale Grundlage gehabt hätte, und das auch nicht gerade vor einem Oberlandesgericht. Mit allen Mitteln hat sie versucht zu verbergen, daß bereits früher schon Parolen gesprüht waren, um den Frauen schließlich alle vorwerfen zu können. Das erscheint auch als den Zweck, um den §129a (Unterstützung einer kriminellen Vereinigung) mit Inhalt zu füllen.

Freispruch für Journalisten – Rüge für BGH

kvz. Der Stuttgarter Ehrengerichtshof hob jetzt das Urteil eines Freiburger Ehrengerichts gegen einen Rechtsanwalt und Journalisten auf und rügte gleichzeitig den Bundesgerichtshof wegen seines Urteils im Böse-Prozeß. Der BGH hatte 1979 den Freispruch für Krankenpfleger Böse aufgehoben, den das Freiburger Schwurgericht zunächst u.a. deswegen ausgesprochen hatte, weil die Kripo verbotene Vernehmungsmethoden angewandt hatte. Der Journalist bezeichnete in 2 Zeitungsartikeln das Aufhebungsurteil des BGH als ;,,skandalös'' und es werde darin ,,beschönigt, vertuscht, umgedreht, wie es dem BGH paßt'' Der Stuttgarter Ehrengerichtshof stellte fest, daß die journalistische Tätigkeit nicht unter anwaltliches Standesrecht fallen könne, auch wenn der Journalist selbst Anwalt sei, und der Senatsvorsitzende rügte in seiner Urteilsbegründung den BGH: Es sei ,,in der Tat sehr ungewöhnlich'', daß der BGH höchst fragwürdig zustande gekommene Ermittlungsergebnisse im Fall Böse unkritisch hingenommen habe. Auch daß der BGH außerdem ,,in auffälliger Weise'' sich nicht einmal mit der eigenen früheren Rechtssprechung auseinandergesetzt habe, wonach bereits eine Schlaflosigkeit von 30 Stunden jegliches Vernehmungsergebnis gerichtlich unverwertbar werden läßt, habe dem Journalisten weiteren Anlaß zu Mißtrauen und Kritik gegenüber der BGH-Entscheidung geben können.

Nazi-Ehre verletzt

kvz. Wegen übler Nachrede gegenüber der NPD verurteilte Richter Engelken vom Buxtehuder Amtsgericht den Deutschlehrer Ritz Tiemann aus Stade zu 12 Tagessätzen à 40 DM. In einem Leserbrief an die Lokalzeitung hatte der Lehrer nach einer Schlägerei zwischen Jungnazis und Gegendemonstranten gefragt, ob der Forderung nach neuen KZs Raum gegeben werden solle, denn, so wörtlich: ,,anders könne man die Parole ,Rotfront verrecke' ja wohl nicht verstehen.'' Die Richter bescheinigten den Nazis, daß sie ehrbare Leute sind, und verurteilten den Lehrer ob seiner KZ-Äußerung wegen übler Nachrede gegen die NPD.

Heißler-Prozeß beginnt von neuem

kvz. Nach anderthalbmonatiger Prozeßdauer muß der Prozeß gegen Rolf Heißler in Düsseldorf, der wegen zweifachen Mordes und zweifachen Mordversuchs angeklagt ist, zu wesentlichen Teilen von neuem beginnen. Das Gericht stellte am vergangenen Montag auf den Antrag des Angeklagten die Befangenheit einer Dolmetscherin fest, die an den polizeilichen Voruntersuchungen mitgewirkt hatte und in den letzten Wochen für die Übersetzung niederländischer Zeitungen zuständig war. Die Dolmetscherin hatte einer niederländischen Zeugin, die Heißler erkannte haben wollte, nach der Vernehmung versichert: ,,Sie haben gut getippt.''

Gesetz zur Gleichberechtigung der Frau in Vorbereitung

kvz. Einen Gesetzentwurf zur Gleichberechtigung der Frau hat laut ,,Spiegel'' das Bundesinnenministerium in der Schublade. Kernstück des Gesetzes sollen ,,bestimmte Zielvorgaben (Quoten) zur Beseitigung von Gleichberechtigungsdefiziten'' sein, d.h. daß bei der Bewerbung von gleich Qualifizierten die Behörden oder Betriebe gehalten sein sollen, den Kandidaten des ,,unterrepräsentierten Geschlechts'' zu nehmen. Gegenüber den Kapitalisten soll dies freilich nicht bindende Gesetzeskraft haben, sondern nur bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und Gelder mitberücksichtigt werden. Vorbild sind die USA und Schweden. Zumindest in den USA – wo es sich auch um eine Gesetzgebung zugunsten der unterdrückten Nationalitäten handeln soll – überwiegen in der Realität Bürokratismus und Augenwischerei. Die Linke in den USA setzt sich allerdings durchweg für eine entschiedende Ausdehnung solcher Anti-Diskriminierungs-Gesetzgebung ein.



„Es geht nicht nur um den Pfennig, es geht auch um unsere Ehre“

70000 Arbeiter gegen die Regierungspolitik in Stuttgart

Von Volker Lehmann

Statt der erwarteten 20000 sind 70000 nach Stuttgart zur Demonstration und Kundgebung des DGB gekommen. Aus einer Protestveranstaltung im Rahmen der Veranstaltungen des DGB gegen die „Sparbeschlüsse“ ist eine Manifestation des Kampfes der westdeutschen Arbeiterklasse gegen diese Regierungspolitik und für den selbständigen Kampf der Gewerkschaften geworden. Knapp einen Monat nach der Demonstration in Bonn ist auch der letzte Pfeiler dieser Regierungspolitik ins Wanken gekommen. Es ist nicht nur Stuttgarts größte Demonstration gewesen, es war dazu noch eine politische Demonstration der Arbeiterklasse, ein deutliches Zeichen des politischen Fortschritts der Arbeiterklasse.

Franz Steinkühler, IGM-Bezirksleiter und für die SPD im Stuttgarter Landtag, hat seine Rede eingeleitet mit einem Zitat von Willi Bleicher. Während des Tarifkampfes 1971 vor 40000 an der gleichen Stelle hatte er gesagt: „Es geht nicht mehr nur um den Pfennig, es geht auch um unsere Ehre.“ Um die Ehre der Arbeiterklasse, den Kampf für den sozialen Fortschritt fortzuführen, in der Gewißheit, „daß es uns doch gelingen wird, die Geschichte für uns zu entscheiden“.

Die Arbeiterklasse als Träger des Kampfes für den sozialen Fortschritt, gegen den Krieg, gegen die Umweltzerstörung, angetreten gegen die gegenwärtige Regierungspolitik der SPD und gegen die stille Billigung dieser Politik auch in den Gewerkschaften. Schon in der Mobilisierung waren die Differenzen innerhalb der Gewerkschaften und zwischen den Gewerkschaften um das richtige Vorgehen heftig entbrannt. Die 70000 sind an vielen Stellen gegen die Demobilisierung der Orts- und Kreisverwaltungen, gegen den Willen vieler Funktionäre und Mitglieder nach Stuttgart gekommen. Die Gefahr des Regierungsantritts der schwarzen Reaktion ist beschworen worden, wenn die Gewerkschaften sich jetzt auch noch gegen diese Regierung stellten. Finanzminister Matthöfer (ehemals IGM) hat sich in einem Brief an alle Betriebsräte der IGM gegen das Flugblatt der IGM Bezirke Baden-Württemberg gewandt, weil dort die Bundesregierung als „betrogene Betrüger“ bezeichnet wird.

Baden-Württemberg hat das schnellste industrielle Wachstum aller Länder in der Geschichte der BRD, es hat auch jetzt noch mit 3,9% eine der niedrigsten Arbeitslosenraten. Es wird von der CDU im Land regiert, es gibt zahlreiche CDU-Bürgermeister. Und es hat eine traditionell kampfstarke Arbeiterbewegung, insbesondere in der Metallindustrie, wo eine Reihe von Schlüsselerfolgen für diese Gewerkschaft erkämpft wurden.

Der DGB, aufgefordert von IGM und GEW, ist mit dieser Demonstration und Kundgebung ein erhebliches Risiko eingegangen. Daß dies zu einem Erfolg wurde, liegt einerseits gerade an dem schroffen Angriff, den insbesondere die IGM, aber auch die GEW gegen diesen Regierungskurs gefahren hat. Und zwar sowohl auf der Ebene des Landes gegen CDU-Späth in erster Linie durch die GEW, wie auch gegen die SPD/FDP-Bundesregierung. Der zweite Schlüssel des Erfolgs ist die praktische Kampfbereitschaft der Gewerkschaften, repräsentiert durch Steinkühler, dessen Vorschläge viele Leute hören wollen.

Steinkühler hat seinen Kritikern für den weiteren Kampf der Gewerkschaften die Alternative so dargestellt: Entweder wird dieser Sozialstaat auf der Grundlage des Grundgesetzes weiterentwickelt durch systematische Einschränkung der Verfügungsgewalt der Kapitalisten durch Mitbestimmung und staatliche Eingriffe, oder die BRD wird auf dem gegenwärtigen Kurs der Regierung zum Unternehmerstaat, einem Staat der Großkonzerne.

Falls die SPD die gegenwärtige Politik fortsetzt, werden die Gewerkschaften die über hundertjährige Zusammenarbeit von Sozialdemokratie und Gewerkschaften aufkündigen, die SPD wird ihre Basis verlieren. Und zwar ist eine Niederlage der Arbeiterbewegung auf dem jetzigen Kurs vorgezeichnet, denn bei steigender Arbeitslosigkeit werden die Sozialversicherungen pleite gehen, wird das Kapital als profitschwangerere und strahlender Sieger aus dieser Krise herauskommen. Auf der Strecke wird das bleiben, was sich die Arbeiterbewegung erkämpft hat, und es wird Raum geschaffen für die politische Reaktion. Steinkühler verwies bewußt auf Weimar, um vor den Folgen der Unterwerfung der Arbeiterbewegung unter die Gesetzmäßigkeiten des Kapitals zu warnen.

Steinkühler hat die Pflöcke, an denen die SPD eine Kehrtwendung machen soll, eingerammt: Einführung der Karenztage, Beschäftigungsprogramm und, wenn auch abgeschwächt, die 1%ige Kürzung im Öffentlichen Dienst mit dem Eingriff in die Tarifautonomie, insbesondere dann, wenn sie auf die Industrien durchschlägt. Dies gibt der Bundesregierung natürlich noch erheblichen Spielraum, ein Großteil der jetzigen Kürzungen sind damit mehr oder weniger gebilligt.

Diese politische Analyse zur Begründung einer selbständigen Politik der Gewerkschaften, die natürlich reichlich sozialdemokratisch gefärbt ist, war die Stärke der Steinkühler-Rede. Die Schwäche waren die Ausführungen für eine längerfristige Politik der Gewerkschaften. In seiner gehaltenen Rede konzentrierte er sich im wesentlichen auf die Begründung des Beschäftigungsprogramms, seiner Finanzierbarkeit und Machbarkeit ohne auf die Gefahr für Lohnforderungen und Unterdrückung der Arbeiter einzugehen.

Interessanter als das, was er zu den positiven Schlußfolgerungen in seiner Rede gesagt hat, ist das, was er aus seinem Redemanuskript auf der Kundgebung nicht gesagt hat. Das Motiv für diese Streichungen war wohl weniger die schneidende Kälte, als vielmehr die Aktionseinheit im DGB nicht zu gefährden. Aus Vorschlägen an die versammelten Aktivisten wäre durch den geänderten Charakter der Versammlung ein neuer Programmvorschlag der Gewerkschaften geworden.

In diesem Teil – dem nicht in der mündlichen Rede enthaltenen – wird das Profitprinzip des Kapitalismus kritisiert, der Eingriff der Gewerkschaften in alle Unternehmensentscheidungen verlangt und die Frage als die historisch zu lösende aufgeworfen, „ob der Mensch der Produktion zu dienen hat, oder – ob nicht umgekehrt – die Produktion für den Menschen da ist!“

Steinkühlers Schlußaufruf: „Wir brauchen noch mehr Klarheit in den Köpfen, präziseres Wissen um die Gesetzmäßigkeiten dieses Wirtschaftssystems und um die politische Strategie des Gegners“ ist keine Leerformel. Der DGB und die IGM haben schon vor Jahren festgestellt, daß bis 1985 ca. 1 Million Arbeiter zusätzlich alleine aus strukturellen Gründen arbeitslos werden. Dies schient sich durch die Krise beschleunigt durchzusetzen, das Beschäftigungsprogramm mit allen Vor- und Nachteilen ist für diese Größenordung überhaupt keine Lösung, die Suche nach einer wirklichen Alternative in den Gewerkschaften hat erneut begonnen.

Die politische Lage nach dieser Demonstration ist erschüttert, insbesondere der Fahrplan des Austausches der Regierungsmannschaften, um die Regierungspolitik auf einer klaren Linie der Reaktion zu vereinheitlichen. Die Wähler der sozialliberalen Koalition haben sich dreimal in letzter Zeit zu Wort gemeldet, aber nicht mehr als Wähler, sondern als kämpfende Bewegungen. In der „Welt“ wird nicht zu Unrecht die Frage aufgeworfen, ob Kohl unter solchen Bedingungen wohl regieren könnte, oder ob man nicht besser erst der Arbeiterbewegung, der Bewegung im Kampf gegen den Krieg und der Ökologie-Bewegung über eine Wahlniederlage der SPD etc. einen Schlag versetzt? Neuwahlen sind in der Diskussion, sie zeigen auf die Beschleunigung des Klassenkampfes hin.







Am 9.11.1981 führte der DGB Hessen in der Frankfurter Festhalle ebenfalls eine Kundgebung gegen die Haushaltspläne der SPD/FDP-Bundesregierung sowie gegen die geplanten Stellenstreichungen des Frankfurter Magistrats durch. Auf der nicht gut besuchten Versammlung forderten große Teile der Teilnehmer eine Stellungnahme des DGBs auch gegen die geplante Startbahn West.



es geht auch um unsere Ehre“

70000 Arbeiter gegen die Regierungspolitik in Stuttgart



Am 9.11.1981 führte der DGB Hessen in der Frankfurter Festhalle ebenfalls eine Kundgebung gegen die Haushaltspläne der SPD/FDP-Bundesregierung sowie gegen die geplanten Stellenstreichungen des Frankfurter Magistrats durch. Auf der nicht gut besuchten Versammlung forderten große Teile der Teilnehmer eine Stellungnahme des DGBs auch gegen die geplante Startbahn West.





Nationalsozialismus und Judenvernichtung

Anläßlich des Judenprogroms vom 9. November 1938

chm. Am 9. November 1981 fand in Frankfurt am Ehrenmal für die „jüdischen Opfer des Nationalsozialismus" eine Gedenkstunde der sog. „Reichskristallnacht", des Judenprogroms von 1938, statt. Bürgerliche Politiker aller Schattierungen, darunter auch Stadtratspräsident Hellwig, nahmen an der Feierstunden teil. Derselbe Hellwig, der vor ein paar Wochen den Stadtrat der Grünen, Cziorán, in Anspielung auf seine tschechische Abstammung, aus der Sitzung ausgeschlossen hat. Zusmmen mit den Vertretern der jüdischen Gemeinde riefen sie auf zur Toleranz und warnten vor einer Wiederholung der nationalsozialistischen Verbrechen. Das ganze wurde berichtet von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, deren einer Chefredakteur, Benno Reifenberg, auch die Redaktion der Frankfurter Zeitung im Tausendjährigen Reich innehatte. Sicherlich fanden in anderen Städten auch ähnliche Gedenkfeiern statt, mit der ähnlichen Mischung aus ehemaligen (und jetzigen?) Nazis und den offziellen Vertretern des Judentums in der BRD. Diese Feiern sind Teil der politischen Kultur in der Bundesrepublik geworden. Sie bewegen nichts, klären nichts auf und haben die Funktion, den Abscheu über die Verbrechen des Nationalsozialismus am europäischen und deutschen Judentum in kritiklose Unterstützung des Staates Israel umzumünzen, den die BRD für ihre Interessen im Nahen Osten braucht.

Hörend die Reden, die aus deinem Hause dringen, lacht man.
Aber wer dich sieht, der greift nach dem Messer.
Bertold Brecht (1933)

In der schwülstigen und eklektizistischen Ideologie des Nationalsozialismus, wie sie in Hitlers „Mein Kampf" nachlesbar ist, gibt es zwei feste Bezugspunkte, die so, wie sie dort stehen, von dem Nationalsozialismus auch umgesetzt werden: den Antisemitismus und die imperialistische Ausdehnung nach Osten, unter dem Begriff „Lebensraum" subsumiert. In seinem rassenideologischen Denksystem spielt die Verklammerung von Kapitalismus (= Judentum) und Arbeiterbewegung (auch = Judentum, vermittelt über den Marxismus und die Sozialdemokratie) eine zentrale Rolle. Das Judentum kann seine Existenz als „Parasit am Volkskörper" nur sichern, wenn es sich mit der jeweils aufstrebenden Klasse verbündet – als „Hofjuden" hat es sich über die Verschuldung der Fürsten einen Platz in die aufsteigende bürgerliche Klasse gesichert und als Marxist und sozialdemokratischen Führer den Platz in der Arbeiterklasse. „So glaube ich heute im Sinne des allmächtigen Schöpfers zu handeln: Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn", schrieb Hitler in „Mein Kampf".

Der erste Judenboykott, schon im April 1933 inszeniert, wird ein Mißerfolg. Die SA, in Preußen vom neuen Innenminister Göring, schon zur „Hilfspolizei" erhoben, operiert auf eigene Faust in strenger Absprache mit der Parteizentrale. „Eine empörte Menschenmenge" dringt in Breslau ins Landgericht ein, das war die erste einer Serie von Aktionen dieser Art, um „gegen das Übergewicht von Juden in der deutschen Rechtspflege zu demonstrieren." Geschickt den Haß auf die Justiz ausnutzend. Dem sekundierte der „Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen" mit dem Aufruf, die Gericht und Anwaltskammern „von den Angehörigen einer fremden Rasse zu säubern". Auch Terror gegen einzelne jüdische Mitbürger wird registriert, ist jedoch nicht die Regel, und kann immer noch im Falle einer Kritik als „Entgleisung" ausgelegt werden.

Der „bürgerliche" Tod der deutschen Juden

Die Reaktion des Auslands auf den SA-Terror gegen einzelne Juden und der Fehlschlag des ersten Boykottaufrufs gegen jüdische Ärzte, Rechtsanwälte und jüdische Waren läßt die Nationalsozialisten einen anderen Weg beschreiten. Am 7. April verkündete die Reichsregierung ein Gesetz mit dem harmlosen Titel „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums". „Nichtarische" Beamte wurden entlassen – darunter 2000 Wissenschaftler und Hochschullehrer. Bis Ende Mai sind jüdische Beamte und Angestellte sowohl aus dem gesamten öffentlichen Dienst, als auch aus der Justiz und der Wehrmacht ausgeschlossen. Für jüdische Studenten wird an den Hochschulen ein Numerus Clausus eingeführt. Mit der Gründung der Reichskulturkammer im September beginnt der Exodus von Kunst und Literatur und der dunkle Siechtum der deutschen Kultur. Auch aus der Presse werden die Juden entfernt. Die Nürnberger Gesetze von 1935 – „Reichsbürgergesetz" und „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" besiegeln die rechtlichen Handhaben. Das erste Gesetz führt neben der „Staatsbürgerschaft" die Reichsbürgerschaft ein – nur für Arier, und nur sie haben volle politische Rechte. Das „Blutschandegesetz" verbietet die Ehe mit Juden und auch sexuelle Beziehungen zu Juden. In den darauffolgenden drei Jahren werden die Juden von fast allen Berufen ausgeschlossen.

Das Progrom vom 9. November

Der einzige Bereich, der den deutschen Juden noch übrig geblieben war, um sich eine Existenz zu sichern, war die Wirtschaft. Das Progrom vom 9. November hat die Funktion, sie aus diesem Bereich auszuschalten. Schon im Januar war den jüdischen Firmen das Rohstoffkontingent gekürzt worden. Bei der „Arisierung" der deutschen Wirtschaft greift die Partei direkt ein. In einer Anweisung an die Gauleiter schreibt Rudolf Heß, Hitlers Stellvertreter, daß „die Überführung jüdischer Betriebe in deutsche Hände der Partei die Möglichkeit gibt, Volksgenossen, die politisch und fachlich geeignet sind, zu einer selbständigen Existenz zu verhelfen, auch wenn sie finanziell nicht über die entsprechenden Mittel verfügen. Die Partei soll dafür sorgen, daß der Jude keinen unangemessen hohen Kaufpreis erhält. Auf diese Weise wird das Judentum einen Teil der Schäden wieder gutmachen, die es dem deutschen Volk zugefügt hat." Vom April bis zum Novemberprogrom werden ca. 4000 jüdische Firmen und Geschäfte „arisiert', 22 Banken kommen noch hinzu. Nutznießer sind vor allem die deutschen Rüstungskapitalisten.

Bilanz des Programs vom 9. November: 815 Geschäfte zerstört, 29 Warenhäuser, 171 Wohnungen, 191 Synagogen in Brand gesteckt und 76 weitere völlig demoliert. Der Gesamtschaden wurde auf mehrere hundert Millionen Reichsmark beziffert. Die entstandenen Schäden mußten von den Juden beseitigt werden, ihnen wurde eine Kollektivstrafe von 1 Mrd. Mark auferlegt.

Die jüdischen Vermögen, die seit April registiert werden mußten, wurden bis auf eine minimale Summe beschlagnahmt. Die Lockerung des Mietschutzes für die Juden ist das Signal, sie aus ihren Wohnungen zu vertreiben.

Ab 1940 verloren die Juden in Deutschland jeglichen arbeitsrechtlichen Schutz: „Juden, die arbeiten, stehen in einem Beschäftigungsverhältnis eigener Art", sie hatten keinen Anspruch auf Urlaub oder auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Kündigungen seitens des Arbeitgebers waren jederzeit am Ende eines Arbeitstages möglich. Das Jugendarbeitsschutzgesetz wurde für Juden aufgehoben und Lehrlinge durften nicht mehr ausgebildet werden. Ab 1941 wurde der gelbe Judenstern eingeführt.

Als 1940 die ersten Züge mit den Judentransporten in Richtung des eroberten „Generalgouvernements" (Polen) rollten, erregte das wenig Aufsehen. Von den 11 Millionen europäische Juden werden über sechs Millionen in den Gaskammern von Auschwitz, Sobibor, Belzec, Chelmno, Majdanek und Treblinka umgebracht – über 25000 täglich, manchmal stieg die Zahl auf 80000.

Die „Endlösung" und ihre Vollstrecker

Beim Lesen der Berichte über die Vernichtungslager drängen sich zwei sehr naheliegende Fragen auf: Warum? und wieso hat es sowenig Widerstand dagegen gegeben? Beide sind schwer zu beantworten.

Es ist ein Verdienst der Linken und der Marxisten-Leninisten, eine materialistische Analyse des Faschismus als Diktatur der Finanzbourgeoisie entwickelt und damit dem dumpfen Gerede der Adenauer-Ära von der „Kollektivschuld" entgegengewirkt und dem Verständnis für die Funktion des Staates für die Bourgeoisie weitergeholfen zu haben.

Was aber jedoch nicht gelungen ist, ist zu erklären, wie es möglich war, einen Teil des Volkes zu isolieren und zu vernichten, ohne daß sich dagegen nennenswerter Widerstand regte. (Die ersten, die Hitler als das bezeichnet haben, was er war – als Massenmörder – waren die Geschwister Scholl 1945 in München.)

Ich kann hier nur einige Punkte angeben, die mir für eine Erklärung wichtig erscheinen. Der landläufige Antisemitismus, wie er sich nach der im Zuge des Aufstiegs der europäischen Bourgeoisien und der damit verbundenen Gleichstellung der Juden – in ihren verschiedenen Gradationen – sich manifestiert, ist von dem Antisemitismus des nationalsozialistischen Staates grundsätzlich verschieden. War er, wie z.B. in der Dreyfus-Affäre in Frankreich deutlich wird, bisher ein Ventil, um Unmut und Unzufriedenheit der Massen abzulenken, so wurde er im nationalsozialistischen Deutschland zur offiziellen Staatsideologie, zum Herrschaftsinstrument von Partei und Staat. In einem komplizierten Vermittlungsprozeß von Basis und Überbau, dem wir unbedingt nachgehen müssen, war es möglich, Zustimmung, zumindest aber stillschweigende Duldung dafür zu gewinnen. Es ist richtig, daß es einen latenten und offenen Antisemitismus und Rassismus in den Reihen des Kleinbürgertums und der akademischen Mittelschichten gab, ein Potential, das von den Nazis aktiviert werden konnte. Aber bis zu den Todesfabriken ist noch ein weiter Weg. Die „Hitlerspezialisten" bieten als ein Erklärungsmuster an die Trennung zwischen „Hitler, dem erfolgreichen Politiker" bis 1942 und „Hitler, dem wahnsinnigen Massenmörder" (Haffner, Fest). Das scheint mir unschlüssig zu sein. Eine wesentliche Voraussetzung für das Stillschweigen oder die Duldung war m.E., daß es der erfolgreiche Politiker Hitler war, der den Massenmord in die Wege leitete, gestützt zwar auf den diktatorischen Staatsapparat, aber auch au eine Unterstützung von Teilen des Volkes. Seine Erfolge lagen auf zwei elementaren Gebieten: Er hatte die „nationale Schande" des Versailler Vertrages und die Arbeitslosigkeit beseitigt. Das mag zuerst wie eine primitive Erklärung erscheinen angesichts der anderen Seite der Waagschale, des Völkermordes, aber es war so. Und: es gab keinen mehr 1939, der das Wesen des deutschen Faschismus hätte klarlegen können. (Die KPD schob die Frage der Behandlung der Juden beiseite als „Ablenkung vom Klassenkampf".)

Es gibt auch keine Belege dafür, daß der imperialistische Traum von der Eroberung Europas, der den 2. Weltkrieg entfesselte, nicht von großen Teilen des Volkes mit der Führung geträumt worden ist. Schon zu Beginn des Krieges hatte Hitler in einer seiner Massenreden den europäischen Juden gedroht, wenn sie wieder, also wie im ersten Weltkrieg, dem deutschen Volk eine Niederlage bereiten, so werden sie vernichtet. Unüberhörbar – sicher, aber vorstellbar und glaubhaft?

Hannah Arendt arbeitet als wesentliches Merkmal der Beziehung zwischen Herrschern und Beherrschten in einem totalitären Staat heraus, daß die Beherrschten das, was die Herscher sagen, nicht glauben, da sie vollauf damit befaßt sind, sich dem Zugriff des Staatsapparats zu entziehen, was eine gewisse politische Apathie zur Folge hat. Das scheint mir plausibel. Bei der „Endlösung" im Gegensatz zum „bürgerlichen Tod" der deutschen Juden schlugen die Nazis obendrein eine etwas andere Taktik ein: Hatte sich der bürgerliche Tod der Juden unter Augen und Ohren der Nichtjuden abgespielt, und wurde als das deklartiert, was es war, Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Leben, so war das im Falle der Judenmorde etwas anderes. Hitler hatte zwar den europäischen Juden mit Vernichtung gedroht, aber umgesetzt wurde das Vernichtungsprogramm außerhalb der Grenzen des sogenannten „Altreichs" unter größter Geheimhaltung der Vernichtungsabsicht. (Die Geheimhaltung bezog sich jedoch nicht auf die Transporte selbst. Der Fahrplan der Züge in die Vernichtungslager lag an jedem Bahnhof öffentlich aus.)

Weiter: Die Judenvernichtung fand im Kriege statt. So war es möglich, die Komplizenschaft an diesem Verbrechen von der SS auf breite Teile der Wehrmacht und der gewöhnlichen Polizei auszudehnen. Tausende von Polizisten waren am Zusammentreiben der Juden für die Transporte beteiligt. Tausende von Soldaten und Offiziere waren als „Einsatzkommandos" an den Morden beteiligt. Die Befehlsgewalt hatte allerdings in vollem Umfang die Waffen-SS, die über Himmler direkt Hitler unterstellt war.

Die Proteste, die aus der Wehrmacht kamen, betrafen die „Irrationalität", daß soviel Personal der unmittelbaren Kriegsführung entzogen wurde und daß die Züge mit den Judentransporten die Gleise für notwendigen Materialtransport versperrten. Die Frage nach dem Sinn und Zweck dieser Vernichtungsfabriken muß noch beantwortet werden: Es ist nicht die Verwendung der wehrlosen Juden als Arbeitssklaven ausschließlich, die sie aufrechterhielt. Nur 20–30% der verschleppten Juden konnten überhaupt zu Arbeitseinsätzen verschickt werden. (Man muß unterscheiden zwischen den Konzentrationslagern, wie es sie in der Nähe fast jeder deutschen Stadt gab und die Sklavenhaltereinrichtungen für die deutschen Kapitalisten waren, und den Vernichtungslagern auf besetztem polnischen Territorium. Um die geht es hier).

„Staatlicherseits vorgeschriebene Umwertung der Werte"

„Jeder Beamte muß sich vor Augen halten, daß mangelnde Tatkraft strenger beurteilt wird, als ein Irrtum bei seiner Pflichtausübung", sagte Göring kurz nach seiner Berufung zum Innenmnister. Hitler singt in „Mein Kampf" Lobesarien über die Tugenden der Pflichterfüllung. Am Beispiel Adolf Eichmann, Leiter des Referats IVb im Hauptamt der SS (RFSS), zuständig für die Transporte der deutschen und europäischen Juden in die Vernichtungslager, versucht Hannah Arendt ein politisches Psychogramm, nicht des SS-Offiziers, sondern des NS-Beamten, der in der Tradition des preußischen Beamtentums steht, zu entwerfen:

Eichmann, befragt, ob er denn ein schlechtes Gewissen gehabt habe, antwortet, er hätte schlechtes Gewissen gekriegt, wenn er die Befehle seiner Vorgesetzten nicht ausgeführt hätte. Er habe im Rahmen seiner Pflicht als Beamter die Aufgabe, die ihm zugeteilt war, die Judenvernichtung zu organisieren, versucht, „nach bestem Wissen und Gewissen" auszuführen. Ein einziges Mal spricht er von einer „staatlicherseits vorgeschriebenen Umwertung der Werte": Das Verbrechen, der Mord wird zur legalen Ordnung und der Widerstand gegen den Mord wird unter Strafe gestellt. Wobei damit einher geht, daß die Verantwortlichkeit des Einzelnen in dem mordenden Staatsapparat auf ein Minimum reduziert wird – er handelt im Auftrag des „Führers". Der „Verwaltungsmassenmord" wird von Verwaltungsbeamten, die weisungsgebunden sind, durchgeführt.

Die Weisung zum Mord wird in einer weiteren Verkehrung als die schwere Bürde des Mörders und ein Gebot des Gewissens begriffen. (s. Himmlers Rede) Das Verbrechen an der Menschheit, begangen am jüdischen Volk, ist vom Gewissen des Mörders befohlen, der sich dadurch als Opfer versteht, wie Eichmann das in Jerusalem auch konsequent getan hat.

Das ist die „Umwertung der Werte", die der Nationalsozialismus durchgesetzt hatte, die Schranke, die er als besondere Spielart des Faschismus in Deutschland, im Umgang der Völker untereinander eingerissen hat. Das ist nicht „wiedergutzumachen".

Benutzte nützliche Literatur:

Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. Büchergilde Gutenberg, 1958
dies., Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. Piper Paperback 1964
Eugen Kogon, Der SS-Staat. Europäische Verlagsanstalt 1958
Im Kreuzfeuer: Der Fernsehfilm Holocaust. Eine Nation ist betroffen. hrsg. von Peter Märthesheimer und Ivo Frenzel. Fischer TB 4213, 1979
Abraham Leon, Judenfrage und Kapitalismus. Trikont 1973
Michael Schneider, Den Kopf verkehrt aufgesetzt oder die melancholische Linke. Sammlung Luchterhand 324, 1981

Endlösung der Judenfrage
„Wannsee-Protokoll", 20.1.1942

(...) Die Federführung bei der Bearbeitung der Endlösung der Judenfrage liege ohne Rücksicht auf geografische Grenzen zentral beim Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei (Chef der Sicherheitspolizei und des SD) ...

An Stelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach Osten getreten. Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweigmöglichkeiten anzuprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrge von wichtiger Bedeutung sind ...

Unter entsprechender Leitung sollen im Zug der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.

Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesen zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellen, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. (s. Erfahrung d. Geschichte)

Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt ...

Quellenangabe: Walter Hofer (Hrsg.) Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945, Frankfurt/M. 1957 (= Fischer Bücherei 172)

Gut, daß wir die Härte hatten
Geheimrede Heinrich Himmlers, 21.6.1944

Eine andere große Frage war noch notwendig zu lösen. Es war die furchtbarste Aufgabe und der furchtbarste Auftrag, den eine Organisation bekommen konnte: der Auftrag, die Judenfrage zu lösen. Ich darf dies auch in diesem Kreis wieder in aller Offenheit mit ein paar Sätzen sagen. Es ist gut, daß wir die Härte hatten, die Juden in unserem Bereich auszurotten. Fragen Sie nicht, wie schwer das war, sondern haben Sie als Soldaten – ich möchte fast sagen – Verständnis dafür, wie schwer ein solcher Befehl durchzuführen ist.

(...) Ich sagte allen meinen Männern: Wir haben erstens den Befehl, und zweitens gebietet uns das Gewissen, diese harte Reinigung durchzuführen. Wenn es uns schwerfällt, dann wollen wir an die Kinder denken, die durch diesen Bonbenterror, der letzten Endes von den Juden organisiert ist, starben, bevor sie überhaupt zum Leben gekommen sind. Dazu sind wir berechtigt, das müssen wir.

Ebenso will ich auch eine Frage, die sicherlich gedacht wird, gleich beantworten. Die Frage heißt: Ja, wissen sie, daß sie die erwachsenen Juden umbringen, das verstehe ich, aber die Frauen und Kinder ...? – Da muß ich Ihnen etwas sagen: Die Kinder werden eines Tages groß werden. Wollen wir so unanständig sein, daß wir sagen: nein, nein, dazu sind wir zu schwach, aber unsere Kinder können sich mit ihnen mal abgeben. Die sollen das auch einmal auskämpfen. Dann würde dieser jüdische Haß heute kleiner und später großgewordener Rächer sich an unseren Kindern und Enkeln vergreifen, so daß sie noch einmal das gleiche Problem zu lösen hätten, dann aber in einer Zeit, da kein Adolf Hitler mehr lebt. Nein, das können wir nicht verantworten. Das wäre feig gewesen, und deswegen haben wir eine klare Lösung vorgezogen, so schwer sie auch war.

Quellenangabe: Bradley F. Smith und Agnes F. Peterson, Heinrich Himmler. Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen. Frankfurt – Berlin – Wien 1974

Ohne die Stimmen der Unabhängigen kein Bürgermeister in Hambergen

Bei den niedersächsischen Kommunalwahlen im September errang in der Landgemeinde Hambergen (über 10000 Einwohner, Landkreis Osterholz) ein unabhängiger Kommunalpolitischer Arbeitskreis (UKA) 5,1% der Stimmen und damit einen Sitz im Gemeinderat. Das Prekäre für die bis dato allein im Gemeinderat vertretenen Parteien SPD und CDU: Ohne die Stimmen des UKA keine Mehrheit und kein Bürgermeister.

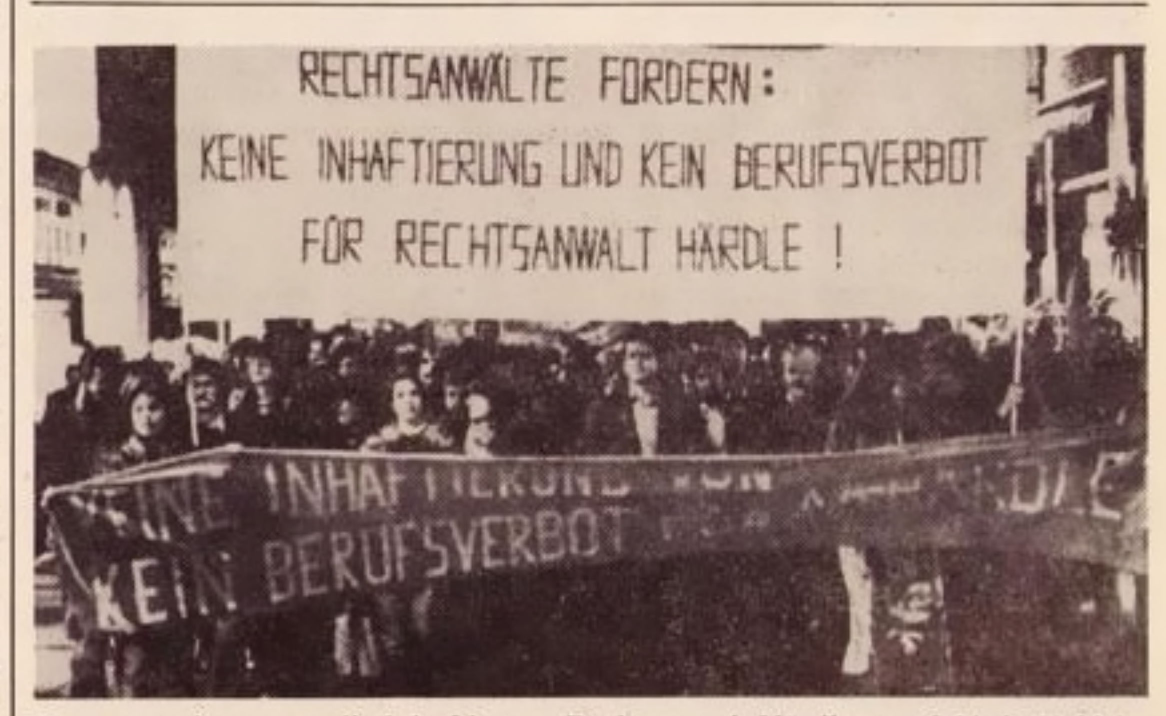
Im Gemeinderat sind vertreten: SPD 13 (46,8%), CDU 12 (45,5%), UKA 1 (5,1%) sowie FDP 1 Sitz (2,0%). Auf der Grundlage ihres Wahlprogramms hat die UKA ein 6-Punkte-Programm als verbindliche Grundlage für Gespräche und Verhandlungen mit den anderen Parteien aufgestellt und sich auf dieser Grundlage bereits mit dem Vertreter der FDP, einem Landwirt, zu einer Fraktion im Gemeinderat zusammengeschlossen, um in allen Ausschüssen des Gemeinderats präsent zu sein. Der Fraktionsvorsitz liegt beim UKA-Gemeinderat, der in dem Verwaltungs-, Finanz-, Schul- und Sozialausschuß mitarbeitet. Während der FDP-Vertreter in dem Feuerwehr-, Bau- und Wege- sowie Planungs- und Umweltausschuß sitzt.

Das 6-Punkte-Programm der UKA umfaßt folgende Inhalte: 1. Stop des bereits beschlossenen Rathaus-Neubaus, der 4 Mio. kosten soll, von denen die Gemeinde 0,8 Mio. selber aufbringen kann. Bildung eines Untersuchungsausschusses, der für den Gemeinderat billigere Alternativen anstelle eines Neubaues erarbeitet, keine Umlageerhöhung der einzelnen Kreise – die diese zur Kürzung etwa bei der Kinderversorgung zwingen könnte – sowie keine Neuverschuldung, sind die Forderungen. 2. Finanzielle Förderung eines Jugend- und Kulturhauses in Hambergen unter Selbstverwaltung der Jugendlichen. 3. Demokratische Kommunalpolitik; Öffnung aller Gemeinderatsausschüsse für die Teilnahme interessierter Leute, Durchführung von Bürgerversammlungen vor wichtigen Entscheidungen, notfalls von Umfrageaktionen der Gemeinde, an deren Ergebnis der Gemeinderat sich zu halten hat. 4. Kein Panzergleis vom Bahnhof Hambergen zur benachbarten US-Kaserne in Garlstedt. Durchführung einer Einwohnerbefragung bei Ablehnung der Trasse durch die Einwohner, Einspruch des Gemeinderats gegen den Trassenbau. 5. Rücknahme der kurz vor den Wahlen erfolgten Kanalgebührenerhöhung von 2,50 DM pro Kubikmeter auf 1,50 DM pro Kubikmeter sowie des Mindestverbrauchs von 60 Kubikmeter auf 30 Kubikmeter. 6. Die Gemeinde soll mit allen Mitteln den Zuweisungskürzungen durch Bund und Länder entgegentreten bis hin zur Einbehaltung von Verbundsteuern durch die Gemeinde.

Die bisherigen Gespräche mit CDU und SPD ergaben, daß die SPD – die bisher im Gemeinderat die Mehrheit mit dem Bürgermeister stellte – dieses Programm ablehnt, da die Punkte 1 und 5 (eventuell auch der Punkt 4) gesetzeswidrig sein sollen, während die CDU sich mündlich bereits erklärte, das 6-Punkte-Programm als verbindliche Grundlage ihrer Gemeinderatstätigkeit zu unterzeichnen, sowie der UKA den Posten des stellvertretenden Bürgermeisters anbot. Weitere Verhandlungen finden noch statt und es wird auch noch gerätselt, ob die CDU die ,,Gesetzeswidrigkeit'' des Punktes 5 nicht erkannt hat. Jedenfalls hat die UKA mit der Forderung nach Gebührenzurücknahme einen zentralen Punkt getroffen. Finanziell hängen die Kommunen an der Kette der Zuweisungen durch den Zentralstaat. Anders als bei der Aufteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern bedarf es bezüglich der Festlegung des Anteils der Kommunen an den Steuern keiner Verhandlungen, sondern beschließen die Landesparlamente wie sie wollen und ohne Verhandlungen mit den Kommunen. Die Zuweisungen für das laufende Haushaltsjahr brachte der Landgemeinde Hambergen 154000 DM weniger Zuweisungen, die geplanten Kürzungen der Zuweisungen betragen für 1982 463000 DM und für 1983 305000 DM. Bereits heute beträgt die Verschuldung Hambergens 12 Mio. DM. Weitere Kreditaufnahmen und damit höhere Kapital- und Zinsdienste einerseits sowie eine laufend sich erhöhende Gebührenpolitik und Haushaltskürzung bei den von den Gemeinden finanzierten Versorgungseinrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Schwimmbädern, Müll- und Abwasserbeseitigung andererseits sind damit bereits vorprogrammiert. So bei den umstrittenene Gebührenerhöhungen in Hambergen. Die Einnahmen bei der vorherigen Gebühr von 1,50 DM pro Kubikmeter deckten die tatsächlichen Kosten für die Abwasser einschließlich der Reparaturen und Instandhaltung. Aufgrund von Landesverordnungen sind die Gemeinden aber gezwungen, unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu kalkulieren, d.h. Abschreibung sowie Verzinsung nach einem festgelegten Satz zu errechnen, wodurch sich die *betriebswirtschaftlichen* Kosten der Abwasserung um mehr als das doppelte der *tatsächlichen* Kosten darstellen. Um diese effektiven Haushaltsmehreinnahmen finanzieren die erhöhten Abwassergebühren andere Haushaltsposten, nämlich insbesondere die wachsenden Kredittilgungen und Zinsen. Die Bewohner hingegen bezahlen sowohl Steuern als Kanalanschlußgebühren (1500–2000 DM), Anschlußgrundgebühren (3500 DM), den Anschluß an das Haus sowie dann die regelmäßigen Gebühren pro Kubikmeter (zusätzlich mit der Schönheit eines Mindestverbrauchs, der über dem tatsächlichen durchschnittlichen Verbrauch liegt). Kurz, die Gebühren verwandeln sich immer mehr in eine zweite Steuer, die umso mehr angezogen wird, je weiter die Zuweisungen an die Gemeinden gekürzt werden.

Die von der UKA geforderte Herabsetzung der Gebühren auf ihren früheren Stand würde ,,gesetzeswidrig'' gegen die Landesverordnung zur betriebswirtschaftlichen Kalkulation verstoßen. Einen entsprechenden Beschluß des Gemeinderats würde die Kreisregierung aufheben und zurückverweisen, und der Gemeinde bliebe nur die Möglichkeit, ihren Bankrott zu erklären, mit dem Effekt, daß die Kreisregierung Lüneburg einen Staatskommissar für die Landgemeinde Hambergen einsetzen würde, der dann die höheren Gebühren verordnen könnte – aber sie auch einziehen lassen müßte, was ihm unter Bedingungen, daß die Mehrheit des Gemeinderats die Gebühren ablehnt und dies heute schon dem Willen der Mehrheit der Einwohner entspricht, erheblich politische Schwierigkeiten machen würde. Der politische Eklat wäre da und zwar gegen eine finanz- und politische Verfassung, die die Gemeinden zu reinen Bütteln des Zentralstaats, genauer, zu Bütteln der Banken macht, die an der Staatsschuld Zins und Zinseszins einsacken. Positiv für eine *Selbstverwaltung* der Gemeinden, die nicht wie jetzt ein reiner Hohn, sondern den Willen der Einwohner demokratisch zum Ausdruck bringen kann. In Hambergen jedenfalls macht sich die dortige SPD zum Büttel der Zentralgewalt und Banken mit ihrer Ablehnung des 6-Punkte-Programms der UKA, während die UKA zugleich aber aus höheren landespolitischen Kreisen der SPD Rat und Hilfe bei der Organisierung des notwendigen Kampfes der Gemeinden gegen Landes- und Bundesreglementierungen erhält. In Hambergen jedenfalls wird man wissen, daß ähnlich, wie es in Berlin an Stobbe und (zu befürchten) in Hessen an Börner liegen wird, es hier an den örtlichen SPD-Vertretern liegen wird, wenn sich eine Wahlentwicklung nach links in eine Regierungsentwicklung nach rechts ausdrückt. Falls sich in Hambergen die SPD von der CDU im Widerstand gegen die Erdrosselung der Gemeinden durch Bund und Land übertreffen läßt.

Kontaktadresse des UKA: Hans Jürgen Schepers, 2864 Vollersode/Friedensheim, Tel. 04794/467.



Demonstration gegen die Inhaftierung Rechtsanwalt Härdles am 6.11. in Heidelberg

Westberlins Schüler gegen Sparmaßnahmen

frp.Westberlin. Am 22./23.10. fand die 3. Landesschülerkonferenz (LSK) statt. Von vornherein wurde die Konferenz von Schulsenatorin Laurien boykottiert. So wurde z.B. kurzfristig die Zusage für die Räume zurückgezogen und entstandene Kosten für Flugblätter nicht wie vereinbart übernommen. Trotz der etwas chaotischen Umstände muß man sagen, daß die Organisation recht gut klappte.

Die ca. 350 Schüler teilten sich in verschiedene Arbeitsgruppen auf, die sich mit den Themen: Sparmaßnahmen, Schüleraktivierung, Ausländerproblematik und Disziplinierung von Schülern und Lehrern befaßten. Es wurden Erfahrungen ausgetauscht und Anträge ausgearbeitet, die später

sundheitswesen gestrichen werden, richten. So wird von der LSK ein Schulstreik für den 14. Dezember vorgeschlagen. Vor diesem Schulstreik sollen in der ersten Dezemberwoche Aktionen an den Schulen laufen, die der Aufklärung und der Vorbereitung des Streiks dienen sollen. In ,,Urabstimmungen'' sollen die Schüler sich für oder gegen einen Schulstreik entscheiden, den insgesamt dann die Landesschülervertretung (LSV) organisieren wird. Die Schüler eines Bezirks sollen jeweils zu den Rathäusern demonstrieren. Dieser Streik wird in Verbindung mit der GEW ablaufen, die uns ihre Unterstützung zugesagt hat. Die Aktionen an den einzelnen Schulen sollen von der Gesamtschülervertre-

Vor dem Urteil im Whyl-Prozeß ,,Ein abgekartetes Spiel''

m.m.Freiburg. Mit den Plädoyers der Anwälte der Bürgerinitiativen am 27./28. Oktober und 4. November wurde nach 30monatiger Prozeßdauer und 13 Verhandlungstagen die mündliche Beweisaufnahme des Mannheimer Verwaltungsgerichtshofes zum KKW Whyl abgeschlossen. Der Vorsitzende Wiedemann gab zu erkennen, daß bis Jahresende mit einem schriftlichen Ur-

Flucht nach vorne angetreten, nachdem zuvor zum zweiten Mal aufgeflogen war, daß es mit den von den Betreibern vorgeschlagenen Gutachtern stundenlange Privatgespräche vor Abfassung der ihnen vorzulegenden Beweisfragen und ihrer endgültigen Bestellung geführt hatte. Kurzerhand erklärten die Richter, derartige Praktiken bildeten einen selbstverständlichen

– die Tatsache, daß mit Wirtschaftsminister Eberle der Antragsteller die eigene Genehmigungsbehörde war;
– die schädlichen Auswirkungen des Kühlturmbetriebs auf die landwirtschaftlichen Sonderkulturen;
– das ungelöste Problem des radioaktiven Abfalls, weil er ja von Whyl entfernt werde;
– die energiewirtschaftliche Notwen-

umfaßt folgende Inhalte: 1. Stop des bereits beschlossenen Rathaus-Neubaus, der 4 Mio. kosten soll, von denen die Gemeinde 0,8 Mio. selber aufbringen kann. Bildung eines Untersuchungsausschusses, der für den Gemeinderat billigere Alternativen anstelle eines Neubaues erarbeitet, keine Umlageerhöhung der einzelnen Kreise – die diese zur Kürzung etwa bei der Kinderversorgung zwingen könnte – sowie keine Neuverschuldung, sind die Forderungen. 2. Finanzielle Förderung eines Jugend- und Kulturhauses in Hambergen unter Selbstverwaltung der Jugendlichen. 3. Demokratische Kommunalpolitik; Öffnung aller Gemeinderatsausschüsse für die Teilnahme interessierter Leute, Durchführung von Bürgerversammlungen vor wichtigen

handlungen finden noch statt und es wird auch noch gerätselt, ob die CDU die ,,Gesetzeswidrigkeit'' des Punktes 5 nicht erkannt hat. Jedenfalls hat die UKA mit der Forderung nach Gebührenzurücknahme einen zentralen Punkt getroffen. Finanziell hängen die Kommunen an der Kette der Zuweisungen durch den Zentralstaat. Anders als bei der Aufteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern bedarf es bezüglich der Festlegung des Anteils der Kommunen an den Steuern keiner Verhandlungen, sondern beschließen die Landesparlamente wie sie wollen und ohne Verhandlungen mit den Kommunen. Die Zuweisungen für das laufende Haushaltsjahr brachte der Landgemeinde Hambergen 154000 DM weniger Zuweisungen, die geplan-

wachsenden Kredittilgungen und Zinsen. Die Bewohner hingegen bezahlen sowohl Steuern als Kanalanschlußgebühren (1500–2000 DM), Anschlußgrundgebühren (3500 DM), den Anschluß an das Haus sowie dann die regelmäßigen Gebühren pro Kubikmeter (zusätzlich mit der Schönheit eines Mindestverbrauchs, der über dem tatsächlichen durchschnittlichen Verbrauch liegt). Kurz, die Gebühren verwandeln sich immer mehr in eine zweite Steuer, die umso mehr angezogen wird, je weiter die Zuweisungen an die Gemeinden gekürzt werden.

Die von der UKA geforderte Herabsetzung der Gebühren auf ihren früheren Stand würde ,,gesetzeswidrig'' gegen die Landesverordnung zur betriebswirtschaftlichen Kalkulation ver-



Demonstration gegen die Inhaftierung Rechtsanwalt Härdles am 6.11. in Heidelberg

Vor dem Urteil im Whyl-Prozeß ,,Ein abgekartetes Spiel''

m.m.Freiburg. Mit den Plädoyers der Anwälte der Bürgerinitiativen am 27./28. Oktober und 4. November wurde nach 30monatiger Prozeßdauer und 13 Verhandlungstagen die mündliche Beweisaufnahme des Mannheimer Verwaltungsgerichtshofes zum KKW Whyl abgeschlossen. Der Vorsitzende Wiedemann gab zu erkennen, daß bis Jahresende mit einem schriftlichen Urteil zu rechnen sei, falls das Gericht nicht wider Erwarten – bei bisher 12 abgelehnten – einen der acht ausstehenden Beweisanträge der Bürgerinitiativen positiv bescheidet.

Bevor das Gericht sich jedoch aus den mit Lobesworten für die gute Prozeßführung und kluge Beweisaufnahme gespickten Schlußvorträgen des Landesanwalts Naumer und KWS-Vertreters Kuhn Anregungen für die Schlußredaktion des Urteils nehmen konnte, bedurfte es zum dritten Mal einer anderen Kammer, um seine weiße Weste der Unbefangenheit weißzuwaschen. Wie gehabt, konnte diese an der von den BI-Anwälten gerügten Ablehnung eines Beweisantrages (mit der objektiv falschen Behauptung, der vorgeschlagene Gutachter habe vor dem Verwaltungsgericht eine bewußte Falschaussage gemacht) keine Befangenheit entdecken. So konnten sich dann auch die Betreiber-Anwälte, aus deren Schriftsatz diese falsche Behauptung stammte, beruhigt zurücklehnen. Der für sie gefährliche Gutachter ist für sämtliche Gerichtsverfahren aus dem Rennen.

Der ganze Vorgang bekräftigte erneut die Erklärung, die die Pressevertreter der Bürgerinitiativen während der Prozeßrunde im September abgegeben hatten: ,,Das Vertrauen in die Objektivität des Gerichtes ist nun endgültig zerstört. Die gegebene ‚Befangenheitserklärung' war eine eindeutige Parteinahme.'' In dieser ,,Befangenheitserklärung'' war das Gericht die Flucht nach vorne angetreten, nachdem zuvor zum zweiten Mal aufgeflogen war, daß es mit den von den Betreibern vorgeschlagenen Gutachtern stundenlange Privatgespräche vor Abfassung der ihnen vorzulegenden Beweisfragen und ihrer endgültigen Bestellung geführt hatte. Kurzerhand erklärten die Richter, derartige Praktiken bildeten einen selbstverständlichen Bestandteil ihrer Informationspflicht, die sie bei allen Gutachtern angewandt haben. In einem Flugblatt, das über die örtlichen Gemeindeanzeiger in beinahe jeden Haushalt der Kaiserstuhl-Gemeinden gelangte, werten die Bürgerinitiativen die Wege der ,,Wahrheitsfindung'' unter anderm so: ,,Nach Vorstellung des VGH wird die Auswirkung des Kühlturms auf das Klima nicht untersucht ... Inzwischen hat Dr. Thudium zu dieser Frage ein Gutachten vorgelegt. Es handelt sich um die bisher einzige Untersuchung der Auswirkung von Kühlturmschwaden auf Nebel. Wenn diese Berechnungen stimmen, dann wird es für den Wein am Kaiserstuhl sehr kritisch! Der VGH will aber Dr. Thudium nicht hören. Er argumentiert: Die Erkenntnisse von Thudium stammen aus einer Zeit nach der Genehmigung des Kernkraftwerks und sind deshalb unerheblich ... Kann man noch einäugiger für die Kernindustrie urteilen? Beim Reaktordruckgefäß war das natürlich anders. Damals, 1975, ging man zutreffend davon aus, daß ein Bersten nicht auszuschließen war. Erst später entdeckte Kußmaul seinen optimistischen Stahl (ironische Verballhornung für den angeblich entdeckten ‚optimierten Stahl', d.Verf.). Diese Erkenntnis will der Senat natürlich verwerten.''

In ihren Plädoyers faßten die BI-Anwälte die Einwände und Argumente zusammen, und wie das Gericht mit ihnen umging. Für nicht verhandlungsbedürftig hielt das Gericht unter anderem:

– die Tatsache, daß mit Wirtschaftsminister Eberle der Antragsteller die eigene Genehmigungsbehörde war;
– die schädlichen Auswirkungen des Kühlturmbetriebs auf die landwirtschaftlichen Sonderkulturen;
– das ungelöste Problem des radioaktiven Abfalls, weil er ja von Whyl entfernt werde;
– die energiewirtschaftliche Notwendigkeit, weil dies unter das hergebrachte Institut der Gewerbefreiheit fällt.

Bei den vom Gericht für verhandlungsfähig erachteten Einwänden stellte sich das Gericht insbesondere bei der Sicherheitstechnik von vornherein auf einen dem Freiburger Verwaltungsgericht entgegengesetzten Standpunkt. Dieses hatte der offiziellen Sicherheitsdoktrin, die nur ,,hypothetische Störfälle'' kennt, für die keine Vorsorge nötig sei, eine Absage erteilt und einen Berstschutz verlangt. Umgekehrt der VGH: er läßt sich beweisen, daß die Wahrscheinlichkeit denkbar gering ist, und lehnt alle weitergehenden Beweisanträge ab. Oder, wie es die Betreiberanwälte in zynischer Offenheit formulierten: ,,Die herrschende Wissenschaft ist die unserer Fachleute. Sie gilt es ohne Wenn und Aber zu akzeptieren.''

Die Bürgerinitiativen haben angekündigt, daß sie im Fall des zu erwartenden negativen Urteils in Revision gehen. Gleichzeitig haben sie betont, daß der Prozeß nur ein Teil der politischen Auseinandersetzung um Whyl ist. Hier liegt gegenwärtig die Hauptschwäche der Bürgerinitiativen: seit 1979 findet diese Auseinandersetzung fast ausschließlich im Gerichtssaal statt. Gegenüber der Ankündigung Späths, Whyl auch gegen die Mehrheit der Bevölkerung druchzusetzen, und der in der Presse geführten Debatte über den dafür günstigsten Zeitpunkt, stehen die Vorstellungen für eine Strategie, die die Bevölkerung in die Initiative bringt, erst am Anfang.

Westberlins Schüler gegen Sparmaßnahmen

frp.Westberlin. Am 22./23.10. fand die 3. Landesschülerkonferenz (LSK) statt. Von vornherein wurde die Konferenz von Schulsenatorin Laurien boykottiert. So wurde z.B. kurzfristig die Zusage für die Räume zurückgezogen und entstandene Kosten für Flugblätter nicht wie vereinbart übernommen. Trotz der etwas chaotischen Umstände muß man sagen, daß die Organisation recht gut klappte.

Die ca. 350 Schüler teilten sich in verschiedene Arbeitsgruppen auf, die sich mit den Themen: Sparmaßnahmen, Schüleraktivierung, Ausländerproblematik und Disziplinierung von Schülern und Lehrern befaßten. Es wurden Erfahrungen ausgetauscht und Anträge ausgearbeitet, die später im Plenum nochmals diskutiert und verabschiedet wurden. Die LSK beschloß: Keine Schließung von Gesamtschulen; Ablehnung des grundständigen Gymnasiums; Fahrpreisermäßigung bei Bus und U-Bahn für Oberstufenschüler; politisches Mandat für die Gesamtschülervertretungen sowie Einstellung aller Berufsverboteverfahren. Das Hauptthema der Konferenz aber waren die Sparmaßnahmen im Bereich der Bildung.

In Verbindung mit den Studenten sind im Dezember verschiedene Aktionen geplant, die sich gegen den Rüstungswahn, der Unsummen von Geld kostet und die beim Bildungs- und Gesundheitswesen gestrichen werden, richten. So wird von der LSK ein Schulstreik für den 14. Dezember vorgeschlagen. Vor diesem Schulstreik sollen in der ersten Dezemberwoche Aktionen an den Schulen laufen, die der Aufklärung und der Vorbereitung des Streiks dienen sollen. In ,,Urabstimmungen'' sollen die Schüler sich für oder gegen einen Schulstreik entscheiden, den insgesamt dann die Landesschülervertretung (LSV) organisieren wird. Die Schüler eines Bezirks sollen jeweils zu den Rathäusern demonstrieren. Dieser Streik wird in Verbindung mit der GEW ablaufen, die uns ihre Unterstützung zugesagt hat. Die Aktionen an den einzelnen Schulen sollen von der Gesamtschülervertretung organisiert werden, weil die LSV kein Geld für größere Projekte (Flugblätter u.ä.) zur Verfügung hat. Bereiten wir ihnen also einen heißen Herbst!

Wenn man die 3. LSK mit denen davor vergleicht, so muß man einen qualitativen Unterschied feststellen. Die LSV hat in den Jahren davor die Verbindung zur Basis der Schülerschaft verloren gehabt und versucht jetzt diese Bindung wieder herzustellen. Vielen Schülern fiel auf, daß einige Anträge schon in den Jahren zuvor gestellt wurden, aber keine Wirkung zeigten. Es bleibt zu hoffen, daß die LSV die Arbeit weiter verstärkt und das weitere Aktionen folgen werden.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898 Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Nürnbergs Justiz schafft sich ihre Gesetze selbst

Nach der Massenverhaftung jetzt die Fließbandurteile?

ke. Bereits der erste Prozeßtag im Gefolge der Nürnberger Massenverhaftungen vom 5. März hat gezeigt, daß hier noch längst nicht der letzte Skandal produziert ist. Unter gewöhnlichsten Umständen hätten die Biertischurteile des Vorsitzenden Richters Mangel in der Justizkneipe „Bierkanne" jederzeit die Feststellung der Befangenheit zur Folge gehabt. Nicht so in diesem Prozeß. Solche Skandale sind das notwendige Beiwerk für Anklagen und Urteile, denen es an einer gesetzlichen Grundlage mangelt.

Seit Jahren schon versucht die CDU/CSU, den Landfriedensbruchparagrafen wieder erheblich zu verschärfen. Auf dem Gesetzgebungsweg ist sie damit gescheitert, in Nürnberg schert sich ein Justizapparat, der auf die Macht des Tatsächlichen setzt, darum wenig. Was die Unionspolitiker zu Bonn ausdrücklich als Gesetzeslücke bejammern, bildet die Basis der Nürnberger Anklageschriften. Insofern ist der Prozeß Justizgeschichte.

1. Die gesetzliche Grundlage – §125 Strafgesetzbuch

Am 12.6.1981 brachten die CDU/CSU-regierten Länder einen Initiativ-Antrag zur Änderung des Landfriedensbruch-Paragraphen 125 des Strafgesetzbuches in den Bundesrat ein. Das Problem, das der Antrag lösen soll, wird in der Begründung des Antrages so angegeben:

„Alle Erfahrungen aus der polizeilichen Vollzugspraxis deuten darauf hin, daß §125 StGB in seiner geltenden Fassung den Schutz der öffentlichen Sicherheit nicht ausreichend zu gewährleisten vermag. Der harte Kern gewalttätiger Demonstranten, gegen den sich die Strafdrohung richtet, kann seine Ausschreitungen in der Deckung durch die Menge – darunter häufig Sympathisanten – ohne größeres Risiko begehen. Die aktiven Gewalttäter werden durch die umstehende Menge abgeschirmt. In den meisten Fällen ist es nicht möglich, die Tatbeiträge der Hauptakteure und ihre Identität festzustellen. Daß eine solche Strafvorschrift den öffentlichen Frieden nicht wirklich zu schützen vermag, liegt danach auf der Hand und wird durch die Erfahrungen bei den Ausschreitungen bestätigt, die in jüngster Zeit gemacht werden konnten." (BR-Drucks. 255/81)

Die Lösung des Problems sieht der Antrag in der Änderung des §125 StGB, dessen Absatz 2 nach der Vorstellung der antragstellenden CDU/CSU-regierten Länder diejenigen unter Strafe stellen soll, die sich der Menschenmenge anschließen oder sich nicht aus ihr entfernen, nachdem ein Träger von Hoheitsbefugnissen die Menge aufgefordert hat, auseinanderzugehen. Die Strafandrohung reicht bis einem Jahr Freiheitsstrafe.

Mit diesem Gesetzesänderungsantrag soll §125 Strafgesetzbuch in der

Ausschreitungen in der Deckung durch die Menge – darunter häufig Sympathisanten – ohne größeres Risiko begehen. Die aktiven Gewalttäter werden durch die umstehende Menge abgeschirmt. In den meisten Fällen ist es nicht möglich, die Tatbeiträge der Hauptakteure und ihre Identität festzustellen. Daß eine solche Strafvorschrift den öffentlichen Frieden nicht wirklich zu schützen vermag, liegt danach auf der Hand und wird durch die Erfahrungen bei den Ausschreitungen bestätigt, die in jüngster Zeit gemacht werden konnten." (BR-Drucks. 255/81)

Die Lösung des Problems sieht der Antrag in der Änderung des §125 StGB, dessen Absatz 2 nach der Vorstellung der antragstellenden CDU/CSU-regierten Länder diejenigen unter Strafe stellen soll, die sich der Menschenmenge anschließen oder sich nicht aus ihr entfernen, nachdem ein Träger von Hoheitsbefugnissen die Menge aufgefordert hat, auseinanderzugehen. Die Strafandrohung reicht bis einem Jahr Freiheitsstrafe.

Mit diesem Gesetzesänderungsantrag soll §125 Strafgesetzbuch in der
Fassung, die er 1970 durch die sozialliberale Parlamentsmehrheit erhielt, wieder auf seinen alten Stand von 1871 zurückgeführt werden, als er mit folgendem Wortlaut in das Strafgesetzbuch des Deutschen Reiches aufgenommen wurde:

„§125. Wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrottet und mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewaltthätigkeiten begeht, so wird jeder, welcher an dieser Zusammenrottung Theil nimmt, wegen Landfriedensbruches mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Die Rädelsführer, sowie diejenigen, welche Gewaltthätigkeiten gegen Personen begangen oder Sachen geplündert, vernichtet oder zerstört haben, werden mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft; auch kann auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein." (Reichsgesetzblatt 1871, I, 152)

In dieser Fassung galt die Bestimmung bis zu ihrer Änderung durch das Dritte Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 20.5.1970, durch das sie folgenden Wortlaut erhielt:

„§125. (1) Wer sich an
1. Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen oder
2. Bedrohungen von Menschen mit einer Gewalttätigkeit,
die aus einer Menschenmenge in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen werden, als Täter oder Teilnehmer beteiligt oder wer auf die Menschenmenge einwirkt, um ihre Bereitschaft zu solchen Handlungen zu fördern, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft, soweit die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist.

(2) Soweit die in Absatz I Nr. 1, 2 bezeichneten Handlungen in §113 mit Strafe bedroht sind, gilt §113 Abs. 3,4 sinngemäß."

„§125a. In besonders schweren Fällen des §125 ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter
1. eine Schußwaffe bei sich führt,
2. eine andere Waffe bei sich führt, um diese bei der Tat zu verwenden,
3. durch eine Gewalttätigkeit einen anderen in die Gefahr des Todes oder einer schweren Körperverletzung (§224) bringt oder
4. plündert oder bedeutenden Schaden an fremden Sachen anrichtet." (BGB 1970, I, 505 ff.)

Diese Gesetzesänderung war von vorherein erklärtes Reformziel der sozialliberalen Koalition. Sie wurde damals bereits von der CDU/CSU abgelehnt. Bereits damals schieden sich die Geister an der Frage, ob auch Neugierige sowie solche Personen wegen Landfriedensbruch zu bestrafen seien, die trotz der Gewalttätigkeiten in der Menge verharren, weil es ihnen um das mit der Demonstration verfolgte Anliegen geht. Von den 26 Sachverständigen, die dazu gehört wurden, sprachen sich 10 für eine Bestrafung des bloßen Verbleibens in einer gewalttätigen Menge aus, 16 dagegen. Interessanterweise verteilten sich die Vertreter der Polizei gleichmäßig auf diese beiden Gruppen.

„Die Mehrheit des Ausschusses war der Meinung, daß es angesichts der Bedeutung der Demonstrationsfreiheit nicht gerechtfertigt erscheine, denjenigen zu bestafen, der sich durch die – wenn auch von mehreren Demonstranten verübten, von ihnen aber nicht gebilligten – Gewalttätigkeiten nicht veranlaßt sieht, sich zu entfernen, son-

Diese Gesetzesänderung war von vorherein erklärtes Reformziel der sozialliberalen Koalition. Sie wurde damals bereits von der CDU/CSU abgelehnt. Bereits damals schieden sich die Geister an der Frage, ob auch Neugierige sowie solche Personen wegen Landfriedensbruch zu bestrafen seien, die trotz der Gewalttätigkeiten in der Menge verharren, weil es ihnen um das mit der Demonstration verfolgte Anliegen geht. Von den 26 Sachverständigen, die dazu gehört wurden, sprachen sich 10 für eine Bestrafung des bloßen Verbleibens in einer gewalttätigen Menge aus, 16 dagegen. Interessanterweise verteilten sich die Vertreter der Polizei gleichmäßig auf diese beiden Gruppen.

„Die Mehrheit des Ausschusses war der Meinung, daß es angesichts der Bedeutung der Demonstrationsfreiheit nicht gerechtfertigt erscheine, denjenigen zu bestafen, der sich durch die – wenn auch von mehreren Demonstranten verübten, von ihnen aber nicht gebilligten – Gewalttätigkeiten nicht veranlaßt sieht, sich zu entfernen, son-
dern sich weiter an der Demonstration als solcher beteiligt. Noch weniger erschien es dem Ausschuß vertretbar, jemanden, der sich aus Neugierde in der Menge aufhält, dafür zu bestrafen. Die Mehrheit des Ausschusses gelangte zu dem Ergebnis, daß es ausreiche, zusätzlich zu den durch §125 StGB neuer Fasung erfaßten Tätern und Teilnehmern noch den sogenannten ‚Einheizer' einzubeziehen, nach der Definition des Gesetzes derjenige, der „auf die Menschenmenge einwirkt, um ihre Bereitschaft zu solchen Handlungen zu fördern." (Gutachten Münchener Rechtanwälte vom 13.10.1981)

Die Nürnberger Anklage geht vom genauen Gegenteil aus. Ohne jeden Beweis eigener Tätlichkeiten der Angeklagten klagt sie diese nur an, weil sie bei der Demonstration dabei waren. Mit blanken Behauptungen versucht sie zu ersetzen, was ihr das Ermittlungsverfahren an Beweisen nicht geliefert hat: „Jeder der Teilnehmer wußte auch zu diesem Zeitpunkt, daß er durch sein Mitgehen denjenigen, die zu eigenhändigen Gewalttätigkeiten bereit waren, deren Begehung ermöglichen würde."

Was der bayrischen Staatsregierung im Gesetzgebungsverfahren bisher nicht gelungen ist, versucht sie jetzt, auf dem Weg einer durch die Rechtssprechung zu vollziehenden Änderung der *Auslegung* des §125 StGB zu erreichen. Prof. Küchenhoff (SPD) nennt das den „Justizputsch, die Umwälzung der Staatsnormen von oben nach unten", den „Staatsstreich gegen den Rechtsstaat".

Und um dies durchzusetzen, mußte eine ganze Reihe weiterer grundlegender Rechte verletzt werden.

2. Die Massenverhaftungen – Kein Verfassungsverstoß?

In der Nacht vom 5./6. März 1981 wurden 168 Personen nach einem Demonstrationszug durch die Nürnberger Innenstadt, der vom KOMM ausgegangen war und wieder dorthin zurückführte, festgenommen. Gegen 23 Uhr umstellte die Polizei das KOMM, riegelte alles ab und nahm alle im KOMM befindlichen Personen fest. „Zur Personalienfeststellung" wurde ihnen gesagt, als die Beantragung von Haftbefehlen längst beschlossene Sache war. Bereitwillig und in völliger Unabhängigkeit vom Gesetz erließen fünf Haftrichter am 6. März 141 Haftbefehle – der Eile halber hektographiert. Der dringende Tatverdacht ergab sich für die 141 Verhafteten daraus, „daß d. Beschuldigte in unmittelbarem Zusammenhang mit der Tat festgenommen wurde." – Offensichtlich falsch, weil die Festnahmen im KOMM erfolgten, die angebliche Tat aber nicht im KOMM begangen worden sein soll. Die Fluchtgefahr: „D. Beschuldigte hat eine Strafe zu erwarten, angesichts derer die vorhandenen Bindungen nicht ausreichen. D. Beschuldigte gehört zur Hausbesetzerszene oder sympathisiert mit ihr." Ebenso offensichtlich falsch, weil die für alle 141 Verhafteten gleiche Begründung in keinem einzigen Fall tatsächlich überprüft wurde. Die Verdunkelungsgefahr: „die Mittäter (würden) sich in Freiheit miteinander absprechen" – nachdem sie das während ihrer vierstündigen Festnahme im KOMM, während ihrer gemeinsamen Inhaftierung im Polizeipräsidium und auf der oft langen Fahrt in die verschiedenen bayrischen Haftanstalten nicht getan hätten.

Das Bundesverfassungsgericht segnete mit seinem rechtzeitig vor Beginn der ersten Hauptverhandlung vor dem Landgericht Nürnberg am 16. Oktober

aus, „daß d. Beschuldigte in unmittelbarem Zusammenhang mit der Tat festgenommen wurde." – Offensichtlich falsch, weil die Festnahmen im KOMM erfolgten, die angebliche Tat aber nicht im KOMM begangen worden sein soll. Die Fluchtgefahr: „D. Beschuldigte hat eine Strafe zu erwarten, angesichts derer die vorhandenen Bindungen nicht ausreichen. D. Beschuldigte gehört zur Hausbesetzerszene oder sympathisiert mit ihr." Ebenso offensichtlich falsch, weil die für alle 141 Verhafteten gleiche Begründung in keinem einzigen Fall tatsächlich überprüft wurde. Die Verdunkelungsgefahr: „die Mittäter (würden) sich in Freiheit miteinander absprechen" – nachdem sie das während ihrer vierstündigen Festnahme im KOMM, während ihrer gemeinsamen Inhaftierung im Polizeipräsidium und auf der oft langen Fahrt in die verschiedenen bayrischen Haftanstalten nicht getan hätten.

Das Bundesverfassungsgericht segnete mit seinem rechtzeitig vor Beginn der ersten Hauptverhandlung vor dem Landgericht Nürnberg am 16. Oktober
1981 gefaßten Beschluß die Haftbefehle und ihre Zustandekommen in verfassungsrechtlicher Hinsicht ab. Es sei zulässig, einen sonst unzuständigen, aber eben am Freitagnachmittag im Gerichtsgebäude noch anwesenden Richter zum Haftrichter zu machen. Es sei zulässig, Haftbefehle im Hektographierverfahren zu erlassen. Die Haftbefehle verstießen nicht gegen das Gebot der Verhältnismäßigkeit und ein verfassungsrechtlich erheblicher Verstoß gegen das Gebot der Einzelfallprüfung sei auch nicht zu erkennen (BVerfG, B.v.16.10.1981 – 2 BvR 344/81).

Ganz anders lautete die Stellungnahme der Bundesregierung im Verfassungsbeschwerdeverfahren:

„Mit der hiernach dem Richter obliegenden Pflicht, in das Freiheitsrecht des Betroffenen so schonend wie nach den Umständen nur möglich einzugreifen, wird indessen ein ausreichender Schutz des Betroffenen gegen eine ungerechtfertigte Freiheitsentziehung noch nicht hinreichend gewährleistet. Selbst wenn – materiell gesehen – die Voraussetzungen für die Anordnung von Untersuchungshaft an sich vorliegen und der Erlaß des Haftbefehls in einem angemessenen Verhältnis zu der Bedeutung der Sache und der zu erwartenden Strafe steht, entspricht die Anordnung der Untersuchungshaft nicht rechtsstaatlichen Anforderungen, wenn nicht das Gericht das Strafverfolgungsinteresse gegen den Freiheitsanpruch des im konkreten Einzelfall Betroffenen tatsächlich abgewogen und hierzu auf das Individuum bezogene Feststellungen getroffen hat.

Dabei ist zwar zu berücksichtigen, daß eine Entscheidung über den Erlaß eines Haftbefehls häufig unmittelbar nach dem ersten Zugriff, also in einem sehr frühen Verfahrensstadium getroffen werden muß, so daß die Anforderungen an seinen Inhalt nicht überspannt werden dürfen. Ein Haftbefehl aber, der keine auf den konkreten Beschuldigten bezogene Feststellungen zur Tat, zu den gerade ihn treffenden Verdachtsmomenten und zu den individuellen Haftgründen enthält, würde den nach der oben angeführten Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts an eine Freiheitsbeschränkung durch staatliche Strafverfolgungsorgane zu stellenden Anforderungen nicht genügen. Werden mehrere Personen der Beteiligung an derselben Tat beschuldigt, so müssen sich für jeden einzelnen Beschuldigten aus dem Haftbefehl sein Tatbeitrag und die Tatsachengrundlagen dafür ergeben, daß er der Tat dringend verdächtig ist und daß in seiner Person und seinen persönlichen Verhältnissen begründete Haftbefehle vorliegen. Das gilt vor allem bei einem Straftatbestand wie dem des §125 StGB. Gerade in diesen Fällen müssen die einzelnen Haftbefehle erkennen lassen, daß eine auf den jeweiligen Verdächtigen bezogene individuelle Prüfung stattgefunden hat, die der Möglichkeit eines durchaus unterschiedlichen Tatbeitrags und den persönlichen Verhältnissen des Einzelnen Rechnung trägt.

3. Der gesetzliche Richter

Nachdem bereits im Haftverfahren einem vorher unzuständigen Richter der Sheriff-Stern angesteckt wurde, der dann schon im ersten Anlauf den Rekord von 50 Haftbefehlen an einem Tag aufstellte, wurde auch für die Durchführung der Hauptverhandlungen die Geschäftsverteilung des Landgerichts Nürnberg geändert.

Der Geschäftsverteilungsplan des Gerichts legt im *Vorhinein* für jedes künftige Verfahren fest, von welchem

grundlagen dafür ergeben, daß er der Tat dringend verdächtig ist und daß in seiner Person und seinen persönlichen Verhältnissen begründete Haftbefehle vorliegen. Das gilt vor allem bei einem Straftatbestand wie dem des §125 StGB. Gerade in diesen Fällen müssen die einzelnen Haftbefehle erkennen lassen, daß eine auf den jeweiligen Verdächtigen bezogene individuelle Prüfung stattgefunden hat, die der Möglichkeit eines durchaus unterschiedlichen Tatbeitrags und den persönlichen Verhältnissen des Einzelnen Rechnung trägt.

3. Der gesetzliche Richter

Nachdem bereits im Haftverfahren einem vorher unzuständigen Richter der Sheriff-Stern angesteckt wurde, der dann schon im ersten Anlauf den Rekord von 50 Haftbefehlen an einem Tag aufstellte, wurde auch für die Durchführung der Hauptverhandlungen die Geschäftsverteilung des Landgerichts Nürnberg geändert.

Der Geschäftsverteilungsplan des Gerichts legt im *Vorhinein* für jedes künftige Verfahren fest, von welchem
Richter es behandelt werden soll. Im Dezember 1980 wurde für das Landgericht Nürnberg festgelegt, daß alle erstinstanzlichen Strafsachen gegen Angeklagte mit dem Anfangsbuchstaben A bis Z von der 7. Strafkammer verhandelt werden sollen.

Am 26. Mai 1981, zweieinhalb Monate nach der Verhaftungsaktion und nachdem die Anklage bereits dem bayerischen Justizministerium zur Prüfung vorlag, beschloß das Landgericht Nürnberg, daß die Angeklagten von A bis H vor der 13. Strafkammer, die anderen vor der 7. anzuklagen seien. Angeblich „unerwartet hoher Einlauf" bei der 7. Strafkammer war die Begründung. Die Überprüfung hat jedoch ergeben, daß diese „Begründung" hergeholt ist: Bereits im Februar hatte die 7. Strafkammer 39 anhängige Strafverfahren. Dann können die 40 Verfahren, die sie Mai hatte, nicht ein „unerwartet hoher Einlauf" gewesen sein.

Nicht, daß der Vorsitzende der 7. Strafkammer Pickhan etwa ein besonders liberaler Richter sei, hat die Angeklagten in der jetzt laufenden Hauptverhandlung veranlaßt, die erst nachträglich hergestellte Zuständigkeit der 13. Strafkammer zu rügen. Immerhin hat die 7. Strafkammer unter Vorsitz des Richters Pickhan Angela G., die zwei Personen während der Demonstration vom 5. März 1981 *im* KOMM gesehen hatte, wegen dieser Aussage zu einem Jahr und acht Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung wegen Meineids verurteilt. Immerhin hat dieselbe Strafkammer am Tag vor Beginn der jetzigen Hauptverhandlung die Besetzer eines Hauses in der Roritzer Straße bis zu einem Jahr und neun Monten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Es geht darum, daß die Justiz, gleich aus welchen Gründen, Zuständigkeiten im Bewußtsein verschiebt, daß ganze bestimmte Verfahren aufgrund dieser Verschiebung zu ganz bestimmten Richtern kommen.

4. Der befangene Gerichtsvorsitzende Manger

Im Nürnberger Gericht pfeifen es die Spatzen von den Dächern: Der der 13. Strafkammer vorsitzende Richter ist befangen. „Gebts mits nur her. Die werden mir schon packen!" soll er gesagt haben, nachdem durch die nachträgliche Änderung der Geschäftsverteilung seine Zuständigkeit hergestellt worden war. Oder: „sechs Monate gibt das mindestens!" Aber wie immer, wenn man einen Spatzen versucht zu fangen, fliegen sie alle weg. Keiner will heute von diesen Äußerungen mehr etwas wissen. Hängen geblieben ist allein, was der STERN am 2. April 1981 aufgeschrieben hat:

„Am Biertisch im Wirtshaus „Bierkanne" neben dem Justizpalast saß Richter Manger mit dem Rekordrichter Meyerhöfer, der am 6. März 1981 50 Haftbefehle erlassen hatte. Sie klopften sich, durch Alkohol beflügelt, über die Verhaftungsaktion auf die Schenkel: ‚Richter Meyerhöfer ist eben der Schnellste!' gröhlte Richter Manger am Biertisch. Und: ‚Ich hätte das genauso gemacht wie der Kollege Meyerhöfer'. Heute will er's nicht mehr wissen (was Wunder)."

Das Landgericht (ohne seinen abgelehnten Vorsitzenden) sieht keine Befangenheit „für einen vernünftigen Angeklagten". Der Richter habe, wie jeder andere Staatsbürger auch, das Recht zur Meinungsäußerung. Scheinheilige Einbahnstraße staatsbürgerlicher Rechte: Als die Regensburger Richterin Simm von ihrem staatsbürgerlichen Meinungsäußerungsrecht Gebrauch machte und die Nürnberger Verhaftungsaktion verurteilte, erteilte der Landgerichtspräsident ihr einen dienstrechtlichen Verweis!

5. Der Eingriff in die Verteidigung

In erstinstanzlichen Hauptverhandlungen vor dem Landgericht muß jeder Angeklagte einen Verteidiger haben. Hat er nicht selbst einen beauftragt, wird ihm durch den Gerichtsvorsitzenden ein Pflichtverteidiger bestellt, der, so §142 StPO, möglichst aus der Zahl der beim Landgericht zugelassenen Rechtsanwälte auszuwählen ist.

Die Verhaftung von 141 Personen auf einen Schlag hat in bisher nie gekanntem Ausmaß den Eingriff in Verteidigung verdeutliche, den die 1974 eingeführte Bestimmung des §146 StPO bedeutet, wonach in derselben Sache ein Verteidiger nur einen Beschuldigten verteidigen darf, und ge-

jeder andere Staatsbürger auch, das Recht zur Meinungsäußerung. Scheinheilige Einbahnstraße staatsbürgerlicher Rechte: Als die Regensburger Richterin Simm von ihrem staatsbürgerlichen Meinungsäußerungsrecht Gebrauch machte und die Nürnberger Verhaftungsaktion verurteilte, erteilte der Landgerichtspräsident ihr einen dienstrechtlichen Verweis!

5. Der Eingriff in die Verteidigung

In erstinstanzlichen Hauptverhandlungen vor dem Landgericht muß jeder Angeklagte einen Verteidiger haben. Hat er nicht selbst einen beauftragt, wird ihm durch den Gerichtsvorsitzenden ein Pflichtverteidiger bestellt, der, so §142 StPO, möglichst aus der Zahl der beim Landgericht zugelassenen Rechtsanwälte auszuwählen ist.

Die Verhaftung von 141 Personen auf einen Schlag hat in bisher nie gekanntem Ausmaß den Eingriff in Verteidigung verdeutliche, den die 1974 eingeführte Bestimmung des §146 StPO bedeutet, wonach in derselben Sache ein Verteidiger nur einen Beschuldigten verteidigen darf, und ge-
meinschaftliche Verteidigung mehrerer Beschuldigter durch einen gemeinschaftlichen Verteidiger unzulässig ist, mag der Sachverhalt auch noch so gleich sein, wie in den 141 hektographierten Haftbefehlen.

Gegen den ausdrücklichen Wortlaut der Strafprozeßordnung halten die Gerichte seit Beginn der 70er Jahre die Bestellung eines Pflichtverteidigers vom Gerichtsvorsitzenden *neben* einem vom Beschuldigten beauftragten Wahlverteidiger für möglich: zur „Sicherung des Verfahrens", wie die Formel heißt. Solche Zwangsverteidiger hat das Nürnberger Gericht drei der zehn Angeklagten vor die Nase gesetzt. Den anderen Verteidigern, soweit sie nicht von Nürnberg kommen, verweigert es die Bestellung zu Pflichtverteidigern und macht so die ganze Verteidigung zu einem Kostenrisiko der Angeklagten.

„Die Kosten sind es nicht", weshalb auswärtige Verteidiger nicht zu Pflichtverteidigern bestellt werden, stellt das Gericht fest. Aber das Wetter. Wegen witterungsbedingter Verhinderungen von Verteidigern könnte das Verfahren platzen! Lakonisch stellten Verteidiger fest, daß offensichtlich das Gericht von der Werbung der Bundesbahn „Alle reden vom Wetter, wir nicht" nicht sehr überzeugt sei. Ein anderer Verteidiger, Nürnberger, bemerkt, daß die Schwierigkeit nicht etwa sei, von Hamburg nach Nürnberg zu kommen, sondern – infolge der U-Bahn-Bauarbeiten – vom Nürnberger Hauptbahnhof zum Gericht. Das Gericht hat sich auch darüber hinweggesetzt.

Parlamentswahlen in Belgien

rof.Kleve. Erstmalig verfügen die sozialistischen Parteien SP/PF im belgischen Parlament über genausoviel Sitze wie die christlich-demokratischen Parteien CVP/PSC. Dies ist das wesentliche Ergebnis der vorgezogenen Parlamentswahlen in Belgien, die durch das Scheitern der Regierung Eyskens erforderlich wurden. Die Christdemokraten erzielten das schlechteste Wahlergebnis seit 1945, verloren 21 Abgeordnetensitze und erhalten 61 (Wahl 1978: 82) von insgesamt 212 Parlamentssitzen. Ihr sozialistischer Regierungspartner verfügt jetzt ebenfalls über 61 Sitze (58). SP/PS haben gerade in letzter Zeit einen Kollisionskurs zu ihrem Koalitionspartner in der Regierung eingeschlagen und gewerkschaftliche Kämpfe gegen Betriebsschließungen und Lohnabbau unterstützt. Die SP hat Position gegen die Stationierung amerikanischer Atomraketen bezogen. Ein Großteil der Stimmenverluste der Christdemokraten konnte durch rechtsliberale Parteien PVV/PRL aufgefangen werden. Sie verfügen jetzt über 52 Sitze (37). Stimmengewinne erzielte auch die Volksunion (VU), die für einen selbständigen flandrischen Staat eintritt. Die VU hat ebenfalls Position gegen die Stationierung amerikanischer Atomraketen bezogen. Sie verfügt im neuen Parlament über 20 Sitze (14). Ihren Sitzanteil verdoppeln konnten die grünen Parteien Ecolo/Agalev. Sie erhielten 4 Sitze (2). Die Bildung einer neuen Regierung ist schwierig, erstmalig könnten die christlich-demokratischen Parteien sich auf der Oppositionsbank wiederfinden.

OAU-Truppe Ende des Monats im Tschad

kvz. Die afrikanische Friedenstruppe, die auf Beschluß der OAU vom vergangenen Dezember die libyschen Truppen ablösen soll, wird Ende dieses Monats im Tschad eintreffen. Der tschadische Präsident, Goukoni Oueddei hatte Libyen aufgefordert, seine Truppen abzuziehen. Der libysche Abzug hat schon begonnen. Im Osten ist die Stadt Abeche geräumt. Die Kontingente der afrikanischen Friedenstruppe werden Soldaten aus den Staaten Nigeria, Senegal, Zaire und Togo stellen. Ihr Aufenthalt im Tschad ist vorerst auf ein halbes Jahr begrenzt. Ihre Finanzierung wird auch von den afrikanischen Staaten getragen, die nicht an der Truppe beteiligt sind.

Italienisches Kontingent zum Sinai

hah. Unter dem Druck der USA hat die italienische Regierung beschlossen, mit einem eigenen Militärkontingent

OAU-Truppe Ende des Monats im Tschad

kvz. Die afrikanische Friedenstruppe, die auf Beschluß der OAU vom vergangenen Dezember die libyschen Truppen ablösen soll, wird Ende dieses Monats im Tschad eintreffen. Der tschadische Präsident, Goukoni Oueddei hatte Libyen aufgefordert, seine Truppen abzuziehen. Der libysche Abzug hat schon begonnen. Im Osten ist die Stadt Abeche geräumt. Die Kontingente der afrikanischen Friedenstruppe werden Soldaten aus den Staaten Nigeria, Senegal, Zaire und Togo stellen. Ihr Aufenthalt im Tschad ist vorerst auf ein halbes Jahr begrenzt. Ihre Finanzierung wird auch von den afrikanischen Staaten getragen, die nicht an der Truppe beteiligt sind.

Italienisches Kontingent zum Sinai

hah. Unter dem Druck der USA hat die italienische Regierung beschlossen, mit einem eigenen Militärkontingent
die Truppe zu unterstützen, die entsprechend dem Camp-David-Abkommen die Grenze zwischen Ägypten und Israel sichern soll, wenn die Israelis im April 1982 vom letzten Teil der Sinai-Halbinsel abgezogen sind. Die Kritik der meisten arabischen Länder und der PLO an dieser Entscheidung zielt auf die in ihr enthaltene Anerkennung des Camp-David-Abkommens. Mit einer ähnlichen Begründung lehnt die KPI die Truppenentsendung ab, wobei sie im übrigen darauf hinweist, daß hier zum ersten Mal italienische Truppen außerhalb des NATO-Bereichs eingesetzt werden sollen. Die italienische Regierung versucht, sich aus der Zwickmühle herauszuwinden, indem sie für eine gemeinsame Erklärung der EG-Staaten eintritt, daß die Truppenentsendung nicht einfach eine Anwendung des Camp-David-Abkommens, sondern im Rahmen der Venediger Erklärung der EG-Regierungen vom Juni 1980 zu sehen sei, wo eine „globale Friedenslösung" für den Nahen Osten unter Beteiligung der PLO gefordert wurde. Eine formelle Anerkennung der PLO hat sie aber bisher nicht vorgenommen.

Regierungsbruch geleimt?

rof. Der Bruch in der niederländischen Koalitionsregierung Van Agt scheint geleimt. Die Stationen: 12.10., die Regierungserklärung wird verschoben. 16.10.: Die Regierung bietet ihren Rücktritt an. Zwei Informateure verhandeln 14tägig nichtöffentlich über den Hauptstreitpunkt: Den Uyl's Beschäftigungsplan und seine Finanzierung. Ausgebrütet wird eine Solidaritätsabgabe, die 500 Millionen Gulden in die Staatskassen fließen lassen soll. CDA Finanzminister van der Stee bevorzugt eine Erhöhung der Umsatzsteuer. Der Uyl denkt an eine Erhöhung der Lohn- und Einkommensbelastung. Beide Möglichkeiten sind in einem Kompromißpapier enthalten. Wie Den Uyls Beschäftigungsplan aussieht, ist weitgehend unbekannt, eine Arbeitsgruppe ist eingerichtet worden. Der Gewerkschaftsbund FNV hat noch kein endgültiges Urteil über die Solidaritätsabgabe. Angesichts des Tauziehens um die 500 Mio. Gulden erinnerte FNV Vorsitzender Wim Kok daran, daß die Ölgesellschaften ca. 20 Mrd. Gulden Profite aus niederländischen Erdgas gezogen hätten. Die Gewerkschaft Ernährung des FNV hat sich gegen die Mehrbelastung ausgesprochen und Aufschlag auf die Lohnforderung angekündigt.

Genscher in und aus der Türkei

chm. Wie voraussehbar war Genschers Einsatz für die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen in der Türkei sehr eingeschränkt. Er hat es wohl mal angesprochen gegenüber dem Chef der türkischen Militärregierung, Evren, und posierte für die Fernsehkameras auch mit den Oppositionspolitikern, Demirel und Ecevit, letzterer ist gerade zu 4 Monaten Gefängnis wegen Kritik an der Militärregierung verknackt worden. Aber ins Zeug gelegt hat er sich weder für Ecevit, noch für andere türkische Demokraten, die vom Militärre-

beitsgruppe ist eingerichtet worden. Der Gewerkschaftsbund FNV hat noch kein endgültiges Urteil über die Solidaritätsabgabe. Angesichts des Tauziehens um die 500 Mio. Gulden erinnerte FNV Vorsitzender Wim Kok daran, daß die Ölgesellschaften ca. 20 Mrd. Gulden Profite aus niederländischen Erdgas gezogen hätten. Die Gewerkschaft Ernährung des FNV hat sich gegen die Mehrbelastung ausgesprochen und Aufschlag auf die Lohnforderung angekündigt.

Genscher in und aus der Türkei

chm. Wie voraussehbar war Genschers Einsatz für die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen in der Türkei sehr eingeschränkt. Er hat es wohl mal angesprochen gegenüber dem Chef der türkischen Militärregierung, Evren, und posierte für die Fernsehkameras auch mit den Oppositionspolitikern, Demirel und Ecevit, letzterer ist gerade zu 4 Monaten Gefängnis wegen Kritik an der Militärregierung verknackt worden. Aber ins Zeug gelegt hat er sich weder für Ecevit, noch für andere türkische Demokraten, die vom Militärre-
gime verfolgt werden. Solche „diffizilen" Fragen wie den Völkermord, den Armeen und Polizei an der Bevölkerung des türkischen Teils von Kurdistan begehen, hat er natürlich auch nicht angesprochen. Die kurdischen Studenten in der BRD sind vergangene Woche in den unbefristeten Hungerstreik getreten.

Schwedische Nachwirkungen des U-Boot-Skandals

An die sowjetische Friedenstaube glaubt keiner mehr

coi.Stockholm. „Wie so oft vorher, ist es von allen schwedischen Politikern Olof Palme, der am schnellsten und schärfsten die Gefühle angesichts eines offenen Unrechts zum Ausdruck bringt", kommentierte Dagens Nyheter den Auftritt des Vorsitzenden der schwedischen Sozialdemokratie SAP auf einer von seiner Partei organisierten Kundgebung in Stockholm. Am Freitag, während der Mittagszeit – das sowjetische U-Boot dampft, wieder in internationalen Gewässern, seinem Heimathafen Kaliningrad zu – prangert er vor mehreren tausend Menschen die Rücksichtslosigkeit der sowjetischen Großmacht an und unterstreicht: „Es muß Klarheit über unsere Allianzfreiheit gegenüber den Großmachtblöcken herrschen und über unseren Willen, in einem Krieg neutral zu sein. Die Neutralität muß auch in Friedenszeiten mit Festigkeit gewahrt werden, und wir müssen den Willen und das Vermögen haben, das schwedische Territorium gegen jede Kränkung zu schützen."

Besonderen Beifall bekam er für die Feststellung: „Wir selber bestimmen unsere Neutralitätspolitik. Aber diese von uns gewählte Aktionslinie beinhaltet keine Aktionsfreiheit in dem Sinne, daß Schweden nach dem Ausbruch eines Krieges zwischen den Großmächten sich in einer kritischen Phase unter starkem äußerem Druck an die Seite irgendeiner der kriegführenden Mächte stellen kann, ohne selbst angegriffen zu werden." Auf die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone im Norden eingehend, sagte er: „Nach den Erfahrungen der letzten Wochen glaube ich einer sehr breiten öffentlichen Meinung in Schweden mit der Forderung Ausdruck geben zu können: Weg mit allen atomwaffenbestückten Seefahrzeugen von der Ostsee! Dies würde dem Frieden dienen und die Spannungen im Norden mindern. Jetzt wissen wir, daß diese Forderung nicht nur einem U-Boot gilt, sondern wahrscheinlich vielen U-Booten und vielleicht auch anderen Fahrzeugen."

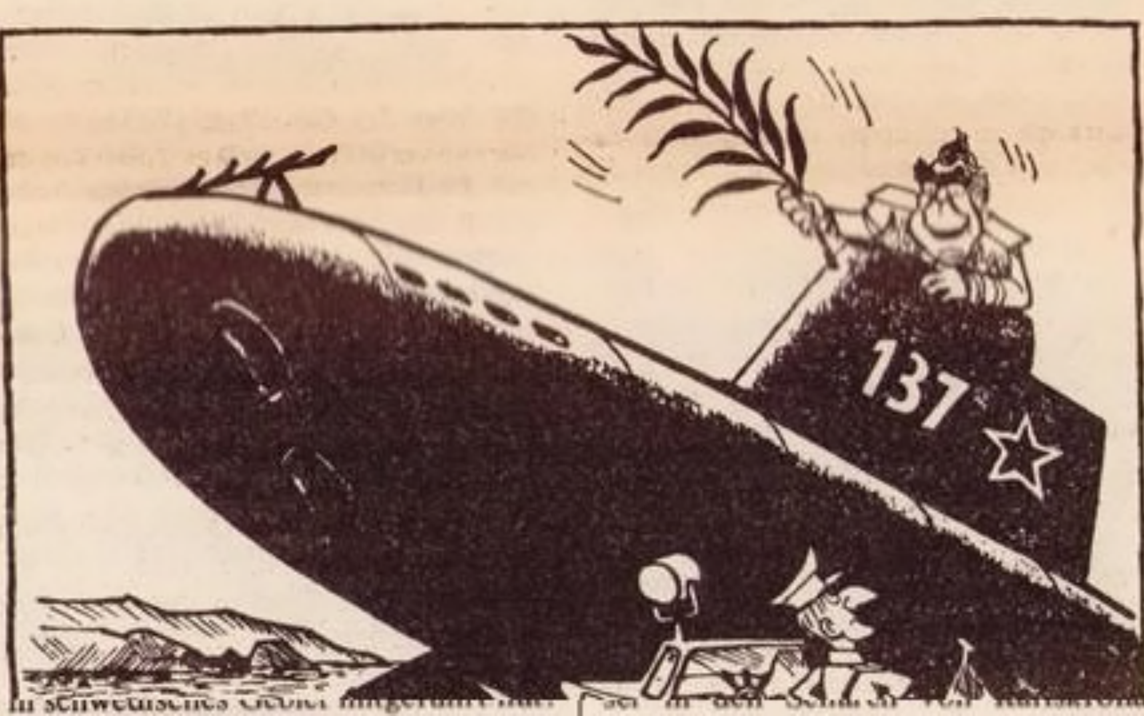
Zwar hat die schwedische Sozialdemokratie die sowjetischen Atomraketen in der Umgebung Skandinaviens immer in die Diskussion um eine atomwaffenfreie Zone eingezogen, doch diese deutliche öffentliche Adresse an die Sowjetunion ist schon bemerkenswert, und Ausdruck eines in den letzten Tagen markant gestiegenen Be-

ten sich in einer kritischen Phase unter starkem äußerem Druck an die Seite irgendeiner der kriegführenden Mächte stellen kann, ohne selbst angegriffen zu werden." Auf die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone im Norden eingehend, sagte er: „Nach den Erfahrungen der letzten Wochen glaube ich einer sehr breiten öffentlichen Meinung in Schweden mit der Forderung Ausdruck geben zu können: Weg mit allen atomwaffenbestückten Seefahrzeugen von der Ostsee! Dies würde dem Frieden dienen und die Spannungen im Norden mindern. Jetzt wissen wir, daß diese Forderung nicht nur einem U-Boot gilt, sondern wahrscheinlich vielen U-Booten und vielleicht auch anderen Fahrzeugen."

Zwar hat die schwedische Sozialdemokratie die sowjetischen Atomraketen in der Umgebung Skandinaviens immer in die Diskussion um eine atomwaffenfreie Zone eingezogen, doch diese deutliche öffentliche Adresse an die Sowjetunion ist schon bemerkenswert, und Ausdruck eines in den letzten Tagen markant gestiegenen Be-
wußtseins in der Bevölkerung über die tatsächliche Rolle der „friedliebenden Sowjetunion" in der Welt. Nun wurde die Entdeckung des hilflos auf einem seichten Felsgrund im militärischen Sperrgebiet liegenden U-Bootes mit großer Empörung, aber auch mit einer ordentlichen Portion Spott aufgenommen, so wirkte die Bekanntgabe der atomaren Bewaffnung des Bootes schockierend, und der Zorn war allgemein, nicht nur weil Schweden grundsätzlich Atomwaffen von seinem Territorium verbannt hat, sondern weil darüberhinaus die Garantieversprechungen Breschnews hier noch frisch in den Ohren klingen, niemals Atomwaffen gegen einen Staat in einer atomwaffenfreien Zone anzuwenden oder nur mit der Anwendung zu bedrohen.

Der schwedische Ministerpräsident Fälldin bezeichnete die U-Boot-Affäre als die „am meisten aufsehenerregende Verletzung der schwedischen Souveränität seit dem zweiten Weltkrieg", dementsprechend sei die Protestnote an die sowjetische Regierung in der „stärksten diplomatischen Sprache" gehalten. In der Note heißt es zum Schluß: „Die schwedische Regierung legt scharfen Protest bei der Regierung der Sowjetunion gegen die Verletzung schwedischen Territoriums und schwedischen militärischen Sperrgebietes ein, das absichtlich mit dem sowjetischen U-Boot 137 begangen worden ist. Die schwedische Regierung erachtet diese grobe Kränkung schwedischen Territoriums um so aufsehenerregender und ernster, als das U-Boot mit großer Wahrscheinlichkeit Kernwaffen in schwedisches Gebiet mitgeführt hat. Die schwedische Regierung fordert, daß die Sowjetunion eine Wiederholung dieses groben Verstoßes gegen Schweden und gegen die fundamentalen Prinzipien des Völkerrechts verhindert."

Die Kernwaffenbestückung des U-Bootes konnte nicht direkt nachgewiesen werden. Als jedoch die schwedische Regierung nach positiven Strahlungsmessungen am Vorderteil des U-Bootes der sowjetischen Seite ihren Verdacht mitteilte und Zugang zum Torpedoraum verlangt hatte, war die unverschämte Antwort gewesen: „Auf dem sowjetischen U-Boot 137 befinden sich, wie auf allen anderen Fahrzeugen zur See auch, die erforderlichen Waffen und Munition. Diese haben jedoch nichts mit dem unbeabsichtigten Eindringen des Bootes in schwedisches Territorialwasser zu tun." Dieses Nicht-Dementi faßt die schwedische Regierung als Bestätigung ihrer Annahme auf, daß das U-Boot entweder Torpedos mit Atomsprengköpfen oder Atomminen an Bord hat. Solche Waffen können sinnvoll nur gegen große Seefahrzeuge, Flugzeugträger und Flottenverbände oder gegen große Marinebasen wie gegen Karlskrona eingesetzt werden. Und die schwedische Militärführung geht davon aus, daß die Anwesenheit des U-Bootes der langfristigen Vorbereitung des Einsatzes einer solchen taktischen Atomwaffe zwecks Zerstörung einer der Hauptbasen der schwedischen Marine im Fall eines Krieges gedient haben kann. Jedenfalls kämmt die Marine zur Zeit die Gewässer in den Schären von Karlskrona nach eventuellen Hinterlassenschaften des U-Bootes ab wie z.B. Miniatursender, die Atomtorpedos selbsttätig zum Ziel dirigieren können. Ein solcher ist, wie erst jetzt bekanntgegeben wurde, vor 10 Jahren von einem Fischer an anderer Stelle entdeckt worden.



Die schwedische Regierung fordert, daß die Sowjetunion eine Wiederholung dieses groben Verstoßes gegen Schweden und gegen die fundamentalen Prinzipien des Völkerrechts verhindert."

Die Kernwaffenbestückung des U-

nach eventuellen Hinterlassenschaften des U-Bootes ab wie z.B. Miniatursender, die Atomtorpedos selbsttätig zum Ziel dirigieren können. Ein solcher ist, wie erst jetzt bekanntgegeben wurde, vor 10 Jahren von einem Fischer an anderer Stelle entdeckt worden.



„Wir wollen zur Friedens-Demo nach Stockholm!"
Karikatur: KARL-HEINZ SCHOENFELD

Das Programm der provisorischen Regierung der Demokratischen Republik Iran

Der im Exil lebende ehemalige iranische Republikspräsident, Bani Sadr, hat im vergangenen Monat gemeinsam mit Massoud Radjavi als Vertreter der Volksmoudjahedin die Bildung einer provisorischen Regierung im Exil bekanntgegeben. Wir veröffentlichen hier einen Auszug aus dem Programm, das im Wortlaut über die Moslemische Studentenvereinigung (Sympathisanten der Organisation der Volksmoudjahedin-Iran P.M.O.I) Konttaktadresse: M.S.V., Postfach 4141, 3000 Hannover.

•

Erstes Kapitel:
Die Provisorische Situation und die grundsätzliche Aufgabe in der Übergangsperiode

1. Die Regierung der Demokratischen Islamischen Republik ist eine provisorische Regierung, die grundsätzlich die Aufgabe hat, die Macht an das iranische Volk zu übertragen und die neue Volksverbundenheit und die neue Volksmacht zu errichten.
2. Diese Regierung erhält ihre Berechtigung durch den gerechten Widerstand des iranischen Volkes gegen das reaktionäre Khomeini-Regime und durch das Blut der besten Modjahed und kämpferischen Kinder des Landes, das gegen die Diktatur und Abhängigkeit vergossen wird.
3. Nach der Auflösung und Entmachtung des volksfeindlichen Khomeini-Regimes, wird die iranische Bevölkerung das lebenswichtigste Recht, und zwar das Recht auf die Volksmacht, geraubt hat, wird die Regierung der Demokratischen Islamischen Republik Irans zur Wahl des verfassungsgebenden Rates durch das Volk aufrufen und durch freie Wahlen mit jeglicher nötigen Garantie das neue legale zukünftige System bestimmen und seine neue Verfassung ausarbeiten lassen.
4. Der verfassungsgebende Rat wird auf dem Wege für die wahre Unabhängigkeit und Freiheit des Landes siegreich sein, wenn von den Handlangern der Imperialisten und Reaktion und den Abfällen des Schahs und Khomeinis und deren treuen Kräften und Parteien gesäubert ist. In dieser Richtung wird die Kompetenz der Kandidaten für die Wahl untersucht.

Über die Einzelheiten wird in der Zukunft berichtet werden. Die Untersuchungen über diese Personen werden mit höchster Unparteilichkeit und mit fähigen Gerichten durchgeführt.

5. Alle Institutionen und Verantwortungen in der Übergangsphase haben eine provisorische Bedeutung und gelten nur bis zur Errichtung neuer Insitutionen und Verantwortungen auf der Grundlage der neuen Verfassung.
6. Das letzte Organ für die Entscheidungen und die Verwaltung des Landes in der Übergangsphase ist der Nationale Widerstandsrat für die Unabhängigkeit und Freiheit der Demokratischen Islamischen Republik, der auf der Grundlage seiner Plattform die Entscheidungen trifft.
7. Das Amt des Präsidenten übernimmt bis zu neuen Präsidentschaftswahlen Dr. Bani-Sadr, der keiner politischen Partei, Gruppe ... zugehört. Jeder Mißbrauch unter seinem Namen ist verboten.
8. Meine Verantwortung (MASOUD RADJAVI) als Verantwortlicher und offizieller Sprecher des Nationalen Widerstandsrates und als Verantwortlicher für die Bildung der provisorischen Regierung der Demokratischen Islamischen Republik ist nur provisorisch.

Drittes Kapitel:
1. Unabhängigkeit
Unabhängigkeit ist im breiten Sinne des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Wortes die erste Lehre unserer Revolution. Es ist aber klar, daß wir nach dem Sturz der Schah-Dynastie nicht unabhängiger geworden sind, sondern abhängiger, wie Präsident Bani-Sadr sagte.

Für das Land, das mehr als 25 Jahre unter der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Herrschaft Amerikas lag, bedeutet das, folgende Punkte zu beachten und zu verwirklichen:

A – Auflösung aller abhängigkeitsschaffenden imperialistischen Verträge und ihre Entlarvung in allen Bereichen und das Verhindern jeglicher wirtschaftlicher Abhängigkeit.

B – Verwirklichung des totalen nationalen Selbstbestimmungs-Rechtes bei allen Naturschätzen und nationalen Reichtümern, insbesondere beim Öl.

C – Austritt aus dem Kreise der einheitlichen Produktion und Beseitigung der Abhängigkeit von Öleinnahmen durch Entwicklung der Landwirtschaft und nationalen Industrie.

D – Nationalisierung des ausländischen Handels zur Unterstützung der nationalen Landwirtschaft und Industrie und das Ermöglichen der Entwicklung der inneren Produktion.

E – Achtung der Priorität der Landwirtschaft; ohne Akzeptierung dieser Tatsache ist, wie das Schicksal vieler unterentwickelten Staaten wirtschaftlich gezeigt hat, jede gesunde Entwicklung und wirtschaftliche Balance unmöglich.

F – Wiederbelebung der nationalen Industrie und Verstärkung der industriellen Produktion und technische und berufliche Schulung. Benutzung der technischen Fortschritte unter der Beachtung der Entwicklung der mittleren und kleinen Industrie, besonders in ländlichen Gebieten.



Warum das lange Schweigen zu Eritrea?

20 Jahre dauert der Krieg um Eritrea. Doch es herrscht weitgehende Stille um ihn. Die afrikanischen Staaten halten sich aus falscher Vorsicht zurück. So bleibt eine der Hauptschandtaten der sowjetischen Aggression verdeckt.

Von Thomas Frank

Seit nunmehr 20 Jahren ist Krieg in Eritrea. 1961 nahmen die für die Unabhängigkeit Eritreas von Äthiopien streitenden nach 20 Jahren politischer Bemühungen den bewaffneten Kampf auf. 1971 spaltete sich von der Eritrean Liberation Front (ELF), die jetzt bei weitem größte Eritrean People's Liberation Front (EPLF) ab. Bis 1978 hatten die eritreischen Befreiungsbewegungen das Land und alle Städte bis auf Asmara, das belagert wurde, und Massuwa, das zwischen den Parteien geteilt war, unter Kontrolle. Zu diesem Zeitpunkt war ein von der Militärdiktatur mit blutiger Erpressung inszenierter ,,Marsch der Bauern" als letztes Mittel gegen Eritrea kläglich gescheitert. Ein gewaltiges sowjetisches Engagement im folgenden mit der Lieferung von Mig 23 Jagdflugzeugen, T 54 Panzern, militärischer Planung, kubanischen Truppen und Piloten aus dem Südjemen verhinderte nicht nur die endgültige Entscheidung zugunsten der Befreiungsbewegungen, sondern verdrängte sie auch wieder aus allen Städten. (Der Einsatz der kubanischen Truppen in Afrika ist über sowjetische Darlehen abgedeckt). Seither hat das äthiopische Regime aber noch in

Seit nunmehr 20 Jahren ist Krieg in Eritrea. 1961 nahmen die für die Unabhängigkeit Eritreas von Äthiopien streitenden nach 20 Jahren politischer Bemühungen den bewaffneten Kampf auf. 1971 spaltete sich von der Eritrean Liberation Front (ELF), die jetzt bei weitem größte Eritrean People's Liberation Front (EPLF) ab. Bis 1978 hatten die eritreischen Befreiungsbewegungen das Land und alle Städte bis auf Asmara, das belagert wurde, und Massuwa, das zwischen den Parteien geteilt war, unter Kontrolle. Zu diesem Zeitpunkt war ein von der Militärdiktatur mit blutiger Erpressung inszenierter ,,Marsch der Bauern" als letztes Mittel gegen Eritrea kläglich gescheitert. Ein gewaltiges sowjetisches Engagement im folgenden mit der Lieferung von Mig 23 Jagdflugzeugen, T 54 Panzern, militärischer Planung, kubanischen Truppen und Piloten aus dem Südjemen verhinderte nicht nur die endgültige Entscheidung zugunsten der Befreiungsbewegungen, sondern verdrängte sie auch wieder aus allen Städten. (Der Einsatz der kubanischen Truppen in Afrika ist über sowjetische Darlehen abgedeckt). Seither hat das äthiopische Regime aber noch in Schlachten, in denen es bis zu 20000 Mann Truppen einsetzte, schwere Niederlagen erlitten. Die sowjetische Flotte mußte äthiopische Truppeneinheiten vor der Vernichtung bewahren. Die Befreiungsbewegungen sind also ungebrochen.

20 Jahre Krieg und trotzdem im großen und ganzen Stille um die Vorgänge in Äthiopien. Dabei ist mit diesem Schweigen ein Eckstein der sowjetischen Afrikapolitik zugedeckt, und nicht nur der Afrikapolitik, geht es doch um ein Gebiet mit 800 km Küste am Roten Meer und zwei wichtigen Häfen, ein Gebiet von unschätzbarer strategischer Bedeutung. So bleibt weitgehend unbekannt, daß die SU mit der Aufrechterhaltung des Mengistu-Regimes eine Regierung stützt, die in Kombination der, natürlich auch vom vorhergehenden Regime ererbten Armut (Lebenserwartung Mitte der 70er Jahre: 35 Jahre), mit der brutalsten, terroristischen Unterdrückung und Auspressung die für die Menschen elendigsten Verhältnisse schafft, die es heute in Afrika gibt. (Z.B. das gegen die im Sommer erhobene Anschuldigung, das Regime habe Sklavenarbeit eingesetzt, ergangene Dementi war bei genauerem Hinsehen eine Bestätigung). Die Verbindung von Armut und militärischer Unterdrückungswut trieb eine halbe Million hauptsächlich eritreischer Flüchtlinge in den Sudan, 1,2 Mio. aus anderen Teilen Äthiopiens nach Somalia (nach Angaben der somalischen Regierung sogar über 1,5 Mio.), 50000 nach Djibouti und brachte ungezählte Flüchtlinge innerhalb Äthiopiens selbst hervor. Insbesondere im Falle Somalias bedeutet dies unsägliches Leid für die Menschen, wird damit doch eines der ärmsten Länder Afrikas belastet.

Doch zurück zur Ausgangsfrage: Warum das lange Schweigen zu diesem Krieg? Offensichtlich ist ein wesentlicher Faktor, daß die OAU, die alle anderen Befreiungsbewegungen auf dem Kontinent unterstützt und beispielsweise alle südafrikanischen Aggressionen vor der Weltöffentlichkeit anprangert, den eritreischen Befreiungsbewegungen keine Rückendeckung gibt. Das aber wirft die Frage auf, warum, ob dieser Kampf eine solche Unterstützung nicht verdient?

Die Furcht vor dem Stammesnationalismus

Der Beginn des Eritra-Krieges ist von der 1963 gegründeten OAU sicher auch aus Respekt vor Äthiopien nicht beachtet worden. Als ein Symbol für die Lebenskraft Afrikas genoß der jahrhundertealte, nur kurzzeitig von Italien kolonisierte Staat ein hohes Ansehen. Zwar war Äthiopien auf der einen Seite Verbündeter der USA und Israels, auch aus Dankbarkeit, daß die USA ihnen Eritrea über die UNO angegliedert hatte, auf der anderen Seite aber hat Äthiopien die Unabhängigkeitsbewegungen Afrikas immer unterstützt. Nicht zufällig ist die OAU in Addis Abeba unter maßgeblicher Beteiligung

Warum das lange Schweigen zu diesem Krieg? Offensichtlich ist ein wesentlicher Faktor, daß die OAU, die alle anderen Befreiungsbewegungen auf dem Kontinent unterstützt und beispielsweise alle südafrikanischen Aggressionen vor der Weltöffentlichkeit anprangert, den eritreischen Befreiungsbewegungen keine Rückendeckung gibt. Das aber wirft die Frage auf, warum, ob dieser Kampf eine solche Unterstützung nicht verdient?

Die Furcht vor dem Stammesnationalismus

Der Beginn des Eritra-Krieges ist von der 1963 gegründeten OAU sicher auch aus Respekt vor Äthiopien nicht beachtet worden. Als ein Symbol für die Lebenskraft Afrikas genoß der jahrhundertealte, nur kurzzeitig von Italien kolonisierte Staat ein hohes Ansehen. Zwar war Äthiopien auf der einen Seite Verbündeter der USA und Israels, auch aus Dankbarkeit, daß die USA ihnen Eritrea über die UNO angegliedert hatte, auf der anderen Seite aber hat Äthiopien die Unabhängigkeitsbewegungen Afrikas immer unterstützt. Nicht zufällig ist die OAU in Addis Abeba unter maßgeblicher Beteiligung Haile Selassies gegründet worden.

Nun kann das Regime nicht unbegrenzt von seiner Geschichte zehren, umso weniger, als das Regime Haile Selassies unter einem Massenansturm wegen seiner inneren, archaischen Verhältnisse zusammengebrochen ist. Zweifellos sind andere Erwägungen wichtiger.

In allen afrikanischen Staaten spielen Widersprüche zwischen Völkerschaften und Stämmen nocht eine mehr oder weniger wichtige Rolle. Nationen im europäischen Sinne haben sich in Afrika nicht herausgebildet. Die vorkolonialen, zum Teil mächtigen afrikanischen Königreiche waren sehr beweglich, sowohl was die Völkerschaften, die sie umfaßten, angeht, als auch in bezug auf die Gebiete, auf denen sie sich ausdehnten. Historisch gewachsene stammesübergreifende Gemeinschaften gibt es kaum. Dem Begriff der Nation kommt daher die Gemeinschaft am nächsten, die sich unter der Kolonialherrschaft und im Kampf dagegen herausbildete. Ungeachtet der Tatsache, daß sie zu den Sprach- und Völkerschaftsgrenzen kreuz und quer läuft. Diese Gemeinschaften sind heute nämlich wirtschaftlich einigermaßen verknüpft, während eine Neuorganisation nach Sprach- und Völkerschaftsgrenzen etwa nicht nur eine weitere, schon heute die Entwicklung schwerst hemmende Zersplitterung bringen würde (ca. 400 Mio. Menschen in über 50 Staaten, also ein Durchschnitt von 8 Mio. bei Existenz solcher Bevölkerungsriesen wie Nigeria 80 Mio., Ägypten 43 Mio., Äthiopien über 30 Mio., Südafrika 27 Mio.), sondern auch die Zerreißung wirtschaftlicher Strukturen zugunsten von Zusammenschlüssen von Gebieten, zwischen denen es heute nahezu keine wirtschaftliche Verbindung gibt. Die OAU-Charta trägt dem damit Rechnung, daß sie die Unabhängigkeit und territoriale Integrität, die Unverletztlichkeit der bestehenden Staatsgrenzen an erster Stelle betont. Ausdruck dieser Tatsache ist auch, wenngleich oberflächlich gesehen paradox, der Panafrikanismus, der an der Wiege der OAU gestanden hat, und von *einer* afrikanischen Nation ausgeht, mit dem Ziel, *einen* Nationalstaat zu schaffen.

Unter dem Druck von Armut und Unterentwickeltheit muß aber jeder afrikanische Staat damit rechnen, daß irgendeine ,,Befreiungsfront" Stammesgefühle zu mobilisieren sucht und damit imperialistische Einmischung geradezu einlädt. Katanga 1960 und 1977, Biafra 1968 sind hinlänglich abschreckende Beispiele. (Von den unzähligen bestehenden ,,Befreingsfronten" ist nur der kleinste Teil in Europa bekannt) Breite Unterstützung kann eine Mobilisierung von ,,Stammesnatio-

damit Rechnung, daß sie die Unabhängigkeit und territoriale Integrität, die Unverletztlichkeit der bestehenden Staatsgrenzen an erster Stelle betont. Ausdruck dieser Tatsache ist auch, wenngleich oberflächlich gesehen paradox, der Panafrikanismus, der an der Wiege der OAU gestanden hat, und von *einer* afrikanischen Nation ausgeht, mit dem Ziel, *einen* Nationalstaat zu schaffen.

Unter dem Druck von Armut und Unterentwickeltheit muß aber jeder afrikanische Staat damit rechnen, daß irgendeine ,,Befreiungsfront" Stammesgefühle zu mobilisieren sucht und damit imperialistische Einmischung geradezu einlädt. Katanga 1960 und 1977, Biafra 1968 sind hinlänglich abschreckende Beispiele. (Von den unzähligen bestehenden ,,Befreingsfronten" ist nur der kleinste Teil in Europa bekannt) Breite Unterstützung kann eine Mobilisierung von ,,Stammesnatio-

nalismus" deshalb heute nicht mehr finden, wenngleich Sonderinteressen den einen oder anderen Staat veranlassen, eine solche Bewegung zur Unterstützung veranlassen. Die große Zurückhaltung im Falle Eritreas erklärt sich aus der Befürchtung, daß es sich um ,,Stammesnationalismus" handele oder zumindest, daß eine Abtrennung Eritreas zur Aufstachelung desselben überall in Afrika genutzt werden könnte.

Die tragische Rolle der Unita in Angola

Das macht übrigens auch zum guten Teil die tragische Rolle der Unita in Angola aus. Mobilisierte sie spätestens nach ihrer Vertreibung in den Busch nur noch auf stammesnationalistischer Basis gegen eine Regierung, die in Worten die Einheit Angolas obenan stellte, so war damit ihre Unterstützung nach einiger Zeit selbst für die Staaten, die der sowjetischen Expansion offen entgegentraten, unmöglich geworden. So wurde sie zum Kalkül der südafrikanischen Aggressionspolitik. Keine Rechtfertigung ist dies allerdings für die Politik der MPLA. Dieser heute 20000köpfigen ,,Vorhutspartei" (0,29 Prozent der Bevölkerung) die, selbst nach einem ihr wohlgensonnenen, aber sich gründlich auskennenden Beobachter wie Joseph Ki Zerbo die 1975 schon vereinbarten Wahlen fürchtete, die die von der Unita angestrebte gemeinsame Regierung ablehnte und stattdessen mit kubanischen Truppen die ,,Volksherrschaft" errichtete. Die Folge war, nach Angaben von Vertretern des Regimes, daß allein aus den beiden wichtigsten Provinzen über 1,5 Mio. Menschen der Unita in den Busch gefolgt sind. Die Unita blockiert heute im Süd-Westen Afrikas die von Zaire und Sambia dringend benötigten Handelswege zum Meer. So etwas kann die von Südafrika ausgehaltene sogenannte ,,mosambikische Widerstandsbewegung" für Sambia, Botswana, Zimbabwe und Malawi auf der anderen Seite Afrikas ohne größere Stammesbasis. Diese kleine Abschweifung unterstreicht nur, welches heißes Eisen Eritrea für die OAU sein muß.

Die eritreische Nation

Ein Indiz für die andere Sachlage im Falle Eritreas ist, daß mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung die modernste Klasse des Volkes immer in vorderster Linie für die Unabhängigkeit Eritreas gestreikt, demonstriert, gekämpft hat.

Seit dem 14. Jahrhundert gab es die auch schon vorher zeitweise unterbrochene Einheit von Eritrea und Äthiopien nicht mehr. Mohamedanische Völker, die längste Zeit die Türken, hatten dieses Gebiet bis zur italienischen Kolonisierung besetzt. 1889 war

kann die von Südafrika ausgehaltene sogenannte ,,mosambikische Widerstandsbewegung" für Sambia, Botswana, Zimbabwe und Malawi auf der anderen Seite Afrikas ohne größere Stammesbasis. Diese kleine Abschweifung unterstreicht nur, welches heißes Eisen Eritrea für die OAU sein muß.

Die eritreische Nation

Ein Indiz für die andere Sachlage im Falle Eritreas ist, daß mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung die modernste Klasse des Volkes immer in vorderster Linie für die Unabhängigkeit Eritreas gestreikt, demonstriert, gekämpft hat.

Seit dem 14. Jahrhundert gab es die auch schon vorher zeitweise unterbrochene Einheit von Eritrea und Äthiopien nicht mehr. Mohamedanische Völker, die längste Zeit die Türken, hatten dieses Gebiet bis zur italienischen Kolonisierung besetzt. 1889 war

diese Kolonisierung erfolgt, 1896 bereitete der äthiopische ,,König der Könige", Menelik II., der das äthiopische Reich nach einem Jahrhundert der Wirren zu neuen Höhen brachte, den Italienern, die Äthiopien angriffen, eine für sie katastrophale Niederlage. Durch geschickte Diplomatie und militärische Eroberungen schuf er die bis dahin größte Ausdehnung Äthiopiens, ohne aber auf die Idee zu kommen, Eritrea ,,heimzuholen". Stattdessen hat es in Eritrea einen zähen Kampf gegen den Kolonialismus gegeben, der zum Ergebnis hatte, daß es ein demokratisches Eritrea war, das dem autokratischen Äthiopien zugeschlagen wurde. Also auch in der Zeit, die potenziert für die Nationenbildung in Afrika anzusetzen ist, hat es keine staatlichen Bindungen Eritreas an Äthiopien gegeben.

Die fünf Jahre, von 1936 bis 1941, die Äthiopien auch italienische Kolonie war, können nicht zählen, zum einen wegen der Kürze, zum anderen waren die Italiener andersweitig beschäftigt und kamen nicht dazu, eine integrierende Kolonialpolitik zu betreiben.

Ruinierende Wirkung hat die langanhaltende Unterdrückung, aber nicht mögliche Vernichtung der eritreischen Nation, die damit einhergeende, die Entwicklung hemmende Militäraufrüstung auf Äthiopien selbst. Einen großen, wenn nicht den überwiegenden Teil der Bevölkerung kontrolliert die Regierung nicht mehr. Tigray, schon immer mal lockerer, mal engerer Bestandteil Äthiopiens (der Menelik II. vorhergehende ,,König der Könige" war nicht der erste, der aus dem tigrischen Königsgeschlecht kam) ist heute zum allergrößten Teil unter Kontrolle der Tigray People's Liberation Front. Aus den Oromos, über ein Drittel der Bevölkerung Äthiopiens, in der Armee an hervorragender Stelle vertreten und bis 1980 auch in der Regierung, bildet sich heute eine Bewegung, die 10000 unter Waffen haben soll. Die von Somalis bewohnten Gebiete werden überwiegend von zwei Bewegungen beherrscht, von denen die eine wiederum Ansprüche gegen die Oromos hat. Obgleich die tigrische und die oromische Organisation nicht unbedingt auf ,,Unabhängigkeit" pochen, sondern die amharische Vorherrschaft brechen wollen, beweist diese Lage, wie nahe Äthiopien ungeachtet leichter Konsolidierung in den letzten drei Jahren am Rande des Zerfalls ist.

Obwohl die Sowjetunion seit 1977 darauf drängt, die Diktatur mit der Gründung einer Vorhutpartei im Sinne des ,,ML" zu legitimieren, hat Mengistu diese noch nicht zustande gebracht, weil das Regime jede Belebung der politischen Diskussion fürchten muß. Ohne den auf 20 Jahre abgeschlossenen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion geht da nichts mehr.

Erste bedeutende internationale Unterstützung

Vor genau einem Jahr präsentierte die EPLF ein umfassendes Friedensangebot: In einem international überwach-

bis 1980 auch in der Regierung, bildet sich heute eine Bewegung, die 10000 unter Waffen haben soll. Die von Somalis bewohnten Gebiete werden überwiegend von zwei Bewegungen beherrscht, von denen die eine wiederum Ansprüche gegen die Oromos hat. Obgleich die tigrische und die oromische Organisation nicht unbedingt auf ,,Unabhängigkeit" pochen, sondern die amharische Vorherrschaft brechen wollen, beweist diese Lage, wie nahe Äthiopien ungeachtet leichter Konsolidierung in den letzten drei Jahren am Rande des Zerfalls ist.

Obwohl die Sowjetunion seit 1977 darauf drängt, die Diktatur mit der Gründung einer Vorhutpartei im Sinne des ,,ML" zu legitimieren, hat Mengistu diese noch nicht zustande gebracht, weil das Regime jede Belebung der politischen Diskussion fürchten muß. Ohne den auf 20 Jahre abgeschlossenen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion geht da nichts mehr.

Erste bedeutende internationale Unterstützung

Vor genau einem Jahr präsentierte die EPLF ein umfassendes Friedensangebot: In einem international überwach-ten Waffenstillstand soll ein Referendum stattfinden, in dem gewählt werden kann zwischen vollständiger Unabhängigkeit, Föderation mit Äthiopien oder regionaler Autonomie innerhalb Äthiopiens. Der unbewegliche Fanatiker Mengistu hat bis jetzt darauf nicht reagiert. Wie auch: die Sowjetunion hat im Ogadenkonflikt zwischen Äthiopien und Somalia den Verlust des Zutrittsrechts zur somalischen Militärbasis Berbera in Kauf genommen. Sie setzt vorerst auf Äthiopien mit Eritrea in der Region. Die heftiger werdende Freundschaft mit Ghaddafi läßt auch anderes befürchten. Gemeinsam sind sie Feind dem Sudan, der bisher die eritreischen Befreiungsbewegungen am stärksten unterstützte, gemeinsam rüsten sie drei ,,Befreiungsbewegungen" innerhalb Somalias aus. Trotzdem hat sich Positives getan: Alle vier eritreischen Befreiungsbewegungen wollen ihre Aktionen besser koordinieren, wie im März auf einer Konferenz unter Schirmherrschaft der arabischen Liga beschlossen wurde. Die konstituierende Konferenz der inter-afrikanischen sozialistischen Organisationen, mit Vertretern aus 19 Ländern erklärte ihre Unterstützung, ebenso die dritte islamische Konferenz, die auch ein ad hoc Komitee zu dieser Frage bildete.

17 afrikanische Staaten waren auf dieser Konferenz vertreten: Algerien, Kamerun, Komoren, Gabun, Gambia, Guinea-Bissao, Mali, Mauretanien, Marokko, Niger, Somalia, Senegal, Tunesien, Sudan, Uganda, Ober-Volta. Laut EPLF, die sich in ihren diplomatischen Aktivitäten von der arabischen Liga mehr Afrika zuwandte, sollen außerdem noch Madagaskar, Elfenbeinküste, Guinea und Mosambik (!) ihre Unterstützung zugesichert haben.

Russische Afrikapolitik

Es liegt in der Natur des russischen Systems, daß es in Afrika weder mit

SU gezeigt, wie skrupellos sie zu erpressen weiß, wenn ein Land erstmal

Russische Afrikapolitik

Es liegt in der Natur des russischen Systems, daß es in Afrika weder mit Hilfeleistungen noch mit Kapitalexport glänzen kann. Hilfe gibt es von der Sowjetunion nur in direkter Verknüpfung mit ihren Interessen. Marokko und Guinea sind solche Hilfsempfänger, weil die Sowjetunion an ihren Phosphat- bzw. Bauxit-Vorkommen interessiert ist. Guinea beklagt inzwischen die schlechte Qualität und die unzweckmäßige Ausrüstung, die es aus der Sowjetunion erhält. Außerdem überfischt die Sowjetunion die Küste vor Guinea.

Wertmäßig unbedeutend bleibt natürlich auch der prozentmäßig rasant wachsende Handel mit Südafrika. Interessant ist hier, daß das offene Geheimnis, daß die Sowjetunion mit dem südafrikanischen Konzern De Beers bei den Diamantpreisen Absprachen trifft, durch ein zweites bereichert wird, daß nämlich ebensolche Absprachen bei Platin getroffen werden. Die Sowjetunion und Südafrika sind die beiden größten Platinproduzenten der Welt.

Die Spitzenposition nimmt die Sowjetunion in Afrika als Waffenhändler ein: 51 Prozent der auf dem Kontinent vertriebenen Waffen kommen von ihr (zweiter ist Frankreich mit 14 Prozent). In Ägypten (1973) und Somalia (1977) hat die SU gezeigt, wie skrupellos sie zu erpressen weiß, wenn ein Land erstmal von ihren Waffenlieferungen abhängt. Auf diesem Gebiet ist die Sowjetunion auch großzügig mit Finanzierungshilfen. Das ist nicht nur der einzige Bereich, auf dem die Sowjetunion Qualität zu bieten hat, er ist auch eng verbunden mit der Art und Weise, wie sie expandiert.

Angola, Äthiopien, Libyen, Kongo und Mosambik sind die eng mit der Sowjetunion verbundenen Länder in Afrika. Wobei die ersten beiden mit der Sowjetunion ergebenen Truppen im Land und wirtschaftlichen am Boden liegend als direkte Satelliten gezählt werden können. Auf Libyen kann sich die Sowjetunion weitgehendst wegen dessen Abenteuerertums stützen. An den strategisch wichtigen Punkten ist die Sowjetunion also heute schon massiv vertreten. Die Unterstützung der Befreiungsbewegungen ist sorgfältig darauf ausgerichtet, weiteren Einfluß zu gewinnen. Wo das ausgeschlossen erscheint, gibt es keine Unterstützung. Trotz mosambikischer Bemühungen und selbst als es schon offenlag, daß die ZANU Zimbabwe befreien würde, hat sie keine Unterstützung bekommen. PAC und Black Consciousness Movement, die Gruppierungen des Soweto-Aufstandes, werden von der Sowjetunion nicht unterstützt.

kvz extra 1/1981

Startbahn West – der Kampf geht weiter

Seit Wochen ist der ,,umstrittene Bau der Startbahn 18 West" Thema des Tages in Hessen. Die Tageszeitungen widmen ihm mehrere Artikel. Auf Seite 1 kommt die Regierung zu Wort, der Widerstand taucht höchstens im Lokalteil auf. Mit ihren verzweifelten Ausrichtungsversuchen und ihrer Hetze übernimmt die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung" die Rolle, die man gewöhnlich von der ,,Bild"-Zeitung erwartet, die sich demgegenüber geradezu durch Verständnis für die Bürger auf beiden Seiten auszeichnet. Weil insgesamt vergleichsweise wenig Zusammenhängendes über Inhalt und Entwicklung des Kampfes gegen die Flughafenerweiterung berichtet wird, wollen wir im folgenden in groben Zügen Geschichte und Stand dieser Bewegung dokumentieren. Zur militärischen Bedeutung des Rhein-Main-Flughafens, direkt neben der Air Base der US-Armee gelegen, vgl. ,,revolutionäre volksbildung" Nr. 9/1981: US-Verstärkung für Mitteleuropa und Nr. 10/1981: Die Haupteinfallstore für die US-Streitkräfte in Europa.



kow. Die Auseinandersetzung um die Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens bei Frankfurt und die Startbahn 18 West begann zu einer Zeit, als das bewußte und öffentliche Auftreten für den Schutz der natürlichen Lebensbedingungen noch die Sache von wenigen exponierten Menschen war. Wo bis 1930 eine zusammenhängende Waldfläche existierte, wurden 1960 auf einem Flughafengelände von 9,4 qkm ca. 85000 Flugbewegungen abgewickelt (Jahr) und 46000 Tonnen Fracht abgefertigt. Bis 1980 hatte die Betriebsgesellschaft ,,Frankfurter Flughafen AG" (FAG) eine Waldfläche von 15,4 qkm gerodet, wickelte dort 222000 Flugbewegungen ab, das Frachtaufkommen betrug 642850 Tonnen.

Der Mörfelder Gemeindepfarrer Kurt Oeser, heute Umweltbeauftragter der ev. Kirche, trat Anfang der sechziger Jahre in einen Briefwechsel mit dem hessischen Ministerpräsidenten. 1965 gründeten 38 Bürger eine ,,Inter-

ren 570 ha verschwunden. Die geplante Startbahn, die besonders die Wohnstädte der Beschäftigten der FAG, von Opel und der Hoechst AG belasten würde, brachte das Faß zum Überlaufen.

1978 wurde die ,,Aktionsgemeinschaft gegen die Flughafenerweiterung" gegründet, daraus entstand später die ,,Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung" (BI). Die erste größere Massenaktion war der ,,Osterspaziergang" 1979 mit 3000 Menschen zum Flughafengelände. Die hauptsächlich betroffenen Anliegergemeinden im Kreis Groß-Gerau und ihre politische Vertretung sind allesamt gegen die Startbahn, sie waren bis vor kurzem noch im Besitz der betreffenden Waldgebiete, ihre Klagen bei Gericht bringen alle der FAG die Bestätigung, daß ihr Kapital sich bedienen darf an den Lebensbedingungen Hunderttausender. Trotz des Protestes der BI mit 40000 Unterschriften erlaubt der Verwaltungsgerichtshof in Kassel am

folgte schon im März 1981. Bei den hessischen Kommunalwahlen bekamen die grünen und alternativen Listen in den Anliegergemeinden bis zu 25% der Stimmen.

,,Gegen verkehrspolitische Notwendigkeiten ..."

Die ursprüngliche Begründung der Landesregierung für den Ausbau ist die zu geringe Kapazität des Frankfurter Flughafens, der tatsächlich als einziger deutscher Flughafen mit 85% ausgelastet ist (andere Flughäfen nur zwischen 30 und 50%). Die Überlastung berge auch Sicherheitsrisiken in sich.

Die Verkehrsprognosen der FAG beim Planfeststellungsbeschluß 1971 schrieben einfach die hohen Wachstumsraten der 60er Jahre verstärkt fort. Tatsächlich ist nur ein Bruchteil davon (25 – 50% der Prognosewerte) eingetreten. Seit zwei Jahren gar geht der Luftverkehr zurück. Wegen der gestiegenen Treibstoffpreise und neuer

Kontrolle. Immer mehr Leute sehen, zu welchen Mißverhältnissen der Kapitalismus hier führt. Durch die in der BI zusammengefaßten Produktionserfahrungen und Kenntnisse von Tausenden können sich auch immer mehr Lohnabhängige in diese Fragen sachkundig einmischen, womit die fachliche Autorität des FAG-Kapitals und der Landesregierung erheblich untergraben wird. Als sich gar die Pfarrer und die evangelische Landessynode zu den Verkehrsproblemen und gegen das Startbahn-Projekt äußerten, wollte die Landesregierung ihnen den Mund verbieten.

,,Regionale Freizeitinteressen ..."

Die tiefgreifenden Schädigungen der Umwelt durch dieses Projekt sind inzwischen praktisch unbestritten, trotz anders lautender Gerichtsurteile. Holger Börner nennt das ,,berechtigte regionale Freizeitinteressen", die aber vor dem ,,wirtschaftlichen Gesamtinteresse" zurücktreten müßten. Die Gewerkschafter dieser Region antworten

und stellte den Startbahnbau, mangels sachlicher Argumente, mehr und mehr als soziales Beschäftigungsprogramm dar. Von 14 – 19000 neuen Arbeitsplätzen war die Rede, bei Nichtbau seien Tausende in Gefahr, die ,,Wirtschaftskraft" Hessens und der BRD sei sogar gefährdet. Der Landesbezirksvorstand des DGB hat diese Argumente im wesentlichen übernommen und sein Ja zur Startbahn West nur mit einigen umweltpolitischen Auflagen verbunden. Das Ja des DGB ist die stärkste und letzte Legitimation der Landesregierung. Seitdem die Startbahngegner systematisch die Diskussion in der Gewerkschaft suchen, wird von immer mehr Organen des DGB und der Einzelgewerkschaften Beschluß gegen die Startbahn gefaßt. Alle betroffenen 16 Ortskartelle, DGB-Kreisvorstand Starkenburg, Betriebsrat und Vertrauensleutekörper von Opel Rüsselsheim, GdP Hessen, GEW Hessen, IG Drupa Bezirk Frankfurt, DPG Frankfurt, Vertreterversammlung der IGM Frankfurt, DGB-Landesfrauenaus-

schichte und Stand dieser Bewegung dokumentieren. Zur militärischen Bedeutung des Rhein-Main-Flughafens, direkt neben der Air Base der US-Armee gelegen, vgl. ,,revolutionäre volksbildung" Nr. 9/1981: US-Verstärkung für Mitteleuropa und Nr. 10/1981: Die Haupteinfallstore für die US-Streitkräfte in Europa.

kow. Die Auseinandersetzung um die Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens bei Frankfurt und die Startbahn 18 West begann zu einer Zeit, als das bewußte und öffentliche Auftreten für den Schutz der natürlichen Lebensbedingungen noch die Sache von wenigen exponierten Menschen war. Wo bis 1930 eine zusammenhängende Waldfläche existierte, wurden 1960 auf einem Flughafengelände von 9,4 qkm ca. 85000 Flugbewegungen abgewickelt (Jahr) und 46000 Tonnen Fracht abgefertigt. Bis 1980 hatte die Betriebsgesellschaft ,,Frankfurter Flughafen AG" (FAG) eine Waldfläche von 15,4 qkm gerodet, wickelte dort 222000 Flugbewegungen ab, das Frachtaufkommen betrug 642850 Tonnen.

Der Mörfelder Gemeindepfarrer Kurt Oeser, heute Umweltbeauftragter der ev. Kirche, trat Anfang der sechziger Jahre in einen Briefwechsel mit dem hessischen Ministerpräsidenten. 1965 gründeten 38 Bürger eine ,,Interessensgemeinschaft gegen Fluglärm", die sich ein paar Mal jährlich traf, kaum wahrgenommen von den politischen Parteien. 1968 erhoben 4000 Bürger der Anliegergemeinden Einspruch gegen das erste Planfeststellungsverfahren zur Verlängerung des Parallelbahnsystems und den Bau einer 3. Startbahn in Nord-Süd-Richtung. 1971 beim zweiten Planfeststellungsbeschluß gab es schon 9000 Einwände.

Das Verfahren zog sich über Jahre hin, die FAG baute derweil beständig ihr Gelände auf Kosten des Waldes aus. Das Wachstum der Industrie auch in die Peripherie Frankfurts und deren Emissionen, die Konzentration des Bankkapitals und der Versicherungsgesellschaften in der Frankfurter City, die Flucht zig Tausender Lohnabhängiger weg von der Schmutz- und Lärmbelästigung und den hohen Miet- und Bodenpreisen, die gestiegene Mobilität der Lohnabhängigen und das Vorherrschen des Individualverkehrs führten zu einer riesigen und planlosen Schädigung der natürlichen Umwelt. Von Frankfurt aus in westlicher bzw. südwestlicher Richtung begegnen einem heute allein drei Werke der Hoechst AG (Griesheim, Hauptwerk, Ticona), ein paar Kilometer weiter die Caltex-Raffinerie, bis vor einiger Zeit noch die giftspeiende Enka Glanzstoff in Kelsterbach, etwas weiter südlich der Flughafen. Das alles durchzogen von der toten Kloake des Untermains und zahlreichen Autobahnkreuzen. Im Ballungsgebiet Rhein-Main wurden allein nach dem 2. Weltkrieg 4300 ha Wald abgeholzt, zwischen 1900 und 1945 waren 570 ha verschwunden. Die geplante Startbahn, die besonders die Wohnstädte der Beschäftigten der FAG, von Opel und der Hoechst AG belasten würde, brachte das Faß zum Überlaufen.

1978 wurde die ,,Aktionsgemeinschaft gegen die Flughafenerweiterung" gegründet, daraus entstand später die ,,Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung" (BI). Die erste größere Massenaktion war der ,,Osterspaziergang" 1979 mit 3000 Menschen zum Flughafengelände. Die hauptsächlich betroffenen Anliegergemeinden im Kreis Groß-Gerau und ihre politische Vertretung sind allesamt gegen die Startbahn, sie waren bis vor kurzem noch im Besitz der betreffenden Waldgebiete, ihre Klagen bei Gericht bringen alle der FAG die Bestätigung, daß ihr Kapital sich bedienen darf an den Lebensbedingungen Hunderttausender. Trotz des Protestes der BI mit 40000 Unterschriften erlaubt der Verwaltungsgerichtshof in Kassel am 10.10.1980 den Bau der Startbahn. Die dem Urteil zugrunde liegenden Gutachten über Verkehrsprognosen und Umweltbelastung stammen fast sämtlich von 1965/66, sie sind völlig überholt und falsch.

Die betroffenen Gemeinden, die eigentlich über dieses Projekt zu entscheiden hätten, sind kaltgestellt, weil das Kapital nach Ausdehnung und Profit verlangt. Reaktion der Startbahngegner auf das Urteil: Der Flughafen-Terminal wird blockiert, aus der BI-Hütte wird ein ganzes Widerstandsdorf. Wenige Tage später beginnen österreichische Holzfällerkolonnen mit Rodungsarbeiten unter Polizeischutz. Der Versuch von 3000 nachts um 3 Uhr in den Wald mobilisierten Menschen, den Wald zu schützen, scheitert, als morgens um 7 Uhr die meisten wieder zur Arbeit müssen. Es kommt zu ersten Auseinandersetzungen mit der Polizei. Am 2. November protestieren 15000 Menschen vor dem gerodeten Gelände.

Der inzwischen nicht mehr unter uns weilende hessische Wirtschaftsminister Karry (FDP), ohnehin in dunkle Machenschaften einiger Baukapitalisten verstrickt, bringt die Menschen zusätzlich auf die Palme. Schon im Juli 1980 ordnete er den ,,Sofortvollzug" an; vor dem Hearing im Landtag zur Startbahn tat er kund, daß sowieso gebaut würde, ,,egal wie das Hearing ausgeht". In dieser schlechten Komödie – die Gehörten dürfen nur auf Fragen der Abgeordneten antworten – sprechen alle drei Landtagsfraktionen für die Startbahn. Die Quittung dafür folgte schon im März 1981. Bei den hessischen Kommunalwahlen bekamen die grünen und alternativen Listen in den Anliegergemeinden bis zu 25% der Stimmen.

,,Gegen verkehrspolitische Notwendigkeiten ..."

Die ursprüngliche Begründung der Landesregierung für den Ausbau ist die zu geringe Kapazität des Frankfurter Flughafens, der tatsächlich als einziger deutscher Flughafen mit 85% ausgelastet ist (andere Flughäfen nur zwischen 30 und 50%). Die Überlastung berge auch Sicherheitsrisiken in sich.

Die Verkehrsprognosen der FAG beim Planfeststellungsbeschluß 1971 schrieben einfach die hohen Wachstumsraten der 60er Jahre verstärkt fort. Tatsächlich ist nur ein Bruchteil davon (25 – 50% der Prognosewerte) eingetreten. Seit zwei Jahren gar geht der Luftverkehr zurück. Wegen der gestiegenen Treibstoffpreise und neuer Kommunikationsmittel dürfte es sich nicht nur um einen konjunkturellen, sondern einen strukturellen Rückgang handeln. Bei alledem würde diese Rieseninvestition (ca. 5oo Mio. DM) nur eine Kapazitätserweiterung von 6 – 8% (bei gegebener Verkehrsstruktur) bringen, die in wenigen Jahren vielleicht schon wieder erschöpft wäre..

Aus gesellschaftlicher Sicht ein Wahnsinnsprojekt, ist die Sartbahn nur zu verstehen aus dem Profitstreben des FAG-Kapitals, das mit anderen Flughäfen und anderen Verkehrsträgern um Absatz ringt, auf unserem Rücken, subventioniert mit Steuergeldern. Mitglieder und befreundete Fachleute der BI haben aufgrund ihrer Untersuchungen über das Vekehrswesen Alternativen aufgezeigt:

– die Verlegung des defizitären innerdeutschen Flugverkehrs auf das bestehende Intercity-Netz der Bundesbahn
– die Verlegung des Charterverkehrs und der Privatflüge auf unausgelastete Flughäfen bzw. auf Zeiten außerhalb der Verkehrsspitzen
– Anschaffung eines Hochleistungsbodenradars, computergestützte Lenkung und Koordinierung der Flugzeuge auf Schnellrollbahnen, Wirbelschleppwarnsysteme und ein Mikrowellenlandesystem (alles Maßnahmen zur intensiven Nutzung, schnellen Flugzeugfolge, des bestehenden Parallelbahnsystems, die weitaus größere strukturelle Kapazitätserweiterungen bringen würden als die Startbahn West).

Die Regelung der Verkehrsprobleme schreit geradezu nach gesellschaftlicher Kontrolle. Immer mehr Leute sehen, zu welchen Mißverhältnissen der Kapitalismus hier führt. Durch die in der BI zusammengefaßten Produktionserfahrungen und Kenntnisse von Tausenden können sich auch immer mehr Lohnabhängige in diese Fragen sachkundig einmischen, womit die fachliche Autorität des FAG-Kapitals und der Landesregierung erheblich untergraben wird. Als sich gar die Pfarrer und die evangelische Landessynode zu den Verkehrsproblemen und gegen das Startbahn-Projekt äußerten, wollte die Landesregierung ihnen den Mund verbieten.

,,Regionale Freizeitinteressen ..."

Die tiefgreifenden Schädigungen der Umwelt durch dieses Projekt sind inzwischen praktisch unbestritten, trotz anders lautender Gerichtsurteile. Holger Börner nennt das ,,berechtigte regionale Freizeitinteressen", die aber vor dem ,,wirtschaftlichen Gesamtinteresse" zurücktreten müßten. Die Gewerkschafter dieser Region antworten darauf: Wo wir nicht wohnen können, können wir auch nicht arbeiten. Der Mönchbruch ist das letzte zusammenhängende Waldgebiet vor Frankfurts Toren, nicht nur wertvoll wegen seiner Tier- und Pflanzenwelt, sondern als Trinkwasserreservoir, zur Kühlung und Filterung der Luft, als Lärmschutz und Naherholungsgebiet. Bereits heute liegen die Atemwegserkrankungen (u.a. Krebs) in Frankfurt erheblich höher als sonst in Hessen. Die Startbahn West (4000 mal 600 Meter) würde dieses Waldgebiet mitten durchschneiden und damit seine Funktionen zerstören.

Die gesundheitlichen Folgen und deren Kosten, die Mehraufwendungen für Trinkwasserbeschaffung, das Verkehrswachstum und die Mehrkosten für die Naherholung wären enorm – aber ganz außerhalb der Kalkulation eines privat wirtschaftenden Kapitals wie der FAG. Allein um dem Bedürfnis nach Erholung am Wochenende im Wald im gleichen Maße nachzukommen, müßten die Menschen dieser Region jährlich ca. 10 Mio. DM mehr für die Fahrt in entferntere Gebiete ausgeben (nach Berechnungen des ADAC).

,,Aus Sorge um die Arbeitsplätze ..."

Je mehr Menschen in die Ablehnungsfront miteinbezogen wurden und je mehr die Landesregierung die ,,gesamtwirtschaftliche Bedeutung" der Startbahn betonte, desto mehr wurde die organisierte Arbeiterbewegung fester Bestandteil der Startbahngegner. Börner trat die Flucht nach vorn an und stellte den Startbahnbau, mangels sachlicher Argumente, mehr und mehr als soziales Beschäftigungsprogramm dar. Von 14 – 19000 neuen Arbeitsplätzen war die Rede, bei Nichtbau seien Tausende in Gefahr, die ,,Wirtschaftskraft" Hessens und der BRD sei sogar gefährdet. Der Landesbezirksvorstand des DGB hat diese Argumente im wesentlichen übernommen und sein Ja zur Startbahn West nur mit einigen umweltpolitischen Auflagen verbunden. Das Ja des DGB ist die stärkste und letzte Legitimation der Landesregierung. Seitdem die Startbahngegner systematisch die Diskussion in der Gewerkschaft suchen, wird von immer mehr Organen des DGB und der Einzelgewerkschaften Beschluß gegen die Startbahn gefaßt. Alle betroffenen 16 Ortskartelle, DGB-Kreisvorstand Starkenburg, Betriebsrat und Vertrauensleutekörper von Opel Rüsselsheim, GdP Hessen, GEW Hessen, IG Drupa Bezirk Frankfurt, DPG Frankfurt, Vertreterversammlung der IGM Frankfurt, DGB-Landesfrauenausschuß, DGB-Kreisdelegiertenkonferenz Frankfurt u.a. haben sich gegen das Projekt ausgesprochen.

Die geforderten Umweltschutzauflagen des DGB sind bis heute nicht erfüllt. Der Luftverkehr geht zurück, und für die versprochenen Arbeitsplätze gibt es keinerlei Beleg. Im Gegenteil ist die Schaffung von Überkapazitäten zu fürchten, die zusätzlich zu der Rieseninvestition dann auf den Flughafenbeschäftigten lasten wird als Arbeits-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

kvz-extra vom 13.11.1981

Beilage zur Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Verantwortlich: Bernhard Peters

Erscheint im Kühl-Verlag · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen für die KVZ: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234



Fortsetzung von der vorherigen Seite

hetze und Rationalisierungsdruck. In Frankfurt findet sich inzwischen kein einziger Gewerkschaftsfunktionär mehr, der auf einer gewerkschaftlichen Diskussionsveranstaltung *für* die Startbahn sprechen würde. Um so empörender die neuerliche Erklärung des DGB-Landesvorstands vom 9.11., nicht mehr als ein Winseln vor der Landesregierung und Polizeiminister Gries (FDP).

Eine neue Volksbewegung

Die Ablehnungsfront gegen die Startbahn geht heute an drei Abschnitten gleichzeitig vor, erstens im direkten Widerstand im Wald, wozu eine funktionsfähige Alarmkette aufgebaut wurde, zweitens durch das Volksbegehren und drittens durch weitere Maßnahmen zur Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in Hessen, insbesondere im DGB. War früher der Widerstand die Sache von Einzelpersonen, an führender Stelle Pfarrer, Intellektuelle, Kommunalpolitiker, unterstützt durch einzelne SPD- und Gewerkschaftsgliederungen, so ist heute eine breite, selbstorganisierte Volksbewegung entstanden, an der Spitze jetzt auch aktive linke Gewerkschafter, Leute aus der technischen Intelligenz. Auch die Kleinbesitzer, Kaufleute, Handwerksmeister und Bauern der Anliegergemeinden unterstützen die BI, Hausfrauen und Bäckereien versorgen das Hüttendorf und die Besetzer mit Lebensmitteln. Die Leitungsorgane der Bürgerinitiativen setzen sich nach lockerem Delegiertenprinzip zusammen. Auf Massenversammlungen mit 800–1000 Leuten werden Probleme diskutiert, z.B. das Widerstandskonzept für den Tag X. Politisch sind alle Parteien vertreten, von CDU bis Kommunisten. Die DKP tritt als einzige als Partei sichtbar in Erscheinung,

de, zweitens durch das Volksbegehren und drittens durch weitere Maßnahmen zur Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in Hessen, insbesondere im DGB. War früher der Widerstand die Sache von Einzelpersonen, an führender Stelle Pfarrer, Intellektuelle, Kommunalpolitiker, unterstützt durch einzelne SPD- und Gewerkschaftsgliederungen, so ist heute eine breite, selbstorganisierte Volksbewegung entstanden, an der Spitze jetzt auch aktive linke Gewerkschafter, Leute aus der technischen Intelligenz. Auch die Kleinbesitzer, Kaufleute, Handwerksmeister und Bauern der Anliegergemeinden unterstützen die BI, Hausfrauen und Bäckereien versorgen das Hüttendorf und die Besetzer mit Lebensmitteln. Die Leitungsorgane der Bürgerinitiativen setzen sich nach lockerem Delegiertenprinzip zusammen. Auf Massenversammlungen mit 800–1000 Leuten werden Probleme diskutiert, z.B. das Widerstandskonzept für den Tag X. Politisch sind alle Parteien vertreten, von CDU bis Kommunisten. Die DKP tritt als einzige als Partei sichtbar in Erscheinung,
in Transparenten und Flugblättern, aber ohne jeden bestimmenden Einfluß. Eine ,,Informationsgruppe" gibt den ,,Umweltexpreß" heraus, eine Zeitung für das Volksbegehren mit einer Auflage von 400–600000 in Hessen.

Die BI selbst ist kein monolithischer Block, über das Widerstandskonzept und die Zweckmäßigkeit des Volksbegehren gab und gibt es zum Teil heftige Auseinandersetzungen. Aber gegenüber der Landesregierung konnte bisher die Einheit gewahrt bleiben.

Inzwischen ist aus der reinen Ablehnungsfront ,,Keine Startbahn West" eine selbständige Bewegung geworden, die aus der Kritik an der Planlosigkeit des Verkehrswesens, der Drohung mit Arbeitslosigkeit, der militärischen Nutzung des Flughafens durch die US-Army und der Rechtlosigkeit der Massen und ihrer kommunalen Vertretung gegenüber dem Zentralstaat sowie der Polizeieinsätze Forderungen und Alternativen entwickelt hat und sich positive Ziele steckt: vorläufig das Umkippen des DGB-Ja-Beschlusses und die Durchführung eines Volksbegehrens.

Durch die Tätigkeit der BI ist die Landesregierung jedenfalls erheblich unter Beschuß geraten, sinkt damit die Möglichkeit der Parlamentarier überhaupt, sich dem Volkswillen zu entziehen. In der SPD, deren Basis in Hessen (besonders Südhessen) seit langem gegen die Startbahn ist, deren Landesparteitag sich aber von der Vertrauensfrage Börners erpressen ließ, gibt es angesichts des immer noch wachsenden organisierten Widerstands neue Unruhe. In den letzten Tagen haben einige Parteigliederungen erneut ihre Ablehnung bekundet und gleichzeitig die Unterstützung der SPD mit Börner im Landtagswahlkampf 1982 abgelehnt.

Ein entscheidender Knackpunkt bleibt die Umwandlung des bedingten Ja des DGB in ein klares Nein. Hier gibt es besonders in den Einzelgewerkschaften und im DGB Frankfurt noch einiges zu tun, nachdem im Kreis

genüber dem Zentralstaat sowie der Polizeieinsätze Forderungen und Alternativen entwickelt hat und sich positive Ziele steckt: vorläufig das Umkippen des DGB-Ja-Beschlusses und die Durchführung eines Volksbegehrens.

Durch die Tätigkeit der BI ist die Landesregierung jedenfalls erheblich unter Beschuß geraten, sinkt damit die Möglichkeit der Parlamentarier überhaupt, sich dem Volkswillen zu entziehen. In der SPD, deren Basis in Hessen (besonders Südhessen) seit langem gegen die Startbahn ist, deren Landesparteitag sich aber von der Vertrauensfrage Börners erpressen ließ, gibt es angesichts des immer noch wachsenden organisierten Widerstands neue Unruhe. In den letzten Tagen haben einige Parteigliederungen erneut ihre Ablehnung bekundet und gleichzeitig die Unterstützung der SPD mit Börner im Landtagswahlkampf 1982 abgelehnt.

Ein entscheidender Knackpunkt bleibt die Umwandlung des bedingten Ja des DGB in ein klares Nein. Hier gibt es besonders in den Einzelgewerkschaften und im DGB Frankfurt noch einiges zu tun, nachdem im Kreis
Groß-Gerau Startbahngegner und Gewerkschaftsbewegung eins sind.

Rechtsbruch gegenüber einer ganzen Region

1968 erließ das Land Hessen den 1. Planfeststellungsbeschluß zum Bau Startbahn West. Er wurde durch die Gerichte aufgehoben. Am 23.3.1971 folgte der 2. Planfeststellungsbeschluß. 9000 Einwendungen waren dagegen erhoben worden; 104 Klagen folgten, nachdem die Landesregierung alle Einwendungen als unbeachtlich vom Tisch gewischt hatte. Am 21. Oktober 1980 wurden die letzten Klagen dagegen endgültig zurückgewiesen. Zweimal wurde der Planfeststellungsbeschluß vor dem Bundesverwaltungsgericht verhandelt; jedesmal wurden die hessischen Verwaltungsgerichte durch die Bundesverwaltungsrichter auf ihre Verpflichtungen gegenüber den Kapitalisten von der FAG und der Landesregierung verwiesen, bis 1980 endlich das Recht zugunsten der FAG zurechtgebeugt war. Nachdem das Urteil von 1980 vorlag, war der Kurs des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes festgelegt: In Einvernehmung mit der Landesregierung und der Polizeiführung mußte der FAG zu ihrem ,,Recht" verholfen werden:

☐ das wasserrechtliche Verfahren war aus dem Planfeststellungsbeschluß von 1971 ausgeklammert worden. Das war Rechtsbruch, da die Planungsvorschriften vorschreiben, *alle* relevanten Fragen im Planfeststellungsverfahren nach dem sog. ,,Konzentrationsprinzip" gleichzeitig zu behandeln. Die Folge wäre die Durchführung eines neuen Planfeststellungsverfahrens. Landesregierung und Gerichte lehnen dies vereint ab.

☐ Die für den Tunnelausbau der Okrifteler Straße erforderliche wasserrechtliche Erlaubnis wird von der unzuständigen Behörde erteilt. Landesregierung und Gerichte setzen sich darüber hinweg.

☐ Der Tunnelbau wird in ein ,,straßenrechtliches" Verfahren überführt, obwohl er *allein* dem Bau der Startbahn West dient und somit luftrechtliche Vorschriften zwingend Anwendung finden müßten. Die Widersprüche dagegen werden zurückgewiesen.

☐ Die Beteiligung der Naturschutzverbände am wasserrechtlichen Verfahren ist nie erfolgt, ebensowenig ist die nach dem Hessischen Naturschutzgesetz erforderliche Genehmigung erteilt worden.

☐ Insgesamt steht die wasserrechtliche Genehmigung für das Projekt Startbahn noch aus. Im Oktober 1981 hat erst die öffentliche Auslegung der Unterlagen begonnen.

Sämtliche Verfügungen der Landes-

Landesregierung und Gerichte lehnen dies vereint ab.

☐ Die für den Tunnelausbau der Okrifteler Straße erforderliche wasserrechtliche Erlaubnis wird von der unzuständigen Behörde erteilt. Landesregierung und Gerichte setzen sich darüber hinweg.

☐ Der Tunnelbau wird in ein ,,straßenrechtliches" Verfahren überführt, obwohl er *allein* dem Bau der Startbahn West dient und somit luftrechtliche Vorschriften zwingend Anwendung finden müßten. Die Widersprüche dagegen werden zurückgewiesen.

☐ Die Beteiligung der Naturschutzverbände am wasserrechtlichen Verfahren ist nie erfolgt, ebensowenig ist die nach dem Hessischen Naturschutzgesetz erforderliche Genehmigung erteilt worden.

☐ Insgesamt steht die wasserrechtliche Genehmigung für das Projekt Startbahn noch aus. Im Oktober 1981 hat erst die öffentliche Auslegung der Unterlagen begonnen.

Sämtliche Verfügungen der Landes-
regierung und ihrer Behörde werden für sofort vollziehbar erklärt. Während eine ganze Region ihren Widerstand manifestiert, erklärt die Landesregierung das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehbarkeit ihrer Maßnahmen. In einem Atemzug mit dem Einsatz des staatlichen Gewaltmonopols auf dem Gelände der geplanten Startbahn West, das sich gemeinsam mit zusammengezogenen Polizeikräften aus allen Bundesländern und dem Bundesgrenzschutz an die Räumung des Hüttendorfes macht, wird der Antrag des Kreises Groß-Gerau auf sofortigen Baustopp durch das Monopol der FAG auf richterlichen Zuspruch abgelehnt. Der Verwaltungsgerichtshof in Kassel befindet am Tag der Räumung: ,,Es besteht weiter sowohl ein öffentliches Interesse als auch ein berechtigtes Interesse des Unternehmers (FAG) an dem vorzeitigen Beginn der Benutzung, um so den dringend erforderlichen Bau der Starbahn 18 West zügig durchführen zu können".

Dieses dringende Interesse der Kapitalisten der FAG gebietet auch folgendes: Am Tag der Räumung erklärt das Frankfurter Verwaltungsgericht – auf Antrag eines Bewohners des Hüttendorfes – die Räumung durch die Polizei für rechtswidrig. *Dieser* richterliche Spruch wird durch Tausende von Polizeitruppen aus allen Bundesländern, einschließlich Bundesgrenzschutz, buchstäblich niedergewalzt. Das Gelände der Startbahn West wird zum Notstandsgebiet erklärt. ,,Amtshilfe" heißt das Zauberwort, mit dem die Landesregierung gegen den Willen der betroffenen Kommunen die Polizei anderer Länder und den Grenzschutz im Gebiet dieser Gemeinden einfallen lassen kann. Nur aufgrund dieses gleich mit Verfassungsrang (Art. 35 GG) ausgestatteten Prinzips kann die Räumung überhaupt stattfinden. Die Gewerkschaft der Polizei in Frankfurt hatte sich entschieden gegen eine Räumung und weitere Rodungsarbeiten ausgesprochen (,,zu befürchten haben wir den geballten Zorn enttäuschter Bürger") und die juristische Überprüfung des Einsatzes der Polizeibeamten unter dem Gesichtspunkt der ,,Fürsorgepflichtverletzung durch den Dienstherrn" angekündigt. Nach der Räumung erklärt die Gewerkschaft der Polizei in einem Aufruf zu einer Demonstration, ,,Wir haben die Schnauze voll! Nicht die Polizei baut die Startbahn".

Der 10jährige Kampf zeigt aber auch in aller Deutlichkeit: die Rechtlosigkeit der betroffenen Gemeinden, wenn sie gemeinsam mit den Bewohnern einen Kampf gegen die Regierung bestehen wollen. Besagt die sog. ,,Selbstverwaltung" zwar ihr Recht, aus diesen Bewohnern Gebühren zu holen, nicht aber gegen die Zerstörung einer ganzen Region vorzugehen. Im Oktober 1980 hatte die FAG ganze 7 ha Wald von den 200 benötigten zur Betonierung des Gebiets. Innerhalb weniger Monate wurde der Wald der Gemeinden Bischofsheim und Rüsselsheim mit – natürlich – Sofortvollzug enteignet. Die FAG bekam als ,,Besitzer" den Wald zugewiesen. Wollte umgekehrt eine Gemeinde die FAG wegen Zerstörung der Natur um ihre 7 ha enteignen, so ist das verboten. Enteignen darf nur die Regierung. Souverän war im ganzen Verfahren nur die Landesregierung in der Sicherung der Rechte der FAG. Nicht zuletzt mußten die betroffenen Gemeinden dulden, daß ihnen die Unterstützung des Volksbegehrens wegen ,,unzulässiger politischer Betätigung" untersagt wurde. Sie mußten dulden, daß Truppen aus anderen Bundesländern ihr Gebiet niederwalzten und die Bewohner niederknüppelten, denen nicht mal das Recht zugestanden wird, das für kriegerische Auseinandersetzungen gilt: das Recht auf ungehinderten Zugang von Sanitätspersonal und Versorgung durch Sanitätspersonal.



Landesregierung gegen den Willen der betroffenen Kommunen die Polizei anderer Länder und den Grenzschutz im Gebiet dieser Gemeinden einfallen lassen kann. Nur aufgrund dieses gleich mit Verfassungsrang (Art. 35 GG) ausgestatteten Prinzips kann die Räumung überhaupt stattfinden. Die Gewerk-

daß Truppen aus anderen Bundesländern ihr Gebiet niederwalzten und die Bewohner niederknüppelten, denen nicht mal das Recht zugestanden wird, das für kriegerische Auseinandersetzungen gilt: das Recht auf ungehinderten Zugang von Sanitätspersonal und Versorgung durch Sanitätspersonal.





Gewaltfreier Widerstand?

anm. Die Bürgerinitiativen gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens sind von Anbeginn an unter dem Tenor: Gewaltfreier Widerstand angetreten. Diese Formel sollte die Einheit breitester Volksmassen ermöglichen und galt auch als Abgrenzung gegenüber terroristischen Aktionen.

Ob diese Formel die Sammlung von Kräften erleichtert hat, oder ob sich da nicht einige in Pazifisten verwandelt haben, die gegen eigene Einsicht unter Berufung auf die angebliche Volksmeinung über die Tatsache hinweggesehen haben, daß das Prinzip der Gewaltanwendung nicht von denen ausgeht und entschieden wird, die gegen staatliche Aktionen kämpfen, sei dahingestellt.

Sicher ist, daß die Formel des gewaltfreien Widerstands bisher keine einzige taktische Frage des Kampfes gegen die Räumungs- und Baumaßnahmen der Polizei gelöst hat. Soweit der Widerstand gegen Räumungs- und Bauaktionen der Polizei bisher politischen Erfolg hatte, beruhte dieser auf der Organisiertheit der Aktionen: z.B. des entwickelten Konzepts gegen den Baubeginn zur Untertunnelung der Okrifteler Straße, das im wesentlichen in der Organisierung von Schutzwällen gegen die Polizei bestand, und das darauf abzielte, es Tausenden zu ermöglichen, sich gegen die vorrückende Polizeitruppe zu verbarrikadieren.

Richtig schwierig wurde es dann, als die Polizei das Terrain eroberte und es ihr möglich war, sich hinter den Wällen zu sammeln und ausgehend von diesem Terrain Angriffe durchzuführen.

Ab dato war eigentlich klar, daß Gewalt vom Staat ausgeht, und die Frage die ist, wie sich dagegen zur Wehr gesetzt werden kann und wie angesichts dieser Situation Formen entwickelt werden können, die einen nicht zu Wild bei Treibjagden der Polizei werden lassen, und gleichzeitig ermöglichen, gegen die Baumaßnahmen vorzugehen.

Konsens ist wohl, daß militärisch der Bau von uns nicht zu verhindern ist, daß eine Armee dazu gebraucht würde. Wahr ist aber auch, daß es zur Veränderung der politischen Lage gut ist, den Bau so weit wie möglich zu behindern. Wahr ist auch, daß die Regierung auf Zeitschinden geht: Je schneller der Bau vorangeht, um so chancenloser scheint der Widerstand dagegen.

In dieser Situation die Gewaltlosigkeit des Widerstands zum Demonstrationszweck zu erheben, wie es am letzten Samstag getan wurde, ist schon eine merkwürdige Idee. Es ging eigentlich um die Frage: schaffen es 20000, die Bauarbeiten massiv zu behindern, und damit der Forderung nach Baustopp und keiner Startbahn West Nachdruck zu verleihen, oder hat man das nicht im Kreuz.

Gegenwärtig besteht die Gefahr der Spaltung oder gar der Abschreckung breiter Massen keineswegs in militanten Aktionen, angesichts eines massiv aufgefahrenen Polizeiapparats, der alles versucht niederzutrampeln, was sich dem Bau der Startbahn in den Weg stellt. Eher gibt es angesichts dessen die Gefahr, durch Beschwörung der eigenen Friedfertigkeit vorhandene Möglichkeiten des politischen Vorstoßes nicht zu nutzen (und nichts anderes wäre z.B. eine vorübergehende Besetzung des Bauplatzes, die ja die Manifestation von Tausenden sein würde, die auch auf die Gefahr, daß Prügel bezogen werden, ihrem politischen Willen Ausdruck verleihen).

In dieser Lage wurde die Formel des ,,gewaltfreien Widerstands" zur Geste der Versöhnung mit dem Staatsapparat. Ist es schon äußerst fraglich, ob sie jemals den Zusammenschluß erleichtert hat, so ist es ganz sicherlich falsch, ein Prinzip penetrant zu vertreten, das entweder keine Fragen löst, oder auf falsche Antworten bringt. Gewalt ist: Justiz, Polizei, Regierung. Es ist absurd, den Widerstand gegen die staatliche Gewalt in gewaltfrei und gewaltsam aufzuteilen. Der Staat hat das Gewaltmonopol. Die Mittel, die dagegen angewandt werden, soll man danach überprüfen, ob sie geeignet sind, es an einzelnen Stellen zu brechen, um dem Interesse der Volksmassen zum Zuge zu verhelfen.

„Die Staatsgewalt liegt unveräußerlich beim Volke“

cof. „Die Staatsgewalt liegt unveräußerlich beim Volke.“ So steht es in der hessischen Verfassung, die 1946 von 76% der hessischen Bürger per Volksabstimmung angenommen wurde. „Heute haben sie unsere Demokratie zerschlagen“, meinte ein Rentner beim Anblick der gewaltsamen Räumung des Hüttendorfes im Flörsheimer Wald, der der Startbahn 18 West geopfert werden soll. „Wie demokratisch ist die hessische Demokratie“, fragt der „Umweltexpress“, die „Zeitung für das Volksbegehren: Keine Startbahn West“ angesichts der zahllosen Behinderungen des eingeleiteten Volksentscheids und weiter: „Die Bürger werden für ihr verfassungsmäßiges Recht auf Volksabstimmung kämpfen. Der Kampf für den Wald wäre dann zugleich ein Kampf für die Wahrung unveräußerlicher verfassungsmäßiger Rechte, ein Kampf um das Recht, in freier Abstimmung, ohne behördliche und politische Behinderungen über ein umstrittenes Projekt entscheiden zu können. Niemand würde es wagen, während der Beratung eines entsprechenden Gesetzes im Landtag vollendete Tatsachen zu schaffen, die dieses Gesetz ins Leere laufen ließen. Die Gesetzgebung durch Volksbegehren und Volksentscheid steht aber in der Verfassung noch vor der Gesetzgebung durch den Landtag! Die Verweigerung des Moratoriums und der Beginn der Baumaßnahmen kommt einer Verweigerung dieses Verfassungsrechtes gleich. Widerstand gegen eine verfassungswidrig handelnde Regierung ist nach der hessischen Verfassung Bürgerpflicht!“

So penetrant das Pochen auf die Verfassung hier auch scheinen mag – der Kampf gegen die Startbahn West hat nun mal schroff die Frage aufgeworfen: Wer ist der Souverän in diesem Land? Denn das Volk, von dem – nach der hessischen Verfassung – nicht nur alle Staatsgewalt ausgeht, sondern das ein unveräußerliches Recht darauf hat, auch außerhalb der Wahlen zur Volksvertretung Entscheidungen in seinem Interesse herbeizuführen, hat längst entschieden. Jedenfalls, soweit es die Bewohner rund um den Frankfurter Flughafen betrifft.

Im vergangenen Frühjahr wird in den Ortsgruppen der Bürgerinitiative erwogen, ein Volksbegehren zu beantragen. Der Plan ist umstritten. Die Aussicht, „eine wirkliche demokratische Entscheidung des Volkes herbeizuführen“, begeistert einige spontan, sie sehen darin eine einmalige Chance, die vielen örtlichen Initiativen gegen

Baumaßnahmen kommt einer Verweigerung dieses Verfassungsrechtes gleich. Widerstand gegen eine verfassungswidrig handelnde Regierung ist nach der hessischen Verfassung Bürgerpflicht!“

So penetrant das Pochen auf die Verfassung hier auch scheinen mag – der Kampf gegen die Startbahn West hat nun mal schroff die Frage aufgeworfen: Wer ist der Souverän in diesem Land? Denn das Volk, von dem – nach der hessischen Verfassung – nicht nur alle Staatsgewalt ausgeht, sondern das ein unveräußerliches Recht darauf hat, auch außerhalb der Wahlen zur Volksvertretung Entscheidungen in seinem Interesse herbeizuführen, hat längst entschieden. Jedenfalls, soweit es die Bewohner rund um den Frankfurter Flughafen betrifft.

Im vergangenen Frühjahr wird in den Ortsgruppen der Bürgerinitiative erwogen, ein Volksbegehren zu beantragen. Der Plan ist umstritten. Die Aussicht, „eine wirkliche demokratische Entscheidung des Volkes herbeizuführen“, begeistert einige spontan, sie sehen darin eine einmalige Chance, die vielen örtlichen Initiativen gegen

Mülldeponien, Wiederaufarbeitungsanlage, Talsperre, Autobahnen in *einer* politischen Aktion gegen die Umweltpolitik der Regierung zusammenzuschließen. Der Erfolg sei so gut wie sicher. Ganz andere Hoffnungen hegen bürgerliche Kräfte: Konzentration auf dieses eine Mittel – und Ende des Aufruhrs, wenn die Sache in die Hose geht. So gewinnt die CDU im Kreistag Groß-Gerau die Stimmen der SPD für eine Resolution, die zwar die Abgeordneten aufruft, das Volksbegehren persönlich zu unterstützen, im Fall des Scheiterns solle man aber „die im Blick auf die Startbahn entstandene Lage hinnehmen und allen Tendenzen zu einer Verschärfung der Situation entgegentreten und die Auseinandersetzung beenden“. Eine starke Minderheit fürchtet, die Kampagne für das Volksbegehren könnte die unmittelbare Aktion im Wald zur Verhinderung der Baumaßnahmen schwächen, und sie sieht auch die gesetzlich eingebauten Hürden und Risiken für einen erfolgreichen Ausgang. Was ist, wenn wir die Nordhessen, denen die Startbahn vielleicht erstmal egal ist, nicht für uns gewinnen? Der Kampf um die Mehrheiten kostet nebenbei eine Menge Geld, schätzungsweise zwischen 1 und 2 Mio. Mark. Am 30. Mai wird die „Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren und Volksentscheid ‚Keine Startbahn West‘ “ von knapp 400 Teilnehmern der Bürgerinitiativen gegründet. 115 Organisationen, darunter auch der KBW, treten in den Unterstützerkreis ein. In einem Brief an die Landesregierung begründet die Versammlung, warum sie für ein Mittel eintritt, mit dem sie eigentlich nicht einverstanden ist: „Leider hat sich die hessische Landesregierung von der einmütigen Ablehnung der Startbahn West durch die *betroffene* Bevölkerung rund um den Frankfurter Flughafen nicht beeindrucken lassen. Wir sind der Ansicht, daß mit dieser einmütigen Ablehnung eine demokratische Entscheidung gegen die Startbahn 18 West schon längst gefallen ist und daß man ein solches Vorhaben ... nicht gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung durchsetzen kann. Nur aufgrund der Entschlossenheit der hessischen Landesregierung, die Startbahn 18 West trotzdem zu bauen, sind wir gezwungen, mit unserem Volksbegehren und Volksentscheid eine Entscheidung des Volkes in ganz Hessen ... herbeizuführen. Wir halten das keineswegs für befriedigend, können das jedoch nicht ändern.“

Es sei ganz falsch gewesen, die Bedeutung des Mittels Volksentscheid je anzuzweifeln, sagen heute manche Genossen. Heute, wo man sehen kann, daß wirklich Kräfte weit über die Region hinaus in Bewegung sind, daß immer größere Teile der Gewerkschaften – unbeeindruckt von der Entscheidung des DGB-Vorstands – sich dem Widerstand anschließen. Heute, wo selbst die mächtigste Hürde – 800000 Hessen müssen innerhalb von 2 Wochen das Volksbegehren in den Rathäusern unterschreiben – nicht mehr unüberwindbar erscheint.

Sicher, wir haben die mobilisierende Wirkung der Kampagne anfangs unterschätzt. Was in der Vorbereitung der Kommunalwahlen nicht überall gelungen war – ein Bündnis für ein alternatives Aktionsprogramm (und selbst dort, wo es gelang, war es meist schwierig genug, prinzipielle oder aufgebauschte politische Differenzen zu überwinden) – war jetzt möglich: Im kleinsten Nest treffen sich Naturschützer, Grüne, Jusos, Kommunisten und andere Leute, die mit der Politik der staatstragenden Parteien nicht einverstanden sind, dies aber bis dahin nirgends zu artikulieren vermochten, in den örtlichen Unterstützungsinitiativen: Wie können wir überzeugen, was muß organisiert werden, um die Bevölkerung im ganzen Land auf die Beine zu bringen? Oft scheinen die praktischen Probleme (wer ist am Stand, wo fangen wir mit der Häusersammlung an, wie kriegen wir das Lokalblättchen dazu, kostenlos und positiv zu berichten?) die inhaltiche Auseinandersetzung zu erschlagen, und manchmal herrscht das Chaos.

Spätestens, als die Sammlung der Unterschriften zu stagnieren beginnt,

Sicher, wir haben die mobilisierende Wirkung der Kampagne anfangs unterschätzt. Was in der Vorbereitung der Kommunalwahlen nicht überall gelungen war – ein Bündnis für ein alternatives Aktionsprogramm (und selbst dort, wo es gelang, war es meist schwierig genug, prinzipielle oder aufgebauschte politische Differenzen zu überwinden) – war jetzt möglich: Im kleinsten Nest treffen sich Naturschützer, Grüne, Jusos, Kommunisten und andere Leute, die mit der Politik der staatstragenden Parteien nicht einverstanden sind, dies aber bis dahin nirgends zu artikulieren vermochten, in den örtlichen Unterstützungsinitiativen: Wie können wir überzeugen, was muß organisiert werden, um die Bevölkerung im ganzen Land auf die Beine zu bringen? Oft scheinen die praktischen Probleme (wer ist am Stand, wo fangen wir mit der Häusersammlung an, wie kriegen wir das Lokalblättchen dazu, kostenlos und positiv zu berichten?) die inhaltiche Auseinandersetzung zu erschlagen, und manchmal herrscht das Chaos.

Spätestens, als die Sammlung der Unterschriften zu stagnieren beginnt,

drängt sich aber auf, daß man die Argumentation der Landesregierung schlagen muß. Die Initiativen verteilen Flugblätter vor größeren Betrieben. Kaum ein Volksfest, eine Musikveranstaltung, ein Parteitag, ohne daß Unterschriften gegen die Startbahn gesammelt werden. Straßentheater, Fahrradkorsi, Benefizkonzerte, eine mehrwöchige Autotour durch Nordhessen, wofür der Urlaub draufgeht, werden organisiert – gleichzeitig bereitet man sich auf den Tag X, die Räumung des Hüttendorfes, den Baubeginn, vor. Die Landesregierung kommt der Kampagne insofern entgegen, als sie sich durch Gewaltaktionen an anderen Orten – z.B. läßt sie das Öko-Dorf auf der Trasse der geplanten Taunusautobahn ebenso wie das Dorf auf dem Gelände für die Giftmülldeponie bei Mainhausen niederreißen und räumen – noch verhaßter macht. Das kommt der Konzentration auf die Verhinderung der Startbahn zugute. Erst recht fördern natürlich die Landeroberungen der Polizei auf dem Startbahngelände in den letzten 4 Wochen die Polarisierung. Presse und Fernsehen können sich vor der Berichterstattung nicht drücken. Selbst die Hetze gegen die „Krawallmacher“ (FAZ-Jargon) will nicht so richtig fruchten.

Trotzdem haben wir noch nicht gesiegt. Unter dem Druck der Volksbewegung und angesichts der über 200000 Unterschriften für den Antrag auf Volksbegehren, die kommenden Samstag von einer Demonstration überbracht werden, wie sie die Landeshauptstadt noch nicht gesehen hat, sahen sich Innenminister Gries und der Vorsitzende der SPD Südhessen, Görlach, – beide bisher glühende Verteidiger der Regierungslinie – wie auch der DGB-Landesvorstand genötigt, Überlegungen über einen Baustopp und eventuell auch Rückzug der Polizeitruppen anzustellen. Allerdings nur „bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs“ über die Zulässigkeit des Volksbegehrens. Im Klartext heißt das: Die Landesregierung wird das Volksbegehren, weil „verfassungsrechtlich unzulässig“, ablehnen – und dem wird sich der Staatsgerichtshof sehr wahrscheinlich anschließen. Das Volk dürfte nicht entscheiden.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß der KPD-Abgeordnete Keil in der Debatte über das zu erlassende Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid im Jahre 1950 Recht hatte mit der Feststellung: „Ich finde, Herr Ministerpräsident, die Überschrift Ihres Gesetzentwurfs ist unzutreffend. Sie müßte heißen: ‚Gesetz zur Verhinderung eines Volksbegehrens und eines Volksentscheids‘ ... Während es in der Weimarer Zeit bei über 40 Millionen Wahlberechtigten ein Gesetz gab, das vorschrieb, daß zur Einleitung eines Volksbegehrens 5000 Stimmen erforderlich sind, müssen nach dem vorliegenden Gesetzentwurf 5% ... also zwischen 130000 und 150000 Unterschriften aufgebracht werden. Wenn der Regierungsvertreter bei seiner Begründung erklärte, daß man ‚verantwortungslosen Elementen‘ nicht die Möglichkeit zur Einleitung eines Volksbegehrens geben sollte, so charakterisiert bereits diese Begründung das, was die Regierung in Wirklichkeit beabsichtigt.“

Die drei Lesungen des Gesetzes drehten sich damals um Quoten und Quoren, um Bedingungen also, um zu verhindern, daß es zu einem Instrument des „Mißbrauchs“ gegen Landtag und Landesregierung werden könnte. Für den Antrag auf Volksbegehren (1. Stufe) wurden schließlich 3% (heute 118020 Stimmen) der Stimmberechtigten und für das Volksbegehren selber 1/5 (in der Weimarer Republik 1/10) – 2. Stufe – als erforderlich verabschiedet. Da tröstet es wenig, wenn hinterher im eigentlichen Volksentscheid über den vorgelegten Gesetzentwurf die einfache Mehrheit entscheidet, egal, wieviele sich an dieser 3. Stufe überhaupt beteiligen (in der Weimarer Verfassung und in anderen Bundesländern, wo die Einleitung einfacher ist, erlangt der Volksentscheid nur Gültigkeit, wenn über die Hälfte der Stimmberechtigten abgestimmt haben). Die Zulässigkeitsvoraussetzungen wie die Wirksamkeits-

Möglichkeit zur Einleitung eines Volksbegehrens geben sollte, so charakterisiert bereits diese Begründung das, was die Regierung in Wirklichkeit beabsichtigt.“

Die drei Lesungen des Gesetzes drehten sich damals um Quoten und Quoren, um Bedingungen also, um zu verhindern, daß es zu einem Instrument des „Mißbrauchs“ gegen Landtag und Landesregierung werden könnte. Für den Antrag auf Volksbegehren (1. Stufe) wurden schließlich 3% (heute 118020 Stimmen) der Stimmberechtigten und für das Volksbegehren selber 1/5 (in der Weimarer Republik 1/10) – 2. Stufe – als erforderlich verabschiedet. Da tröstet es wenig, wenn hinterher im eigentlichen Volksentscheid über den vorgelegten Gesetzentwurf die einfache Mehrheit entscheidet, egal, wieviele sich an dieser 3. Stufe überhaupt beteiligen (in der Weimarer Verfassung und in anderen Bundesländern, wo die Einleitung einfacher ist, erlangt der Volksentscheid nur Gültigkeit, wenn über die Hälfte der Stimmberechtigten abgestimmt haben). Die Zulässigkeitsvoraussetzungen wie die Wirksamkeits-

voraussetzungen stoßen jedenfalls in Hessen auf die höchsten Schwellen – so daß die schönen Verfassungsrechte endgültig zur Farce werden.

Durchsichtig ist auch das Drängen der Landesregierung wie der „Frankfurter Allgemeinen“, die Unterschriften hätten doch schon längst abgegeben werden können. Man hätte es wohl lieber gesehen, wenn der Beginn der Bauarbeiten in genügendem Abstand zu den Landtagswahlen, aber legitimiert wenn schon nicht durch Volksabstimmung, so doch durch das Votum des Staatsgerichtshofs hätte stattfinden können. Die Bürgerinitiativen haben gut daran getan, sich nicht drängen zu lassen. Nach allem, was bis jetzt gelaufen ist und erst recht, wenn der Staatsgerichtshof ablehnt, kann die Landesregierung abdanken. Der Kampf gegen die Startbahn wäre dann zwar noch schwerer – aber die Chancen, mit einer linken Alternative in die Landtagswahlen zu gehen, könnten trotzdem wachsen.

Die Erfahrung, daß es mit unseren politischen Rechten zur Verteidigung unserer Lebensinteressen schlecht aussieht, daß vor allem auch den Kommunen im Konfliktfall praktisch alle Selbstverwaltungsrechte abgenommen werden und daß sie über keinerlei wirksame Veto-Rechte verfügen, wird in den Köpfen von Zehntausenden so schnell nicht auszulöschen sein. Wie sah das doch Stadtrat Jourdan aus Mörfelden-Walldorf über den faktischen Ausnahmezustand in der Region? „Die Polizei rückt an, errichtet Straßensperren ... ohne daß wir auch nur benachrichtigt würden. Eine Kriegserklärung aber liegt uns nicht vor.“

Verfassung des Landes Hessen

Vom 1. Dezember 1946

Art. 70

Die Staatsgewalt liegt unveräußerlich beim Volke.

Art. 71

Das Volk handelt nach den Bestimmungen dieser Verfassung unmittelbar durch Volksabstimmung (Volkswahl, Volksbegehren und Volksentscheid), mittelbar durch die Beschlüsse der verfassungsmäßig bestellten Organe.

Art. 116

Die Gesetzgebung wird ausgeübt
a) durch das Volk im Wege des Volksentscheids,
b) durch den Landtag.
Außer in den Fällen des Volksentscheids beschließt der Landtag die Gesetze nach Maßgabe dieser Verfassung. Er überwacht ihre Ausführung.

Art. 117

Die Gesetzentwürfe werden von der Landesregierung, aus der Mitte des Landtags oder durch Volksbegehren eingebracht.

Art. 124

Ein Volksentscheid ist herbeizuführen, wenn ein Fünftel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfs stellt. Dem Volksbegehren muß ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zugrunde liegen. Der Haushaltsplan, Abgabengesetze oder Besoldungsordnungen können nicht Gegenstand eines Volksbegehrens sein.

Das dem Volksbegehren zugrunde liegende Gesetz ist von der Regierung unter Darlegung ihres Standpunktes dem Landtag zu unterbreiten. Der Volksentscheid unterbleibt, wenn der Landtag den begehrten Gesetzentwurf unverändert übernimmt.

Die Volksabstimmung kann nur bejahend oder verneinend sein. Es entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Das Verfahren beim Volksbegehren und Volksentscheid regelt das Gesetz.

Entwurf eines Gesetzes über die Raumordnung im Bereich des Verkehrsflughafens Frankfurt a.M.

Präambel

In der Erwägung,

– daß in der Rhein-Main-Region die Grenzen von Wachstum und Verdichtung mit flächenbeanspruchenden und umweltbelastenden Großanlagen unter ökologischen Kriterien, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen und der Lebensqualität der Menschen in dieser Region, erreicht sind,

– daß ein weiterer Verlust von Freiflächen im großen Ausmaß, insbesondere von Wald, in dieser Region zu schwerwiegenden Schäden des Naturhaushalts, der Naherholungsmöglichkeiten, des Grund- und Oberflächenwassers, des örtlichen Klimas und der Tier- und Pflanzenwelt führen kann,

– daß eine weitere Belastung der Umwelt durch Lärm und Luftverunreinigungen in dieser bis an die Grenzen bereits belasteten Region zu Gesundheitsschäden der Bevölkerung führen kann,

– daß sich diesen ökologischen Prioritäten auch der Luftverkehr unterordnen muß,

hat sich das Volk in Hessen dieses Gesetz gegeben:

Artikel 1: Ergänzung des Hessischen Landesraumordnungsprogramms

(...)

Teil C: Ziele der Raumordnung und Landesplanung im Bereich des Ver-

umweltbelastenden Großanlagen unter ökologischen Kriterien, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen und der Lebensqualität der Menschen in dieser Region, erreicht sind,
– daß ein weiterer Verlust von Freiflächen im großen Ausmaß, insbesondere von Wald, in dieser Region zu schwerwiegenden Schäden des Naturhaushalts, der Naherholungsmöglichkeiten, des Grund- und Oberflächenwassers, des örtlichen Klimas und der Tier- und Pflanzenwelt führen kann,
– daß eine weitere Belastung der Umwelt durch Lärm und Luftverunreinigungen in dieser bis an die Grenzen bereits belasteten Region zu Gesundheitsschäden der Bevölkerung führen kann,
– daß sich diesen ökologischen Prioritäten auch der Luftverkehr unterordnen muß,
hat sich das Volk in Hessen dieses Gesetz gegeben:
Artikel 1: Ergänzung des Hessischen Landesraumordnungsprogramms
(...)
Teil C: Ziele der Raumordnung und Landesplanung im Bereich des Ver-

kehrsflughafens Frankfurt am Main

1. Die flächenmäßige Ausdehnung des Verkehrsflughafens Frankfurt a.M., einschließlich der US Air Base, wird, soweit Flächen für den Flugbetrieb oder für Einrichtungen und Nebenanlagen des Flugbetriebes in Anspruch genommen werden, begrenzt auf das Gebiet der Stadt Frankfurt am Main; eine Erweiterung darüber hinaus findet nicht statt. Maßgeblich für die Begrenzung nach Satz 1 sind die Gebietsgrenzen der Stadt Frankfurt a.M. nach dem Stand vom 1. Januar 1981.

2. Nr. 1 ist für die in § 8 Absatz 2 des Hessischen Landesplanungsgesetzes Genannten verbindlich.

Artikel 2: Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes

(...)

Das Landesraumordnungsprogramm bestimmt, welche seiner Bestimmungen auch für die in Absatz 2 Genannten verbindlich ist.

Artikel 3: Anpassung bestehender Fachpläne

Die in Artikel 1 aufgestellten Ziele der Raumordnung und Landesplanung gelten auch gegenüber Fachplänen, einschließlich Planfeststellungsbeschlüssen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes Wirksamkeit erlangt haben und noch nicht vollzogen sind. Diese Fachpläne sind unverzüglich den in Artikel 1 aufgestellten Zielen der Raumordnung und Landesplanung anzupassen.

Gebiet der Stadt Frankfurt am Main; eine Erweiterung darüber hinaus findet nicht statt. Maßgeblich für die Begrenzung nach Satz 1 sind die Gebietsgrenzen der Stadt Frankfurt a.M. nach dem Stand vom 1. Januar 1981.
2. Nr. 1 ist für die in § 8 Absatz 2 des Hessischen Landesplanungsgesetzes Genannten verbindlich.
Artikel 2: Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes
(...)
Das Landesraumordnungsprogramm bestimmt, welche seiner Bestimmungen auch für die in Absatz 2 Genannten verbindlich ist.
Artikel 3: Anpassung bestehender Fachpläne
Die in Artikel 1 aufgestellten Ziele der Raumordnung und Landesplanung gelten auch gegenüber Fachplänen, einschließlich Planfeststellungsbeschlüssen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes Wirksamkeit erlangt haben und noch nicht vollzogen sind. Diese Fachpläne sind unverzüglich den in Artikel 1 aufgestellten Zielen der Raumordnung und Landesplanung anzupassen.

Artikel 4: Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid (16. Mai 1950)

Gesetzentwurf des Antragstellers
(Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren)

118020 Unterschriften müssen gesammelt werden
(=3% der letzten Landtagswahl 1978)

Antrag zum VB beim Landeswahlleiter

Landesregierung entscheidet innerhalb eines Monats — *Nichtzulassung*

Antragsteller rufen den Staatsgerichtshof an

Zulassung — Ablehnung — *Ende*

Volksbegehren
Veröffentlichung im Staatsanzeiger mit Fristsetzung:
Beginn: 5./6. Woche nach Veröffentlichung
Dauer: 2/3 Wochen
Versendung der Eintragungslisten an die Gemeinden
(innerhalb von 4 Wochen nach Veröffentlichung)

800000 Unterschriften, in den Gemeindeämtern zu leisten
(=20% aller Wahlberechtigten)

Landesregierung prüft Rechtmäßigkeit — unrechtmäßig zustandegekommen

Antragsteller rufen Staatsgerichtshof an

rechtmäßig — nicht rechtmäßig — *Ende*

Landtag entscheidet (in 1 Monat)

nimmt das Gesetz an
Ziel erreicht

entscheidet negativ (oder gar nicht)

Volksentscheid (in 2 Monaten)
einfache Mehrheit entscheidet





Stellungnahmen der Gewerkschaften

Opel-Gewerkschafter an Holger Börner

Nach der Räumung des Hüttendorfes haben Vertrauenskörperleitung und Betriebsrat an Ministerpräsident Börner das folgende Telegramm geschickt:

An den Ministerpräsidenten
Herrn Holger Börner!

Mit Entsetzen beobachten die IG-Metall-Betriebsräte und die Vertrauensleutekörperleitung die Ausschreitungen der Polizei, die im Anschluß an die Räumung des Hüttendorfes erfolgten. Gerade weil wir uns von Gewalt auf allen Ebenen distanzieren, nehmen wir uns das Recht, gegen die maßlosen und sinnlosen Polizeiübergriffe zu protestieren. Wir verurteilen diese Vorgehensweise auf das Schärfste. Es hätte einer demokratisch gewählten Regierung gut angestanden, nicht den Befehl zu überfallähnlichen Angriffen auf Demonstranten zu geben und durch die Kollegen der Polizei politische Konflikte austragen zu lassen. Wir halten es gerade von einer mehrheitlich sozialdemokratisch geführten Regierung für unwürdig, daß durch solche Aktionen das durch die Hessische Verfassung verbriefte Recht auf Volksentscheid mit Füßen getreten wird.

Beschluß der Kreisdelegiertenkonferenz des DGB Frankfurt vom 26. September 1981

Mit Entsetzen beobachten die IG-Metall-Betriebsräte und die Vertrauensleutekörperleitung die Ausschreitungen der Polizei, die im Anschluß an die Räumung des Hüttendorfes erfolgten. Gerade weil wir uns von Gewalt auf allen Ebenen distanzieren, nehmen wir uns das Recht, gegen die maßlosen und sinnlosen Polizeiübergriffe zu protestieren. Wir verurteilen diese Vorgehensweise auf das Schärfste. Es hätte einer demokratisch gewählten Regierung gut angestanden, nicht den Befehl zu überfallähnlichen Angriffen auf Demonstranten zu geben und durch die Kollegen der Polizei politische Konflikte austragen zu lassen. Wir halten es gerade von einer mehrheitlich sozialdemokratisch geführten Regierung für unwürdig, daß durch solche Aktionen das durch die Hessische Verfassung verbriefte Recht auf Volksentscheid mit Füßen getreten wird.

Beschluß der Kreisdelegiertenkonferenz des DGB Frankfurt vom 26. September 1981

1. Die Kreisdelegiertenkonferenz fordert den DGB-Landesbezirksvorstand auf, dem Bau der Startbahn West entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen, solange nicht mindestens die Bedingungen des DGB-Beschlusses erfüllt sind.

2. Der DGB-Landesbezirksvorstand wird ferner aufgefordert, zu überprüfen, ob das entscheidende Argument für den Bau einer zusätzlichen Startbahn, nämlich die Schaffung von 10 000 – 20 000 Arbeitsplätzen unter den heute absehbaren Bedingungen und Entwicklungen zu halten ist, und sich nicht auch aus dem Gesichtspunkt von Überkapazitäten und daraus folgenden Entlassungen der Bau einer zusätzlichen Startbahn verbietet.

GEW-Obleuteversammlung Bezirk Frankfurt am 8.11.1981

Die GEW-Obleuteversammlung Frankfurt „verurteilt die Räumung des Hüttendorfes am 2.11. auf dem Gelände der FAG (Startbahn West). Sie wertet diese Maßnahme als mieses Beispiel eines Demokratieverständnisses von Politikern, die wir keinesfalls aus unserer Verantwortung gegenüber der nachkommenden Generation hinnehmen können ....“

Die Mitglieder werden in diesem Beschluß aufgerufen, „sich bei den nächsten Wahlen zu überlegen, ob sie ihre Stimmen weiterhin Politikern zu geben bereit sind, die den Boden der Bundesrepublik, insbesondere Hessens zubetonieren, um ‚Arbeitsplätze zu schaffen‘.“

Beschluß der Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle Frankfurt der IG Metall

Die Ortsverwaltung wird aufgefordert, sich öffentlich gegen den Bau der Startbahn 18 West am Frankfurter Flughafen auszusprechen, das Volksbegehren als demokratisches Mittel zur Interessendurchsetzung anzuerkennen und zu unterstützen.

Sollte die Vertreterversammlung aufgrund von Informationsmangel nicht in der Lage sein, so weitgehende Entscheidungen zu treffen, möge sie die Ortsverwaltung auffordern, einen gewerkschaftlichen Diskussionsprozess in Gang zu setzen und einen Arbeitskreis einzurichten, um danach zu entscheiden.

Begründung:

In der Entschließung zum 13. ordentlichen Gewerkschaftstag unter Punkt 9, Umweltschutz, heißt es u.a.: „Arbeitnehmer sind von Umweltbelastungen in besonderem Maße betroffen. Neben den bestehenden und noch nicht erkannten Gefährdungen am Arbeitsplatz treten zusätzliche Belastungen in der Wohnwelt auf. Diese Mehrfachbelastungen haben Gesundheitsschädigungen für die Menschen zu Folge.“

Der Bau der Startbahn 18 West bedeutet:

– Erweiterung der durch Lärm belasteten Wohngebiete,

– Zerstörung eines Naherholungsge-

und zu unterstützen.

Sollte die Vertreterversammlung aufgrund von Informationsmangel nicht in der Lage sein, so weitgehende Entscheidungen zu treffen, möge sie die Ortsverwaltung auffordern, einen gewerkschaftlichen Diskussionsprozess in Gang zu setzen und einen Arbeitskreis einzurichten, um danach zu entscheiden.

Begründung:

In der Entschließung zum 13. ordentlichen Gewerkschaftstag unter Punkt 9, Umweltschutz, heißt es u.a.: „Arbeitnehmer sind von Umweltbelastungen in besonderem Maße betroffen. Neben den bestehenden und noch nicht erkannten Gefährdungen am Arbeitsplatz treten zusätzliche Belastungen in der Wohnwelt auf. Diese Mehrfachbelastungen haben Gesundheitsschädigungen für die Menschen zu Folge.“

Der Bau der Startbahn 18 West bedeutet:

– Erweiterung der durch Lärm belasteten Wohngebiete,

– Zerstörung eines Naherholungsge-

bietes für Arbeitnehmer,

– Verschlechterung der klimatischen Bedingungen im Rhein-Main-Gebiet,

– Verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen der FAG wegen der entstehenden hohen Betriebskosten.

(mit ⅔ Mehrheit am 19.10.1981 angenommen).

Beschluß DGB-Landesbezirksvorstand Hessen 9.11.1981

3) Aktuelle wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Daten, die eine stagnierende Entwicklung anzeigen, können nicht allein ausschlaggebend sein für ein Projekt, wie es die 3. Startbahn 18 West mit ihrer wirtschaftlichen Langzeitwirkung darstellt.

4) Der Landesbezirksvorstand des DGB Hessen fordert alle Beteiligten auf, jede Gewaltanwendung einzustellen und demokratische, rechtsstaatliche Entscheidungen zu akzeptieren.

Hierzu ist eine „Atempause“ nützlich.

Daher begrüßt der DGB-Landesbezirksvorstand Hessen die Initiativen des Vorsitzenden des SPD-Bezirks Hessen Süd, Willi Görlach, und des Hessischen Innenministers, Ekkehard Gries, und fordert, eine solche „Atempause“ zu politischen Gesprächen zu nutzen.

Der DGB erwartet von allen beteiligten Stellen und Gruppen in der Frist von der Einreichung des Volksbegehrens am 14.11.1981 bis zum möglichen Entscheid über die verfassungsmäßige Zulassung durch den Hessischen Staatsgerichtshof eine Einstellung aller Maßnahmen.

Je länger wir demonstrieren, desto kürzer die Startbahn

cof. Man wird lange suchen müssen in der Geschichte der Bundesrepublik, um Vergleichbares zu finden. Weder im Kampf gegen die Notstandsgesetze, noch gegen den Vietnamkrieg, noch im Häuserkampf, noch gegen die Fahrpreiserhöhungen 1974 demonstrierten wohl innerhalb von wenigen Wochen so viele, wie sich täglich, beinahe stündlich, auf den Straßen vor allem Frankfurts, aber auch der kleineren Städte im südhessischen Raum gegen den Bau der Startbahn versammeln.

Am Dienstag letzter Woche treffen sich 8000, im Alter vielleicht von 2 bis 70 Jahren, zu einem Fackelzug in Mörfelden. Die Leute gucken, was ihre Wohnstraße auf die Beine bringt. Über 2000 sind es in Darmstadt, es spricht der DGB-Kreisvorsitzende Alois Peressin. In Gießen wird das FDP-Büro besetzt. Im nordhessischen Kassel marschieren ein paar Hundert zur Stadtverordnetenversammlung. Der Zug zum Hessischen Rundfunk vom letzten Mittwoch zeigt schon Wirkung: Sprecher der Bürgerinitiativen werden ins Studio eingeladen. Für die geforderte Life-Diskussion zwischen Börner, Gries und Dregger auf der einen, Bürgerinitiativen, Gewerkschaftern und Kirchen auf der anderen Seite nach der Tagesschau mit open end gibt es zwar keine Zusage, aber am Mittwoch, dem 11. November, sendet die ARD um 23.00 Uhr einen Film über die Geschichte des Kampfes („Abflug in die Krise“), danach eine Diskussion zwischen Bürgerinitiativen und Regie-

Frankfurts, aber auch der kleineren Städte im südhessischen Raum gegen den Bau der Startbahn versammeln.

Am Dienstag letzter Woche treffen sich 8000, im Alter vielleicht von 2 bis 70 Jahren, zu einem Fackelzug in Mörfelden. Die Leute gucken, was ihre Wohnstraße auf die Beine bringt. Über 2000 sind es in Darmstadt, es spricht der DGB-Kreisvorsitzende Alois Peressin. In Gießen wird das FDP-Büro besetzt. Im nordhessischen Kassel marschieren ein paar Hundert zur Stadtverordnetenversammlung. Der Zug zum Hessischen Rundfunk vom letzten Mittwoch zeigt schon Wirkung: Sprecher der Bürgerinitiativen werden ins Studio eingeladen. Für die geforderte Life-Diskussion zwischen Börner, Gries und Dregger auf der einen, Bürgerinitiativen, Gewerkschaftern und Kirchen auf der anderen Seite nach der Tagesschau mit open end gibt es zwar keine Zusage, aber am Mittwoch, dem 11. November, sendet die ARD um 23.00 Uhr einen Film über die Geschichte des Kampfes („Abflug in die Krise“), danach eine Diskussion zwischen Bürgerinitiativen und Regie-

rungsvertretern. In Frankfurt heißt es immer noch: jeden Tag um 17.00 Uhr Treffen auf dem Paulsplatz. An Zielen mangelt es nicht. Am Donnerstag war es das Amerika-Haus, am Freitag ging der Zug erst zum SPD-Haus – als dort etwas Müll abgeladen wurde, wurde dem Juso-Vorsitzenden Sulzbach bange. Das schade doch nur den Startbahngegnern in der SPD. Man möge doch mit solch frevelhaftem Tun bitte aufhören. Starke Polizeisperren schützen eine Stunde später das CDU-Büro, das nächste Ziel. Nach der Schlußkundgebung auf der Hauptwache mitten in der Stadt ein Fest. Die Gruppe „Vitamin“ hat ihr Konzert von der Batschkapp hierher verlegt. Tausende von Schülern demonstrieren während der Unterrichtszeit. Das Stadtschulamt sucht bis jetzt vergeblich nach den Rädelsführern unter den Lehrern. Jeden Tag kommen neue Leute dazu, manche gehen zum ersten Mal auf die Straße, nachdem sie die Bilder in der Hessenschau gesehen haben.

Vorläufiger Höhepunkt ist – jedenfalls von der Zahl der Teilnehmer her – die Kundgebung im Wald an dem inzwischen von NATO-Draht umzäunten Gelände, das die Polizei besetzt hält. 20, 30, 40tausend – niemand kann schätzen, wieviele in bunter Kolonne auf wievielen Wegen durch Wiesen und Wald von den verschiedenen Treffpunkten aus bis zur Absperrung strömen, vorbei an der Ernesto-Che-Guevara-Klinik und Zorngickel III, der 3. Hütte der Initiative aus Frankfurt-Nied, im dritten Hüttendorf im Wald. (Am Freitag in aller Frühe ist das zweite Hüttendorf geräumt worden: 99 oder auch mehr der Bewohner wurden verhaftet. Anlaß dafür war ein einziger, „zufällig“ nicht gezündeter, ganz sauberer Molotow-Cocktail. Wer hat den wohl dahingelegt, damit ihn ein Waldbesetzer aufhebt?)

Aber dann der große Frust, nach dem viele meinen: Wir haben eine Chance vertan. Was in allen Nachrichten als erste Meldung kommt, war mindestens peinlich: Innenminister Gries, Drahtzieher sämtlicher Polizeieinsätze, im Gespräch mit fünf der ungefähr 60 „Gewaltlosen“, die mit nacktem Oberkörper über den Zaun gegangen waren, um dem Minister die Forderungen der Bürgerinitiativen vorzutragen, derweil der „Rest“ derer, die nach dem ursprünglichen Konzept geführt von schutzlosen Leuten auf der ganzen Breite den Zaun überschreiten wollten, ein paar Stunden sehr wörtlich im Wald standen – um schließlich das magere Ergebnis zu erfahren: Gries setzt sich in der Koalition für einen Baustopp bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs ein und denkt über den Abzug der Polizeitruppen und Aufhebung der Staßensperren nach, falls er die Voraussetzungen für gegeben hält. Inzwischen erklärt die FDP schon, so sei's ja auch nicht gemeint gewesen. Denn wenn die Bürgerinitiativen sagten, sie würden ihren Widerstand fortsetzen und weder Politikern noch Polizei eine Atempause gönnen, hätten sie damit die Gesprächsbereitschaft auf Regierungsseite verspielt. So gesehen ist das Ergebnis gleich null, und Alexander Schubart,

Drahtzieher sämtlicher Polizeieinsätze, im Gespräch mit fünf der ungefähr 60 „Gewaltlosen“, die mit nacktem Oberkörper über den Zaun gegangen waren, um dem Minister die Forderungen der Bürgerinitiativen vorzutragen, derweil der „Rest“ derer, die nach dem ursprünglichen Konzept geführt von schutzlosen Leuten auf der ganzen Breite den Zaun überschreiten wollten, ein paar Stunden sehr wörtlich im Wald standen – um schließlich das magere Ergebnis zu erfahren: Gries setzt sich in der Koalition für einen Baustopp bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs ein und denkt über den Abzug der Polizeitruppen und Aufhebung der Staßensperren nach, falls er die Voraussetzungen für gegeben hält. Inzwischen erklärt die FDP schon, so sei's ja auch nicht gemeint gewesen. Denn wenn die Bürgerinitiativen sagten, sie würden ihren Widerstand fortsetzen und weder Politikern noch Polizei eine Atempause gönnen, hätten sie damit die Gesprächsbereitschaft auf Regierungsseite verspielt. So gesehen ist das Ergebnis gleich null, und Alexander Schubart,

Vertrauensperson der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren, hat dem Innenminister auch gleich vorgeworfen, er vertraue offenbar nur der Autorität der Justiz, nicht aber dem Volk.

Seit Samstag jedenfalls diskutieren alle Gruppen des Widerstands erneut über das Konzept – auf dem Spiel steht ja nicht mehr und nicht weniger als die Einheit der Bewegung. Vor allem in Frankfurt, wo – anders als in den direkter betroffenen Gemeinden – die Intelligenz, Studenten, Lehrer, Schüler und Sozialarbeiter neben einer Reihe von Linken aus den Gewerkschaften den Kern der Bewegung bilden, wird die „autoritätsgläubige Haltung“ der Mörfelder kritisiert. Auf einer Versammlung in der Universität am Montag im Anschluß an die Demonstration konnte man sich aber dennoch darauf einigen, daß man den Widerstand nicht von dieser Seite her spalten solle, sondern eben die Zusammenarbeit und die demokratischen Strukturen in den und zwischen den aktiven Kräften stärken müsse.

Wenige Stunden vorher war es immerhin zu einer bis dahin neuen Aktion gekommen. Im Anschluß an eine DGB-Veranstaltung in der Festhalle auf dem Messegelände gegen die Haushaltspläne von Bund, Land und Stadt sowie gegen die Entlassungsmaßnahmen der Kapitalisten – wo sich schon durch das Motto: Gegen Kahlschlagpolitik! die Verbindung zu: Keine Startbahn West! regelrecht aufdrängte und auch so auf einem Transparent fand – marschierten 300 bis 400 Gewerkschafter, vor allem aus der GEW, der ÖTV, der IG Druck und Papier und Postler, den Leuten, die vom Paulsplatz kamen, entgegen und traten auf der gemeinsamen Kundgebung vor etwa 5000 für gegenseitige Unterstützung ein, gegen den gemeinsamen Gegner, der via Haushaltssanierung die

am Montag im Anschluß an die Demonstration konnte man sich aber dennoch darauf einigen, daß man den Widerstand nicht von dieser Seite her spalten solle, sondern eben die Zusammenarbeit und die demokratischen Strukturen in den und zwischen den aktiven Kräften stärken müsse.

Wenige Stunden vorher war es immerhin zu einer bis dahin neuen Aktion gekommen. Im Anschluß an eine DGB-Veranstaltung in der Festhalle auf dem Messegelände gegen die Haushaltspläne von Bund, Land und Stadt sowie gegen die Entlassungsmaßnahmen der Kapitalisten – wo sich schon durch das Motto: Gegen Kahlschlagpolitik! die Verbindung zu: Keine Startbahn West! regelrecht aufdrängte und auch so auf einem Transparent fand – marschierten 300 bis 400 Gewerkschafter, vor allem aus der GEW, der ÖTV, der IG Druck und Papier und Postler, den Leuten, die vom Paulsplatz kamen, entgegen und traten auf der gemeinsamen Kundgebung vor etwa 5000 für gegenseitige Unterstützung ein, gegen den gemeinsamen Gegner, der via Haushaltssanierung die

Gelder für die Subventionierung des Flughafenausbaus wie auch die Polizeieinsätze zusammenkratzt. Mittlerweile planen die örtlichen Initiativen bereits über die Demonstration am Samstag in Wiesbaden hinaus weitere größere Aktionen, und zwar „flächendeckend“ gerade auch in den Landkreisen.

Die Fotodokumentation kostet 10 DM (5 DM gehen an die AG Volksbegehren).



Bürger im Widerstand
170 Bilddokumente 1977-81
Startbahn-West
Diemelstadt/Volkmarsen
Biblis
2 Jahre B-8 Dammbesetzung

Beide Bücher sind erhältlich im Büro der Arbeitsgemeinschaft, 6082 Walldorf, postlagernd, Tel. 06105/76754

Herausgeber:
Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt am Main
Preis: 13 DM

Jaruzelski – Glemp – Walesa: Ein autoritärer Versuch, einen letzten Kompromiß zu finden

Von Gerd Koenen

Die politische Lage in Polen wird immer komplizierter, und das ist ausnahmsweise keine Phrase. Auf dem einen Pol, darin sind sich alle Beobachter einig, gewinnt unter Teilen der Arbeiter und anderer Schichten des Volkes ein unbestimmter Radikalismus an Boden, der sich aus Verzweiflung über die scheinbar ausweglose Wirtschaftskrise speist. Politische Nutznießer sind die Nationalisten der KPN (Konföderation Unabhängiges Polen), die auf dem Kongreß von „Solidarność" etwa 10% der Delegierten hatten und revolutionäre Stimmungen der Art schüren, daß *alles* besser sei als die gegenwärtige Lage. Sie arbeiten auf den Zusammenbruch des Regimes hin und erklären offen, daß der Preis eines offenen Konflikts mit der sowjetischen Schutzmacht gezahlt werden muß. – Diese Linie ist auf dem Kongreß von „Solidarność" verworfen worden, und hat auch keine Mehrheit in der Landeskommission. Aber die 167 Delegierten in diesem Gremium stehen unter dem Druck der wachsenden sozialen Unrast: und trotz ihrer dringenden Appelle sind eine Reihe wilder Streiks nicht eingestellt worden. Dabei geht es zum Teil um Konflikte (wie in der Kohlengrube Sośnowice), die auf direkte Provokationen von rechts zurückgehen (dort ein Säureattentat auf eine Betriebsversammlung).

Insgesamt verfolgt die Landeskommission eine durchaus klare Strategie; sie strebt einen neuen nationalen Kompromiß an, der aber die errungenen Machtpositionen der Arbeiter- und Volksbewegung sichert. Die Kernpunkte sind: die Übertragung der Leitung der Notbewirtschaftung an einen „Obersten Volkswirtschaftsrat" aus allseits anerkannten Autoritäten, der erhebliche Vollmachten erhält; weitgehende Kontrollbefugnisse der Gewerkschaft bzw. der betrieblichen Selbstverwaltungsorgane; Novellierung des Gesetzes über die Selbstverwaltung in Richtung einer noch weitgehenderen Beschneidung der zentralstaatlichen Eingriffsrechte; die endliche Inangriffnahme wirklicher Wirtschaftsreformen, die die Blockade der Zentralbürokratie durchbrechen; und dann, und nur dann Durchführung der unabweisbaren Preisreformen. Weiter stehen auf der Liste vornan die demokratischen Forderungen nach Zugang zu den Massenmedien und einer Wahlrechtsreform, die die Aufstellung unabhängiger Kandidaten bei den Wahlen zu den Nationalräten und zum Sejm eröffnen müßte.

Eine klare Strategie verfolgt, auf der Gegenseite, auch der General Jaruzelski; allerdings eine sehr konservative. Er hat begonnen, systematisch den Platz, den die auseinanderfallende Partei und von ihr kontrollierte Verwaltung eingenommen hat, durch die Armee zu besetzen. Die Armee ist die einzige intakte und zugleich noch über Autorität im Volk verfügende Instanz des alten Regimes. Jaruzelski denkt an Wirtschaftsreformen nach ungarischem Vorbild, mit etwas erweiterten Mitbestimmungsrechten für die Arbeiter. Das ganze politisch abgestützt auf eine „Front der nationalen Verständigung", eine kalkulierte Beteiligung von Kirche und Gewerkschaft an der Macht, aber unter Wahrung der verfassungsmäßigen Vorrechte der Partei – die ihrerseits in Armeeuniform steckt. Ist das Militärdiktatur? Jaruzelski droht damit, aber er wird sie um jeden Preis zu vermeiden versuchen, denn die Armee würde dabei zerbrechen.

Seinerseits steht er unter dem Druck der von der Sowjetunion und den Nachbarstaaten beschirmten Sammlung der konterrevolutionären Kräfte. Diese konspirieren offen in Form von „Foren" und „Seminaren", und haben jüngst landesweit auf Versammlungen zum Jahrestag der Oktoberrevolution Ersuchen um „internationalistische Hilfe" an Breschnew, Honecker u.a. geschickt. Im ZK der PVAP dominiert allerdings eine mehr national eingefärbe Variante der Restauration, vertreten durch Olszowski, der Gewerkschaft und Kirche in eine „Nationale Front" *einbinden* will wie in eine Zwangsjacke. Aber Olszowski z.B. konnte auf der ZK-Sitzung, auf der Kania gestürzt wurde, seinerseits nicht kandidieren. Er kontrolliert die Medien und mit dem Innenminister Milewski zusammen die Miliz; aber in der Miliz selbst sind gegenwärtig hunderte Polizisten aus dem Dienst entlassen worden wegen des Versuchs, eine unabhängige Gewerkschaft zu bilden, und niemand weiß, wie weit die untergründige Organisierung schon geht. Olszowski und die alten und neuen Parteifürsten haben nur noch begrenzte Machthebel. Und eben deshalb müssen sie im Augenblick hinter die Armee zurücktreten. Sie müssen abwarten.

Das unter Vermittlung des Primas von Polen, Kardinal Glemp, zustandegekommene Dreiertreffen Jaruzelski – Glemp – Walesa ist der Versuch, noch einmal die Möglichkeiten eines gesamtnationalen Kompromisses, wie er letztes Jahr in Danzig geschlossen wurde, auszuloten. Dabei haben sich sowohl Lech Walesa wie Jaruzelski über die Beschlußfassung in den Gremien, denen sie verantwortlich sind, autoritär hinweggesetzt. Beide riskieren Kopf und Kragen. Jaruzelski hat ein positives Kommuniqué der Regierung darüber herausgegeben, ohne das Politbüro zu fragen. Walesa hat einen offenen Bruch im Landesvorstand riskiert. Nur der Erfolg kann ihm jetzt noch recht geben. Ein Erfolg wäre: ein akzeptabler Kompromiß, der wirklich zuallererst einen Ausweg aus der Krise eröffnete, unter Wahrung der großen Interessen der polnischen Arbeiterbewegung.

Ich gehe davon aus, daß eine solche Möglichkeit noch immer besteht, gerade weil die Alternative Bürgerkrieg und Okkupation heißt, bei der alle verlieren würden.

Die konkreten wie grundsätzlicheren Einwände, die K. Engel in einem Leserbrief letzte Woche gegen diese Einschätzung geltend gemacht hat, werden sich im Verlauf der nächsten zwei bis drei Wochen schlüssiger klären lassen.

Polen: Was wäre wenn?

Die Bedeutung des polnischen Territoriums für Angriffsoperationen des Warschauer Paktes

Von Dieter Wismann

Daß die Offensive in der sowjetischen Militärdoktrin eine dominierende Rolle spielt, ist bei Warschauer Pakt und NATO gleichermaßen unstrittig. (1) Prinzipien, wie etwa *Manöver und Initiative, Beweglichkeit und Geschwindigkeit, Umfassung, Einschließung und Vernichtung des Feindes* umreißen eine geschlossene militärische Konzeption, die in der „Sowjetischen Militärenzyklopädie", der Fachliteratur, den Dienstvorschriften, den militärischen Übungen, der Bewaffnung und Aufstellung der Streitkräfte usw. ihren nachweislichen Niederschlag findet.

Was das mit Polen zu tun hat? Bekanntlich sind in Polen sowjetische Truppen stationiert. Daß es an Kampftruppen „nur" 3 Divisionen sind und diese „nur" in den ehemaligen deutschen Ostgebieten Pommern, Westpreußen, Schlesien und in der Lausitz stehen, legt den Schluß nahe, Polen spiele als Aufmarschgebiet eine untergeordnete Rolle. Aber dieses Bild ist grundfalsch. Eine mögliche Einbuße des polnischen *Territoriums* wäre al-

Hauptlast des Angriffs zur Erreichung des gesteckten Ziels zu tragen.

Der Grundgedanke geht auf die Jahre des Bürgerkrieges zurück; seitdem wurde diese Konzeption aber ständig ausgebaut und den Gegebenheiten des neuzeitlichen Gefechtsfelds angepaßt. Im 2. Weltkrieg etwa ein Drittel der kämpfenden Truppe, umfaßt die 2. Staffel heute etwa die Hälfte der Einsatzverbände und, nach Auffassung einiger Militärtheoretiker, sogar das Gros der Panzerdivisionen. 1944/45 operierten die sowjetischen Armeen bei einem Angriffstempo von 25 – 30 km pro Tag bereits in einer räumlichen Tiefe von 40 bis 45 km. Heute geht die geplante sowjetische Angriffsleistung von 80 km pro Tag aus; damit eine motSchützendivision einen Durchbruch erzielen kann, muß sie in einer Tiefe von 100 km operieren.

Angesichts neuester Entwicklungen auf dem Gefechtsfeld, etwa infolge des Einsatzes der Neutronenwaffe, verstärkter Panzerabwehr seitens der NATO und der vergrößerten Reichweite der Artillerie, sind Bemühungen im

Angriffsordnung der WP-Truppen

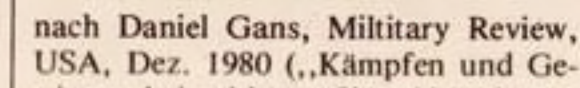
nach Daniel Gans, Miltitary Review, USA, Dez. 1980 („Kämpfen und Ge-

Frontabschnitt	Armee d. 1. Staffel:		Armee d. 2. Staffel:	
Nördl. Abschnitt Bremen – Arnheim	1) 9. GdPzDiv 2) 32. GdmotSchDiv 3) 94. GdmotSchDiv 4) 9. PzDiv	GSTD: 2. GdA. (Fürstenb.)	6) 20. PzDiv 7) 35. PzDiv 8) 5 Panzerdiv.(5) 9) 3 motSchdiv.(6)	NGT poln. Armee

Polen: Was wäre wenn?

Die Bedeutung des polnischen Territoriums für Angriffsoperationen des Warschauer Paktes





Von Dieter Wismann

Daß die Offensive in der sowjetischen Militärdoktrin eine dominierende Rolle spielt, ist bei Warschauer Pakt und NATO gleichermaßen unstrittig. (1) Prinzipien, wie etwa *Manöver und Initiative, Beweglichkeit und Geschwindigkeit, Umfassung, Einschließung und Vernichtung des Feindes* umreißen eine geschlossene militärische Konzeption, die in der „Sowjetischen Militärenzyklopädie", der Fachliteratur, den Dienstvorschriften, den militärischen Übungen, der Bewaffnung und Aufstellung der Streitkräfte usw. ihren nachweislichen Niederschlag findet.

Was das mit Polen zu tun hat? Bekanntlich sind in Polen sowjetische Truppen stationiert. Daß es an Kampftruppen „nur" 3 Divisionen sind und diese „nur" in den ehemaligen deutschen Ostgebieten Pommern, Westpreußen, Schlesien und in der Lausitz stehen, legt den Schluß nahe, Polen spiele als Aufmarschgebiet eine untergeordnete Rolle. Aber dieses Bild ist grundfalsch. Eine mögliche Einbuße des polnischen *Territoriums* wäre allein schon für die Entfaltung einer militärischen Offensive der WP-Truppen gen Westeuropa ein kaum auszugleichender Verlust und hätte damit erhebliche Auswirkungen auf die Aggressionsfähigkeit der Sowjetunion an dieser Front.

Entgegen der Auffassung, ein dynamischer Vorstoß in den feindlichen Raum verliere mit wachsender Tiefe zusehends an Schwung (2), vertritt die sowjetische Militärdoktrin die Ansicht, daß das nicht notwendig so sein müsse und auch nicht so sein dürfe, da nur die in die Tiefe vorgetragene Offensive den militärischen Sieg sichere. Die Lösung des Problems sieht sie in der „Tiefenstaffelung" des Angriffs – eines der wichtigsten Merkmale sowjetischer Strategie und Taktik. Um die eigene Überlegenheit und ständige Initiative sicherzustellen, braucht es eine entsprechende Gefechts- bzw. Schlachtordnung. Dieses Konzept liegt der sog. *1. und 2. Staffel* zugrunde, in die die sowjetischen Angriffsverbände insgesamt aufgegliedert sind. (3) Die 2. Staffel erfüllt dabei nicht nur die herkömmliche Aufgabe, als Ablösung oder Verstärkung die vorne kämpfenden, dezimierten Verbände aufzufüllen, neu zu gruppieren etc. Sie hat vor allem eine schlacht- bzw. gefechtsentscheidende Aufgabe. In räumlichem Abstand zur 1. Staffel tritt sie gleichzeitig mit ihr aus der Tiefe des Hinterlandes an und erhält beim Eintritt in das Gefecht / Schlacht präzise Einsatzbefehle, um dann an den Flanken der 1. Staffel oder durch die offengelassenen oder entstandenen Lücken in der Front vorzustoßen und schließlich die Hauptlast des Angriffs zur Erreichung des gesteckten Ziels zu tragen.

Der Grundgedanke geht auf die Jahre des Bürgerkrieges zurück; seitdem wurde diese Konzeption aber ständig ausgebaut und den Gegebenheiten des neuzeitlichen Gefechtsfelds angepaßt. Im 2. Weltkrieg etwa ein Drittel der kämpfenden Truppe, umfaßt die 2. Staffel heute etwa die Hälfte der Einsatzverbände und, nach Auffassung einiger Militärtheoretiker, sogar das Gros der Panzerdivisionen. 1944/45 operierten die sowjetischen Armeen bei einem Angriffstempo von 25 – 30 km pro Tag bereits in einer räumlichen Tiefe von 40 bis 45 km. Heute geht die geplante sowjetische Angriffsleistung von 80 km pro Tag aus; damit eine motSchützendivision einen Durchbruch erzielen kann, muß sie in einer Tiefe von 100 km operieren.

Angesichts neuester Entwicklungen auf dem Gefechtsfeld, etwa infolge des Einsatzes der Neutronenwaffe, verstärkter Panzerabwehr seitens der NATO und der vergrößerten Reichweite der Artillerie, sind Bemühungen im WP erkennbar, auch die Gefechtsordnung diesen Entwicklungen anzupassen. Die bessere Ausnutzung des Raumes nimmt dabei naturgemäß einen hervorragenden Platz ein. Ab Mitte der 70er Jahre wurde die Angriffsdoktrin dahingehend modifiziert, daß nicht durch wenige Durchbrüche, sondern durch eine Vielzahl „schneller und kühner Stöße" entlang einer breiten Front viel Raum gewonnen werden soll, um die Bildung einer abwehrstarken Feindfront von vorneherein zu verhindern: „dezentralisierte Konzentration". Diese neue „raumgreifende Operation", die nicht erst nach erfolgtem Durchbruch, sondern bereits vor Angriffsbeginn erfolgt, verlangt, daß sich die 2. Staffel nach dem Ausrücken aus den Kasernen nicht lange in Marschordnung formiert, sondern frühzeitig in entfalteter Gefechtsordnung der Front nähert, um so mit dem nötigen Schwung zuschlagen zu können und zugleich geringere Angriffsflächen zu bieten.

Bedenkt man nun, daß die DDR in der Höhe Berlins rund 235 km und in der Höhe von Wittenberg nur 160 km „tief" ist, liegt auf der Hand, daß diese Plattform zur Entfaltung derartiger Angriffsmanöver zu eng ist , ja, immer enger wird. Kaum auszudenken also die Auswirkungen eines Verlustes der Operationsbasis Polen allein für die Entfaltung der Gefechtsordnung der 2. Staffel – einmal ganz abgesehen von einem Verlust Polens als logistisches Kettenglied zwischen der DDR und der SU, als Schienenstrang für die Verstärkung aus den westlichen Militärbezirken der SU, oder dem Verlust der polnischen Angriffsverbände.

Angriffsordnung der WP-Truppen

nach Daniel Gans, Miltitary Review, USA, Dez. 1980 („Kämpfen und Gewinnen bei zahlenmäßiger Unterlegenheit ... unter welchen Verhältnissen?"). Diese Studie erörtert die möglichen Ergebnisse eines Überraschungsangriffes mit konventionellen Kräften gegen den NATO-Abschnitt Europa-Mitte. Von diesem m.E. durchaus legitimen Typ wissenschaftlicher Untersuchung ist allerdings zu verlangen, daß er sich maximal auf Tatsachen und grundlegende Entwicklungstendenzen stützt. Unter den Szenarien dieser Art zeichnet sich diese Arbeit u.a. dadurch aus, daß sie von offiziellen Einschätzungen durch die NATO ausgeht. In vielen Punkten teilt d. Verf. die Prognosen von D. Gans nicht. In den groben Zügen der von G. beschriebenen Angriffsordnung besteht aber unter NATO-Militärs weitgehend Einigkeit. Dieses Szenarium wurde für die KVZ in eine Karte übertragen, um die Bedeutung der „tiefen Operation" und der 2 Staffeln anschaulicher darzustellen.

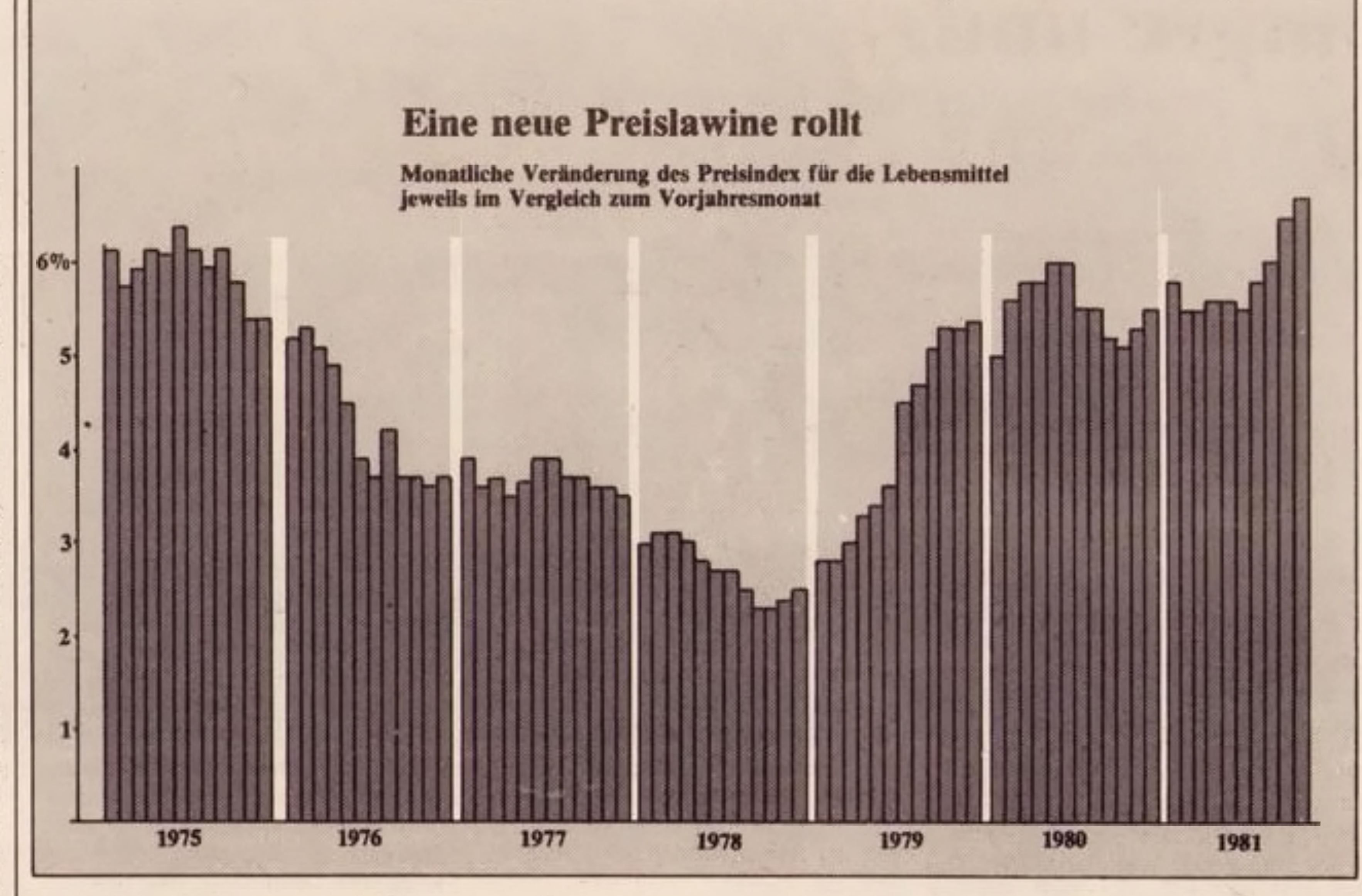
Deutlich wird m.E. so z.B. die auch von Pilster (4) beschriebene Nord-West-Richtung der Verstärkungskräfte – abgelenkt u.a. durch Karpaten und Riesengebirge – und die Süd-West-Richtung des Stoßes gegen den Rhein. Um einige der vermeintlichen sowjetischen Kalküle für die 4 Stoßrichtungen zumindest anzudeuten, sind im NATO-Raum die größten Flüsse, Gebirgsrücken (schraffiert) und die Gefechtsabschnitte der nationalen NATO-Verbände (Großbuchstaben) verzeichnet. Die Angaben über die Dislozierung der genannten Streitkräfte können als gesichert gelten. Die Ziffern in den Vollkreisen stehen für WP-Divisionen der 1. Staffel, während die in gestrichelten Kreisen die von G. vermuteten Divisionen der 2. Staffel markieren. Die Abkürzungen der folgenden Übersicht entsprechen internationalem Sprachgebrauch: Div = Division; Pz = Panzer; motSch = motorisierte Schützen ...; Gd = Garde ... (i.e. Eliteeinheit); St = Stoß ... (dito); GSTD = „Gruppe d. sowjet. Truppen in Deutschland"; NGT = „Nordgruppe d. Trpn." (Sowjet. Trpn. in Polen); ZGT = „Zentralgrp. ..." (in CSSR); SGT = „Südgrp. ..." (in Ungarn); NVA = „Nationale Volksarmee" d. DDR. – Eine sowjet. Armee besteht in der Regel aus 4 Divisionen und div. Armeetrpn.; 1 PzDiv zählt 12000 Soldaten (320 Kampfpanzer, 270 Schützenpanzer und 20 Haubitzen), 1 motSchDiv 14000 Soldaten.

Frontabschnitt	Armee d. 1. Staffel:		Armee d. 2. Staffel:	
Nördl. Abschnitt Bremen – Arnheim	1) 9. GdPzDiv 2) 32. GdmotSchDiv 3) 94. GdmotSchDiv 4) 9. PzDiv 5) 8. motSchDiv	GSTD: 2. GdA. (Fürstenb.) NVA	6) 20. PzDiv 7) 35. PzDiv 8) 5 Panzerdiv.(5) 9) 3 motSchdiv.(6)	NGT poln. Armee
GSTD/Nordabschn.: Hannover – Ruhr	10) 25. PzDiv 11) 10. GdPzDiv 12) 12. GdPzDiv 13) 47. GdPzDiv 14) 207. motSchDiv 15) 1. motSchDiv (7)	GSTD: 3. StA. (Magdeburg) NVA	16) 6. GdmotSchDiv 17) 14. GdmotSchDiv 18) 19. motSchDiv 19) 2 Panzerdiv. 20) 2 motSchützendiv.	GSTD: 20. GdA. (Eberswalde) SGT
GSTD/Südabschn.: Eisenach – Frankfurt	21) 20. GdPzDiv 22) 20. GdmotSchDiv 23) 39. GdmotSchDiv 24) 57. GdmotSchDiv 25) 7. PzDiv 26) 11. motSchDiv 27) 4. motSchDiv	GSTD: 8. GdA. (Weimar) NVA	28) 9. PzDiv 29) 7. GdPzDiv 30) 11. GdPzDiv 31) 27. GdmotSchDiv	GSTD: 1. GdPzA. (8) (Dresden)
Südwestabschn.: Nürnberg – Karlsruhe	32) 3 motSchützendiv 33) 2 Panzerdiv. 34) 1 motSchützendiv	ZGT Arm.CSSR (9)	35) 3 Panzerdiv. 36) 2 motSchützendiv.	Armee CSSR (‚Grp.Tabor')
Reserve d. Oberkommandos: Hannover – Ruhr	37) 6 Divisionen (darunter mit Sicherheit zumindest ein Teil der polnischen Divisionen)			

(1) Daß dies ein Ausdruck von Aggressivität sei, weist die sowjetische Führung allerdings entrüstet von sich. In den WP-Manövern geht dem „vernichtenden Gegenschlag" regelmäßig eine kurze Phase der Abwehr einer NATO-Aggression voraus.
(2) exemplarisch der Rußlandfeldzug der dt. Wehrmacht
(3) siehe hierzu: „Die Angriffsoperation im Rahmen der Armee", ÖMZ 1/1980, S. 77 ff; „Die ‚zweite Staffel' und ihre Einführung", ÖMZ 6/1980, S. 522 ff.
(4) Hans Christian Pilster: „Streitkräfte und Wehrwesen in osteuropäischen Ländern", ÖMZ 2/1978, S. 98 ff.
(5) m.W. gibt es aber nur 4
(6) von insges. 8
(7) G. zählt sie zum nördlichen Abschnitt
(8) die 6. GdPzDiv wurde 1980 abgezogen
(9) von insgesamt 10 Div. d. CSSR

Ungarn beantragt Aufnahme in IWF und Weltbank

krk. Ende vergangener Woche beantragte Ungarn die Aufnahme in den Internationalen Währungsfonds (IWF) und in die Weltbank. Internationalen Finanzexperten nach hat Ungarn die Voraussetzungen für die Aufnahme längst erfüllt, man wartete nur darauf, daß ein anderes RGW-Land die Rolle des Vorreiters übernehmen solle. Ungarn hatte seit Jahren im RGW ergebnislos darauf gedrängt, den Transferrubel zumindest in beschränktem Maße konvertibel zu machen. Der nun gestellte Antrag kann auch als Ergebnis dessen gewertet werden, daß auch auf der letzten RGW-Ratstagung keine Reaktion auf die erneut und dringlich vorgetragene ungarische Forderung erfolgte. – Mit dem 1. Oktober 1981 hatte die ungarische Nationalbank die finanziellen Bedingungen dafür geschaffen, daß der Forint international als konvertibel anerkannt wird, und dies ist eine der Voraussetzungen für die Aufnahme in den IWF. Ab 1. Oktober gilt eine einheitliche Forint-Parität zum $ (=35 Forint). Hierbei handelt es sich zwar um einen staatlich festgelegten Kurs, der weicht aber nur gering von den Wechselkursen der großen westlichen Banken ab. Bis zu diesem Tage existierten 2 amtliche Wechselkurse: ein sogenannter Nicht-Handelskurs, worüber der Umtausch von Touristen geregelt wurde, und der die Parität *der Kaufkraft* zu den verschiedenen Währungen ausdrückte; der zweite sogenannte Handelskurs gab die Forint-Kosten für die Herstellung vom Wert von einem $ an, verglich also *die Arbeitsproduktivität*. Er war entsprechend niedriger, 1 $=60 Forint. Die Annäherung der Produktionspreise an die Weltmarktpreise ermöglichte nun die Herstellung einer einheitlichen Parität, womit Ungarn im ganzen Ostblock allein steht. Die Voraussetzung hierfür war die Herstellung realistischer, dem Wertgesetz entsprechender Preisrelationen, die sprungartige Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Schaffung einer ausreichenden Warendeckung für das umlaufende Geld.



Um lediglich 3% wird die Nettolohnsumme 1982 in der Prognose des WSI steigen. Dabei wird eine Inflationsrate von 5 bis 5,5% unterstellt. Das WSI ist das Wirtschaftsforschungsinstitut des DGB. – **Auch Reagan steuert auf eine Haushaltskrise zu.** Sein Finanzminister Donald Regan mußte mittlerweile eingestehen, daß das Wahlkampfversprechen eines ausgeglichenen Haushalts 1984 kaum zu erreichen sei. Denn die neuen Krisensignale haben eine Korrektur der Wachstumsprognosen verlangt und damit auch der erwarteten Steuereinnahmen. Dies aber hebt die von Reagan befolgten wirtschaftspolitischen Glaubenssätze aus den Angeln. Zentrales Bekenntnis nämlich ist darin, daß die durchgeführten drastischen Steuersenkungen höheres Wachstum nach sich ziehen, wodurch wieder die Steuereinnahmen steigen. Die Steuersenkung sollte sich demnach selbst finanzieren. Der behauptete Zusammenhang löst sich jetzt in nichts auf. – **Auch in Frankreich ist jetzt die Schwelle von 2 Mio. Arbeitslosen überschritten.** Verglichen mit der Vorjahresperiode bedeutet dies eine Zunahme um 400000 Personen oder von über 26%. Prozentual ist dies zwar bedeutend weniger als in Westdeutschland, angesichts der höheren Gesamtzahlen aber ist das kaum eine Beruhigungspille. Bisher jedenfalls haben die Maßnahmen der neuen Regierung noch überhaupt nicht gegriffen. – **In West-**

Die Woche im Rückblick

deutschland werden die Investitionen der Industrie weiter stagnieren. Dies ist das Ergebnis der jüngsten Vorerhebung zum Ifo-Investitionstest. Zwar blieben Einbrüche nach wie vor aus, jedoch sei eine längere Durststrecke zu erwarten. Nach relativ hohen Investitionen in den Jahren 1979/80 wird im laufenden Jahr kaum mehr als 1980 investiert. Auch für 1982 seien keine Anzeichen für eine Erhöhung der Investitionen ersichtlich. Real bedeutet dies für 1982 eine Abnahme der Investitionen um 4%. – **Nach Ungarn strebt jetzt auch Polen die Mitgliedschaft im IWF an.** Die rund 450 westlichen Gläubigerbanken haben Polen mehrfach zu diesem Schritt gedrängt. Letzter Anlaß für Polens Nachgeben war offenbar das Platzen eines Kreditangebots der „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ in Basel. Die westlichen Zentralbanken hatten auf ihrer monatlichen Sitzung in Basel die Zustimmung verweigert. – **Der Internationale Währungsfonds hat seine Kredithilfe an Bangladesh eingestellt.** Damit sollen dem Land mit einem Schlag 100 Mio. $ gefehlt haben. Zwar sind internationale Banken mit einem kurzfristigen Überbrückungskredit eingesprungen. Sie verlangen dafür aber Wucherzinsen. Anlaß der Kreditsperre war die angebliche Nichteinhaltung der Kreditkonditionen des Fonds. Insbesondere habe die Regierung nicht wie verlangt die Subventionierung für viele Güter des täglichen Bedarfs eingeschränkt.

Vietnams Wirtschaftslage immer aussichtsloser

kvz. Dieser Tage soll Vietnam japanische Banken um die Stundung seiner Schulden angegangen haben. Damit ist ein weiteres Kapitel in der Krise der vietnamesischen Wirtschaft eröffnet. Kürzlich hatte der stellvertretende Ministerprädident To Huu Fehler und Versäumnisse in der Wirtschaftspolitik eingeräumt und gleichzeitig die Ziele der im September 1979 eingeschlagenen „Neuen Ökonomischen Politik“ bekräftigt. Die „Politik der materiellen Anreize“ soll fortgesetzt werden, doch die Erfolge sind bisher ausgeblieben. Westliche Berichte schätzen den Rückgang der Industrieproduktion im vergangenen Jahr auf 10%, was im Vergleich zu 1978 eine Schrumpfung um 14% ist. Auch die Getreideernte konnte das schon schlechte Vorjahresergebnis von 13,7 Mio. t. nicht erreichen. Schlechte Witterungsbedingungen, aber auch der Mangel an Düngemitteln und Lagerkapazitäten werden als Ursache genannt. Die UdSSR wendet täglich rund 3 Mio. $ Hilfsgelder auf und kassiert zur Kredittilgung bereits heute etwa 50% der vietnamesischen Exporte.

Die Paribas-Affäre ist noch nicht beendet

kvz. Die französischen Verstaatlichungsgesetze sind längst durchs Parlament, die Affäre um das Abkoppeln der Schweizer Tochter von der Finanzholding Paribas in Paris aber schlägt noch immer Wellen. Mittlerweile hat die Muttergesellschaft auch bei der belgischen Tochter die Mehrheit verloren. Und das französische KP-Organ „L'Humanité“ hat einen Brief publiziert, aus dem hervorgeht, daß kurz bevor die Verstaatlichungsgesetze zugeschlagen hätten, 325000 Aktien der Paribas für je knapp 400 Franc verkauft wurden, obwohl der Börsenkurs deutlich darüber lag. Enttarnte Schieberei mithin. Frankreichs Finanzminister Delors meinte, er wisse genau, wer in dieser Affäre was getan habe. „Wenn sie Krieg wollen, können sie ihn haben, aber wenn sie Frieden und Zusammenarbeit wollen, können sie dies haben“, erklärte er. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen einige Akteure wegen Devisenvergehen, die allerdings schon länger zurück liegen.

„Die Entwicklung der vergangenen Jahre beharrlich negierend“
Bundesregierung legt 3. Fortschreibung des Energieprogramms vor
Keine einzige Forderung ist erfüllt
bed. „Nichts sensationell Neues“ sieht Wirtschaftsminister Lambsdorff in der 3. Fortschreibung des Energiepro-
chen worden, weil sie „in der Öffentlichkeit falsch verstanden werden könnte“. Das ist auch nur Kosmetik in
dieses Energiekonzept, das überhaupt einen Ausbau der Kernenergie in Anbetracht der ungelösten Entsorgung
Enquête-Kommission erarbeitete Handlungsempfehlungen vor, die unter verschiedenen Annahmen nachweisen, daß „... ein Weg ohne Atomenergie unter bestimmten Bedingungen denkbar und möglich ist“. Zu diesen „bestimmten Bedingungen“ gehören allerdings starke Energiesparmaßnahmen. Die Bewegung hat dazu seit langem konkrete Forderungen nach gesetzlichen Bestimmungen aufgestellt – die Bundesregierung weigert sich, diese Forderungen überhaupt zur Kenntnis
bei dem neuen Energieprogramm handele es sich um ein Sparprogramm, seien die Wärmepumpen genannt: Seit Jahren lehnen die Initiativen gegen das Kernenergieprogramm elektrisch betriebene Wärmepumpen ab, die nur das letzte Glied in einer Kette von ständiger Energieverschwendung darstellen – kein Zufall, daß die Elektrokonzerne und Betreiber von Kernkraftwerken die größten Propagandisten von elektrisch betriebenen Wärmepumpen sind. Lambsdorff versucht, Wärme-
Parität der Kaufkraft zu den verschiedenen Währungen ausdrückte; der zweite sogenannte Handelskurs gab die Forint-Kosten für die Herstellung vom Wert von einem $ an, verglich also die Arbeitsproduktivität. Er war entsprechend niedriger, 1 $=60 Forint. Die Annäherung der Produktionspreise an die Weltmarktpreise ermöglichte nun die Herstellung einer einheitlichen Parität, womit Ungarn im ganzen Ostblock allein steht. Die Voraussetzung hierfür war die Herstellung realistischer, dem Wertgesetz entsprechender Preisrelationen, die sprungartige Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Schaffung einer ausreichenden Warendeckung für das umlaufende Geld.
Donald Regan mußte mittlerweile eingestehen, daß das Wahlkampfversprechen eines ausgeglichenen Haushalts 1984 kaum zu erreichen sei. Denn die neuen Krisensignale haben eine Korrektur der Wachstumsprognosen verlangt und damit auch der erwarteten Steuereinnahmen. Dies aber hebt die von Reagan befolgten wirtschaftspolitischen Glaubenssätze aus den Angeln. Zentrales Bekenntnis nämlich ist darin, daß die durchgeführten drastischen Steuersenkungen höheres Wachstum nach sich ziehen, wodurch wieder die Steuereinnahmen steigen. Die Steuersenkung sollte sich demnach selbst finanzieren. Der behauptete Zusammenhang löst sich jetzt in nichts auf. – Auch in Frankreich ist jetzt die
aber ist das kaum eine Beruhigungspille. Bisher jedenfalls haben die Maßnahmen der neuen Regierung noch überhaupt nicht gegriffen. – In West-
Die Woche im Rückblick
deutschland werden die Investitionen der Industrie weiter stagnieren. Dies ist das Ergebnis der jüngsten Vorerhebung zum Ifo-Investitionstest. Zwar blieben Einbrüche nach wie vor aus, jedoch sei eine längere Durststrecke zu erwarten. Nach relativ hohen Investitionen in den Jahren 1979/80 wird im laufenden Jahr kaum mehr als 1980 investiert. Auch für 1982 seien keine Anzeichen für eine Erhöhung der Investitionen ersichtlich. Real bedeutet dies
das Platzen eines Kreditangebots der „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ in Basel. Die westlichen Zentralbanken hatten auf ihrer monatlichen Sitzung in Basel die Zustimmung verweigert. – Der Internationale Währungsfonds hat seine Kredithilfe an Bangladesh eingestellt. Damit sollen dem Land mit einem Schlag 100 Mio. $ gefehlt haben. Zwar sind internationale Banken mit einem kurzfristigen Überbrückungskredit eingesprungen. Sie verlangen dafür aber Wucherzinsen. Anlaß der Kreditsperre war die angebliche Nichteinhaltung der Kreditkonditionen des Fonds. Insbesondere habe die Regierung nicht wie verlangt die Subventionierung für viele Güter des täglichen Bedarfs eingeschränkt.
gischen Tochter die Mehrheit verloren. Und das französische KP-Organ „L'Humanité“ hat einen Brief publiziert, aus dem hervorgeht, daß kurz bevor die Verstaatlichungsgesetze zugeschlagen hätten, 325000 Aktien der Paribas für je knapp 400 Franc verkauft wurden, obwohl der Börsenkurs deutlich darüber lag. Enttarnte Schieberei mithin. Frankreichs Finanzminister Delors meinte, er wisse genau, wer in dieser Affäre was getan habe. „Wenn sie Krieg wollen, können sie ihn haben, aber wenn sie Frieden und Zusammenarbeit wollen, können sie dies haben“, erklärte er. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen einige Akteure wegen Devisenvergehen, die allerdings schon länger zurück liegen.

„Die Entwicklung der vergangenen Jahre beharrlich negierend“

Bundesregierung legt 3. Fortschreibung des Energieprogramms vor
Keine einzige Forderung ist erfüllt

bed. „Nichts sensationell Neues“ sieht Wirtschaftsminister Lambsdorff in der 3. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung. SPD-MdB Ulrich Steger wehrt ab: „Keine revolutionären Neuerungen“, und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ klagt: „Energiepolitisch bleibt vieles im unklaren.“ – Von *ihrem* Standpunkt aus mag das so sein. Gemessen an den Auseinandersetzungen, Kämpfen, Forderungen, offiziellen Enquête-Berichten und Untersuchungsergebnissen von Gewerkschaftsgremien und Initiativen seit der 2. Fortschreibung des Energieprogramms im Jahre 1977 stellt dieses Energieprogramm mehr als „nichts Neues“ dar: „Als sei die Energiediskussion der letzten Jahre an der Bundesregierung spurlos vorübergegangen“ (Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland), ist diese Fortschreibung tatsächlich eine Provokation:

1. Energie soll dort eingekauft werden, wo sie am billigsten ist. Konsequenz: wachsender Beitrag der Importkohle gegenüber der deutschen Kohle; bei wachsendem Anteil der Kernenergie soll Braunkohle nicht mehr zur Stromgewinnung, sondern als Ölersatz verstärkt in der Kohlevergasung eingesetzt werden.
2. Im Gegensatz zur 2. Fortschreibung wird jetzt die Kernenergie nicht mehr nur zur Deckung des „Restbedarfs“ (nach Kohle) angestrebt: „Die Kernenergie soll dazu beitragen, daß ein wettbewerbsfähiges Energiekostenniveau für die deutsche Wirtschaft gesichert wird, indem sie im Grundlastbereich *einen größeren Beitrag an relativ kostengünstigerem Strom liefert*“ (Steger, SPD). Zwar wollte Lambsdorff noch erwähnt wissen, daß der Anteil des Atomstroms „deutlich“ steigen müsse. Diese Formulierung ist gestrichen worden, weil sie „in der Öffentlichkeit falsch verstanden werden könnte“. Das ist auch nur Kosmetik in Anbetracht der Tatsache, daß die interessierte Charakterisierung des Atomstroms als „kostengünstigere“ Energieart, die der Gesellschaft alle Entwicklungs- und Folgekosten aufbürdet, jetzt offizielle Regierungspolitik ist. Gerade im Kernenergieteil des Energieprogramms setzt sich die Bundesregierung über alle Forderungen der Bewegung gegen Kernkraftwerke hinweg. Die Planung läuft auf die Inbetriebnahme von durchschnittlich einem zusätzlichen Kernkraftwerk pro Jahr hinaus, so daß 1987 36800 Megawatt Kernkraftwerkskapazität im Bau oder in Betrieb sein sollen. Angesichts der ungelösten Entsorgung diesem Energieprogramm noch zugute zu halten, nicht den beschleunigten Ausbau der Kernenergie zu propagieren, ist schon demagogisch. „Tief beunruhigt“ äußerten sich dagegen einige SPD-Abgeordnete noch vor Wochenfrist über dieses Energiekonzept, das überhaupt einen Ausbau der Kernenergie in Anbetracht der ungelösten Entsorgung propagiert: Als „unseriös“ und „politisch provokativ“ bezeichneten sie es öffentlich und zu Recht, bevor sie im Interesse der „Regierungsfähigkeit“ zurückgepfiffen wurden.

Darüber hinaus berücksichtigt die 3. Fortschreibung keine einzige von der Bewegung gegen die Energiepolitik erstellten Gutachten bzw. aufgestellten Forderungen. Dazu zwei Beispiele:

a) Grundlage des Energieprogramms bilden Energiebedarfsprognosen von drei wissenschaftlichen Instituten, deren Ergebnisse nach Meinung der Bundesregierung *„auf der Basis der heute verfügbaren Erkenntnisse“* eine plausible Einschätzung darstellen. Diese Gutachten sind einseitig und keineswegs auf dem Stand der „verfügbaren Erkenntnisse“, da sie alle die Kernenergie als Stromgewinnungsart in die Prognosen miteinbeziehen. Demgegenüber liegen bereits seit 1980 von der Enquête-Kommission erarbeitete Handlungsempfehlungen vor, die unter verschiedenen Annahmen nachweisen, daß „... ein Weg ohne Atomenergie unter bestimmten Bedingungen denkbar und möglich ist“. Zu diesen „bestimmten Bedingungen“ gehören allerdings starke Energiesparmaßnahmen. Die Bewegung hat dazu seit langem konkrete Forderungen nach gesetzlichen Bestimmungen aufgestellt – die Bundesregierung weigert sich, diese Forderungen überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn zu erfüllen; Lambsdorff schwafelt dreist vom „Schwerpunkt Energieeinsparung“ im neuen Energieprogramm. Tatsächlich werden mit Hilfe der viel zitierten „Steuerungsmechanismen Markt und Preis“ die Elektrokonzerne und EVUs gestopft.

b) Durch gesetzliche Auflagen zur Wärmedämmung bei Neubauten könnte das Zehnfache dessen eingespart werden, was Kernkraftwerke heute an Strom liefern („Zu erforschen ist da nichts, die Technologien sind bekannt.“). Im Sektor Haushalt und Kleinverbrauch könnte die Nachfrage nach elektrischer Energie erheblich ohne Einschränkung des Komforts durch eine verbesserte Ausführung der Geräte bzw. verbesserte Bestimmungen reduziert werden. Als letztes Beispiel für die Dreistigkeit der Behauptung, bei dem neuen Energieprogramm handele es sich um ein Sparprogramm, seien die Wärmepumpen genannt: Seit Jahren lehnen die Initiativen gegen das Kernenergieprogramm elektrisch betriebene Wärmepumpen ab, die nur das letzte Glied in einer Kette von ständiger Energieverschwendung darstellen – kein Zufall, daß die Elektrokonzerne und Betreiber von Kernkraftwerken die größten Propagandisten von elektrisch betriebenen Wärmepumpen sind. Lambsdorff versucht, Wärmepumpen als „Schwerpunkt der Energieeinsparung“ zu verkaufen.

Es ist zu hoffen, daß sich der (mir bisher als einzige vorliegenden) offiziellen Stellungnahme des Bundes Umwelt und Naturschutz zu diesem Energieprogramm inhaltlich möglichst viele anschließen: „Der BUND bleibt bei seiner Forderung, auf Kernenergie völlig zu verzichten ... Der BUND rät der Bundesregierung, sich von den bisher dominierenden und verfälschenden Einflüssen wirtschaftlicher Teilinteressen, etwa der Atom-Lobby, auf die Energie- und Umweltpolitik freizumachen. Insgesamt empfiehlt der BUND dem Bundestag dringend, eine Totalrevision dieser unbrauchbaren, weil an den realen Erfordernissen völlig vorbeigehenden, die Entwicklung der vergangenen Jahre beharrlich negierenden 3. Fortschreibung des Energieprogramms herbeizuführen.“





Hunger und Unterentwicklung

Neben der Verhinderung des drohenden Krieges ist die Beseitigung des Hungers das größte Problem

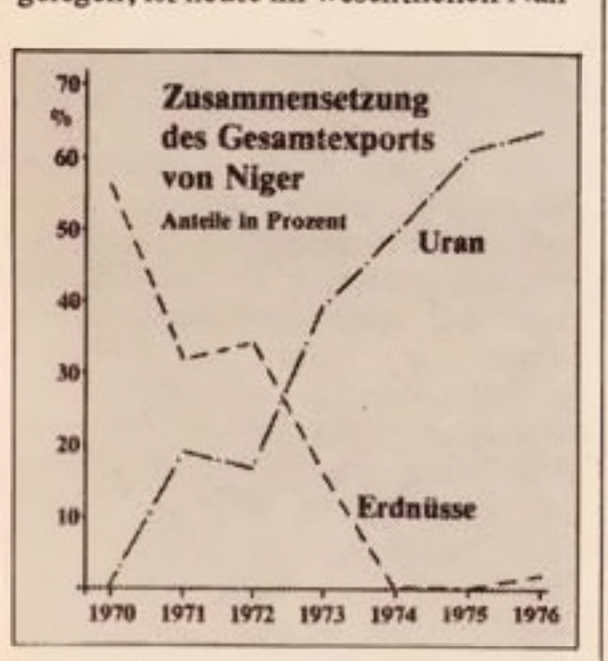


Karatina-Region in Kenia. Kaffeepflanzungen (im Vordergrund) in Konkurrenz mit Maisfeldern. Mangelernährung und Hunger sind die Folgen.

heh. Betrachtet man die von der FAO regelmäßig herausgegebenen Karten zu den Mißernten und zur Nahrungsmittelknappheit in der Welt, so springt sofort Afrika ins Auge: 18 von 22 Ländern mit ungewöhnlicher Nahrungsmittelknappheit liegen in Afrika. Vergleicht man diese Angaben weiter mit denen des Statistischen Jahrbuches der FAO über den Handel (übrigens auch in dem unten besprochenen Atlas enthalten), so kann man überrascht feststellen: Alle afrikanischen Länder südlich der Sahara sind Lebensmittel-Netto-Exporteure (mit Ausnahme Sambias und Lesothos, 1977).

Das Beispiel Niger

Niger, in der afrikanischen Sahel-Zone gelegen, ist heute im wesentlichen Nah-



rungsmittelselbstversorger – obwohl die Länder der Sahelzone häufig von Dürreperioden heimgesucht werden und als Musterbeispiele des Nahrungsmittelmangels in Afrika gelten. Nebenstehendes Schaubild läßt verstehen, warum: Nachdem in Niger Uran entdeckt worden war, wurden große Flächen, die zuvor mit Erdnüssen bebaut worden waren, jetzt mit Grundnahrungsmitteln bebaut. Erdnüsse für den Export, als Hauptdevisenquelle des Landes, wurden durch das Uran ersetzt, und Niger – allen Naturkatastrophen zum Trotz – wurde Nahrungsmittelselbstversorger.

Das Beispiel Senegal

Rund 50% der Exporterlöse Senegals stammen aus dem Erdnußexport. Im Jahre 1977 hat Senegal 29% des EG-Importbedarfs an Erdnußrohöl und Ölkuchen gedeckt.

Als zu Beginn der siebziger Jahre mit dem Rückgang der peruanischen Anchovisfänge die Weltmarktpreise für Eiweißfutter anstiegen, konnte Senegal 1972 – also während der Sahel-Dürrekatastrophe – seinen Export an Erdnußrohöl verdreifachen.

Die Erdnüsse werden in der EG als Kraftfutter an die Kühe verfüttert, und ein Teil der überschüssigen Milchproduktion der EG geht als Lebensmittelgeschenke in Form von Trockenmilchpulver zurück in den Senegal.

Bei einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von insgesamt rund 2,6 Mio. ha ging zwischen 1973 und 1975 die Anbaufläche für das Grundnahrungsmittel Hirse von 1,1 Mio. auf 0,7 Mio. ha zurück. 1976/77 wurden 0,71 Mio. t Grundnahrungsmittel (Hirse, Reis, Mais) gegenüber 1,2 Mio. t Exporterzeugnissen geerntet.

Das Beispiel Kenia

Vor wenigen Jahren begannen die Bauern des Kunati-Tals in Kenia, statt des kenianischen Grundnahrungsmittels Mais, Tabak für BAT anzubauen. Nahezu die gesamte fruchtbare Talsohle ist heute mit Tabakpflanzungen bedeckt. Um die Ernte eines Hektars Tabak zu trocknen, benötigen die Bauern das Holz von zwei Hektar Wald in ihren einfachen Trockenöfen. Als in der näheren Umgebung kein Wald mehr war, stellte BAT LKWs zur Verfügung, um es von weiter her heranzuschaffen.

Die Bauern talwärts brauchen ihre Felder nicht mehr zu düngen, so viel Humus spülen die Tropenregen jedes Jahr aus den entwaldeten Gebieten heran. Bereits jetzt trocknen Brunnen und kleine Flußläufe im Kunati-Tal aus und die Bodenerosion nimmt bedrohlich zu. Es ist nur eine Frage weniger Jahre, bis die landwirtschaftliche Produktion ganz in Frage gestellt wird.

Kenia, das bei uns gerne als Musterbeispiel liberaler und erfolgreicher Wirtschaftspolitik hingestellt wird, ist seit einigen Jahren zunehmend auf Lebensmittel-Importe und -Hilfe angewiesen.

Die finanzielle Klemme

Devisenmangel und bedrohlich wachsende Verschuldung kennzeichnen die finanzielle Situation der meisten Entwicklungsländer. Um industrielle Produkte, Maschinen und Erdöl importieren zu können, versuchen die armen Länder um jeden Preis Devisen zu verdienen. Dabei untergraben sie die Grundlagen ihrer eigenen Wirtschaft.

In der Dritten Welt wird heute die Frage aufgeworfen, inwieweit sie sich nicht ihre Wirtschaft völlig von der der imperialistischen Länder entflechten müsse, um Fortschritte in der eigenen Entwicklung zu machen. Das Bemühen der OAU, regionale Wirtschaftszonen in Afrika zu schaffen und die Kooperation untereinander zu stärken, ist Ausdruck dieser Entwicklung.

Die Rolle der Multis

Unilever, der größte Nahrungsmittelkonzern der Welt, hat ein Viertel seiner Beschäftigten in Afrika. In manchen afrikanischen Ländern ist die Mehrheit der Lohnabhängigen von Unilever abhängig. 1978 war der Umsatz von Unilever 10 Milliarden Dollar, etwa so viel wie das Bruttosozialprodukt von Angola, Benin, Botswana, Burundi, Zentralafrika, Tschad, Kongo, Gabun, Gambia, Guinea, Guinea Bissao, Lesotho, Malawi, Mali, Mauretanien, Mauritius, Mosambik, Niger, Ruanda, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Swaziland, Togo und Obervolta zusammen!

Die Abhängigkeit der afrikanischen Länder von ihren Lebensmittelexporten beinhaltet zugleich auch die Abhängigkeit von den großen Konzernen mit ihrer Finanzkraft und ihrer Beherrschung von Produktion und Handel.

Nachdem der Kolonialismus Dorfhandwerk und Binnenhandel zerstört und damit den Niedergang der landwirtschaftlichen Produktivität eingeleitet hat, werden heute durch den Einsatz der „richtigen" Technik auch noch die Kleinbauern ruiniert und die Abwanderung in die Städte verstärkt.

Saatmultis und Welthunger

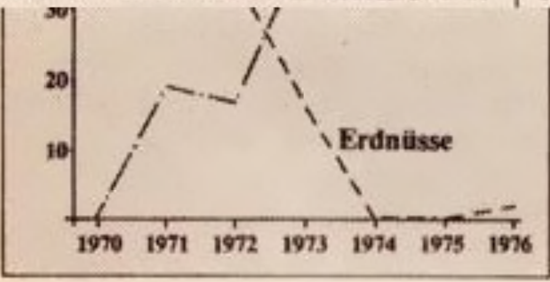
Der Titel des Buches erweckt den Eindruck, es handele sich um ein Randproblem der Welternährung. Der Leser wird schnell eines anderen belehrt: Die

Die Saatgutproduktion, die bis dahin vor allem in den Händen der Bauern selber war, gewährleistete einen ständigen Prozeß der Anpassung. Wurde eine Sorte von einer Krankheit befallen, so gab es unzählige andere, die dagegen resistent waren. Sorten starben aus, andere entstanden neu.

einige Eigentümer der neuen Saatmultis. Der Sortenschutz verspricht riesigen Profit und führt zu einem schnellen Aufkaufen kleiner und mittlerer Betriebe. Oft sind die Konzerne gleichzeitig Pflanzenschutz- und Düngemittel-Produzenten und nutzen die Kontrolle über die Saatgut-Produktion und

Literaturhinweise, um sich weiter mit der jeweils behandelten Problematik zu befassen.
Dabei spannt sich der Bogen der Themen von der Bevölkerungsexplosion, von Naturkatastrophen über Pflanzenschutz, Umweltzerstörung, Grüne Revolution, Agroindustrie,

auch dieser, einem Bedarf nach Information und Interpretation nachzukommen (...) Er deckt Verbindungen und Zusammenhänge auf." (Aus der Einleitung)
Durch das Mittel graphischer Darstellungen versucht der Atlas seinem hochgesteckten Anspruch gerecht zu



rungsmittelselbstversorger – obwohl die Länder der Sahelzone häufig von Dürreperioden heimgesucht werden und als Musterbeispiele des Nahrungsmittelmangels in Afrika gelten. Nebenstehendes Schaubild läßt verstehen, warum: Nachdem in Niger Uran ent-

fläche von insgesamt rund 2,6 Mio. ha ging zwischen 1973 und 1975 die Anbaufläche für das Grundnahrungsmittel Hirse von 1,1 Mio. auf 0,7 Mio. ha zurück. 1976/77 wurden 0,71 Mio. t Grundnahrungsmittel (Hirse, Reis, Mais) gegenüber 1,2 Mio. t Exporterzeugnissen geerntet.

Das Beispiel Kenia

Vor wenigen Jahren begannen die Bauern des Kunati-Tals in Kenia, statt des kenianischen Grundnahrungsmittels Mais, Tabak für BAT anzubauen. Na-

Felder nicht mehr zu düngen, so viel Humus spülen die Tropenregen jedes Jahr aus den entwaldeten Gebieten heran. Bereits jetzt trocknen Brunnen und kleine Flußläufe im Kunati-Tal aus und die Bodenerosion nimmt bedrohlich zu. Es ist nur eine Frage weniger Jahre, bis die landwirtschaftliche Produktion ganz in Frage gestellt wird.
Kenia, das bei uns gerne als Musterbeispiel liberaler und erfolgreicher Wirtschaftspolitik hingestellt wird, ist seit einigen Jahren zunehmend auf Lebensmittel-Importe und -Hilfe angewiesen.

Frage aufgeworfen, inwieweit sie sich nicht ihre Wirtschaft völlig von der der imperialistischen Länder entflechten müsse, um Fortschritte in der eigenen Entwicklung zu machen. Das Bemühen der OAU, regionale Wirtschaftszonen in Afrika zu schaffen und die Kooperation untereinander zu stärken, ist Ausdruck dieser Entwicklung.

Die Rolle der Multis

Unilever, der größte Nahrungsmittelkonzern der Welt, hat ein Viertel seiner Beschäftigten in Afrika. In manchen

land, Togo und Obervolta zusammen!
Die Abhängigkeit der afrikanischen Länder von ihren Lebensmittelexporten beinhaltet zugleich auch die Abhängigkeit von den großen Konzernen mit ihrer Finanzkraft und ihrer Beherrschung von Produktion und Handel.
Nachdem der Kolonialismus Dorfhandwerk und Binnenhandel zerstört und damit den Niedergang der landwirtschaftlichen Produktivität eingeleitet hat, werden heute durch den Einsatz der „richtigen" Technik auch noch die Kleinbauern ruiniert und die Abwanderung in die Städte verstärkt.

3 Bücher zum Thema

Saatmultis und Welthunger

Der Titel des Buches erweckt den Eindruck, es handele sich um ein Randproblem der Welternährung. Der Leser wird schnell eines anderen belehrt: Die Enthüllungen des Autors sind nicht nur spannend, sie zeigen auch, daß es um ein Problem äußerster Tragweite geht. Worum handelt es sich?

Innerhalb der Nutzpflanzen, die der Mensch im Laufe der Geschichte kultiviert hat, gab es immer eine Vielzahl von „Sorten". Jede Gegend der Erde hatte viele Sorten von Weizen, Äpfeln, Kohl usw., die den natürlichen Bedingungen wie Bodenart, Klima, Schädlingen, Krankheiten usw. angepaßt waren.

Unter der Wirkung der Sortenschutzgesetzgebung, die das Eigentum an bestimmten Züchtungen – d.h. die Profite, die die Saatgutkonzerne mit „ihrer" Züchtung machen können – schützt, findet eine ungeheure Zerstörung der genetischen Vielfalt statt. Tausende von Sorten sterben aus und mit ihnen ihre genetische Substanz, ihre Eigenschaften, weil die Saatgutkonzerne den Markt mit „ihren" Sorten erobern, zunehmend auch in den Ländern der Dritten Welt.

Um unter den Sortenschutz zu fallen, muß eine Sorte gleichförmig sein, d.h. jede einzelne Pflanze die gleichen vererbbaren Eigenschaften aufweisen. Das hat aber zur Folge, daß die Anfälligkeit dieser speziellen Sorte gegen Schädlinge, Krankheiten und Unkraut ungeheuer zunimmt. Spezialisiert sich ein Schädling, ein bestimmter Krankheitserreger auf eine solche einförmige und weitverbreitete Pflanze, kann die Ernte eines oder mehrerer Ländern vernichtet werden, Fälle, wie sie in den letzten Jahren tatsächlich schon vorgekommen sind. Soll eine neue Sorte gezüchtet werden, die die notwendige Widerstandskraft gegen den bestimmten Krankheitserreger besitzt, sind möglicherweise die Sorten mit den gewünschten Eigenschaften schon ausgestorben.

Die Saatgutproduktion, die bis dahin vor allem in den Händen der Bauern selber war, gewährleistete einen ständigen Prozeß der Anpassung. Wurde eine Sorte von einer Krankheit befallen, so gab es unzählige andere, die dagegen resistent waren. Sorten starben aus, andere entstanden neu.

Durch einen Saatgutmarkt, der von einigen wenigen Konzernen beherrscht wird, wird das bis dahin herrschende Gleichgewicht zwischen Agrikultur und Natur zerstört.

Die Grüne Revolution, d.h. die Züchtung und Verbreitung hochertragsreicher Sorten in den Ländern der Dritten Welt, wurde eine Zeitlang als die Alternative zur sozialen Revolution propagiert. Schnell wachsende Erträge sollten das Problem des Hungers und der ländlichen Armut ein für alle mal lösen. Heute geben die beteiligten Wissenschaftler zu, daß ein Großteil der Ertragssteigerungen Folge des massiven Dünger- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes sind. Die eigentliche Folge der Grünen Revolution war eine schnell steigende Nachfrage nach landwirtschaftlichen Maschinen, Dünger und Pflanzenschutzmitteln. Für den Agrobusiness war die Grüne Revolution zweifellos ein gutes Geschäft – für viele Entwicklungsländer bedeutete sie steigende Abhängigkeit und Verschuldung: „Die Ökonomien Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind unter dem Vorwand, daß die Hungernden mit Nahrung versorgt werden müßten, mit Gewalt in die westliche Marktwirtschaft einbezogen worden." (S. 55) Nicht nur das: kleinbäuerliche, ökologisch angepaßte und in bezug auf die Ernährung ausgewogene Anbauweisen werden zerstört, unzählige Sorten sterben aus, und oft müssen heute Entwicklungsländer Züchtungen aus Sorten, die ursprünglich bei ihnen heimisch waren, für viel Geld bei den Saatmultis einkaufen.

Esso, Ciba Geigy, Sandoz – so lauten einige Eigentümer der neuen Saatmultis. Der Sortenschutz verspricht riesigen Profit und führt zu einem schnellen Aufkaufen kleiner und mittlerer Betriebe. Oft sind die Konzerne gleichzeitig Pflanzenschutz- und Düngemittel-Produzenten und nutzen die Kontrolle über die Saatgut-Produktion und -Vermarktung, um den Absatz ihrer Chemikalien zu fördern. Die hohe Anfälligkeit der ertragreichen Sorten wird zum Argument für steigende Anwendung von Pflanzenschutzgiften. Tomaten werden gezüchtet, die optimal auf ein bestimmtes Gas ansprechen, das zur künstlichen Reifung verwandt wird, und die möglichst viel Wasser enthalten, um, groß und schwer, mehr Profit zu bringen. Der Autor zeigt nicht nur die Wirkung der Macht der Saatmultis auf, sondern macht zum Schluß des Buches eine Reihe praktischer Vorschläge, wie der genetische Reichtum der Erde geschützt, wie die Länder der Dritten Welt ihre Interessen wahrnehmen und wie Aktionsgruppen und Entwicklungshilfe-Organisationen diesen Kampf unterstützen können.

Pat Roy Mooney: Saatmultis und Welthunger; Hamburg 1981, (rororo aktuell 14731), 171 S., 8,80 DM

Vom Mythos des Hungers

Als Einführung in die Problematik der Welternährung sei dieses Buch allen interessierten Personen wie auch entwicklungspolitischen Aktionsgruppen empfohlen. Man sollte sich von den 436 Seiten Text plus 40 Seiten Literaturnachweis nicht abschrecken lassen. Nach Sachgebieten geordnet, läßt sich das Buch als Nachschlagewerk benutzen, das eine Fülle von Informationen und Denkanstößen bietet und zugleich Literaturhinweise, um sich weiter mit der jeweils behandelten Problematik zu befassen.

Dabei spannt sich der Bogen der Themen von der Bevölkerungsexplosion, von Naturkatastrophen über Pflanzenschutz, Umweltzerstörung, Grüne Revolution, Agroindustrie, Entwicklungshilfe, Kleinbauer bis hin zum Kolonialismus, um nur einige der behandelten Themen zu nennen.

Francis Moore Lappé und Joseph Collins leiten das von ihnen gegründete „Institute for Food and Development Policy" in San Francisco. Ausgehend von einer gründlichen Untersuchung der Nahrungsmittelsituation in der Welt und von den ökonomischen und sozialen Gesetzmäßigkeiten, nach denen die Lebensmittelproduktion und Verteilung geregelt wird, haben sie eine grundsätzliche Kritik des Imperialismus erarbeitet.

Ihr Vorteil besteht darin, die Wirklichkeit an Hand einer Fülle von Material zu analysieren. Das heißt nicht, daß die aus allen Ländern der Erde zusammengetragenen Details und Schlußfolgerungen immer stichhaltig sind. Manches ist aus dem Zusammenhang gerissen oder schlicht falsch. Aber seinen Anspruch, Mythen ins Wanken zu bringen, erfüllt das Buch.

„‚Lebensmittel zuerst' ist daher nicht einfach ein Ruf, Lebensmittel in hungrige Mäuler zu stecken. Er ist die Erkenntnis, daß alle gesellschaftlichen Beziehungen umkonstruiert werden müssen, wenn es die erste Priorität sein soll, die Menschen zu befähigen, sich selber zu ernähren."

Joseph Collins, Francis Moore Lappé: Vom Mythos des Hungers, Frankfurt 1980, (Fischer Alternativ Taschenbuch Nr. 4049) 479 S., 11,80 DM

Atlas „Hunger und Waffen"

„Der Atlas ‚Hunger und Waffen' stammt aus der reichen Tradition politischer Atlanten (...) Wie jene anderen Atlanten zu ihrer Zeit, versucht auch dieser, einem Bedarf nach Information und Interpretation nachzukommen (...) Er deckt Verbindungen und Zusammenhänge auf." (Aus der Einleitung)

Durch das Mittel graphischer Darstellungen versucht der Atlas seinem hochgesteckten Anspruch gerecht zu werden; durch Weltkarten, auf denen durch Farben und Symbole statistische Größen dargestellt werden: Rüstungsausgaben, Verbreitung von Erzvorkommen, Studentenunruhen, Umweltverschmutzung u.a.m.

Weltweit das Problem von sozialen Gegensätzen, von Studentenunruhen, gewerkschaftlicher Freiheit usw. erfassen zu wollen, erfordert so grobe Maßstäbe, daß der Erklärungswert der Darstellung sehr gering ist. Zwar werden zu jedem Schaubild einige Sätze Erläuterungen gegeben, aber derjenige, der nur ein klein wenig genauer wissen möchte, worum es sich bei Studentenunruhen, Auslandsverschuldung, Wirtschaftskrise usw. eigentlich handelt, der muß enttäuscht werden.

Nur an einigen Punkten ist die graphische Darstellung ein Gewinn, z.B. da, wo die Länder der Erde in ihren Umrissen zwar, aber größenproportional zu ihrer Bevölkerungszahl, zu ihrem Nationaleinkommen usw. gezeichnet werden, so daß ein Land wie Bangla Desh einmal riesengroß erscheint (Bevölkerung), dann wieder winzig klein (Nationaleinkommen).

Ob durch die anschaulichere Behandlung der Themen mehr Leser angesprochen werden, die sonst vor geschriebenen und mit Tabellen versehenen Artikeln zurückschrecken, bezweifle ich.

Der Bildungswert des ganzen Unternehmens ist also fraglich, und mit 25 DM muß der Atlas recht teuer bezahlt werden – zwar nicht im Verhältnis zur aufwendigen Glanzpapierausstattung (hergestellt in Hongkong), aber doch zu seinem Informationswert.

M. Kidron u. R. Segal: Hunger und Waffen, Ein politischer Weltatlas; Hamburg 1981, (rororo aktuell 4726), 25 DM



Seit dem 6. Juli befinden sich im Hamburger Hafen die Seeleute der kolumbianischen Frachter „Ciudad de Medellin" und „Ciudad de Manizales" im Streik für Lohnfortzahlung, Einbeziehung der Familienangehörigen in die Sozialversicherung, Wiedereinstellung der 104 entlassenen Seeleute. Die Streikenden werden jetzt unterstützt von ihren Frauen in Kolumbien. Die Seeleute brauchen Unterstützung. Adressen an das Kolumbianische Konsulat, Hochallee 89, 2 Hamburg 13. *(Das Bild ist aus einem Solidaritätsflugblatt)*

Mehrheiten gegen Brokdorf

300 Vertrauensleute und Betriebsräte der IGM beschließen Antrag

edd.Hamburg. Am 7. November 1981 kamen 300 Vertrauensleute und Betriebsräte der Hamburger IG Metall zur Funktionärsversammlung und Podiumsdiskussion zum Thema „Energiepolitik in Hamburg". Die Versammlung wurde von der Ortsverwaltung der IGM durchgeführt, nachdem sie am 6.1.81 einen Beschluß für die Beteiligung der HEW an Brokdorf, ohne Diskussion in der Mitgliedschaft, gefaßt hatte. Dies stieß bei den verschiedenen Vertrauenskörpern auf entschiedenen Widerstand. Die VKs von Still und Ortmann und Herbst verfaßten eine Resolution mit dem Kern der Ablehnung des AKW in Brokdorf.

An dem Podiumsgespräch nahmen teil für die Ortsverwaltung der 2. Bevollmächtigte W.A. Engelmann, Senator Steinert, Helmut Rose für die Innovationsberatungsstelle der IG Metall für die BRD, und Dr. Mehrens von der Hauptverwaltung der IGM, sowie A. Schmidt, Mitglied der Ortsverwaltung und Betriebsrat auf der MAN.

Engelmann legte noch einmal dar, warum aus beschäftigungspolitischen Rücksichten, u.a. auf die Belegschaft der HEW, die Ortsverwaltung sich für Brokdorf damals ausgesprochen hatte, machte aber deutlich, daß sich die Positionen weiterenwickeln sollen. Rose erklärte, daß er für ein von den Gewerkschaften ausgearbeitetes alternatives Energiekonzept mit Wärme-Kraft-Koppelung sei, wo zumindest die jetzige Belegschaft der HEW, wenn nicht darüberhinaus, beschäftigt werden könnten. Steinert bekräftige die Position des Hamburger Senats, aus Brokdorf auszusteigen, wies jedoch darauf hin, daß sie dies so schnell, u.a. wegen dem Aktienrecht, nicht könnten.

A. Schmidt legte detailliert dar, warum auch auf Grundlage der Beschlüsse der IG Metall das AKW Brokdorf abzulehnen sei. Die Entsorgungsfrage sei nicht gesichert, Brokdorf sei überflüssig, teuer und gefährlich. Die Kosten für den Bau und die Entwicklung der AKWs werden auf die Arbeiter und Angestellten abgewälzt u.a. durch die geplante 8,6%-Erhöhung des Strompreises 1982 durch die HEW. Er forderte, die Beschlüsse der IGM, in die Energiepolitik aktiv einzugreifen durch die Vergesellschaftung der Energieversorgungsunternehmen als marktbeherrschende Konzerne, in die Tat umzusetzen, um so die Vorstellungen der Gewerkschaften auch *durchsetzen zu können*.

Die Mehrheit der 25 Diskussionsredner sprach sich aus den verschiedensten Begründungen gegen das AKW in Brokdorf aus, meist weil die Frage der Entsorgung nicht befriedigend geregelt wurde. Ein Redner wies darauf hin, daß Brokdorf weitergebaut wird und dort ebenfalls ein Kompaktlager errichtet werden soll, gleichzeitig Prozesse gegen die Teilnehmer der Demonstration am 28. Februar jeden Widerstand gegen dieses Atomkraftwerk kriminalisieren soll.

Die Diskussion spitzte sich auf die Frage zu, wie denn die Vorstellungen überhaupt der Gewerkschaften durchsetzbar seien. Dazu müsse man das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel, über die HEW, haben. Außerdem müßten sich die Vertreter der IGM im jetzigen HEW-Aufsichtsrat die Frage gefallen lassen, ob sie als IG Metaller in der HEW tätig sind oder als HEW-Aufsichtsratsmitglieder in der IGM Hamburg. Vorgeschlagen wurde mehrfach, eine Enteignung der HEW vorzunehmen. Die Diskussion mündete in einem Antrag des Vertrauenskörpers der Firma Blohm und Voss. Dieser soll an den Senat als Entschließung der Versammlung sowie an die Vertreterversammlung der IGM und die Ortsverwaltung zur Überarbeitung der bisherigen Beschlüsse gesandt werden. Er lautete im Wortlaut:

„Die große Funktionärsversammlung der IGM Hamburg fordert den Senat zu folgenden Aktivitäten auf:
1. Erstellung eines Energiekonzepts für Hamburg unter dem Gesichtspunkt der rationelleren Energieverwendung.
2. Den konsequenten Ausbau des vorhandenen Fernwärmenetzes mit dem Ziel, bis zum Jahre 1990 mindestes 6% der Haushalte an dieses Netz anzuschließen.
3. Umwandlung der vorhandenen Heizkraftwerke in Blockheizkraftwerke, um in diesen Gebieten schon eine rationellere Energieverwendung zu ermöglichen.

4. Den Senatsbeschluß zum Ausstieg Hamburg aus Brokdorf umgehend in die Tat umzusetzen, um die dort verplanten Mittel zur Realisierung von Punkt 1 bis 3 zur Verfügung zu stellen.
Zusatz zu 4) Die HEW als marktbeherrschendes Unternehmen der Energieversorung und -wirtschaft vollständig in gesellschaftliches Eigentum zu überführen, die Aktiengesellschaft zu enteignen und der Belegschaft von HEW und ihrer IG Metall Einspruchs- und Kontrollrechte in Geschäftsentscheidungen der HEW einzuräumen."

Bis auf den Zusatz wurde die Resolution mit deutlicher Mehrheit verabschiedet. Über den Zusatz gab es eine Kampfabstimmung, die mit 30 Stimmen Mehrheit entschieden werden konnte.

Damit hat die Diskussion um das Energieprogramm in der Hamburger IGM einen gewissen Schritt weitergemacht und sich von der Frage „Atomkraft ja und nein" gelöst und ist einen Schritt auf die Eigentumsverhältnisse und Verfügungsrechte über gesellschaftliche notwendige Planungen weitergegangen. Man kann gespannt sein, wie die Vertreterversammlung der IGM als höchstes Beschlußorgan am Ort sich zu dieser Frage stellt. Der obige Antrag liegt vor.



2000 Beschäftigte der Textilindustrie haben vergangenes Wochenende in München demonstriert. Für den 21. ruft die Gewerkschaft Textil-Bekleidung zu einer Demonstration in Bonn auf. Die Beschäftigten gehen auf die Straße, weil immer mehr in der Branche „freigesetzt" worden sind. Doch um die Stoßrichtung, mit der die Textilgewerkschaft diesen Kampf führt, gibt es zum Glück auch im DGB Differenzen. Hauptforderung nämlich ist die Verschärfung der Importbeschränkungen im Rahmen der Verhandlungen um die Verlängerung des Textilabkommens. Daher auch jetzt diese Aktionen, denn in den nächsten Tagen

jetzige Belegschaft der HEW, wenn nicht darüberhinaus, beschäftigt werden könnten. Steinert bekräftige die Position des Hamburger Senats, aus Brokdorf auszusteigen, wies jedoch darauf hin, daß sie dies so schnell, u.a. wegen dem Aktienrecht, nicht könnten.

A. Schmidt legte detailliert dar, warum auch auf Grundlage der Beschlüsse der IG Metall das AKW Brokdorf abzulehnen sei. Die Entsorgungsfrage sei nicht gesichert, Brokdorf sei über-

IG Metaller in der HEW tätig sind oder als HEW-Aufsichtsratsmitglieder in der IGM Hamburg. Vorgeschlagen wurde mehrfach, eine Enteignung der HEW vorzunehmen. Die Diskussion mündete in einem Antrag des Vertrauenskörpers der Firma Blohm und Voss. Dieser soll an den Senat als Entschließung der Versammlung sowie an die Vertreterversammlung der IGM und die Ortsverwaltung zur Überarbeitung der bisherigen Beschlüsse gesandt werden. Er lautete im Wortlaut:

Damit hat die Diskussion um das Energieprogramm in der Hamburger IGM einen gewissen Schritt weitergemacht und sich von der Frage „Atomkraft ja und nein" gelöst und ist einen Schritt auf die Eigentumsverhältnisse und Verfügungsrechte über gesellschaftliche notwendige Planungen weitergegangen. Man kann gespannt sein, wie die Vertreterversammlung der IGM als höchstes Beschlußorgan am Ort sich zu dieser Frage stellt. Der obige Antrag liegt vor.



2000 Beschäftigte der Textilindustrie haben vergangenes Wochenende in München demonstriert. Für den 21. ruft die Gewerkschaft Textil-Bekleidung zu einer Demonstration in Bonn auf. Die Beschäftigten gehen auf die Straße, weil immer mehr in der Branche „freigesetzt" worden sind. Doch um die Stoßrichtung, mit der die Textilgewerkschaft diesen Kampf führt, gibt es zum Glück auch im DGB Differenzen. Hauptforderung nämlich ist die Verschärfung der Importbeschränkungen im Rahmen der Verhandlungen um die Verlängerung des Textilabkommens. Daher auch jetzt diese Aktionen, denn in den nächsten Tagen
werden die Verhandlungen in Genf fortgesetzt. Der Kritik bedarf die Schlagseite gegen die Entwicklungsländer, aber auch die Gewerkschaftsführung differenziert hier mittlerweile.

Abkommen zwischen DGB und „Solidarność"

gek. Der Bundesvostand des DGB und die Delegation der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft „Solidarität" haben vereinbart, ihre Kontakte zu intensivieren. Eine Arbeitsgruppe soll die diesbezüglichen Möglichkeiten näher prüfen. Die Rede war von einer Unterstützung des DGB bei den Plänen der „Solidarität", einen gewerkschaftseigenen Rundfunksender aufzubauen, und von gemeinsamen Seminaren über Mitbestimmung bzw. Arbeiterselbstverwaltung. Für Beginn kommenden Jahres ist ein Besuch des Vorsitzenden der „Solidarität", Lech Walesa, in der BRD vereinbart worden. – Diese erfreulichen Mitteilungen kontrastierten merkwürdig mit der Fortsetzung der Kampagne gegen die neue polnische Arbeiterbewegung im DGB-Organ „Welt der Arbeit", wo ein Vorstandsmitglied der regime-abhängigen Branchengewerkschaften ausführlichst Gelegenheit erhielt, Verleumdungen über die unabhängige polnische Gewerkschaft und Märchen über einen angeblichen Zustrom enttäuschter „Solidaritäts"-Mitglieder zu den alten Verbänden zu verbreiten.

Ford Amsterdam wird endgültig geschlossen

rof. Zum 24. November soll Ford Amsterdam endgültig geschlossen werden. 1200 Beschäftigte erwartet Arbeitslosigkeit. 325 Beschäftigte aus der Verkaufsorganisation sollen bleiben, Ford Niederlande in eine andere Gesellschaft umgewandelt werden. Die Untersuchung vor dem Amsterdamer Gerichtshof zieht sich hinaus, der für den 14. November angekündigte Spruch ist auf Anfang 1982 verschoben. Betriebsrat und Gewerkschaft verhandeln über

Arbeiterselbstverwaltung. Für Beginn kommenden Jahres ist ein Besuch des Vorsitzenden der „Solidarität", Lech Walesa, in der BRD vereinbart worden. – Diese erfreulichen Mitteilungen kontrastierten merkwürdig mit der Fortsetzung der Kampagne gegen die neue polnische Arbeiterbewegung im DGB-Organ „Welt der Arbeit", wo ein Vorstandsmitglied der regime-abhängigen Branchengewerkschaften ausführlichst Gelegenheit erhielt, Verleumdungen über die unabhängige polnische Gewerkschaft und Märchen über einen angeblichen Zustrom enttäuschter „Solidaritäts"-Mitglieder zu den alten Verbänden zu verbreiten.

Ford Amsterdam wird endgültig geschlossen

rof. Zum 24. November soll Ford Amsterdam endgültig geschlossen werden. 1200 Beschäftigte erwartet Arbeitslosigkeit. 325 Beschäftigte aus der Verkaufsorganisation sollen bleiben, Ford Niederlande in eine andere Gesellschaft umgewandelt werden. Die Untersuchung vor dem Amsterdamer Gerichtshof zieht sich hinaus, der für den 14. November angekündigte Spruch ist auf Anfang 1982 verschoben. Betriebsrat und Gewerkschaft verhandeln über
einen Sozialplan. Die Direktion will darüber reden, verweist jedoch auf behauptete wöchentliche Verlust von 2 Mio. Gulden. Das Arbeitsministerium den Uyl ist aufgefordert, den Antrag auf Massenentlassungen nicht anzunehmen, ehe eine Übereinkunft über einen Sozialplan erzielt worden ist.

VW-Arbeiter in USA nehmen Angebot an

frb. Die Arbeiter des VW-Werks in New Stanton/Pennsylvania haben mit der knappen Mehrheit von 57% den von der United Auto Workers Union (UAWU) mit der Firmenleitung ausgehandelten neuen Tarifvertrag angenommen. Ein Bandarbeiter erhält jetzt 11,26 $ die Stunde. Kommenden Juni steigen die Sätze um 10%. VW ist in den USA als Lohndrücker verschrien, beim Auslaufen des jetzigen Vertrags im März 1983 sollen die Löhne jene von General Motors bis auf drei oder vier Prozent erreicht haben. Daher sei der Vertrag ein großer Fortschritt, meinte Martin Gerber, der UAWU-Vizepräsident. Aber auch VW spricht von einem „fairen Abschluß", immerhin zahlt die Firmenleitung immer noch weniger als die Konkurrenz. Dafür ließ sie 1 Mio. $ für den Arbeitslosenunterstützungsfonds der Gewerkschaft springen und verbesserte die Leistungen bei Krankheit.

Streit um Haustarifvertrag

kvz. Rund 120 Beschäftigte des Bibliographischen Instituts/Duden-Verlag GmbH sind in Streik getreten. Gefordert wird ein Haustarifvertrag. Die Gewerkschaft HBV vertritt die Ansicht, daß beim Duden-Verlag ein tarifloser Zustand herrsche. Der Verband der Buchhandlungen und Verlage Baden-Württemberg hatte im Frühjahr einen Tarifvertrag mit der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) abgeschlossen, der von der HBV nicht anerkannt wurde. Vereinbarungen über Zuschläge für die Beschäftigten wurden von der Tarifkommission der Buchhandlungen und Verlage nicht gebilligt und auf dem Wege der negativen Feststellungsklage angefochten. Auf den jetzt laufenden Streik der in der HBV organisierten Beschäftigten reagierte der Duden-Verlag mit der Erhebung einer Klage vor dem Arbeitsgericht Mannheim mit dem Ziel, den Streik für unzulässig zu erklären. Außerdem wurde das Firmengelände in Mannheim für die Streikenden gesperrt.

Thyssen gibt klein bei

mfl. Die Firma Thyssen Draht AG in Aßlar hat jetzt in einem Streit um die Höhergruppierung von 25 Kabelspulerinnen nachgegeben. Den Frauen wurde kurz vor der Verhandlung in der 2. Instanz die Höherstufung von der Lohngruppe III in die Lohngruppe IV zugestanden. Die Frauen hatten schon die 1. Instanz gewonnen, wonach ihnen schon im August 1980 die Höherstufung, die 75,- DM für sie monatlich ausmacht, sowie die Nachzahlung von 900,- DM zugesprochen worden war. Damals hatte die Firmenleitung jedoch erklärt, sie würden bis zum Bundesarbeitsgericht gehen. Sie hat sich eines Besseren besonnen.

Kurzmeldungen:

Feststellungsklage angefochten. Auf den jetzt laufenden Streik der in der HBV organisierten Beschäftigten reagierte der Duden-Verlag mit der Erhebung einer Klage vor dem Arbeitsgericht Mannheim mit dem Ziel, den Streik für unzulässig zu erklären. Außerdem wurde das Firmengelände in Mannheim für die Streikenden gesperrt.

Thyssen gibt klein bei

mfl. Die Firma Thyssen Draht AG in Aßlar hat jetzt in einem Streit um die Höhergruppierung von 25 Kabelspulerinnen nachgegeben. Den Frauen wurde kurz vor der Verhandlung in der 2. Instanz die Höherstufung von der Lohngruppe III in die Lohngruppe IV zugestanden. Die Frauen hatten schon die 1. Instanz gewonnen, wonach ihnen schon im August 1980 die Höherstufung, die 75,- DM für sie monatlich ausmacht, sowie die Nachzahlung von 900,- DM zugesprochen worden war. Damals hatte die Firmenleitung jedoch erklärt, sie würden bis zum Bundesarbeitsgericht gehen. Sie hat sich eines Besseren besonnen.

Kurzmeldungen:

Der Arbeitgeberverband selbständiger Ingenierure und Architekten und die DAG haben erstmals einen Rahmen- und Gehaltsvertrag abgeschlossen. Damit wurde für mehr als 100000 Angestellte in Ingenieur-, Architekten- und Planungsbüros ein länger als sechs Jahre dauernder tarifloser Zustand beendet.

Die israelische Fluggesellschaft El-Al ist durch einen wilden Streik lahmgelegt. Die Streikenden protestieren gegen die Entlassung von 18 Flugingenieuren. Die Direktion mußte Maschinen ausländischer Gesellschaften anmieten, um hunderte von Touristen ausfliegen zu können.

Die Verhandlungen um ein Rationalisierungsschutzabkommen, die die DAG mit den Versicherungsgesellschaften führt, sind ergebnislos auf den 21. Januar 1982 vertagt worden.

Der schnelle Ersatz der amerikanischen Fluglotsen stößt offenbar auf Schwierigkeiten. Von den 75 ersten Nachwuchskandidaten, die sich jetzt nach einem dreimonatigen Schnellstudium an der staatlichen Luftlotsenschule der Prüfungskommission stellten, ist genau die Hälfte durchgefallen.

Die Manteltarifverhandlungen für die rund 10000 Beschäftigten in der baden-württembergischen Brauindustrie sind gescheitert. Der Hauptstreitpunkt war die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit für ältere Arbeitnehmer. Die NGG kündigt Kampfmaßnahmen nach Ablauf der Friedenspflicht an.

Rekrutenvereidigung im Betrieb?

Gemeinsame Aktionen von IGM und Jugendverbänden dagegen

mfl. Wieder einmal eine öffentliche Rekrutenvereidigung. Das heißt, nicht ganz öffentlich, denn sie soll auf dem Gelände der Keiper KG, einer Autozubehör-Firma in Rockenhausen, also hinter geschlossenen Werkstoren stattfinden. Rund 250 Rekruten des Jägerbataillons 542, mit dem der Betrieb schon seit längerem eine Patenschaft betreibt, sollen auf dem Betriebsgelände geloben, bei schlechtem Wetter sogar in den Werkshallen. Der Termin ist noch nicht genau festgelegt, liegt aber wahrscheinlich auf dem 23.11.1981. Apel wär schier begeistert von der Idee und wollte, sofern der Betriebsrat der Firma ihn einlädt, selbst nach Rockenhausen kommen.

Nicht jeder teilt diese Begeisterung. Gegen das geplante Betriebsgelöbnis haben inzwischen zahlreiche gewerkschaftliche Gremien, Jugendverbände und auch Parlamentarier protestiert, u.a. die Vertreterversammlung der IG Metall Kaiserslautern, die Bezirksjugendkonferenz der IG Metall, Bezirk Frankfurt und die Landesjugendkonferenz des DGB Rheinland-Pfalz. Als besonders abstoßend wurde vom SPD-Bezirksvorsitzenden empfunden, daß der Firmeninhaber Ulrich Putsch zusammen mit dem SPD-Bürgermeister eine Ehrenformation abschreiten wollte. „Wenn die Bundeswehr jetzt schon freiwillig vor Fabrikbesitzern strammsteht, dann lassen andere Unternehmer nächstens zu ihrem Geburtstag ein Bataillon aufmarschieren", sagte er und erinnerte an die „verhängnisvolle Verquickung von Militär und Kapital, die uns schon genug Unheil gebracht hat". In der Gewerkschaft wird geäußert, daß wenn Apel neue Wege suche, das nächste Gelöbnis vielleicht in der Kirche stattfände und der Pfarrer dann die Waffen segnet.

Der Betriebsratsvorsitzende der Firma Keiper kann an der Betriebsvereidigung nichts Schlimmes finden, er hält es „für eine schöne Sache" und für einen Teil der Patenschaft mit dem Bataillon. Diese Patenschaft besteht seit acht Jahren. Seitdem feiern Soldaten und ein Teil der Beschäftigten von Keiper gemeinsame Feste. Außerdem treibt sich der Firmenchef gerne bei „Kameradschaftsabenden" im Offizierskasino rum.

In der Bevölkerung scheint der Widerstand gegen das Spektakel zu wachsen. Wie die IG Metall angibt, ist die Mehrheit der Rockenhausener Bevölkerung gegen eine solche Veranstaltung, und Protestmaßnahmen werden erwartet. Grund genug für den Betriebsrat der Firma, Verteidigungsminister Apel lieber nicht einzuladen, um eine weitere Zuspitzung zu vermeiden. Firmeninhaber Putsch regte an, daß die Gegner der Gelöbnisfeier ihre Gegenveranstaltung auf einen anderen Tag als den der Vereidigung legen sollten, um eventuelle Konfrontationen zu vermeiden.

Ein Arbeitskreis „Frieden" hat sich gebildet. Außer den schon durchgeführten Aktionen gegen die Vereidigung plant der Aktionskreis „Frieden": am 16.11. eine Podiums-Diskussion in Rockenhausen „Pro und Contra Gelöbnisfeier"; am 21.11. ab 14 Uhr ein Friedensfest mit Info-Stand und Ausstellung zum Thema „Frieden und Abrüstung" und Diskussion über Bundeswehr und Traditionspflege, und am 23. Demonstration und Sitzstreik, anschließend Kundgebung auf dem Marktplatz von Rockenhausen.

Der Streik 1956/57 für Lohnfortzahlung

Der Kampf der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein

pes.Kiel. Vom 24.10.1956 bis zum 14.2.57 dauerte dieser längste Streik der Metallgewerkschaft in der Geschichte der BRD. Mit der Kündigung der Rahmentarifverträge zum 31.12.1955 leitete die IGM den Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit, für Verlängerung des Urlaubs und Urlaubsgelds sowie um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ein. Im Juli 1956 kam es zu ersten Verhandlungen zwischen den schleswig-holsteinsichen Metallkapitalisten und der IG Metall, die aber schon am dritten Verhandlungstag, dem 27.9., ergebnislos abgebrochen wurden, weil die Kapitalisten nicht bereit waren, das kleinste Zugeständnis zu machen.

Am 11.10., noch bevor die Verhandlungen offiziell für gescheitert erklärt wurden, führte die IG Metall die erste Urabstimmung durch, in der sich 77,5% der Organisierten für Streik entschieden. Die Forderungen lauteten: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bis zu einer Dauer von sechs Wochen; Erhöhung der Urlaubstage von 16 auf 18; Zahlung eines Urlaubsgeldes von 7,50 DM pro Tag, was eine Erhöhung von 5 Pfennig pro Stunde bedeutete.

Einige Daten zur Lage der Arbeiter und der wirtschaftlichen Entwicklung erklären die Forderungen und die Zähigkeit und Ausdauer, mit der dieser Streik geführt wurde: Von 1951 bis 1955 verdoppelte sich der Umsatz der Metallindustrie Schleswig-Holstein von 47,8 Mio. DM auf 98,8 Mio. DM, in der Schiffbauindustrie sogar von 16,7 auf 46,7 Mio. DM. Gleichzeitig stieg damit der Umsatz je Arbeitsstunde von 6,52 DM auf 9,54 DM, bzw. 6,25 DM auf 10,98 DM in der Schiffbauindustrie. Die Löhne erhöhten sich im gleichen Zeitraum nur von 1,44 DM auf 1,81 DM bzw. 1,53 DM auf 1,96 DM/Stunde im Schiffbau. Die Profite der größten schleswig-holsteinischen Metallbetriebe gaben die „Streiknachrichten" der IGM bekannt: HDW Kiel: 20,1%; Orenstein und Koppel Lübeck 20,7%; Flensburger Schiffbau 37,2%; Flenderwerke Lübeck 24,8%; MaK Kiel 25,4%; Metallhütte Lübeck 52,4%.

Während sich also die Kapitalisten am „Wirtschaftswunder" ergötzten, war von einer spürbaren Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse nichts zu merken.

Wie die Lage eines Arbeiters bei Krankheit aussah, machte eine Anzeige der IGM im Holsteinischen Courier vom 31.10.56 deutlich: „*Wenn Hein Müller arbeitet, verdient er in 28 Tagen 406,80 DM und selbst nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge bleiben ihm noch 350,30 DM. Wenn Hein Müller krank ist, bekommt er in 28 Tagen nur 175,18 DM nämlich drei Tage (Karenzzeit 0,00 DM, 9 Tage Hausgeld 58,86 DM, 16 Tage Krankengeld 116,32 DM.*"



Der Streikverlauf

Am 24.10.1956 treten fast 30000 Arbeiter in den größten und wichtigsten Metallbetrieben, insbesondere in den Werften, in den Streik. Bis Mitte November werden immer mehr Betriebe in den Streik einbezogen. Zu Beginn des Januars sind es knapp 35000 Arbeiter und 38 Betriebe, die bestreikt werden. Der Streik wird geschlossen und diszipliniert durchgeführt. Streikbrecher gibt es kaum. Die Kapitalisten versuchen, durch Entlassungen von Vertrauensleuten bei der MaK in Kiel die Streikfront zu zersetzen, müssen die Kündigungen aber zurückziehen. Sie bestehen auf dem Abbruch des Streiks vor irgendwelchen Verhandlungen. Währenddessen laufen für die Arbeiter die ersten Solidaritätsspenden aus dem In- und Ausland ein. Am 6. und 7.12. kommt es zu den ersten Großkundgebungen der IGM in Kiel, Flensburg und Lübeck. Kurz vorher hatte der damalige schleswig-holsteinische Ministerpräsident von Hassel in einer Besprechung mit der IGM und dem Kapitalistenverband einen Vermittlungsvorschlag gemacht. Dieser beinhaltete ausschließlich eine Erhöhung der Urlaubstage und ließ die Frage der Lohnfortzahlung völlig außen vor. Die Streikleitung lehnte ihn ab.

Nach Weihnachten wird auf Initiative von Hassels ein Vermittlungsvorschlag des Kieler Professors Nikisch ausgebreitet. Hierin sind immer noch die Karenztage enthalten, nur das Krankengeld sollte bei mehr als 7 Tagen Krankheitsdauer ab dem 4. Tag auf 90% des Nettolohnes aufgestockt werden und das auch nur bei mehr als drei Monaten Betriebszugehörigkeit. Die IGM lehnt den Vorschlag ab und eine 2. Urabstimmung bestätigt das eindrucksvoll, 97 Prozent sind für Fortsetzung des Streiks. Dieser Streik, der nun schon über 10 Wochen dauert, wird von immer mehr Arbeitern getragen, Streikbrecherarbeiten kommen überhaupt nicht mehr vor, die Unterstützung aus der Bevölkerung und der Kollegen in anderen Tarifbezirken bewirkt, daß keiner wirtschaftliche Not leidet, jedenfalls nicht mehr als sonst.

Nach dieser Urabstimmung schaltet sich Bundeskanzler Adenauer persönlich in die Auseinandersetzungen ein. Nach Gesprächen bei ihm begannen unter dem Vorsitz des Schlichters Ernst (ehemaliger NRW-Arbeitsminister) die nächsten Schlichtungsverhandlungen. Das hierbei erzielte „Bonner Ergebnis" wurde in der Streikleitung und der Großen Tarifkommission knapp angenommen (32:30 Stimmen). Die 7 Tage Wartezeit und 3 Monate Betriebszugehörigkeit blieben. Bei mehr als 7 Tagen sollte ein Karenztag wegfallen und bei mehr als 14 Tagen alle drei Karenztage nachträglich gezahlt werden. 76,2% der Streikenden jedoch lehnte dieses Ergebnis ab. Der Vorstand reagierte mit erneuten Verhandlungen auf dies Urabstimmungsergebnis. In einer „freiwilligen Schlichtung" wurde die Wartezeit von 7 Tagen und die dreimonatige Betriebszugehörigkeit als Voraussetzung gestrichen. Eine erneute Urabstimmung am 13.2. brachte ein Ergebnis von 39% für Annahme des Kompromisses und so wurde der Streik beendet.

Das knappe Ergebnis der Urabstimmung, das zudem noch unterschiedlich in den einzelnen Städten ausfiel (Flensburg 82% für Fortführung des Streiks) drückt die Unzufriedenheit der Arbeiter mit diesem letzten Kompromiß aus. Von der ursprünglichen Forderung ist nichts voll erfüllt worden.

Das Ergebnis:

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall:
Bei Krankheit wird vom 4. Tag an eine Unterstützung gezahlt, die die Differenz zwischen Nettolohn und Krankengeld zu 90% ausgleicht. Bezahlt wird diese Unterstützung mit verschiedener Dauer, gestaffelt nach der Betriebszugehörigkeit von über 4 Wochen 21 Tage von über 3 Jahre 28 Tage.

Karenztage:
Bei einer Krankheitsdauer von mehr als einer Woche ½, bei einer Krankheitsdauer von mehr als zwei Wochen ⅔ des Nettolohnes für die 3 Karenztage.

Lohnfortzahlung bei Arbeitsunfall:
Gleiche Regelung wie bei Krankheit, jedoch ohne Betriebszugehörigkeitsklausel und der Tag des Unfalls wird voll bezahlt.

Karenztage bei Arbeitsunfall:
In den ersten zwei Karenztagen nach dem Unfalltag wird der volle Nettolohn bezahlt.

Die Ergebnisse und die Bedeutung des Streiks gehen aber weit über das konkrete Verhandlungsergebnis hinaus. Der Streik stellte eine Wende in den Kräfteverhältnissen zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse dar. War es den Kapitalisten bislang gelungen, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse auf einem extrem niedrigen Niveau zu halten, bei ständiger Ausdehnung der Produktion und Intesivierung und Verlängerung des Arbeitstages, leitete der Streik eine Reihe von Verbesserung der Lage der Arbeiter ein. Mit dem Bremer Abkommen wurde die Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt, in fast allen Tarifbezirken mußten die Kapitalisten ähnliche Zugeständnisse bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall machen, so wie beim Urlaub.

Karenztage und Einschränkung der Lohnfortzahlung noch aktuell

Pläne der Kapitalisten und der bürgerlichen Parteien

geh. Seit 1970 erhalten auch die Arbeiter im Falle der Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit 100% ihres vorherigen Nettolohnes weitergezahlt. Diese Lohnfortzahlung erfolgt ohne Lücke bereits ab dem ersten Krankheitstag. Dies muß von den Kapitalisten bis zur Dauer der Arbeitsunfähigkeit von 6 Wochen gezahlt werden, danach zahlt die Krankenversicherung.

Obwohl die Fortzahlung der Gehälter bei den Angestellten bereits seit 1931 gesetzlich geregelt ist, konnte der Durchbruch für eine entsprechende Regelung für die Arbeiter 1956 nur durch den längsten Streik in der Geschichte der Bundesrepublik durchgesetzt werden. In den folgenden Jahren wurden in mehreren Stufen auch die gesetzlichen Regelungen zur Abschaffung der nichtbezahlten drei ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit und vollen Weiterzahlung des Lohns durchgesetzt. Im internationalen Vergleich konnte so die westdeutsche Arbeiterbewegung die weitestgehende Lösung durchsetzen. (s. Kasten)

Mit umso größerer Energie versuchen die Kapitalisten und ihre Verbände, diese Position wieder zu schleifen. Im Sommer während der ersten Verhandlungen um den Haushalt '82 kamen die Pläne zur Wiedereinführung von Karenztagen auf den Tisch. In der „liberalen Initiative zur Überwindung der Arbeitslosigkeit" taucht der Plan der Einführung von Karenztagen wieder auf. Die Zahl war nicht angegeben, aber Verheugen sprach davon, daß an drei Tage gedacht sei. Nachdem während der 2. Verhandlungsrunde um den Haushalt nach den massiven Protesten der Gewerkschaften nicht mehr davon *gesprochen* wurde, hat die CDU auf ihrem Hamburger Parteitag das Angebot an die Regierung gerichtet, gemeinsam eine „Reform der Lohnfortzahlung" zu tragen. Gegen all diese Überlegungen haben in den beiden letzten Wochen E. Loderer und andere Vorstandsmitglieder der IG Metall erklärt: „Wenn an der Lohnfortzahlung gerüttelt wird, werden wir dafür sorgen, daß das ganze Haus wackelt."

Die Kapitalisten haben ihr „Institut der Deutschen Wirtschaft" berechnen lassen, was der Springpunkt ist: rd. 2 Mrd. DM sei für den 1. Karenztag einzusparen. 27,2 Mrd. seien für die gesamte Lohnfortzahlung im Jahr zu zahlen. Hier müsse man nochmal 70 bis 100% hinzuaddieren für die indirekten Kosten wie „Ersatzkräfte", „Mehrarbeit und Überstundenvergütungen" und „Produktionsausfälle und Konventionalstrafen". Insgesamt hätten sich im Jahr 1980 so 45 – 55 Mrd. DM ergeben.

Tatsächlich haben durch die steigende Arbeitshetze der Verschleiß der Arbeitskraft und damit die Arbeitsunfähigkeitsmeldungen zugenommen:

Arbeitsunfähigkeit je 1000 Mitglieder

Jahr	
1956	545
1957	669
1960	707
1961	715
1966	681
1967	589
1969	743
1970	881
1974	903
1975	856
1980	1007

1979 fehlten 4,3% aller erkrankten Arbeitnehmer 1 Tag, 3,7% 2 Tage und 4,8% nur 3 Tage. Die sollen nach dem Wunsch der Kapitalisten und der FDP für diese Zeit nichts kriegen. Zusammen mit dem in der Krise ohnehin vorhandenen Entlassungsdruck sollen so kranke Beschäftigte in die Fabriken und Büros gezwungen werden. Gleichzeitig soll auch die Quote der längerfristig Kranken gesenkt werden.

Angesichts des entschiedenen Widerstands der Gewerkschaft sind die Kapitalisten und ihre politischen und wissenschaftlichen Helfer nicht sicher, ob sie mit dem Plan der Karenztage durchkommen, zumal eine gesetzliche Abschaffung der Karenztage in weiten Bereichen nicht wirken würde, da darüberhinaus eine tarifliche Absicherung wie z.B. bei der Metallindustrie besteht. Stattdessen wird nun an eine Senkung des Lohns im Krankheitsfall auf 90 oder gar 80% gedacht. Das würde den Kapitalisten ja auch noch mehr bringen: rd. 3 oder 6 Mrd. DM im Jahr. Das „deutsche Handwerk" geht noch weiter und will im Krankheitsfall neben Karenztagen für Angestellte, Arbeiter und Beamten nur den Tarif*grund*lohn zahlen. Das wäre dann mehr als ⅓ des Lohns weniger.

Wie sieht es anderswo aus?

☐ **Dänemark:** Die Unternehmen leisten keinen direkten Beitrag zur Lohnfortzahlung. Ein Arbeiter erhält nach sechstägiger Wartezeit von der – privaten – Krankenversicherung Tagegelder, wenn er in den vier Wochen vor der Erkrankung insgesamt 40 Stunden beschäftigt war. Die Krankengelder werden ohne zeitliche Begrenzung gezahlt und machen 90 Prozent des Einkommens aus, höchstens jedoch 640 Mark wöchentlich.

☐ **Großbritannien:** Es gibt keine Lohnfortzahlung. Aus dem nationalen Versicherungsfonds, der aus Arbeitnehmer-, Arbeitgeber- und staatlichen Beiträgen gespeist wird, erhalten kranke Arbeitnehmer bis zu 28 Wochen etwa 85 Prozent des normalen Nettoeinkommens. Keine Karenztage.

☐ **Frankreich:** Ein gesetzlicher Lohnfortzahlungsanspruch besteht nicht. Der Staat verlangt aber von den Tarifparteien, daß sie den Anspruch in die Tarifverträge aufnehmen. Allerdings ist die Zahlung abhängig von der Betriebszugehörigkeit. Wer weniger als drei Jahre in einem Unternehmen tätig ist, erhält in der Regel nichts. Für Arbeiter bestehen Karenzzeiten zwischen drei und zwölf Tagen. Sie erhalten beispielsweise nach elf Karenztagen 90 Prozent ihres Lohns für 30 Tage. Davon trägt die Firma die eine Hälfte, die andere übernimmt die Kasse. Frankreichs Angestellten wird – ohne Karenztage – für die ersten drei Krankheitsmonate ihr volles Gehalt weitergezahlt.

☐ **Italien:** Die Lohnfortzahlung ist abhängig von Branche, Status des Arbeitnehmers und Dauer der Betriebszugehörigkeit. Für die meisten Arbeitnehmer zahlt der Arbeitgeber nichts.

☐ **Spanien:** Keine Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber. Nach drei Karenztagen zahlt die staatliche Sozialversicherung für 20 Tage 75 Prozent des Lohns. Im Einzelfall wird bei längeren Krankheiten weitergezahlt.

☐ **Schweiz:** Die Lohnfortzahlungspflicht besteht grundsätzlich vom ersten Krankheitstag an. Der Arbeitgeber muß zahlen, wenn der Arbeiter oder Angestellte länger als drei Monate in der Firma beschäftigt ist. Die Dauer der Lohnfortzahlung richtet sich nach der Betriebszugehörigkeit. Danach gibt es keinerlei gesetzliche Regelungen. Die meisten Schweizer sind deshalb privat versichert.

☐ **Japan:** Nach drei Karenztagen erhält der Arbeitnehmer ein Krankengeld von 60 Prozent des durchschnittlichen Arbeitsentgelts für 18 Monate. In großen Unternehmen wird dieses Krankengeld oft durch den Arbeitgeber aufgestockt.

☐ **USA:** Es gibt keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Wer nicht am Arbeitsplatz erscheint, bekommt auch kein Geld. Versicherungen auf Lohnfortzahlung sind relativ teuer und werden deshalb kaum genutzt.

im gleichen Zeitraum nur von 1,44 DM auf 1,81 DM bzw. 1,53 DM auf 1,96 DM/Stunde im Schiffbau. Die Profite der größten schleswig-holsteinischen Metallbetriebe gaben die „Streiknachrichten" der IGM bekannt: HDW Kiel: 20,1%; Orenstein und Koppel Lübeck 20,7%; Flensburger Schiffbau 37,2%; Flenderwerke Lübeck 24,8%; MaK Kiel 25,4%; Metallhütte Lübeck 52,4%.

Während sich also die Kapitalisten am „Wirtschaftswunder" ergötzten, war von einer spürbaren Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse nichts zu merken.

Wie die Lage eines Arbeiters bei Krankheit aussah, machte eine Anzeige der IGM im Holsteinischen Courier vom 31.10.56 deutlich: „*Wenn Hein Müller arbeitet, verdient er in 28 Tagen 406,80 DM und selbst nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge bleiben ihm noch 350,30 DM. Wenn*

für Lohnfortzahlung

Der Kampf der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein

Großkundgebungen der IGM in Kiel, Flensburg und Lübeck. Kurz vorher hatte der damalige schleswig-holsteinische Ministerpräsident von Hassel in einer Besprechung mit der IGM und dem Kapitalistenverband einen Vermittlungsvorschlag gemacht. Dieser beinhaltete ausschließlich eine Erhöhung der Urlaubstage und ließ die Frage der Lohnfortzahlung völlig außen vor. Die Streikleitung lehnte ihn ab.

Nach Weihnachten wird auf Initiative von Hassels ein Vermittlungsvorschlag des Kieler Professors Nikisch ausgebreitet. Hierin sind immer noch die Karenztage enthalten, nur das Krankengeld sollte bei mehr als 7 Tagen Krankheitsdauer ab dem 4. Tag auf 90% des Nettolohnes aufgestockt

wegfallen und bei mehr als 14 Tagen alle drei Karenztage nachträglich gezahlt werden. 76,2% der Streikenden jedoch lehnte dieses Ergebnis ab. Der Vorstand reagierte mit erneuten Verhandlungen auf dies Urabstimmungsergebnis. In einer „freiwilligen Schlichtung" wurde die Wartezeit von 7 Tagen und die dreimonatige Betriebszugehörigkeit als Voraussetzung gestrichen. Eine erneute Urabstimmung am 13.2. brachte ein Ergebnis von 39% für Annahme des Kompromisses und so wurde der Streik beendet.

Das knappe Ergebnis der Urabstimmung, das zudem noch unterschiedlich in den einzelnen Städten ausfiel (Flensburg 82% für Fortführung des Streiks) drückt die Unzufriedenheit der Arbeiter mit diesem letzten Kompromiß aus. Von der ursprünglichen Forderung ist nichts voll erfüllt worden.

Das Ergebnis:

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall:

der Arbeitslosigkeit" taucht der Plan der Einführung von Karenztagen wieder auf. Die Zahl war nicht angegeben, aber Verheugen sprach davon, daß an drei Tage gedacht sei. Nachdem während der 2. Verhandlungsrunde um den Haushalt nach den massiven Protesten der Gewerkschaften nicht mehr davon *gesprochen* wurde, hat die CDU auf ihrem Hamburger Parteitag das Angebot an die Regierung gerichtet, gemeinsam eine „Reform der Lohnfortzahlung" zu tragen. Gegen all diese Überlegungen haben in den beiden letzten Wochen E. Loderer und andere Vorstandsmitglieder der IG Metall erklärt: „Wenn an der Lohnfortzahlung gerüttelt wird, werden wir dafür sorgen, daß das ganze Haus wackelt."

Die Kapitalisten haben ihr „Institut der Deutschen Wirtschaft" berechnen lassen, was der Springpunkt ist: rd. 2 Mrd. DM sei für den 1. Karenztag einzusparen. 27,2 Mrd. seien für die gesamte Lohnfortzahlung im Jahr zu

kranke Beschäftigte in die Fabriken und Büros gezwungen werden. Gleichzeitig soll auch die Quote der längerfristig Kranken gesenkt werden.

Angesichts des entschiedenen Widerstands der Gewerkschaft sind die Kapitalisten und ihre politischen und wissenschaftlichen Helfer nicht sicher, ob sie mit dem Plan der Karenztage durchkommen, zumal eine gesetzliche Abschaffung der Karenztage in weiten Bereichen nicht wirken würde, da darüberhinaus eine tarifliche Absicherung wie z.B. bei der Metallindustrie besteht. Stattdessen wird nun an eine Senkung des Lohns im Krankheitsfall auf 90 oder gar 80% gedacht. Das würde den Kapitalisten ja auch noch mehr bringen: rd. 3 oder 6 Mrd. DM im Jahr. Das „deutsche Handwerk" geht noch weiter und will im Krankheitsfall neben Karenztagen für Angestellte, Arbeiter und Beamten nur den Tarif*grund*lohn zahlen. Das wäre dann mehr als ⅓ des Lohns weniger.

„Die Tendenz, schwerer Behinderte aus Rehaleistungen herauszuhalten, besteht ohnehin“

Heidelberg. Die heutige Situation in der Stiftung Rehabilitation Heidelberg kann nicht allein mit der Mißwirtschaft des Vorstandes in den vergangenen Jahren erklärt werden. Die Stiftung umfaßt das Berufsförderungswerk (BFW) Heidelberg mit 1800 Reha-Umschülern, das Rehazentrum Neckargemünd (RZN) mit 900 Rehabilitanten (Schüler und Erstauszubildende), die Rehaklinik Langensteinbach, sowie mehrere Beteiligungen an anderen Einrichtungen, die der Stiftungsvorstand im Rahmen der „Sanierung“ abstößt. Die Zahl der Beschäftigten beträgt über 3000. Die jetzt geplanten, durchgreifenden Sanierungsmaßnahmen in der seit Jahren zur Modelleinrichtung proklamierten Stiftung stehen im Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen allgemein und speziell in der gesamten Rehabilitation.

Die bisherigen Vorschläge des Vorstands laufen auf eine Reduzierung von dringend erforderlichen Rehaleistungen (z.B. Pflege und Betreuung) hinaus, was in erster Linie die pflegeabhängigen Schwerstkörperbehinderten trifft. Die Tendenz, schwerer Behinderte aus Rehaleistungen in den Zentren herauszuhalten, besteht ohnehin, denn die Stiftung ist die einzige Einrichtung in der BRD, die Schwerstbehinderte überhaupt umschult, ausbildet und dafür die entsprechenden medizinischen, technischen und sozialen Begleitdienste liefert. Der Abbau von Rehaleistungen insgesamt wird in erster Linie die Schwerstbehinderten treffen, dies läßt sich aus den ersten Maßnahmen klar ableiten: Ein Runderlaß der Bundesanstalt für Arbeit als dem wesentlichen Träger für Umschulungsmaßnahmen gibt Anweisungen an die Arbeitsämter, bei der Bewilligung von Rehaleistungen besonders strenge Maßstäbe anzulegen, vornehmlich unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und Verwertbarkeit. Abzusehen ist nach diesem Erlaß im einzelnen:
– Erschwerter Zugang für Behinderte zu Reha-Einrichtungen;
– Einschränkung von Berufsfindungs- und Vorbereitungsmaßnahmen;
– Grundsätzlicher Ausschluß von Ausbildungsverlängerungen (dies ist gerade für Schwerstbehinderte mörderisch, da die jetzige Ausbildungszeit in der Regel nur 18 Monate beträgt für einen Lehrstoff einer normalerweise dreijährigen Ausbildung);
– Abbau von Eingliederungs- und Lebenshilfen (Hilfen für Führerschein und Autos);
– Abbau von Vollausbildungen, statt-

Einrichtung in der BRD, die Schwerstbehinderte überhaupt umschult, ausbildet und dafür die entsprechenden medizinischen, technischen und sozialen Begleitdienste liefert. Der Abbau von Rehaleistungen insgesamt wird in erster Linie die Schwerstbehinderten treffen, dies läßt sich aus den ersten Maßnahmen klar ableiten: Ein Runderlaß der Bundesanstalt für Arbeit als dem wesentlichen Träger für Umschulungsmaßnahmen gibt Anweisungen an die Arbeitsämter, bei der Bewilligung von Rehaleistungen besonders strenge Maßstäbe anzulegen, vornehmlich unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und Verwertbarkeit. Abzusehen ist nach diesem Erlaß im einzelnen:
– Erschwerter Zugang für Behinderte zu Reha-Einrichtungen;
– Einschränkung von Berufsfindungs- und Vorbereitungsmaßnahmen;
– Grundsätzlicher Ausschluß von Ausbildungsverlängerungen (dies ist gerade für Schwerstbehinderte mörderisch, da die jetzige Ausbildungszeit in der Regel nur 18 Monate beträgt für einen Lehrstoff einer normalerweise dreijährigen Ausbildung);
– Abbau von Eingliederungs- und Lebenshilfen (Hilfen für Führerschein und Autos);
– Abbau von Vollausbildungen, statt-
dessen Ausbau von Anlernmaßnahmen in Betrieben;
– Abbau begleitender Dienste;
– Kürzung des Übergangsgeldes während der Umschulung;
– Erschwerte Bedingungen, als Behinderter anerkannt zu werden, und damit Verlust des Anspruchs auf Reha-Umschulung.

In §7 im Reha-Angleichungsgesetz zu „Vorrang der Rehabilitation vor Rente“ kann die Finanzierung „insbesondere wegen Art oder Schwere der Behinderung“ abgelehnt werden, wenn „ein Erfolg solcher Maßnahmen nicht zu erwarten ist“. Ein Rehabilitant konnte schon bisher von einer Ausbildung ausgeschlossen werden, wenn er als Kaufmann beispielsweise zu wenig Anschläge in der Minute auf der Schreibmaschine erbringt, nur weil seine Bewegungen aufgrund der Behinderung zu langsam sind.

Die bereits häufige inoffizielle Ablehnung für eine Umschulung bzw. Erstausbildung steckt in der Argumentation: „ja, die Ausbildung schafft er vielleicht gerade noch ... aber dann wird er auf keinen Fall vermittelt ... Ist es dann nicht besser, gleich einen anderen Rehabilitanten vorzuschlagen, bevor er uns einen Ausbildungsplatz blockiert?“

Bezogen auf den neuen Runderlaß der Bundesanstalt für Arbeit hat jetzt ein Arbeitsamt die Finanzierung einer Ausbildung verweigert, mit der zynischen Begründung, der Behinderte wäre nach der Ausbildung aufgrund der starken Arbeitslosigkeit sowieso nicht vermittelbar.

Ich denke, es ist kein Zufall, daß gerade in der Stiftung Rehabilitation so umfassende Sanierungsmaßnahmen getroffen werden sollen. Hier, wo als einzige Rehaeinrichtung noch Schwerstbehinderte aufgenommen werden und eine Ausbildung erhalten, sollen die begleitenden Dienste (Pflege, Psychologen etc.) abgebaut werden, die Voraussetzung sind, Schwerstbehinderte überhaupt auch aufnehmen zu können. Es sind jetzt bereits schon Fälle bekannt, daß die Aufnahmeteams bestimmte Rehabilitanten ablehnen müssen, „weil die Einrichtung für diese Klientel nicht ausgestattet ist“.

Der Schwerstbehinderte soll vermehrt in die Werkstätten für Behinderte abgeschoben werden, wo er für ein Taschengeld und in völlig rechtloser Lage produzieren muß.

Doch es tut sich was, die Behinderten werden zunehmend aufmerksamer, gründen Selbstorganisationen zur Formulierung und Durchsetzung ihrer Interessen. In den Zentren entstehen Bewegungen, vornehmlich organisiert durch die dortgewählten Vertretungen, die zwar nicht einmal Mitbestim-

der Bundesanstalt für Arbeit hat jetzt ein Arbeitsamt die Finanzierung einer Ausbildung verweigert, mit der zynischen Begründung, der Behinderte wäre nach der Ausbildung aufgrund der starken Arbeitslosigkeit sowieso nicht vermittelbar.
Ich denke, es ist kein Zufall, daß gerade in der Stiftung Rehabilitation so umfassende Sanierungsmaßnahmen getroffen werden sollen. Hier, wo als einzige Rehaeinrichtung noch Schwerstbehinderte aufgenommen werden und eine Ausbildung erhalten, sollen die begleitenden Dienste (Pflege, Psychologen etc.) abgebaut werden, die Voraussetzung sind, Schwerstbehinderte überhaupt auch aufnehmen zu können. Es sind jetzt bereits schon Fälle bekannt, daß die Aufnahmeteams bestimmte Rehabilitanten ablehnen müssen, „weil die Einrichtung für diese Klientel nicht ausgestattet ist“.
Der Schwerstbehinderte soll vermehrt in die Werkstätten für Behinderte abgeschoben werden, wo er für ein Taschengeld und in völlig rechtloser Lage produzieren muß.
Doch es tut sich was, die Behinderten werden zunehmend aufmerksamer, gründen Selbstorganisationen zur Formulierung und Durchsetzung ihrer Interessen. In den Zentren entstehen Bewegungen, vornehmlich organisiert durch die dortgewählten Vertretungen, die zwar nicht einmal Mitbestim-
mungsrechte zugestanden bekommen, aber durch die große Zusammenballung ein Machtpotential in die Waagschale werfen können. Für solche Aktionen gibt es zahlreiche positive Beispiele. Der Ausgang der Sanierungen in der Stiftung und anderswo wird entscheidend davon abhängen, wie sich die Beschäftigten und die Behinderten zusammenschließen können. Die ÖTV-Kundgebung war ein gutes Beispiel.

Beträchtlich erleichtern würde es diesen Kampf, wenn der ÖTV-Hauptvorstand, sich endlich dazu durchringen könnte Rehabilitanten als Arbeitnehmer zu begreifen und sie in die ÖTV aufzunehmen, wie es innerhalb der ÖTV-Gewerkschaft gefordert wird.

Die scheinbar entgegengesetzten Interessen der Selbstorganisationen und der Beschäftigten in der Frage der Auflösung der ghettoähnlichen Zentren zugunsten einer mehr gemeindebezogenen, dezentralisierten Rehabilitation und die andererseits damit verbundenen Befürchtungen des Verlustes von Arbeitsplätzen muß kein Widerspruch sein. Im Gegenteil, solche Modelle werden letztlich mehr Personal nötig machen. Gegenwärtig steht die Perspektive eines gemeinsamen Kampfes von Beschäftigten und Behinderten, wie es sich gerade praktisch in der Stiftung stellt, unter folgenden Forderungen:
– Kein Leistungsabbau, sondern Ausbau der Rehabilitation;
– Ausbau der Rechtsstellung und der Rechtsansprüche auf Rehabilitation;
– Ausbau der praxisnahen wissenschaftlichen Forschung;
– Unterordnung des Kosten-Nutzen-Prinzips unter die Belange einer umfassender Rehabilitation;
– Ausbildungsverlängerungen in den Zentren;
– Klare Mitbestimmungsrechte für Rehabilitanten in Anlehnung an das Betriebsverfassungsgesetz;
– Demokratisierung des Lebensbereichs in den Internaten durch Selbstverwaltungsmodelle.

Zum ersten Mal in der jüngsten Geschichte der ÖTV führte sie am 23.10.1981 im Bereich Gesundheitswesen Protestaktionen während der Arbeitszeit durch. „Für den Erhalt der Rehabilitation“ und „Gegen Stellenstreichungen in der Stiftung Rehabilitation Heidelberg“ waren die Hauptforderungen der Kundgebung, an der 500 Beschäftigte und Rehabilitanten teilnahmen.

Wie kam es dazu?

5.5.: Der Betriebsrat des Stiftungsteils BFW erhält die erste Information über das sogenannte Strukturverbesserungskonzept des Vorstandes, das den Abbau von 119,5 Stellen vorsieht, die die Kostenträger (Bundesanstalt für Arbeit, Sozialversicherungen, Landesregierung etc.) nicht mehr finanzieren wollen.

22.5.: Trotz des Protestes von Betriebsrat und ca. 150 Beschäftigten, die zur Sitzung des großen Senats erschienen waren, gibt dieser dem Konzept grünes Licht.

28.8.: Betriebsrat und Wirtschaftsausschuß werden über die weitere Verschlechterung der finanzielle Lage der Stiftung unterrichtet. Der Vorstand will nun bis 31.12.1981 8 Mio. DM einsparen, durch den Abbau von inzwischen 160 Stellen.

8.9.: Der Vorstand legt ein Papier vor, in dem vor allem im Forschungs- und Literaturdokumentationsbereich drastische Kürzungen vorgenommen werden sollen, aber auch bei Pflegern, Psychologen und Ärzten. Außerdem wird dem Betriebsrat ein Sozialplan vorgelegt.

10.9.: Der Betriebsrat legt seinerseits dem Vorstand einen eigenen Sozialplan vor und gleichzeitig 5 Betriebsvereinbarungen mit dem Inhalt der Mitbestimmungserweiterung in wichtigen betriebsorganisatorischen Fragen.

15.9.: Betriebsversammlung im BFW, in welcher die Beschäftigten dem Vorstand einstimmig das Mißtrauen aussprechen.

16.9.: Der Termin zur Verhandlung über einen Sozialplan platzt, da Oberbürgermeister Zundel, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Großen Senats, dem Vorstand dieser Verhandlungen untersagt. Er stellt dem Betriebsrat ein eigenes Konzept vor, in dem der Termin für den Abschluß der Sanierung bis zum 31.12.1982 statt 1981 verlängert wird, auf einen Sozialplan verzichtet werden soll, da dieser 4,5 Mio. DM kosten würde. Dafür verspricht er, beim Land schon zugesagte, aber noch ausstehende 11 Mio. DM locker zu machen, die das Land angeblich zurückhält.

18.9.: Der Betriebsratsvorsitzende wird von Oberbürgermeister Zundel zuhause angerufen und persönlich für die aufgelaufenen Zinsen der 11 Mio. DM haftbar gemacht, da der Betriebsrat seinem Konzept noch nicht zuge-

nen waren, gibt dieser dem Konzept grünes Licht.
28.8.: Betriebsrat und Wirtschaftsausschuß werden über die weitere Verschlechterung der finanzielle Lage der Stiftung unterrichtet. Der Vorstand will nun bis 31.12.1981 8 Mio. DM einsparen, durch den Abbau von inzwischen 160 Stellen.
8.9.: Der Vorstand legt ein Papier vor, in dem vor allem im Forschungs- und Literaturdokumentationsbereich drastische Kürzungen vorgenommen werden sollen, aber auch bei Pflegern, Psychologen und Ärzten. Außerdem wird dem Betriebsrat ein Sozialplan vorgelegt.
10.9.: Der Betriebsrat legt seinerseits dem Vorstand einen eigenen Sozialplan vor und gleichzeitig 5 Betriebsvereinbarungen mit dem Inhalt der Mitbestimmungserweiterung in wichtigen betriebsorganisatorischen Fragen.
15.9.: Betriebsversammlung im BFW, in welcher die Beschäftigten dem Vorstand einstimmig das Mißtrauen aussprechen.
16.9.: Der Termin zur Verhandlung über einen Sozialplan platzt, da Oberbürgermeister Zundel, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Großen Senats, dem Vorstand dieser Verhandlungen untersagt. Er stellt dem Betriebsrat ein eigenes Konzept vor, in dem der Termin für den Abschluß der Sanierung bis zum 31.12.1982 statt 1981 verlängert wird, auf einen Sozialplan verzichtet werden soll, da dieser 4,5 Mio. DM kosten würde. Dafür verspricht er, beim Land schon zugesagte, aber noch ausstehende 11 Mio. DM locker zu machen, die das Land angeblich zurückhält.
18.9.: Der Betriebsratsvorsitzende wird von Oberbürgermeister Zundel zuhause angerufen und persönlich für die aufgelaufenen Zinsen der 11 Mio. DM haftbar gemacht, da der Betriebsrat seinem Konzept noch nicht zuge-
stimmt habe. Der Betriebsrat des Stiftungsteils BFW un-



terschrieb danach ein Papier, in dem folgendes festgehalten wird: Bis Ende 1982 sind Aufwendungen in Höhe von 8 bis 10 Mio. DM abzubauen. Eine Generalkonzeption unter Mitwirkung des Betriebsrates ist zu erstellen.

13.10.: Der Betriebsrat schreibt einen Brief an den Vorstand, indem er an einem Sozialplan festhält, einen Termin für weitere Verhandlungen fordert, ansonsten das Arbeitsgericht angerufen wird.

23.10.: ÖTV-Kundgebung (siehe Bildunterschrift) während der großen Senatssitzung. Die Sitzung brachte offiziell als Ergebnis:
– Der bisherige Vorstandsvorsitzende Neumann (SPD) trat zurück und wurde als abgesetzt erklärt. Oberbürgermeister Zundel setzt sich bis 31.12.1981 als Interimsvorstand ein.
– „Aufgrund der Beratungen des Großen Senats sind die bisherigen vom Vorstand verfolgten Strukturverbesserungskonzept hinfällig geworden.“ (Presseerklärung) Stattdessen soll der Übergangsvorstand bis zur nächsten Sitzung ein neues Konzept vorlegen, das 1982 verwirklicht werden soll.

Der ÖTV-Kundgebung zeigt also Wirkung. Ob dabei bereits Oberbürgermeister Zundels Sanierungspläne sich so nicht mehr durchsetzen lassen, ist noch nicht entschie-



terschrieb danach ein Papier, in dem folgendes festgehalten wird: Bis Ende 1982 sind Aufwendungen in Höhe von 8 bis 10 Mio. DM abzubauen. Eine Generalkonzeption unter Mitwirkung des Betriebsrates ist zu erstellen.
13.10.: Der Betriebsrat schreibt einen Brief an den Vorstand, indem er an einem Sozialplan festhält, einen Termin für weitere Verhandlungen fordert, ansonsten das Arbeitsgericht angerufen wird.
23.10.: ÖTV-Kundgebung (siehe Bildunterschrift) während der großen Senatssitzung. Die Sitzung brachte offiziell als Ergebnis:
– Der bisherige Vorstandsvorsitzende Neumann (SPD) trat zurück und wurde als abgesetzt erklärt. Oberbürgermeister Zundel setzt sich bis 31.12.1981 als Interimsvorstand ein.
– „Aufgrund der Beratungen des Großen Senats sind die bisherigen vom Vorstand verfolgten Strukturverbesserungskonzepte hinfällig geworden.“ (Presseerklärung) Stattdessen soll der Übergangsvorstand bis zur nächsten Sitzung ein neues Konzept vorlegen, das 1982 verwirklicht werden soll.
Der ÖTV-Kundgebung zeigt also Wirkung. Ob dabei bereits Oberbürgermeister Zundels Sanierungspläne sich so nicht mehr durchsetzen lassen, ist noch nicht entschie-
den.

Bundesregierung auf Konfrontationskurs mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes

Baum verschärft Auseinandersetzung um 1%-Kürzung

vol. Der Bundesinnenminister ist auf vollen Konfrontationskurs mit den Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten gegangen. Das Ergebnis der Beratungen in der letzten Woche, insbesondere die Beratungen mit der ÖTV, lassen selbst das sonst nicht gerade zimperliche „Handelsblatt“ vor einem Kurs der Regierung auf Streik in den öffentlichen Diensten warnen. Bundesinnenminister Baum besteht auf der Durchsetzung der 1%-Kürzung bei Beamten *und* Angestellten über den Koppelungseffekt im Bundesangestelltentarifvertrag bezüglich des Ortszuschlags. Darüberhinaus sollen die Zulagentarifverträge mit der ÖTV für die Arbeiter zum 1.1.82 gekündigt werden, die Zulagen aber noch bis 28.2.82 gezahlt werden, um dann – nach den Absichten der Bundesregierung – um 1% gekürzt zu werden.

Der ÖTV-Hauptvorstand greift insbesondere die automatische Kündigung bei den Angestellten und bei den Arbeitern an. Laut den Presseberichten hat Kluncker als Kompromiß der Regierung angeboten, Verzicht der Regierung auf die Ankoppelung der Angestelltenkürzungen an die Beamten, Kündigung und Neuverhandlung über Angestellten- und Arbeiterzulagen zusammen mit den Tarifverhandlungen. Falls die Regierung damit nicht einverstanden ist, wozu Baum bis jetzt nicht bereit ist, hat Kluncker mit Kampfmaßnahmen ab dem 1.1.82 gedroht, die der Hauptvorstand auch beschlossen hat.

Was die Lage für die ÖTV reichlich schwierig macht, ist, daß bei der Kündigung der Zulagentarifverträge die Dienstherren ab dem Kündigungstermin *keinerlei* Zulagen mehr zahlen brauchen, weil die ÖTV bei diesem Tarifvertrag aus dem Jahre 1971 keine sogenannte „Nachwirkungsklausel“ beschlossen hat. Die Regierungen können also in diesem Bereich sofort Lohnkürzungen durchführen, die nur die Arbeiter treffen und 10 bis 20% des Lohns betreffen.

Der Versuch des ÖTV-Hauptvorstandes, die jetzt durch die Regierungsmaßnahmen vorliegende Spaltung im Tarifbereich aufzuheben und die gesamte Auseinandersetzung zusammen mit dem Lohntarifkampf zu führen, ist sicherlich richtig. Günstig ist ebenfalls, daß die IG-Metall, insbesondere auch ihr Hauptvorstand wie aber auch z.B. Steinkühler auf der Stuttgarter Kundgebung, der ÖTV alle Unterstützung im Zurückschlagen des Angriffs auf die Tarifautonomie zugesichert haben.

Kompliziert wird die Lage zusätzlich dadurch, daß der ÖTV-Hauptvorstand das bisherige Verfahren zur Beratung und Beschließung der Tarifforderungen ausgesetzt hat und „neue Verfahren“, die die Beteiligung der Mitglieder verbessern sollen, erproben will. Richtig an dem Beschluß ist, daß es dieses Jahr sicherlich nicht günstig ist, im Dezember die Forderung vorzulegen, die dann Ende Februar beschlossen wird, weil in der Zwischenzeit bei der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Entwicklung etliche Unsicherheiten existieren. Möglich wäre aber schon, eine Grundlinie der Forderungen zu besprechen, um in der Vielzahl der Kämpfe, in die die Belegschaften jetzt verwickelt sind, eine Richtung einzubringen. Ansätze für eine solche Taktik könnte man aus der Kritik des letztjährigen Tarifkampfes wie auch der gegenwärtigen Kämpfe gewinnen. Zu einer solchen Taktik sollte gehören: die Entscheidung für Festgeldforderungen, um sowohl die Absicherung der unteren und mittleren Lohngruppen wie aber auch die „Sparpropaganda“ zu berücksichtigen. Die Zurückweisung der Zulagenkürzung und die Eröffnung der Debatte um Personalbemessungsgrundlagen, um die Steigerung der Intensität zu bekämpfen. Weiterhin sollten Aufklärungsaktionen über die Streichungen im öffentlichen Dienst fortgesetzt werden, wie aber auch die Beteiligung an den DGB-Aktionen unterstützt werden. Hier aber gibt es schon große Auseinandersetzungen, da der Hauptvorstand, aber auch Funktionäre und Mitglieder auf anderen Ebenen, der Meinung sind, dies sollte auf die Zeit des Tarifkampfes konzentriert werden. Diese Argumentation – schaut man sich nur die Dreistigkeiten der FDP/SPD-Minister an – ist inzwischen schon mehr als schädlich.

Wenn der Beschluß des Hauptvorstandes zur Vorbereitung des Tarifkampfes so von den Betriebsgruppen umgesetzt wird, kann die Gefahr beseitigt werden, durch ein Vakuum die Tendenzen zur Resignation zu stärken. Ein weiteres Problem für die Kämpfe in den öffentlichen Diensten ist die gegenwärtige unterschiedliche Schwerpunktsetzung der Gewerkschaften. Die Postgewerkschaft hat Postminister Gscheidle jetzt zum Rücktritt aufgefordert, weil er den Betriebsfrieden stört und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Personalräten mißachtet. Der Auseinandersetzungspunkt ist einerseits, daß der Postminister von 14000 zu besetzenden Stellen nur anfänglich 3000 besetzen wollte. Nach den Aktionen der Postgewerkschaft an vielen Orten, die zu einer Intervention der SPD-Bundestagsfraktion beim Postministerium geführt hat, hat der Postminister jetzt die Besetzung von 4500 Stellen angeboten. Andererseits hat er eine Reihe von Verordnungen (Dienstanweisungen) vorgelegt, die die Mehrarbeit steigern und die Intensität erhöhen sollen.

Obwohl die Mitglieder der DPG in den Aktionen ebenfalls gegen die 1%-Kürzungen und die weiteren Kürzungen der Regierung Stellung nehmen, sind diese aus der Propaganda in der Gewerkschaftszeitung fast vollständig verschwunden.

Die Solidaritätserklärung der IG-Metall für den öffentlichen Dienst ist ja auch nicht so ganz uneigennützig, da in *diesem* Tarifkampf real die Gefahr besteht, daß über die 1%-Kürzung eine noch kräftigere Reallohnsenkung als letztes Jahr für die Lohnabhängigen eingeleitet wird. Die Verteidigung des Reallohns für die unteren und mittleren Lohngruppen bei *allen* Lohnabhängigen, Arbeitern, Angestellten und Beamten könnte durchaus ein gemeinsames Kampfziel der Gewerkschaftsbewegung werden, ohne z.B. die Pläne der IGM mit der Tarifrente zu gefährden. Auf jeden Fall sind die Gewerkschaftsmitglieder gefordert, dem scheinbar planvollen Durcheinander ein Ende zu bereiten.

Mayer-Vorfelders „Konservative Erneuerung“ der Bildungspolitik

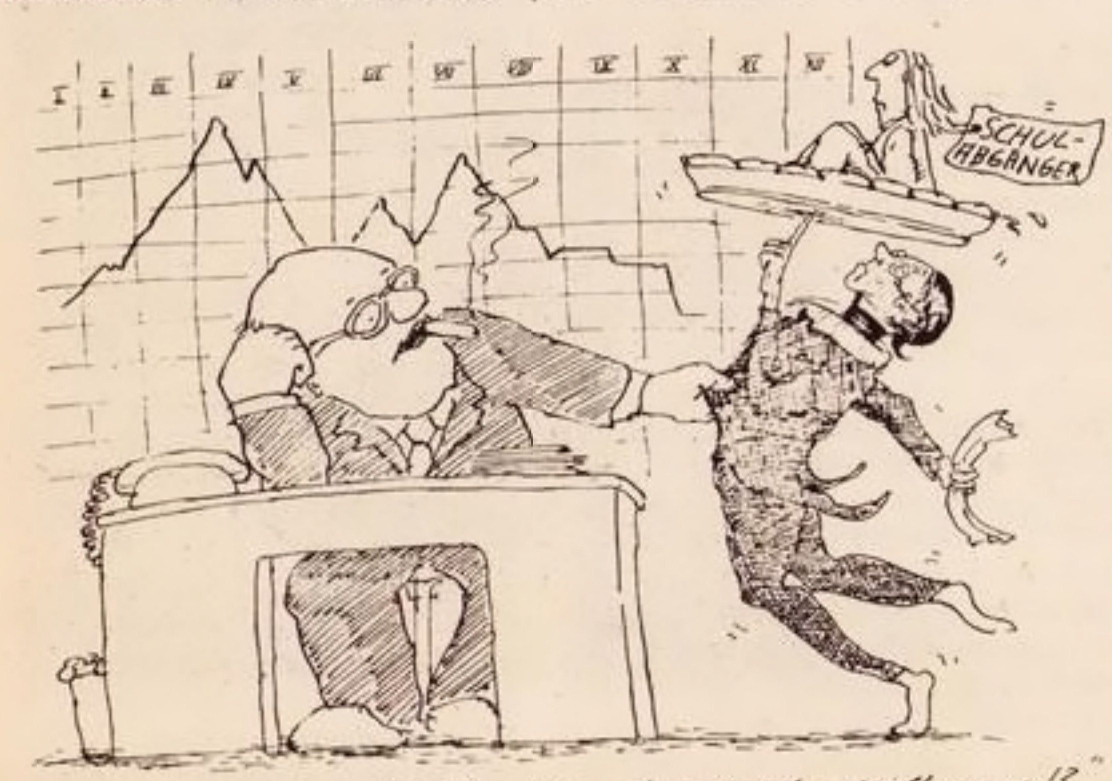
„Man muß es hinnehmen, daß man dafür als Reaktionär bezeichnet wird“

u.m.Freiburg. Auf dem CDU-Parteitag im Juli hatte Mayer-Vorfelder, Kultusminister von Baden-Württemberg unter stürmischem Beifall seiner Parteifreunde sein bildungspolitisches Konzept vorgelegt, das bis heute bereits einige Ergebnisse gezeitigt hat. Kurz die Kernpunkte:

– Stärkere Verpflichtung der Lehrer auf die Werte der Verfassung: „Die Lehrer haben einen Eid auf die Verfassung abgelegt, den werde ich einfordern.“ (MV) Er sagt auch gleich noch, welche Werte er meint:

– Der Unterricht müsse sich wieder strikt orientieren an den Werten: Ehrfurcht vor Gott, Nächstenliebe, Liebe zu Volk und Heimat. Die fehlende „Emotionalität“ an den Schulen gehöht werden. Für die künftigen Abiturienten (ab Abitur 1986) heißt das: Fast keine Wahlmöglichkeiten und Schwerpunktsetzungen mehr, dafür Beibehaltung fast des gesamten Fächerkanons der Mittelstufe. Insgesamt ist die Wirkung aber weit schwerwiegender. „Zurück zum alten Gymnasium“ (GEW-Lehrerzeitung 17/1981), wie die GEW richtig feststellt. Zurück zur Elitebildung durch das Gymnasium, ungeheure Verschärfung der „Auswahlfunktion“ (die die bürgerlichen Pädagogen ausdrücklich als eine Funktion der Schule benennen) des Gymnasiums.

Hand in Hand damit soll die inhaltliche Seite der Ausbildung „überarbeitet“ werden. Viel ist bis jetzt noch



denkt er in diesem Sinne durch verstärktes Singen und Auswendiglernen von Volksliedern herzustellen. Ausdrückliche Geltung verschaffen will er den alten Tugenden Recht und Ordnung, Disziplin, Fleiß, Pflichterfüllung.

– Abbau der „überzogenen Demokratisierung“ an den Schulen und Stärkung der Schulleiter als Repräsentanten des Staates vor Ort. „Ohne Autorität und Amtsautorität ist Erziehung an der Schule nicht möglich.“

Dies wäre erst einmal das Rahmenprogramm. Aber die „Erneuerung“ hat bereits konkretere Züge angenommen:

– Verpflichtung der Lehrer auf Erteilung von „Wehrkunde“ in den Fächern Geschichte, Gemeinschaftskunde und Religion, zusätzliche Ausbildung der Lehrer zu diesem Zweck.

– Kernstück der Tendenzwende ist allerdings die „Reform“ der Oberstufenreform und die damit Hand in Hand gehende Lehrplanrevision.

Die ganze Bedeutung dieser „Reform“ wird einem erst klar, wenn man die Geschichte der reformierten Oberstufe mit im Kopf hat. In der Folge des Ansturms der Studentenbewegung 1968 auf das Bildungssystem hatten die Kultusminister der Länder 1972 die Reform der Oberstufe der Gymnasien beschlossen. Von den SPD-Kultusministern unter der Fahne der Chancengleichheit geführt, war das Hauptargument (und der Fortschritt dabei), daß nicht nur in Mathematik und Sprache begabten Schülern das Abitur möglich sein sollte, sondern auch eher praktisch, musisch oder sportlich begabten. Die prinzipielle Gleichwertigkeit aller Fächer wurde proklamiert. Theoretisch konnte man bislang mit den Leistungskursen Sport und Biologie den Hauptteil des Abiturs bestreiten. Ein in diesem Schulsystem allerdings zwangsläufiger Effekt war, daß die Wahl der Leistungsfächer weniger nach „Neigung und Begabung“ vonstatten ging, als nach dem Kriterium des höchstmöglichen Punkterwerbs.

Dies greift Mayer-Vorfelder nun auf, attackiert die „Punktejäger“ und beklagt die mangelnde Allgemeinbildung der Abiturienten. Demnach soll künftig Deutsch, eine Fremdsprache, Mathematik (oder zwei Naturwissenschaften) bis zum Abitur verpflichtend belegt werden. Die Zahl der Grundkurse soll steigen und ihre Bedeutung im Verhältnis zu den Leistungskursen er-

nicht bekannt, die Lehrplanrevision soll bis 1983 fertig sein und eine „sinnvolle Ergänzung“ der Reform der Reform bieten. Einzige Anhaltspunkte für die Richtung dieser Revision findet man in dem Informationsblatt der Landesregierung für die Lehrer „Schul-intern“, in der zur Zeit Ziele und Aufgaben aller Fächer verhandelt werden und unter dem Titel „Zielrichtung der Lehrplanrevision“ zum Beispiel für das Fach Gemeinschaftskunde festgehalten wird: „... Stärkere Betonung des Gedankens der Sicherung der Demokratie und des Friedens nach innen und außen, deutliche Beschreibung der Stellung, Notwendigkeit und friedenssichernden Aufgaben der Bundeswehr undbeschadet der individuellen Gewissensentscheidung des einzelnen ...“

In die gleiche Richtung geht auch der Vorschlag der CDU-Kultusminister (veröffentlicht am 23.9.81 in der Frankfurter Rundschau) an die Kultusministerkonferenz unter dem Titel „Friedenssicherung und Bundeswehr“. In dem Papier wird unter anderem vorgeschlagen, daß alle Referendare während des Vorbereitungsdienstes Übungen und Tagungen bei der Bundeswehr ableisten sollen (und dies Bestandteile der Prüfungsanforderungen werden), des weiteren sollen Fortbildungsveranstaltungen und Besuche bei der Truppe für die aktiven Lehrer organisiert werden. Das in dem Papier bereits mitangegebene Unterrichtsziel lautet: Die Schüler sollen „den Sinn des Wehrdienstes verstehen und die Notwendigkeit der Verteidigungsbereitschaft einsehen“. In einer Stellungnahme der Bundes-GEW wird dies gewertet als ein Versuch, „die Erziehung zum Frieden durch eine unkritische Sympathiewerbung für die Bundeswehr zu ersetzen“. Hierdurch werde den Lehrern zugemutet, den Unterricht als Propagandainstrument zu gebrauchen. Dreist, aber mit dankenswerter Offenheit, will Mayer-Vorfelder offensichtlich so die vor allem unter der Jugend starke Friedensbewegung bekämpfen.

Entschuldigung
Durch ein Mißverständnis beim Umbruch sind in der letzten KVZ auf S. 15 die Unterschriften zu den Bildern weggefallen. Sie hätten deutlich gemacht, daß es sich um Reproduktionen aus einem Handbuch für Familienväter und Mütter aus der ersten Jahrhunderthälfte handelte.

Und Mayer-Vorfelder redet nicht nur, er handelt auch. Dies zeigt der Fall des Mergentheimer Lehrers Jöst, der in seiner Hochzeitsanzeige im Lokalblatt das Heine-Zitat verwendet hat: „Fehlt auch der Pfaffensegen dabei, die Ehe ist gültig nicht minder.“ Dafür soll er unter MVs persönlichem Einsatz strafversetzt werden.

Oder der Fall von mehreren Stuttgarter Lehrern, die in einem Elternbrief zum Ende der Sommerferien schrieben: „... heute endet der Unterricht früher als gewohnt, denn wir Lehrer gehen zu einer Personalversammlung. (...) Ein zentrales Thema werden die Arbeitsbedingungen der Lehrer sein. Nahezu die Hälfte der ausgebildeten Lehrer aller Schularten wird abgewiesen. (...) Diese Lehrer werden dringend gebaucht – um die Klassenstärken zu senken. Noch immer sind Klassenstärken von bis zu 38 Schülern amtlich erlaubt! (...)

Außerdem verweigert uns die Landesregierung nach wie vor die Beteiligung an der Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst. (...) Seit 1976 geht der Anteil der Bildungsausgaben am Gesamthaushalt zurück, während gleichzeitig die Ausgaben für andere Bereiche steigen. (...) Das Land Baden-Württemberg hat genug Geld, um alle Lehrer einzustellen. (...) Ich würde mich freuen, wenn Sie, liebe Eltern, Verständnis für unsere Forderungen aufbringen würden.“ Gegen die Lehrer, die diesen Elternbrief abgesandt haben, hat Mayer-Vorfelder Verermittlungen nach dem Landesdisziplinargesetz einleiten lassen, Begründung: Verstoß gegen die Pflicht der Lehrer zur „politischen Mäßigung“. Die GEW hat einen Aufruf zur Solidarität mit den betroffenen Kollegen veröffentlicht, der bereits von vielen Kollegen unterzeichnet worden ist.

Dies alles zusammengenommen mit der derzeitigen Einstellungssituation macht deutlich, unter welchem Druck Lehrer und Schüler in den kommenden Jahren arbeiten müssen. Im August waren in Baden-Württemberg über 3500 Lehrer arbeitslos. Am Studienseminar Freiburg werden aus allen Fächern weniger als 50% eingestellt, bei manchen Fächern lag die letztmögliche Chance bei einer Leistungsziffer von 1,4. Mit Bewerbern aus dem Grund-, Haupt- und Realschulbereich wurden zum letzten Termin erstmals zusätzlich sogenannte „Einstellungsgespräche“ geführt, bei denen sich das Oberschulamt ein Bild über die „außerschulischen Aktivitäten“ und über die Bereitschaft des Bewerbers, einmal im entlegensten Ort eingesetzt, dort auch zu bleiben, machen wollte. Danach wurde nach der jeweiligen „Eignung“ ausgewählt. Diese Bedingungen erleichtern es Mayer-Vorfelder natürlich, sein reaktionäres Programm durchzusetzen, weil es – mehr als früher – für die kommende Lehrergeneration heißt: angepaßter Lehrer sein oder kein Lehrer sein.

Besonders vorgeprescht ist letzte Woche Landesinnenminister Palm mit der Ankündigung, von 10000 Lehrerstellen, die nach seiner Ansicht rechnerisch überflüssig sind, in den nächsten Jahren 4000 zu streichen. Das würde heißen, daß die Schüler bei Klassen mit bis zu 38 Schülern weit schlechtere Lernbedingungen hätten und sich die Arbeitsbelastung der Lehrer weiter vergrößern würde. Mayer-Vorfelder hat inzwischen Palms Vorpreschen kritisiert. Man könne jetzt nicht das Ruder voll herumreißen. Er will sich zunächst begnügen mit Streichung des Einstellungstermins im kommenden Frühjahr.

Der Widerstand gegen dieses Programm regt sich in verschiedenen Ecken. Der Freiburger Schülerzusammenschluß (bestehend aus Schulsprechern und Klassensprechern aller Freiburger Schulen und interessierten Schülern) hat auch bereits in einer Presseerklärung und einem Flugblatt die Politik Mayer-Vorfelders umfassend zurückgewiesen.

Selbst der Philologenverband, traditionell ständisch orientiert und nicht allzu fortschrittlich, äußert Kritik.

Die GEW stellte ein starkes Kontingent der 70000 Demonstranten, die vergangenen Samstag in Stuttgart gegen die Sparpläne der Bundesregierung demonstrierten. Insgesamt kann man sagen, daß es ein großer Fortschritt und seit Jahren das erste Mal war, daß GEW, ÖTV, IGM und andere Industriegewerkschaften *gemeinsam* gegen die Sparpolitik auf dem Rücken aller Lohnabhängigen demonstrierten, statt wie bisher die Lehrerarbeitslosigkeit als gegenüber der übrigen Arbeitslosigkeit besonderes Problem zu behandeln.

cls.Koblenz. Mit Beginn des Wintersemesters 1981/82 sind die Mensapreise von 2 auf 2,20 DM erhöht worden. In Koblenz hat das Kultusministerium schon per Verfügung die Erhöhung der Mensapreise angeordnet, den Beschluß des Studentenwerkes gar nicht erst abgewartet. Bezüglich der Erhöhung der Studentenwerksbeiträge von 10,50 auf 15 DM zum Sommersemester 1982 soll das Studentenwerk bis Anfang Dezember beschließen. Entstanden sind die finanziellen Lücken in den Haushalten der Studentenwerke durch Kürzungen bzw. Einfrieren der Landesmittel. Im Rahmen einer landesweiten Aktionswoche der Landes-Asten-Konferenz Rheinland-Pfalz unter dem Motto „Soziale Lage der Studenten“ mit dem Schwerpunkt auf den Mensapreis- und STV-Beitragserhöhungen wurde in Koblenz in Zusammenarbeit der ASten der EWH und der FH eine Aktionswoche Studentenwerk / Mensa durchgeführt. 900 Unterschriften (von ca. 3000 Studenten) wurden gegen die Erhöhungen gesammelt, gutbesuchte Vollversammlungen durchgeführt. Die ASten erwägen gegenüber den Maßnahmen der Landesregierung weitere Aktionen.



denkt er in diesem Sinne durch verstärktes Singen und Auswendiglernen von Volksliedern herzustellen. Ausdrückliche Geltung verschaffen will er den alten Tugenden Recht und Ordnung, Disziplin, Fleiß, Pflichterfüllung.

– Abbau der „überzogenen Demokratisierung“ an den Schulen und Stärkung der Schulleiter als Repräsentanten des Staates vor Ort. „Ohne Autorität und Amtsautorität ist Erziehung an der Schule nicht möglich.“

Dies wäre erst einmal das Rahmenprogramm. Aber die „Erneuerung“ hat bereits konkretere Züge angenommen:

– Verpflichtung der Lehrer auf Erteilung von „Wehrkunde“ in den Fächern Geschichte, Gemeinschaftskunde und Religion, zusätzliche Ausbildung der Lehrer zu diesem Zweck.

nicht bekannt, die Lehrplanrevision soll bis 1983 fertig sein und eine „sinnvolle Ergänzung“ der Reform der Reform bieten. Einzige Anhaltspunkte für die Richtung dieser Revision findet man in dem Informationsblatt der Landesregierung für die Lehrer „Schul-intern“, in der zur Zeit Ziele und Aufgaben aller Fächer verhandelt werden und unter dem Titel „Zielrichtung der Lehrplanrevision“ zum Beispiel für das Fach Gemeinschaftskunde festgehalten wird: „... Stärkere Betonung des Gedankens der Sicherung der Demokratie und des Friedens nach innen und außen, deutliche Beschreibung der Stellung, Notwendigkeit und friedenssichernden Aufgaben der Bundeswehr undbeschadet der individuellen Gewissensentscheidung des einzelnen ...“

Bereiche steigen. (...) Das Land Baden-Württemberg hat genug Geld, um alle Lehrer einzustellen. (...) Ich würde mich freuen, wenn Sie, liebe Eltern, Verständnis für unsere Forderungen aufbringen würden.“ Gegen die Lehrer, die diesen Elternbrief abgesandt haben, hat Mayer-Vorfelder Verermittlungen nach dem Landesdisziplinargesetz einleiten lassen, Begründung: Verstoß gegen die Pflicht der Lehrer zur „politischen Mäßigung“. Die GEW hat einen Aufruf zur Solidarität mit den betroffenen Kollegen veröffentlicht, der bereits von vielen Kollegen unterzeichnet worden ist.

Dies alles zusammengenommen mit der derzeitigen Einstellungssituation macht deutlich, unter welchem Druck Lehrer und Schüler in den kommenden Jahren arbeiten müssen. Im August waren in Baden-Württemberg über 3500 Lehrer arbeitslos. Am Studienseminar Freiburg werden aus allen Fächern weniger als 50% eingestellt, bei manchen Fächern lag die letztmögliche Chance bei einer Leistungsziffer von 1,4. Mit Bewerbern aus dem Grund-, Haupt- und Realschulbereich wurden

sogenannte „Einstellungsgespräche“ geführt, bei denen sich das Oberschulamt ein Bild über die „außerschulischen Aktivitäten“ und über die Bereitschaft des Bewerbers, einmal im entlegensten Ort eingesetzt, dort auch zu bleiben, machen wollte. Danach wurde nach der jeweiligen „Eignung“ ausgewählt. Diese Bedingungen erleichtern es Mayer-Vorfelder natürlich, sein reaktionäres Programm durchzusetzen, weil es – mehr als früher – für die kommende Lehrergeneration heißt: angepaßter Lehrer sein oder kein Lehrer sein.

Besonders vorgeprescht ist letzte Woche Landesinnenminister Palm mit der Ankündigung, von 10000 Lehrerstellen, die nach seiner Ansicht rechnerisch überflüssig sind, in den nächsten Jahren 4000 zu streichen. Das würde heißen, daß die Schüler bei Klassen mit bis zu 38 Schülern weit schlechtere Lernbedingungen hätten und sich die Arbeitsbelastung der Lehrer weiter vergrößern würde. Mayer-Vorfelder hat inzwischen Palms Vorpreschen kritisiert. Man könne jetzt nicht das Ruder voll herumreißen. Er will sich zunächst begnügen mit Streichung des Einstel-

jahr.

Der Widerstand gegen dieses Programm regt sich in verschiedenen Ecken. Der Freiburger Schülerzusammenschluß (bestehend aus Schulsprechern und Klassensprechern aller Freiburger Schulen und interessierten Schülern) hat auch bereits in einer Presseerklärung und einem Flugblatt die Politik Mayer-Vorfelders umfassend zurückgewiesen.

Selbst der Philologenverband, traditionell ständisch orientiert und nicht allzu fortschrittlich, äußert Kritik.

Die GEW stellte ein starkes Kontingent der 70000 Demonstranten, die vergangenen Samstag in Stuttgart gegen die Sparpläne der Bundesregierung demonstrierten. Insgesamt kann man sagen, daß es ein großer Fortschritt und seit Jahren das erste Mal war, daß GEW, ÖTV, IGM und andere Industriegewerkschaften *gemeinsam* gegen die Sparpolitik auf dem Rücken aller Lohnabhängigen demonstrierten, statt wie bisher die Lehrerarbeitslosigkeit als gegenüber der übrigen Arbeitslosigkeit besonderes Problem zu behandeln.

Proteste gegen Minispargesamtschulen

Trotz Verbot Demonstration in Dortmund

wor.Dortmund. Massiven Widerstand haben die Pläne des Rates der Stadt Dortmund hervorgerufen, durch Umwandlung bzw. jahrgangsweisen Abbau von sechs bestehenden Schulen zum Schuljahresbeginn 1982/83 drei Gesamtschulzentren zu errichten. Ausdruck der Breite und Entschlossenheit, mit der Teile der betroffenen Eltern, Schüler und Lehrer sich für den Erhalt der bestehenden Schulen einsetzen, war eine gemeinsame Demonstration mit ca. 4000 Teilnehmern, die in Form eines Sternmarsches ausgehend von dem betroffenen Schulzentrum zum Stadthaus in der Dortmunder Innenstadt führte. Die Größe dieser Demonstration war umso eindrucksvoller, als sich Schüler, Lehrer und Eltern öffentlich über ein nicht einmal 24 Stunden vor dem Tag der Demonstration von seiten der Schulaufsicht verhängtes Verbot der Demonstration hinwegsetzten. Der mit dem kurzfristig ausgesprochenen Verbot verfolgten Absicht, Verwirrung und Einschüchterung bei Schülern und Lehrerschaft zu bewirken, konnte dadurch wirksam begegnet werden, daß die von der Schulaufsicht in die Pflicht genommene Schüler- und Lehrerschaft offiziell nicht mehr als Organisatoren der Demonstration auftraten, sondern die teilweise mit Telefonketten mobilisierten Elternpflegschaften die organisatorische und juristische Verantwortung für diese Aktion übernahmen.

Eine letzte, dienstliche Weisung durch die staatliche Schulaufsicht, die noch am Morgen unmittelbar vor Abmarsch der Demonstrationszüge den Schulen zugleitet wurde, um die Aktion letztmöglich zu stoppen, erteilte ausschließlich den Verbindungslehrern und den Schülerräten das Recht, das mit Oberbürgermeister Samtlebe im Stadthaus geplante Gespräch zu führen. Diese spalterische Absicht verfehlte ihr Ziel gänzlich; sie führte eher zu noch größerer Geschlossenheit in der Schülerschaft, aber auch in Teilen der Lehrerkollegien.

War die Durchsetzung und Wahrnehmung eines demokratischen Rechtes trotz verhängten Verbots und Androhung disziplinarischer Maßnahmen ein wesentlicher Inhalt dieser Demonstration, so stand notwendig die Gesamtschulfrage im Vordergrund. Von Teilen der SPD-Mehrheitsfraktion im Rat wurde die Demonstration als konservative, von der CDU gesteuerte Anti-Gesamtschulkampagne eingestuft. Tatsache ist, daß Teile der gymnasialen, insbesondere der am Philologenverband orientierten Lehrerkollegien massive Indoktrinationsversuche gegenüber Schülern betrieben haben, die die angebliche Leistungsfähigkeit des dreigliedrigen Schulsystems betonten und die die Gesamtschule als unüberschaubare Massenschule, und als eine „den unterschiedlichen Begabungen nicht gerecht werdende Schulkonzeption“ anprangerten.

Daß diese reaktionäre Ideologie, die im übrigen an objektiven Schwächen der Gesamtschulkonzeption anknüpft, einen gewissen Einfluß in der Demonstration wie der gesamten Bewegung gegen die konkreten Gesamtschulerrichtungen hat, ist nicht zu leugnen. Stellungnahmen der Lehrerkollegien des Einstein-Gymnasiums und der Otto-Hahn-Realschule, einschließlich deren Eltern- und Schülerschaft, haben eindeutig festgestellt, daß sie keine Anti-Gesamtschulkampagne stützen. Sie wenden sich gegen „Mini-Spar-Gesamtschulen“, die unter den jeweiligen konkreten Bedingungen (bestehender Raummangel, unzureichende Lehrmittelausstattung, teilweise Verlängerung der Schulwege durch größere Einzugsgebiete) gegenüber den bestehenden Schulen größeres Chaos, d.h. eine Verschlechterung der Lern- und Arbeitsbedingungen für Schüler und Lehrer mit sich bringen.

Im Zentrum der Kritik steht insbesondere die Absicht, die geplanten Gesamtschulen aus Kostengründen als Halbtagsschulen zu führen, die in keiner Weise pädagogischen und sozialpolitischen Anforderungen gerecht werden können.







„Die letzte Welt"

Das große Werk der „Schmetterlinge" über Katastrophe, Krieg und Dritte Welt

Noch im Mai dieses Jahres waren wir in einem Interview mit Schurlie Herrnstadt auf das jetzt in Recklinghausen uraufgeführte Stück zu sprechen gekommen: „Unser Anliegen ist es ..., daß es uns gelingt, die Zusammenhänge zwischen der Ausbeutung hier und der Ausbeutung in der Dritten Welt aufzuzeigen. Wenn das geglückt ist, wenn man die Solidarität mit der Dritten Welt von der moralischen Ebene wegzerrt zu einer tieferen Einsicht über die Zusammenhänge, dann haben wir da unser Ziel erreicht. Aber da kann man nur hoffen, daß uns das gelingt."

Da galt es, diese Hoffnung in die Tat umzusetzen. Probleme mußte es geben und so schreiben die „Schmetterlinge" in ihrem Vorwort zum „Arbeitsbuch Die letzte Welt": „Dann überlegten wir: Alles hängt mit allem zusammen. Die Verhältnisse in Europa stehen in einem direkten Zusammenhang mit allem, was in den Entwicklungsländern geschieht. Reichtum bedingt Armut. Wir nahmen uns vor, das ‚Geflecht' zu schildern, das ganze Netzwerk der Zusammenhänge, den Wahnsinn, die Irrationalität eines Systems, das überlebt, indem es tötet. In dieser Phase wurden wir von der Wirklichkeit überrollt. Der ‚Doppelbeschluß', Schmidt's ‚... damit stehe und falle ich...', Haig's ‚... es gibt Wichtigeres, als den Frieden...' und die Reaktionen der Menschen, die immer deutlicher begreifen mußten, daß sie auf zukünftigen Schlachtfeldern leben. So kamen wir von den unklaren Schablonen einer sogenannten 1. oder 2. oder 3. Welt zum Kern unserer Aussage. Es gibt nur eine Welt, die einzige, die wir haben. Und es gibt nur eine Möglichkeit, in ihr zu überleben – nämlich die Tendenzen zu ihrer Vernichtung zu bekämpfen. Denn eins ist klar, es ist DIE LETZTE WELT."

Der Ansatz und der Anspruch des Stückes haben sich also gewandelt. Im Mittelpunkt des zweieinhalbstündigen

hier das Lied „Die Apokalyptischen Reiter", in dem die vier Reiter („rasender Hunger", Profitgier und Plünderung, „ewiger Krieg", Atomkrieg) die Welt umfangen halten. Der Auftakt ist also angelehnt an die religiös-mythologische Vorstellung des Mittelalters über die „Geißeln der Menschheit".

So bleibt auch das folgende Lied im Abschnitt „In den Gärten des Wahnsinns" mehr Gruselstück und sarkastisch, wenn da „Kommander Madmann und General Freak", sprich Reagan und Breschnew, als Halbirre mit der Bombe über die Bühne ziehen und Schicksal der Welt spielen. Auch schließen sich daran ziemlich unvermittelt das „Wutlied" (bezogen auf die rebellierende Jugend), „Lied des Guru" und „Lied der Missionsschwester" (gegen religiöse Verklärung) sowie „Lied des Offiziers" und „Lied des Unternehmers" (gegen Verteidigungsideologie und Phrasierung der Unternehmerideologie) an.

Damit ist der Abschnitt „In den Gärten des Wahnsinns" abgeschlossen, und mit dem „Der weiße Mann ist da" beginnt das Kapitel der Aufrollung der Kolonialgeschichte, angefangen mit Kolumbus und den Eroberungszügen Spaniens bis zum „Mister Kapital", wo sehr anschaulich die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals entwickelt wird. Gerade hier beweisen die „Schmetterlinge" (und damit H. Unger, der wieder alle Texte für das Stück gefertigt hat) ihre Stärke, geschichtliche Entwicklung und Zusammenhänge nicht nur plastisch sondern auch einsichtig zu machen.

Der nächste Bruch, „Die Hungrigen und die Satten", folgt. Angesetzt wird an der bürgerlichen Propaganda von „uns geht es nur auf Kosten der Völker der Dritten Welt so gut". Wieder bewiesen die Schmetterlinge hier analytische Kraft, wenn das Wechselverhältnis zwischen Ausbeutung und Ausplünderung der Dritten Welt und der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern entwickelt wird. Gut die Beschreibung des Einsatzes von Hunger und der Weizenwaffe durch den Imperialismus gegen die Völker. Der Charakter der Entwicklungshilfe, die so oft Abhängigkeit und wirtschaftliche Unselbständigkeit fördert, wird gegeißelt. Und da wird im „Milchsee-Landler" die kapitalistische Logik von Milchüberproduktion und Hunger in der Dritten Welt in den Zusammenhang gestellt.

Nur fragte ich mich am Ende dieses Kapitels wieder, was von dem folgenden Lied zu halten ist:

Madrigal

Geht, ihr vielen Toten,
geht mit euren roten
Wunden aus dem Eiswald
unsrer Blicke.

Geht, ihr toten Vielen,
geht mit euren kühlen
Gliedern aus den Bildern
unsrer Träume.

Geht, ihr Tränenreichen,
mit aufgetriebnen Bäuchen
schweigend aus dem Licht in
unsren Räumen.

Geht, ihr Volk der Schatten
schließt die niemals satten
Münder, deren Schrei uns

in der Form der Satire, wo sie die Produkte aus den Metropolen in ihre Länder holen wollen, da sie in Wahrheit ihnen gehören. Diese Schwäche ist für mich nicht zufällig, sondern sie taucht auch an anderer Stelle wieder auf.

Denn schlagend deutlich wird dies auch mit dem letzten Kapitel „Zwischen den Kriegen", wo sich der Bogen des Stückes schließt. In „Raumschiff Erde" wird die anfänglich beschworene Katastrophe weiter ausgemalt. Natur und Mensch kaputt, Chaos allenthalben, Krieg wird um das letzte bißchen Wasser, Boden und Luft geführt. Im „Krähenlied" wird die Gefahr des Krieges aus Militärstiefelproduktion und marschierenden Soldaten abgeleitet und herausstechen tut nur der Abschnitt:

Für den nächsten Krieg in Deutschland
sind Raketen stationiert,
gesteuert sind sie von anderswo,
doch in Deutschland sind sie postiert.
Man läßt doch nicht Fremde bestimmen
den Tod und die Abschußzeit,
Wenn das kein Schlachtfeld werden soll...
„Fröhliche Zwischenkriegszeit"

So bleibt auch beim drohenden Weltkrieg fast alles verschwommen. Die Triebkräfte im Stück sind, wenn überhaupt sichtbar, dann als ökonomische allein. Die politische Kräftekonstellation in der jetzigen Lage wird an keiner Stelle angesprochen, die treibenden Kräfte des Krieges bleiben undurchsichtig. Man hat den Eindruck, je näher sich das Stück an die heutige Lage heranbegibt, um so unkonkreter und allgemeiner wird die Beschreibung, die Aussage. Die politischen Ge-

„nach der Art der Pariser Kommune", die Herrschaft umgekehrt werden soll. Ja, man hat sogar den Eindruck, daß den „Schmetterlingen" selbst dieser Widerspruch aufgefallen ist, denn gerade die letzten beiden Lieder „Alles fließt" und „Trotzlied" sind im Kern davon bestimmt, daß die drohende Katastrophe nur durch uns, durch unseren Kampf, verhindert werden kann. Sie beschwören die Gegentendenz zur Vernichtung, „das Leben". Es sei auch schön, zu kämpfen. Die Lieder sind von hohem moralischen Wert, und gestützt durch das erhebende Moment der Musik bekommen sie fast den Charakter von Hymnen. Aber sie wirken doch auch nur wie eine Entschädigung für das, was *konkret* getan werden muß.

Und so finde ich, daß der gestellte Anspruch nicht ganz eingelöst werden konnte, die „moralische Ebene wegzuzerren" und durch die „tiefere Einsicht in die Zusammenhänge" zu ersetzen. Es wird mit an der mangelnden Eingrenzung des Themas und der damit extrem springenden Handlungselemente liegen, daß die „Schmetterlinge" nicht über ihren Schatten gesprungen sind.

Daß sie den selbst gesetzten hohen Anspruch nicht ganz einlösen konnten, das ändert nichts an der Tatsache, daß es ihnen doch gelungen ist, wieder großartige Synthese von Musik und Kabarett- und Schauspielelementen zu verwirklichen. Die Kraft der Worte von H. Unger umgesetzt in teils vertrackte, teils ergreifende oder auch ganz schlichte Melodien und Harmonien bleibt weiterhin vorbildlich. Die musikalische Vielfalt, die Gesangsharmonie, all das ist selten erreicht von anderen. Und es gibt, für sich genommen, so viele scharfe, satirische und sarkastische Elemente in den politischen Äußerungen, Liedern und Szenen, daß man die begonnene Tournee im Rahmen der DGB-Jugend in der

man nur hoffen, daß uns das gelingt."

Da galt es, diese Hoffnung in die Tat umzusetzen. Probleme mußte es geben und so schreiben die „Schmetterlinge" in ihrem Vorwort zum „Arbeitsbuch Die letzte Welt": „Dann überlegten wir: Alles hängt mit allem zusammen. Die Verhältnisse in Europa stehen in einem direkten Zusammenhang mit allem, was in den Entwicklungsländern geschieht. Reichtum bedingt Armut. Wir nahmen uns vor, das ‚Geflecht' zu schildern, das ganze Netzwerk der Zusammenhänge, den Wahnsinn, die Irrationalität eines Systems, das überlebt, indem es tötet. In dieser Phase wurden wir von der Wirklichkeit überrollt. Der ‚Doppelbeschluß', Schmidt's ‚... damit stehe und falle ich...', Haig's ‚... es gibt Wichtigeres, als den Frieden...' und die Reaktionen der Menschen, die immer deutlicher begreifen mußten, daß sie auf zukünftigen Schlachtfeldern leben. So kamen wir von den unklaren Schablonen einer sogenannten 1. oder 2. oder 3. Welt zum Kern unserer Aussage. Es gibt nur eine Welt, die einzige, die wir haben. Und es gibt nur eine Möglichkeit, in ihr zu überleben – nämlich die Tendenzen zu ihrer Vernichtung zu bekämpfen. Denn eins ist klar, es ist DIE LETZTE WELT."

Der Ansatz und der Anspruch des Stückes haben sich also gewandelt. Im Mittelpunkt des zweieinhalbstündigen
Stückes steht nicht mehr direkt die Dritte Welt, sondern die drohende Katastrophe, der Untergang *der* Welt.

In fünf Abschnitte unterteilt – „In den Gärten des Wahnsinns", „Der weiße Mann ist da", „Krise, Krieg und Mordskrawall", „Die Hungrigen und die Satten", „Zwischen zwei Kriegen" – bleibt der thematische Ablauf der Apocalypse, der Weltuntergangsstimmung verhaftet. Ausgangspunkt bildet

Mit dem Kapitel „Krise, Krieg und über die „Geißeln der Menschheit".

So bleibt auch das folgende Lied im Abschnitt „In den Gärten des Wahnsinns" mehr Gruselstück und sarkastisch, wenn da „Kommander Madmann und General Freak", sprich Reagan und Breschnew, als Halbirre mit der Bombe über die Bühne ziehen und Schicksal der Welt spielen. Auch schließen sich daran ziemlich unvermittelt das „Wutlied" (bezogen auf die rebellierende Jugend), „Lied des Guru" und „Lied der Missionsschwester" (gegen religiöse Verklärung) sowie „Lied des Offiziers" und „Lied des Unternehmers" (gegen Verteidigungsideologie und Phrasierung der Unternehmerideologie) an.

Damit ist der Abschnitt „In den Gärten des Wahnsinns" abgeschlossen, und mit dem „Der weiße Mann ist da" beginnt das Kapitel der Aufrollung der Kolonialgeschichte, angefangen mit Kolumbus und den Eroberungszügen Spaniens bis zum „Mister Kapital", wo sehr anschaulich die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals entwickelt wird. Gerade hier beweisen die „Schmetterlinge" (und damit H. Unger, der wieder alle Texte für das Stück gefertigt hat) ihre Stärke, geschichtliche Entwicklung und Zusammenhänge nicht nur plastisch sondern auch einsichtig zu machen.

Mit dem Kapitel „Krise , Krieg und Mordskrawall" wird erneut ein Bruch vollzogen. Erst weg von der Dritten Welt zur Krise in den kapitalistischen Ländern, jetzt und hier. Stahlkrise, als Beispiel des Widerspruchs zwischen Verwertungsinteressen des Kapitals und Produktion von Gebrauchswerten mit der Folge der Freisetzung der Arbeiter. Dann Ursache und Wirkung von Kapitalexport – mit dem Ergebnis von Arbeitslosigkeit im eigenen Land.

nis zwischen Ausbeutung und Ausplünderung der Dritten Welt und der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern entwickelt wird. Gut die Beschreibung des Einsatzes von Hunger und der Weizenwaffe durch den Imperialismus gegen die Völker. Der Charakter der Entwicklungshilfe, die so oft Abhängigkeit und wirtschaftliche Unselbständigkeit fördert, wird gegeißelt. Und da wird im „Milchsee-Landler" die kapitalistische Logik von Milchüberproduktion und Hunger in der Dritten Welt in den Zusammenhang gestellt.

Nur fragte ich mich am Ende dieses Kapitels wieder, was von dem folgenden Lied zu halten ist:

Madrigal

Geht, ihr vielen Toten,
geht mit euren roten
Wunden aus dem Eiswald
unsrer Blicke.

Geht, ihr toten Vielen,
geht mit euren kühlen
Gliedern aus den Bildern
unsrer Träume.

Geht, ihr Tränenreichen,
mit aufgetriebnen Bäuchen
schweigend aus dem Licht in
unsren Räumen.

Geht, ihr Volk der Schatten
schließt die niemals satten
Münder, deren Schrei uns
nie erreichte.

Soll dies Lied deuten, was wir hier und heute alles verdrängen? Wer soll sich mit „deren Schrei uns nie erreichte" identifizieren, wo doch die Unterstützung der Völker der Dritten Welt zugenommen hat? Unverständlich blieb mir, wieso die Völker der Dritten Welt konstant nur als Objekt erscheinen, nie als handelndes Subjekt. Da, wo sie als Handelnde auftauchen, nur

auch mit dem letzten Kapitel „Zwischen den Kriegen", wo sich der Bogen des Stückes schließt. In „Raumschiff Erde" wird die anfänglich beschworene Katastrophe weiter ausgemalt. Natur und Mensch kaputt, Chaos allenthalben, Krieg wird um das letzte bißchen Wasser, Boden und Luft geführt. Im „Krähenlied" wird die Gefahr des Krieges aus Militärstiefelproduktion und marschierenden Soldaten abgeleitet und herausstechen tut nur der Abschnitt:

Für den nächsten Krieg in Deutschland
sind Raketen stationiert,
gesteuert sind sie von anderswo,
doch in Deutschland sind sie postiert.
Man läßt doch nicht Fremde bestimmen
den Tod und die Abschußzeit,
Wenn das kein Schlachtfeld werden soll...
„Fröhliche Zwischenkriegszeit"

So bleibt auch beim drohenden Weltkrieg fast alles verschwommen. Die Triebkräfte im Stück sind, wenn überhaupt sichtbar, dann als ökonomische allein. Die politische Kräftekonstellation in der jetzigen Lage wird an keiner Stelle angesprochen, die treibenden Kräfte des Krieges bleiben undurchsichtig. Man hat den Eindruck, je näher sich das Stück an die heutige Lage heranbegibt, um so unkonkreter und allgemeiner wird die Beschreibung, die Aussage. Die politischen Ge-
genkräfte – auch diese nur Objekt. Dabei ginge es gar nicht darum, Parolen zu schmettern, Optimismus zu malen oder so. Das wäre nicht der Gegensatz. Dieser wäre eine Beschreibung der Kräftekonstellation, der Versuch, mehr als nur allgemein gegen die apokalyptische Entwicklung Stellung zu nehmen. Es fehlt auch nicht so sehr an deutlichen Hinweisen, daß die herrschende Klasse gestürzt werden muß

und gestützt durch das erhebende Moment der Musik bekommen sie fast den Charakter von Hymnen. Aber sie wirken doch auch nur wie eine Entschädigung für das, was *konkret* getan werden muß.

Und so finde ich, daß der gestellte Anspruch nicht ganz eingelöst werden konnte, die „moralische Ebene wegzuzerren" und durch die „tiefere Einsicht in die Zusammenhänge" zu ersetzen. Es wird mit an der mangelnden Eingrenzung des Themas und der damit extrem springenden Handlungselemente liegen, daß die „Schmetterlinge" nicht über ihren Schatten gesprungen sind.

Daß sie den selbst gesetzten hohen Anspruch nicht ganz einlösen konnten, das ändert nichts an der Tatsache, daß es ihnen doch gelungen ist, wieder großartige Synthese von Musik und Kabarett- und Schauspielelementen zu verwirklichen. Die Kraft der Worte von H. Unger umgesetzt in teils vertrackte, teils ergreifende oder auch ganz schlichte Melodien und Harmonien bleibt weiterhin vorbildlich. Die musikalische Vielfalt, die Gesangsharmonie, all das ist selten erreicht von anderen. Und es gibt, für sich genommen, so viele scharfe, satirische und sarkastische Elemente in den politischen Äußerungen, Liedern und Szenen, daß man die begonnene Tournee im Rahmen der DGB-Jugend in der
BRD und Westberlin nur jedem empfehlen kann.

Tourneedaten: 14.11. *München*, 15.11. *Augsburg*, 17.11. *Nürnberg*, 18.11. *Düsseldorf*, 20.11. *Essen*, 22.11. *Frankfurt, Volksbildungsheim*, 24.11. *Stuttgart*, 25.11. Tübingen.
1982: 26.2. *Duisburg*, 27.2. *Hagen*, 28.2. *Mainz*, 2.3. *Bochum*, 4.3. *Gütersloh*, 5.3. *Münster*, 6.3. *Leverkusen*, 7.3. *Ludwigshafen*, 9.3. *Saarbrücken*.

Fernsehvorschau

Da es diesmal eine reichliche Auswahl gibt, sei hier in Kurzform auf verschiedene Filme hingewiesen:

Samstag, 14.11., 22.05 h, ARD: **„Familiengrab"**. Hitchcocks letzter Spielfilm vor seinem Tod, in dem es weniger zu nervenanspannenden Szenen als zu komödiantischer Kriminalhandlung kommt.

Sonntag, 15.11., 10.30 h, ZDF: **„Kain und Artem – Das Lied vom alten Markt"**. Dies ist eine deutsche Erstaufführung eines russischen Stummfilms nach Motiven von Maxim Gorki. Der 1929 gedrehte Film handelt vom Zusammenschluß unterdrückter Menschen in einem russischen Dorf. Die Aussichten des Films sind auf eine bessere, revolutionäre Zukunft gerichtet.

Sonntag, 15.11., 14.40 h, ZDF: **„Kein Pardon nach Mitternacht"**. Der dänische Spielflim schildert authentische Ereignisse aus dem Winter 1944/45, als Dänemark unter deutscher Besatzung stand. Im Zentrum stehen die Taten einer Widerstandsgruppe, die einen abgestürzten englischen Piloten vor der Gestapo zu schützen sucht. Ein anfänglich sich neutral verhaltender Arzt tritt im Verlaufe der Handlung auf die Seite des Widerstandes.

Montag, 16.11., 21.20 h, ZDF: **„Die Gerechten"**. Das Stück von Albert Camus basiert auf der Tötung des russischen Großfürsten Sergej Alexandrowitsch durch den Sozialrevolutionär Kaliajew im Jahre 1905, als Vorgeschichte zur Russischen Revolution. Camus kam es weniger auf die Hintergründe der Lage Russlands an, als auf die Beschreibung der Menschen in der revolutionären Gruppe.

Dienstag, 17.11. Da überlagern sich gleich zwei wichtige Spielfilme. **„Nashville"**, von R. Altmann zur 200-Jahr-Feier der USA erstellt, ist wahrlich keine Lobpreisung dieser Gesellschaft, sondern eine 155minütige Abhandlung nicht nur über das amerikanische Showgeschäft (*23.00 h, ARD*). **„Die Weisheit des Blutes"**, in der Reihe von John Huston-Filmen, ist ebenso eine Amerika-Kritik nach dem Vietnam-Debakel. Religiöser Fanatismus steht im Mittelpunkt (*22.05 h, ZDF*).